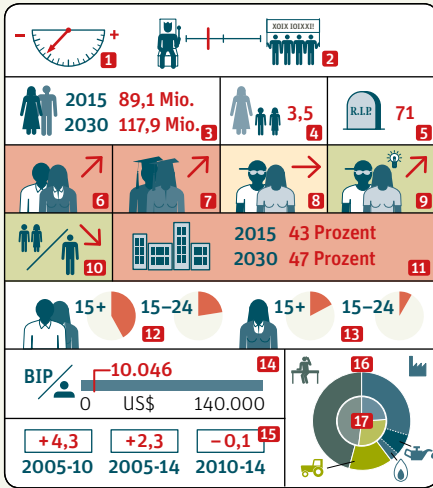


Krisenregion Mena

Wie demografische Veränderungen
die Entwicklung im Nahen Osten
und Nordafrika beeinflussen und
was das für Europa bedeutet



Bedeutung der Piktogramme



- 1 Grad der politischen Stabilität (–2,5 bis +2,5)
- 2 Demokratisierungsgrad (–10 bis +10)
- 3 Bevölkerungsentwicklung
- 4 Kinderzahl pro Frau 5 Lebenserwartung
- 6 Anteil der Erwerbsfähigen (30–64) an der Gesamtbevölkerung
- 7 Anteil derjenigen mit mindestens Abitur an der erwachsenen Bevölkerung (20+)
- 8 Anteil der jungen Erwerbsfähigen (20–29) an der Gesamtbevölkerung
- 9 Anteil der jungen Erwerbsfähigen (20–29) mit mindestens Abitur an der Gesamtbevölkerung
- 10 Kinder und Jugendliche pro 100 Erwerbsfähige (20–64)
- 11 Bevölkerungsanteil in Städten
- 12 Beschäftigungsquote von Frauen und Männern nach Altersgruppe
- 13 Beschäftigungsquote von Frauen nach Altersgruppe
- 14 Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf
- 15 Wachstum des BIPs pro Kopf
- 16 äußerer Kreis: Anteil am BIP im Uhrzeigersinn: Industrie (davon: Anteil Öl, Anteil Gas), Landwirtschaft, Dienstleistungen
- 17 innerer Kreis: Beschäftigtenanteil im jeweiligen Wirtschaftszweig

■ Risiko ■ Chance ■ neutral
↗ Anstieg ↘ Rückgang → stabil

Über das Berlin-Institut

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen regionaler und globaler demografischer Veränderungen beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten.

In seinen Studien, Diskussions- und Hintergrundpapieren bereitet das Berlin-Institut wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf.

Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter www.berlin-institut.org.

Unterstützen Sie die unabhängige Arbeit des Berlin-Instituts

Das Berlin-Institut erhält keinerlei öffentliche institutionelle Unterstützung. Projektförderungen, Forschungsaufträge, Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts. Das Berlin-Institut ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zustiftungen sind steuerlich absetzbar.

Im **Förderkreis** des Berlin-Instituts kommen interessierte und engagierte Privatpersonen, Unternehmen und Stiftungen zusammen, die bereit sind, das Berlin-Institut ideell und finanziell zu unterstützen. Informationen zum Förderkreis finden Sie unter <http://www.berlin-institut.org/foerderkreis-des-berlin-instituts.html>

Bankverbindung:
 Bankhaus Hallbaum
 IBAN DE50 2506 0180 0020 2864 07
 BIC/SWIFT HALLDE2H

Kontakt:
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
 Schillerstraße 59
 10627 Berlin
 Telefon 030 22 32 48 45
 Telefax 030 22 32 48 46
 E-Mail info@berlin-institut.org

Krisenregion Mena

Wie demografische Veränderungen
die Entwicklung im Nahen Osten
und Nordafrika beeinflussen und
was das für Europa bedeutet

Impressum

Originalausgabe
Mai 2016

©Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Sämtliche, auch auszugsweise Verwertung bleibt vorbehalten.

Herausgegeben vom
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin
Telefon: (030) 22 32 48 45
Telefax: (030) 22 32 48 46
E-Mail: info@berlin-institut.org
www.berlin-institut.org

Autoren: Ruth Müller, Stephan Sievert, Reiner Klingholz
Lektorat: Florian Sievert, Franziska Woellert
Datenrecherche: Ruth Müller und Daniel Geyer
Dokumentation: Julia Legge

Gestaltung: Jörg Scholz, Köln (www.traktorimnetz)

Druck: Gebrüder Kopp GmbH & Co. KG, Köln

ISBN: 978-3-946332-86-2

Die Autoren

Ruth Müller, 1984, Masterstudium an der Freien Universität Berlin in Osteuropastudien mit den Schwerpunkten Politikwissenschaften und Soziologie. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Stephan Sievert, 1982, Masterstudium an der Universität Maastricht in International Economic Studies mit dem Schwerpunkt Social Economics. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Dr. Reiner Klingholz, 1953, Promotion im Fachbereich Chemie an der Universität Hamburg, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.

Das Berlin-Institut dankt dem Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) für die Förderung aus Mitteln des Auswärtigen Amtes.

Zusätzlicher Dank gilt der BMW-Stiftung Herbert Quandt und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit für die Unterstützung bei der Suche nach Interviewpartnern sowie allen Gesprächspartnern für ihre Mitwirkung an der Studie.

INHALT

WENN DAS BEVÖLKERUNGSPOTENZIAL ZUM RISIKOFAKTOR WIRD	4
DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE	8
1. WARUM DER NAHE OSTEN UND NORDAFRIKA FÜR EUROPA VON GROSSER BEDEUTUNG SIND	10
2. BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG UND POLITISCHE STABILITÄT	12
2.1 VIELE JUNGE ERWERBSFÄHIGE: RISIKO ODER CHANCE?	13
2.2 WIE POLITISCHE STABILITÄT UND BEVÖLKERUNGSWANDEL ZUSAMMENHÄNGEN – EINE ANALYSE	15
2.3 ERGEBNISSE	16
3. MENAS DEMOGRAFISCHE AUSSICHTEN BIS 2030	18
3.1 INSTABILERE LÄNDER	19
3.2 STABILERE LÄNDER BENÖTIGEN NEUEN GESELLSCHAFTSVERTRAG	23
4. POTENZIALE NUTZEN, STABILITÄT ERZEUGEN	24
5. HANDLUNGSBEREICHE	27
DIE LÄNDER DER MENA-REGION.....	40
NORDAFRIKA.....	40
NAHOST	54
ANMERKUNGEN UND QUELLEN.....	90

WENN DAS BEVÖLKERUNGSPOTENZIAL ZUM RISIKOFAKTOR WIRD

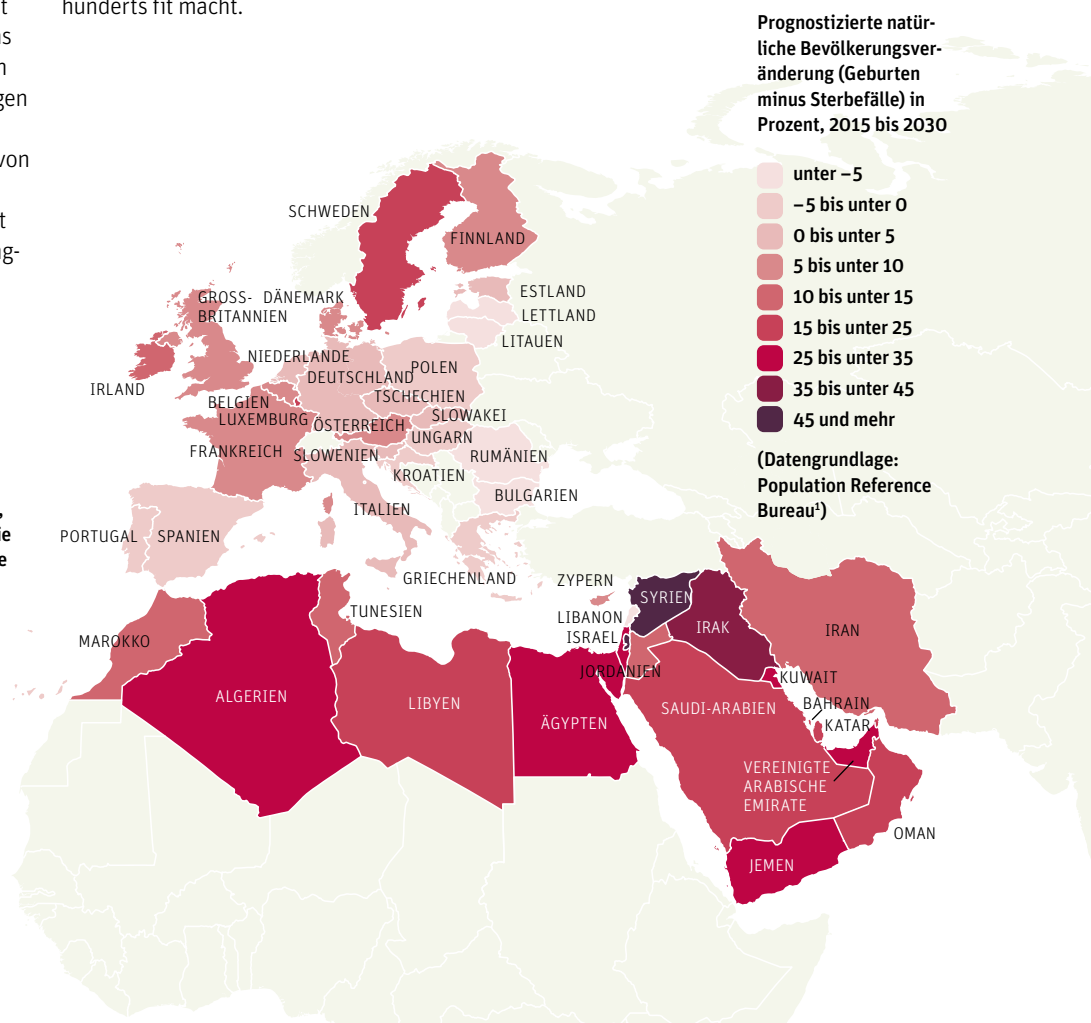
Nur wenige Kilometer trennen die Europäische Union an der schmalsten Stelle des Mittelmeers von einer Region, das sich in den letzten Jahren von einem Gebiet mit einzelnen Konfliktzonen zu einer großflächigen Krisenzone entwickelt hat: Nordafrika und der Nahe Osten. Die Region, auch in Deutschland unter dem englischen Kürzel „Mena“ bekannt, umfasst von Marokko bis Oman, von Katar bis Jemen 19 Staaten, die mit Ausnahme Israels muslimisch geprägt sind und deren gesellschaftliche Entwicklung höchst unterschiedlich weit fortgeschritten ist. Das Gebiet ist geprägt von historisch bedingten Konflikten, von willkürlichen Grenzziehungen nach der Kolonialzeit, von den Folgen des Kalten Krieges, vom Kampf um Rohstoffe, von innerarabischen und innerreligiösen Auseinandersetzungen sowie von dem Konflikt zwischen Israel und Palästina, dem am läng-

sten derzeit existierenden Unruheherd der Welt. Hinzu kommt seit über zehn Jahren die Ausbreitung neuer, besonders barbarischer Terrorgruppen, allen voran des sogenannten Islamischen Staates. Der Mena-Region mangelt es derzeit an vielen Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung: an sozialem Zusammenhalt, an vorausplanenden Regierungen, an Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten und an einem Bildungssystem, das für die Aufgaben des 21. Jahrhunderts fit macht.

Diese Studie beschäftigt sich nur nachrangig mit den aktuellen Krisen und dem Zerfall ganzer Staaten wie Syrien oder Libyen, die in ihrer Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Vielmehr sucht die Studie nach den tiefergehenden, aber lange Zeit kaum beachteten Ursachen der Unzufriedenheit und Frustration in der Region. Diese haben sich seit Jahren hochgeschaukelt. Eher durch Zufall hat die Selbstverbrennung eines

Demografisches Gefälle

Weil die Mena-Region noch in einer relativ frühen Phase der sozioökonomischen Entwicklung steckt, liegen die Kinderzahlen höher als in Europa und die Bevölkerung ist deutlich jünger. Deshalb dürfte die Mena-Bevölkerung bis 2030 um 26 Prozent wachsen, während sie in Europa stagniert, in einzelnen Ländern sogar schrumpft. Nur Zuwanderung kann dort längerfristig für eine Stabilisierung sorgen.



Straßenhändlers im Jahr 2011 die Arabellion in Tunesien ausgelöst. Ihren explosiven Lauf nahmen die arabischen Aufstände durch eine unzufriedene junge Generation, die in den vergangenen Jahren zwar eine immer bessere Schul- oder gar Hochschulausbildung mitbekommen, aber kaum eine Chance erhalten hat, diese gewinnbringend einzusetzen. Diese Menschen fühlen sich zurecht um ihre Zukunft betrogen.

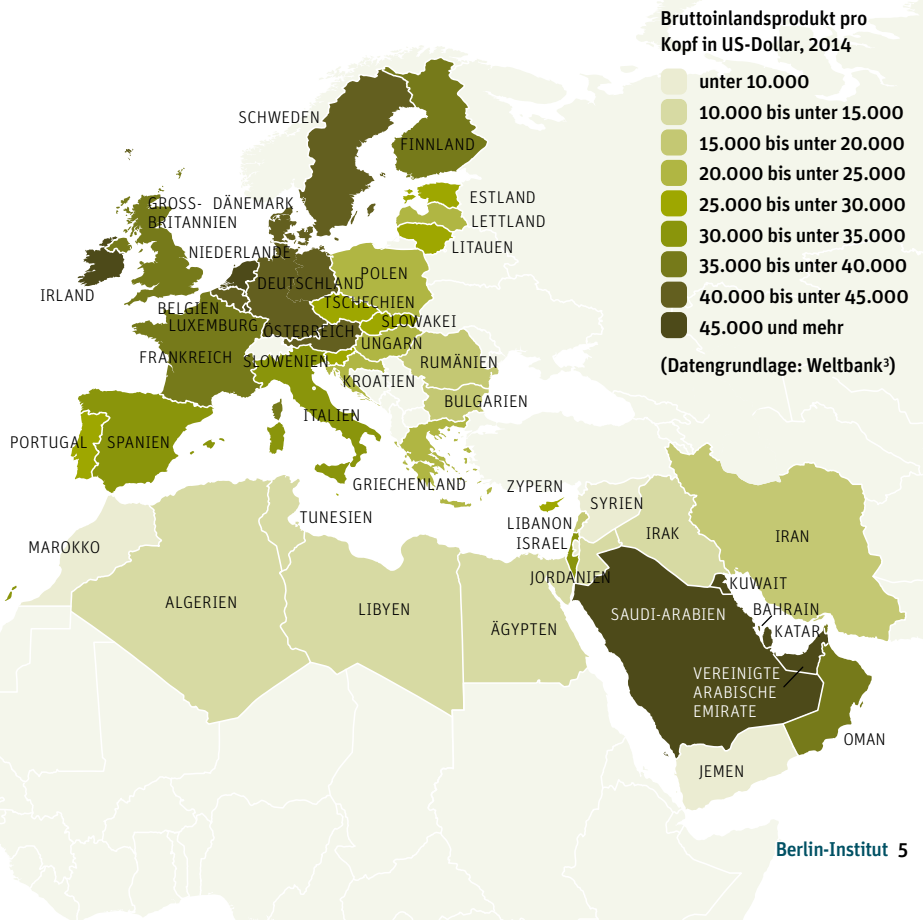
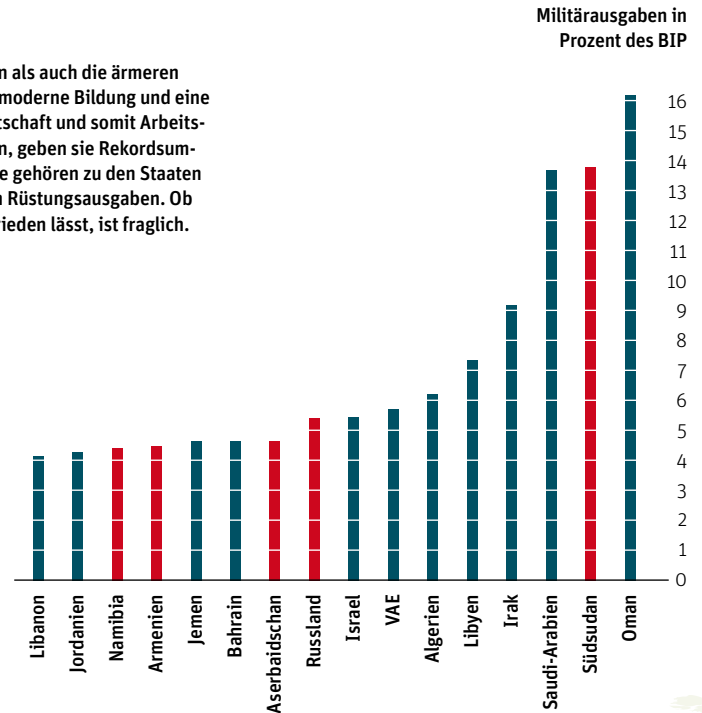
So unterschiedlich die Voraussetzungen in den einzelnen Mena-Ländern sind, so vereint stehen sie vor dem gemeinsamen Problem, ihre Jobkrise lösen zu müssen: Allerorts wächst die Bevölkerung im Erwerbsalter schneller als die Zahl der Arbeitsplätze. Mena ist die Weltregion mit der höchsten Jugendarbeitslosigkeit und der niedrigsten Frauenerwerbsbeteiligung. In manchen Mena-Staaten wie Ägypten oder Tunesien steigt absorderweise die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden mit dem Bildungsstand, während die gering Qualifizierten überwiegend in schlecht bezahlten Jobs mit niedriger Produktivität und ohne soziale Absicherung tätig sind.

Praktisch alle Mena-Länder brauchen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten in privaten Unternehmen, vor allem für junge Menschen. Gleichzeitig müssen sie ihren kostspieligen

Rekordaufrüstung

Obwohl sowohl die reichen als auch die ärmeren Mena-Länder dringend in moderne Bildung und eine Diversifizierung ihrer Wirtschaft und somit Arbeitsplätze investieren müssten, geben sie Rekordsummen für das Militär aus. Sie gehören zu den Staaten mit den weltweit höchsten Rüstungsausgaben. Ob sich damit die Region befrieden lässt, ist fraglich.

Länder mit den höchsten Militärausgaben weltweit, 2015 (Jemen, Vereinigte Arabische Emirate, Libyen 2014) (Datengrundlage: Sipri²⁾)



Arm – reich – sehr reich

Das Einkommens- und Wohlstandgefälle zwischen der EU und den ärmeren Mena-Staaten ist enorm. Der Anreiz, diese Länder auf der Suche nach einem besseren Leben zu verlassen, bleibt deshalb auf absehbare Zeit erhalten. Sollten sich Krisen und Terror in der Region weiter ausbreiten, dürfte auch die Zahl der in Europa Asyl Suchenden zunehmen. Bisher können nur die sehr (Öl-)reichen Länder am Golf ihre Bevölkerung vor Ort halten, unter anderem, weil sie diese mit hohen Subventionen ruhig stellen.

und unproduktiven öffentlichen Sektor zurückfahren, der bislang vielen Menschen ein Auskommen sichert.⁴ Gelingt das nicht rasch, drohen sich die ohnehin schon lähmenden Krisen auszuweiten. Erschwerend kommt hinzu, dass in der Region ein Mangel an Wasser und Nahrungsmitteln herrscht, der sich sowohl durch das Bevölkerungswachstum wie auch durch den Klimawandel verschärfen dürfte. Und als ob das nicht genug Gründe für Krisen wären, zerstört ein neuer Ölpreiskrieg das Geschäftsmodell der vom Rohstoffverkauf abhängigen Mena-Länder. Weil sie sich gegenseitig im Preis für das Schwarze Gold unterbieten, um die jeweiligen Wettbewerber zu schädigen, gefährden sie ihren Wohlstand, der bislang der wichtigste Faktor für den gesellschaftlichen Frieden in den Ländern war. All dies sind keine guten Nachrichten für die Mena-Länder, für deren Bewohner und für alle in Europa, denen die humanitäre Lage der Menschen vor Ort und die wachsende Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen Sorgen bereitet.

Das Paradoxe an der momentanen Situation ist, dass jene Bevölkerungsgruppen, die am meisten für Unruhe sorgen, in anderen Entwicklungsländern einen wirtschaftlichen Aufschwung, einen Entwicklungsschub und

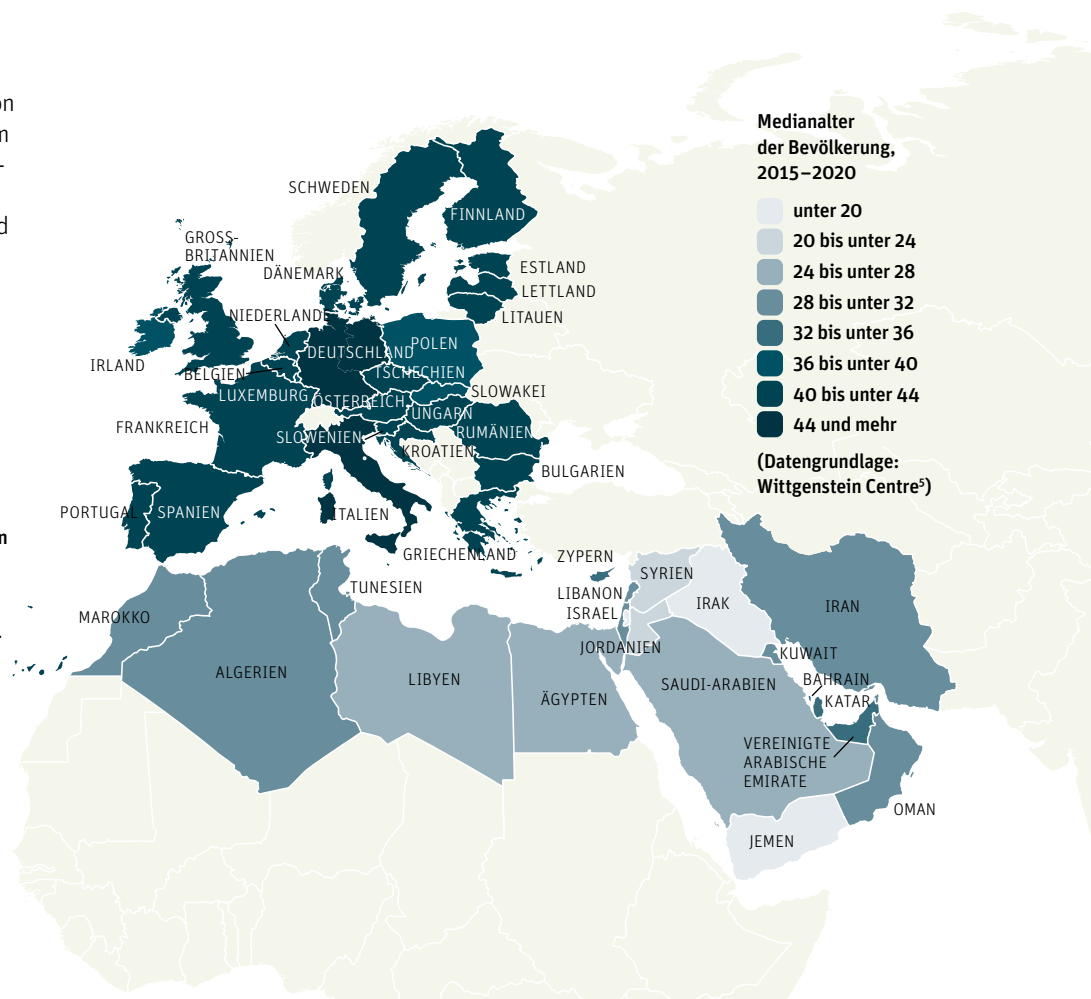
damit den Aufstieg hin zu Schwellen- und Industrieländern bewirkt haben: Wo immer junge Menschen eine halbwegs taugliche Qualifikation und eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekamen, haben sie ihren Volkswirtschaften geholfen, in höhere Stufen der Wertschöpfung aufzusteigen. Im Zuge dieser Entwicklung haben sich die Menschen für kleinere Familien entschieden und konnten so das Bevölkerungswachstum eindämmen. Dieser Umstand eröffnete den Regierungen, den Unternehmen und den Familien die Chance, mehr in kommende Generationen zu investieren. Ein sich selbst verstärkender wirtschaftlicher Aufstieg war programmiert. Die heutigen Industrienationen, die asiatischen Tigerstaaten und später die Länder Lateinamerikas haben sich genau nach diesem Modell entwickelt.

Wir zeigen in der vorliegenden Studie, dass dieser Entwicklungsweg aus der Armut und aus hohem Bevölkerungswachstum, dem bisher alle aufsteigenden Staaten der Welt gefolgt sind, in den Mena-Ländern offensichtlich nicht funktioniert. Dort gelingt es bis dato nicht, das Potenzial einer immer besser qualifizierten Nachwuchsgeneration volkswirtschaftlich nutzbar zu machen. Stattdessen wächst die Krisenanfälligkeit, je mehr junge Menschen mit einer Ausbildung ohne Beschäftigung bleiben.

Daraus zu schließen, Bildung sei ein Unruhestifter und solle möglichst nicht weiter gefördert werden, wäre allerdings fatal. Die Mena-Region muss deutlich mehr in Bildung investieren, denn bislang reicht der Kenntnisstand in den meisten Ländern bei weitem nicht aus, um den Anschluss an die globale

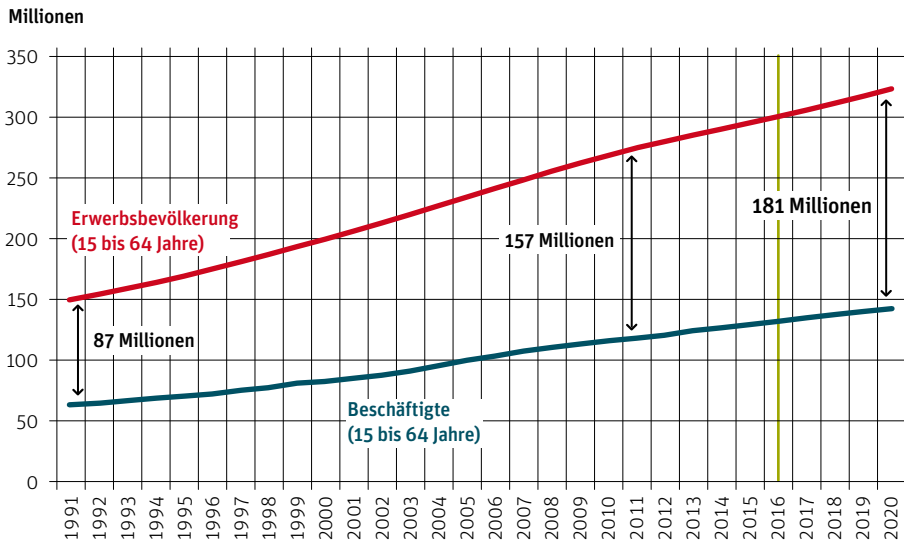
Jung im Süden, alt im Norden

Niedrige Kinderzahlen und eine wachsende Lebenserwartung sorgen in Europa für eine alternde Bevölkerung. Demgegenüber sind die Mena-Länder jünger, einige sogar deutlich. Doch was auf den ersten Blick nach einem demografischen Vorteil aussieht, entpuppt sich rasch als Problem: Denn für die vielen jungen Menschen fehlt es an auskömmlicher Arbeit und wenn sie keine Rolle in der Gesellschaft finden, bedeuten sie ein großes Unruhepotenzial. Alternde Gesellschaften sind demgegenüber wesentlich friedlicher und sie können ihre Bevölkerung leichter beschäftigen – speziell, wenn sie gut qualifiziert ist.



Jobmangel – das größte Problem der Region

Seit Jahren finden in der Mena-Region nur gut 40 Prozent der Bevölkerung im Erwerbsalter eine Beschäftigung. Daran dürfte sich auch künftig wenig ändern, denn diese Gruppe wächst weiter stark, während es an innovativen Privatunternehmen mangelt, die den Menschen Einkommensmöglichkeiten bieten könnten.



Zahl der Menschen im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre) und Beschäftigte in dieser Altersgruppe in Millionen (Datengrundlage: Schätzungen der ILO⁶)

Wissensgesellschaft zu ermöglichen. Bildung ist, und hier ist der Begriff ausnahmsweise einmal angebracht, alternativlos für die Entwicklung der Gesellschaften und das gilt sowohl für die berufliche wie für die universitäre Bildung. Was die Mena-Staaten neben besserer Bildung benötigen, sind vor allem Arbeitsplätze in innovativen, privaten Unternehmen, um den jungen Menschen, vor allem auch den bislang massiv benachteiligten Frauen, eine Lebensperspektive zu bieten.

Diese Perspektiven sind notwendig, um die Anfälligkeit für unvorhersehbare Konflikte zu minimieren. Die Arabellion in Tunesien hat gezeigt, dass ein winziger Funke genügt, um eine ganze Weltregion, die an vielen Stellen unter Spannung steht, in Brand zu setzen. Seither haben sich die Spannungen nicht reduziert, sondern ausgeweitet. Allein die allseits bekannten Probleme füllen Bände. Sie reichen von dem iranisch-saudischen Wettstreit um die arabische Vorherrschaft über den Menschen-, Drogen- und Waffenhandel durch die Sahara, bis hin zu dem Konfliktgemeinde in Irak und Syrien, in welches auch externe Kräfte wie die Türkei und die beiden Supermächte USA und Russland verstrickt sind.

Hinzu kommen Entwicklungen, von denen wir heute noch gar keine Vorstellung haben, aber dennoch wissen, dass sie stattfinden werden, etwa das Aufkommen neuer Terrorgruppen. Die Sicherheitsforschung bezeichnet solche Entwicklungen als „known unknowns“, also als künftige Ereignisse, von denen wir wissen, dass wir nichts über sie wissen. In diesem Zusammenhang werden sogar „unknown unknowns“ diskutiert, also Entwicklungen von denen wir nicht einmal wissen, dass wir nichts über sie wissen, auf die man sich aber trotzdem in irgendeiner Weise präventiv vorbereiten muss.⁷

Eine Außenpolitik, die lange daran gewöhnt war, bedrohliche Krisen einzeln abzuarbeiten, muss sich nun darauf einstellen, ein komplexes Geflecht von miteinander verwobenen regionalen und internationalen Krisen zu kontrollieren, die sich gegenseitig verstärken können, deren Entstehung sich oft gar nicht mehr nachvollziehen lässt und deren Auswirkungen Europa immer unmittelbarer treffen. Diese Krisen in der direkten Nachbarschaft der alten Welt werden die deutsche und europäische Außenpolitik auf absehbare Zeit beschäftigen.

Berlin, im Mai 2016
Reiner Klingholz
Direktor, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

MENA IN DER KRISE

Das Gebiet des Nahen Ostens und Nordafrikas, aus dem Englischen abgeleitet auch hierzulande meist als Mena bezeichnet, zählt zu den krisenhaftesten Regionen der Welt. 8 von 19 Mena-Staaten finden sich in der Gruppe der 50 instabilsten Staaten weltweit. 4 davon, Syrien, Libyen, Irak und Jemen, können als „gescheitert“ erklärt werden.

Schlechte Regierungsführung, Korruption, religiöse und ethnische Konflikte haben über Jahre hinweg zu diesen Krisen beigetragen. Im Kern vieler Probleme aber steht der Umstand, dass die Bevölkerung im Erwerbsalter seit vielen Jahren schneller wächst als die Zahl der Arbeitsplätze. Während die Mena-Region nach Subsahara-Afrika schon heute die zweithöchsten Arbeitslosenquoten der Welt verzeichnet, drängen bis 2030 jährlich fast fünf Millionen zusätzliche Kräfte auf den Arbeitsmarkt.

Aufgrund der geografischen Nähe und langjähriger politischer und wirtschaftlicher Verflechtungen hat die Mena-Region für Europa eine hohe Bedeutung. Eine zunehmende Destabilisierung der Region würde einen konstruktiven Austausch weiter erschweren. Mit einem Anstieg der Flüchtlingszahlen aus Mena stiege auch die Gefahr terroristischer Anschläge und einer Verlagerung der dortigen Konflikte nach Europa Umgekehrt böte eine Stabilisierung der Region wichtige Absatzmärkte für die europäische Wirtschaft und ein Reservoir für hierzulande dringend benötigte Fachkräfte.

SONDERFALL DER ENTWICKLUNG

Wie in anderen Schwellen- und Entwicklungsländern auch sind in den Mena-Ländern in den letzten Jahren die Kinderzahlen je Frau zum Teil deutlich gesunken. Dadurch ist der Anteil der Erwerbsfähigen in den Gesellschaften gestiegen, was einen potenziellen volkswirtschaftlichen Nutzen darstellt. Gleichzeitig haben sich Einschulungsraten und Bildungswerte verbessert. Doch während diese gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse anderswo auf der Welt zu wirtschaftlichem Aufschwung, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zu mehr politischer Stabilität geführt haben, lassen sich diese Effekte in Mena nicht beobachten. Dort steigt im Gegenteil mit dem Anteil der besser Gebildeten in der Erwerbsbevölkerung das Risiko der politischen Instabilität. Bildung, die anderenorts den Einstieg in höhere Wertschöpfung bedeutet, führt in Mena eher zu Konflikten. Das eigentliche Potenzial der vielen jungen Erwerbsfähigen wird nicht genutzt.

WO LIEGEN DIE DEFIZITE?

Drei wichtige Gründe erklären das Entwicklungsparadox der Mena-Region:

Erstens sind die Bildungswerte zwar formal gestiegen, die Bildungsqualität entspricht aber selten den Anforderungen des 21. Jahrhunderts. Schulkinder erlangen zu wenig Mathematik-, Lese- oder Problemlösungskompetenzen. Naturwissenschaftliche Fächer und Fremdsprachen, die international wettbewerbsfähig machen würden, spielen eine untergeordnete Rolle. Berufliche Bildung hat außerhalb von Israel und Iran kaum eine Bedeutung. Trotz steigender Akademikerquoten fehlen Fachkräfte mit wirtschaftsrelevanten Qualifikationen, weil sich die meisten Studierenden für Fächer entscheiden, die ihnen den Eintritt in den Staatsdienst ermöglichen.

Zweitens ist das innovative, private Unternehmertum in den Mena-Ländern kaum verbreitet. Es fehlt an erfolgreichen, kleinen und mittelständischen Firmen, die weltweit die Job- und Wachstumsmotoren der Volkswirtschaften sind. Dagegen gibt es zahllose Kleinstunternehmen mit wenigen Beschäftigten und geringer Produktivität, die nur einfache Waren und Dienstleistungen anbieten. Die Gründungsrate in Mena liegt niedriger als in jeder anderen Weltregion mit Ausnahme Subsahara-Afrikas. Neugründungen haben es zudem schwer, sich gegen Staatsbetriebe und die wenigen privaten Großunternehmen mit engen Staatskontakten durchzusetzen.

Drittens bleiben Frauen trotz häufig guter Qualifikation am Arbeitsmarkt marginalisiert. Nicht einmal jede dritte Frau zwischen 25 und 34 Jahren geht einer bezahlten Arbeit nach oder sucht eine solche. Einzig in Israel erreichen Frauen etwa die gleiche Erwerbsbeteiligung wie Männer. Auch das Unternehmertum ist unter Frauen kaum verbreitet. Damit geht der Region ein enormes Potenzial verloren: Nach Schätzungen läge das Mena-Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um beinahe drei Billionen Dollar über dem prognostizierten Niveau, wenn die heute bestehenden Geschlechterungleichheiten beseitigt würden.

REGIONALE UNTERSCHIEDE

Die 19 Mena-Staaten unterscheiden sich teilweise erheblich voneinander. Insgesamt reicht das Spektrum von sehr hohem Lebensstandard (in Katar oder den Vereinigten Arabischen Emirate) über ein mittleres Niveau (Iran) bis zu verbreiteter Armut (Jemen) sowie von politisch stabil bis instabil.

Zu den stabileren Mena-Ländern zählen Bahrain, Israel, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Sie stellen mit 58 Millionen Einwohnern etwa 14 Prozent der Mena-Bevölkerung. Im Jahr 2030 dürften es über 72 Millionen sein.

Die Gruppe der instabileren Mena-Länder besteht aus Algerien, Iran, Irak, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Oman, Palästina, Syrien, Tunesien, Ägypten und Jemen. Dort leben heute rund 363 Millionen Menschen. Bis 2030 ist ein Wachstum auf 458 Millionen zu erwarten.

Insbesondere den instabileren Staaten bereitet das Bevölkerungswachstum erhebliche Probleme, vor allem, weil sich dort die Arbeitslosigkeit weiter ausbreitet. Aber auch die stabileren Staaten, von denen die meisten durch Rohstoffeinnahmen zu großem Reichtum gekommen sind, haben ein Beschäftigungsproblem. Bislang bietet dort der Verwaltungsapparat noch viele hoch vergütete Arbeitsplätze. Doch aufgrund des Wachstums der Erwerbsbevölkerung, exorbitant hoher Militärausgaben und des derzeit niedrigen Ölpreises steht das Gesellschaftsmodell dieser Staaten zusehends in Frage.

WAS ZU TUN WÄRE

Alle Mena-Staaten sollten sich deshalb mehr oder weniger den gleichen Aufgaben widmen um ihren Bevölkerungen Perspektiven zu bieten und einen Entwicklungs- und Friedensprozess für die Region zu ermöglichen. Dazu müssen sie das Bildungsniveau ihrer Bevölkerungen anheben, moderne Lehrpläne und -methoden einführen und junge Menschen in ihrer gesamten Bildungskarriere auf die Anforderungen der Privatwirtschaft vorbereiten. Sie müssen Bedingungen für ein erfolgreiches und wettbewerbsfähiges Unternehmertum schaffen, das ausreichend entlohnte Arbeitsplätze schafft. Und sie müssen die Gleichberechtigung von Frauen auf allen Eben des öffentlichen und des Berufslebens ermöglichen.

Durch Maßnahmen in diesen drei Bereichen ließen sich in den Mena-Ländern wichtige Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und politische Stabilität schaffen. Diese Aufgaben richten sich an die Regierungen der jeweiligen Länder, an die Wirtschaft vor Ort und an ausländische Investoren, an Nicht-regierungsorganisationen und die offizielle internationale Zusammenarbeit.

1

WARUM DER NAHE OSTEN UND NORDAFRIKA FÜR EUROPA VON GROSSER BEDEUTUNG SIND

Die Region Naher Osten und Nordafrika umfasst von ihrem westlichsten Punkt in Marokko bis zu ihrem nordöstlichen Ende in den Gebirgshöhen des Iran und dem östlichsten Teil an der omanischen Küste des Arabischen Meeres insgesamt 19 Länder. Die Region ist die Geburtsstätte des Islam, beheimatet seine wichtigsten Heiligtümer und nimmt damit in der globalen muslimischen Gesellschaft eine tragende Rolle ein – auch wenn gerade einmal jeder fünfte der weltweit rund 1,6 Milliarden Muslime in einem der Mena-Länder lebt.¹

Mit Ausnahme der meisten Israelis ist die Mehrheit der Menschen in den Mena-Ländern muslimischen Glaubens. Doch davon abgesehen dominieren vor allem die Gegensätze. Die Region gilt als eine der instabilsten der Welt. Seit Jahrzehnten halten inner- und zwischenstaatliche Auseinandersetzungen die Ländergruppe in Atem – etwa der dauerhaft schwelende Israel-Palästina-Konflikt, die Golf- und Irakkriege oder die Arabellionen, welche in vielen Ländern zu Umstürzen und Regierungswechseln geführt und mancher-

orts bis heute anhaltende Bürgerkriege nach sich gezogen haben. Mit Jemen, Irak, Libyen und Syrien befinden sich 4 der 19 Mena-Länder im Krieg oder in kriegsähnlichen Zuständen. Das Aufkommen des sogenannten Islamischen Staats und seiner Ableger hat die ohnehin kritische Lage weiter ins Wanken gebracht.

Heute stellt die Mena-Region einen Risikofaktor für Europa dar. Zum einen, weil mit einer weiteren Destabilisierung der Region die Zahl islamistisch begründeter Terrorakte in Europa zunehmen könnte. Zum anderen, weil bei einer Ausweitung der Konfliktzonen mit wachsenden Flüchtlingszahlen nach Europa zu rechnen ist, im schlimmsten Fall sogar mit einer Verlagerung innerarabische ethnischer und religiöser Konflikte in die europäische Gesellschaft. Darüber hinaus ist auch in den Mena-Ländern, in denen derzeit weitgehend Ruhe herrscht, die Zahl der Auswanderungswilligen groß: In Algerien und dem Libanon

etwa denkt angesichts schwieriger politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse mehr als die Hälfte der jungen Menschen zwischen 18 und 29 Jahren darüber nach, ihr Land zu verlassen.²

Der Mena-Raum bildet aber auch selbst einen Flüchtlingskorridor: Die an die Kriegsgebiete angrenzenden Länder wie Jordanien, Libanon und Türkei nehmen selbst sehr viele Flüchtlinge auf, sind jedoch häufig nur vorübergehende Ziele von Flüchtlingen, die langfristig auf der Suche nach einem sicheren Daseinsort sind. Gleichzeitig treibt die Perspektivlosigkeit jährlich Tausende aus Subsahara-Afrika durch die Mena-Länder in Richtung Europa. Unter großen Gefahren versuchen sie, das Mittelmeer zu überwinden – auch wenn sie als sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge am Ende ihrer Reise kaum eine realistische Chance haben, den Traum von Wohlstand in einer neuen Heimat zu verwirklichen. Die Schreckensmeldungen über die oftmals tödlichen Überfahrten erschüttern die europäische Öffentlichkeit, aber sie

haben den Strom der Verzweifelten bisher in keiner Weise abgemildert. Eine Lösung für dieses Problem kann es nur gemeinsam mit den Mena-Ländern geben. Denn solange die südlichen Mittelmeeranrainer daran scheitern, ihre Grenzen zu überwachen und Schlepperbanden dingfest zu machen, werden die Menschen weiterhin riskante Überfahrten wagen.³

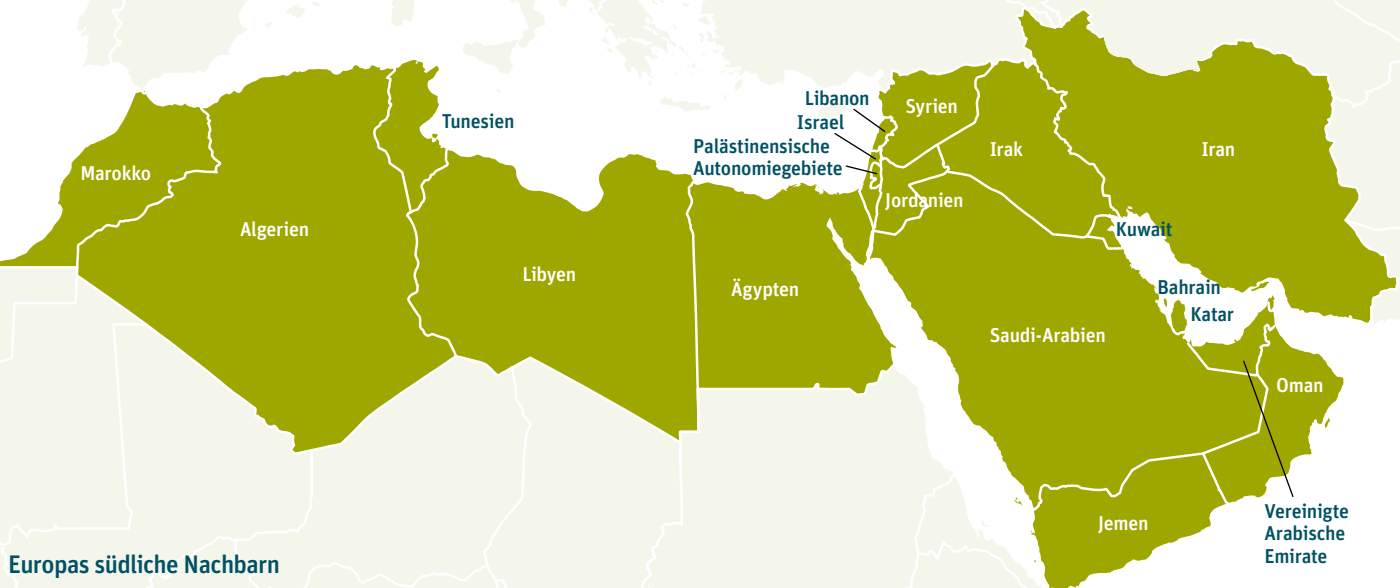
Mit der Mena-Region liegt somit ein Pulverfass vor den Toren Europas. Umgekehrt könnten die Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas zu wichtigen Partnern der Europäer werden – dann, wenn es gelänge, ihnen und ihren Bewohnern eine wirtschaftliche Perspektive zu bieten und die Länder auf diesem Weg der Entwicklung zu stabilisieren, wie es in anderen Weltregionen längst gelungen ist. Viele Mena-Länder verfügen neben

den klassischen Energieträgern Öl und Gas auch über die Ressourcen Wind und Sonne und könnten damit künftig zum Erreichen der globalen Klimaziele und zur hiesigen Energiesicherung beitragen – und damit auch zur Umsetzung der Energiewende, eines der zentralen Projekte der Bundesregierung. Eine Wohlstandsregion im Nahen Osten und in Nordafrika böte der europäischen Wirtschaft darüber hinaus einen lukrativen Absatzmarkt. Deutsche Markenprodukte etwa stehen bei der arabischen Jugend hoch im Kurs und sind deutlich beliebter als Waren aus Ostasien.⁴

Vor dem Hintergrund des anstehenden Fachkräftemangels in Deutschland und anderen alternden EU-Staaten könnten Partnerschaften

mit den Mena-Ländern dazu dienen, Engpässe in Europa zu überwinden: In der Mena-Region lebt eine große Zahl junger Menschen im Erwerbsalter, die mit geeigneter Ausbildung eine Bereicherung für die hiesige Wirtschaft darstellen könnten. Weil ein erheblicher Teil der Arbeitsmigranten nach einigen Jahren in ihre Heimatländer zurückkehrt, könnten sie mit zusätzlich erworbenen Qualifikationen zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung im Mena-Raum beitragen.

Um diese Entwicklung auch durch die deutsche Außenpolitik zu befördern, gilt es zunächst zu verstehen, warum die Region heute besonders instabil ist und weshalb sich die Lage in den vergangenen Jahren eher verschlechtert als verbessert hat.



Die Mena-Region umfasst insgesamt 19 Länder. Viele von ihnen liegen als Mittelmeeranrainer vor den Toren Europas. Wie sich diese Länder entwickeln, ist deshalb von hoher Bedeutung für Deutschland und die EU.

2

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG UND POLITISCHE STABILITÄT

Damit die Mena-Region ein verlässlicher Partner für Deutschland und Europa werden kann, ist es wichtig, dass sich die Länder politisch stabilisieren. Nur auf diesem Wege können sie langfristig für wirtschaftliches Wachstum und größeren Wohlstand sorgen. Während sich seit Ende des Kalten Krieges in den meisten Ländern der Welt die Lebensbedingungen verbessert haben und die Zahl der Konfliktopfer gesunken ist, bleibt die Lage in vielen Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas angespannt.⁵

Vielerorts in Mena gelingt es den Machthabern weder, ihren Bevölkerungen Sicherheit zu garantieren, noch sie ausreichend mit Strom und Trinkwasser, Ärzten und Krankenhäusern, Lehrern und Schulen sowie mit einem intakten Verwaltungsapparat zu versorgen. Ein Ergebnis dieser Missstände sind öffentliche Proteste bis hin zu bewaffneten Aufständen.

Kaum einer der Mena-Staaten erfüllt alle drei Minimalkriterien für politische Stabilität: Sie haben erstens häufig nicht die **Autorität** und die dafür notwendigen Mittel ihr Machtmonopol durchzusetzen. Es mangelt ihnen zweitens an **Effektivität**, also der Fähigkeit, eine funktionierende Infrastruktur bereitzustellen. Und es fehlt drittens an **Legitimität**, weil die Bevölkerung die Rechtmäßigkeit der staatlichen Macht nicht oder nicht ausreichend anerkennt.⁶ Der Begriff der politischen Stabilität beinhaltet keinerlei Aussage über den Demokratisierungsgrad eines Landes. Solange die genannten drei Kriterien erfüllt sind, gelten auch Autokratien als stabil.

Es gibt eine Vielzahl von Daten, die Informationen darüber liefern, ob Staaten zumindest Teilaspekte der genannten Minimalkriterien erfüllen. Beispielsweise lässt sich anhand der Zahl der Krankenhausbetten pro Kopf abschätzen, wie gut die medizinische Versorgungslage in einem Land ist. Auf Basis von qualitativen Umfragen oder Medienberichten liefern andere Indikatoren Hinweise über den Grad der Zufriedenheit in der Bevölkerung oder die Konfliktlage in einem Land ein. Unter Verwendung einer Vielzahl von

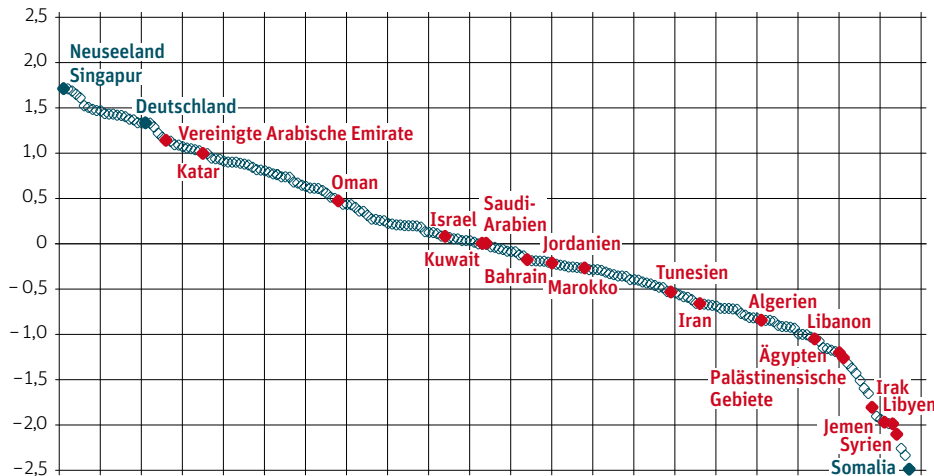
Datenquellen hat die Weltbank mit den *World Governance Indicators* sechs Indikatoren zusammengestellt, welche die Leistungsfähigkeit von Staaten beschreiben und diese auf einer Skala von -2,5 bis +2,5 bewerten. Zwei dieser Indikatoren bilden die drei Minimalkategorien für politische Stabilität ab. Der erste Indikator misst, ob in den Ländern Proteste, Terroranschläge oder kriegsähnliche Auseinandersetzungen wahrscheinlich sind. Der zweite Indikator misst, ob die öffentliche Verwaltung und der Polizeiapparat funktionieren und ob der Staat in der Lage ist, seine Bevölkerung mit Elektrizität, Trink- und Abwasserleitungen, Straßen, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen zu versorgen.⁷ Der Mittelwert aus beiden Indikatoren wird für diese Studie als Messgröße für die politische Stabilität herangezogen.

Für 207 Länder kann diese auf diese Art gemessen werden. Die meisten Länder mit hoher Stabilität finden sich in der westlichen Hemisphäre oder unter den entwickelten Ländern Asiens und Ozeaniens. Neuseeland und

Viele Länder instabil

Staaten, die in ihrer Bevölkerung Legitimität genießen, die ihr Machtmonopol durchsetzen und ihre Bewohner angemessen mit einer funktionierenden Infrastruktur versorgen können, gelten als politisch stabil.⁸ Unter den dreißig instabilsten Ländern der Welt befinden sich sieben in der Mena-Region. Nach Somalia, Südsudan und der Zentralafrikanischen Republik gilt Syrien als das weltweit viertinstabilste Land. Mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (Platz 26) findet sich nur ein Mena-Staat im oberen Teil der Skala.

Grad der politischen Stabilität



Grad der politischen Stabilität in 207 Ländern, 2014
(Datengrundlage: Weltbank⁹, eigene Berechnungen)

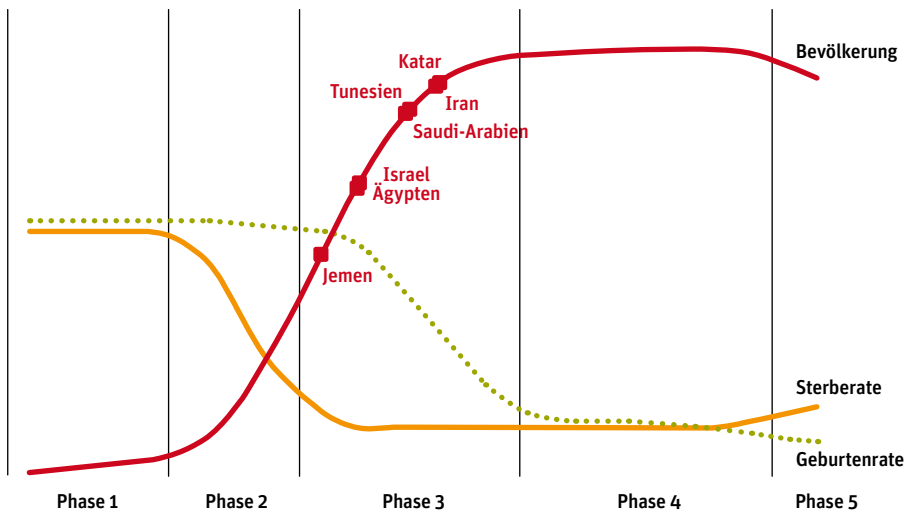
Singapur weisen den höchsten Grad der politischen Stabilität auf, Deutschland findet sich unter den 30 stabilsten Ländern weltweit. Mit den Vereinigten Arabischen Emiraten schafft es nur eines der 19 Mena-Länder in diese Spitzengruppe. Daneben liegen noch Katar und Oman unter den 70 stabilsten Ländern. Die vier Mena-Staaten Irak, Jemen, Libyen und Syrien zählen zu den zehn instabilsten der Welt.

In Anbetracht ihrer Wirtschaftskraft müsste es den meisten Mena-Ländern jedoch deutlich leichter fallen, für politische Stabilität zu sorgen. Es muss also andere Gründe als eine schlechte wirtschaftliche Verfassung geben, die in den Mena-Ländern die politische Instabilität befördern. Das Berlin-Institut hat diese Gründe in demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen dieser Staaten gesucht.

2.1 Viele junge Erwerbsfähige – Risiko oder Chance?

In den vergangenen Jahren hat sich die demografische Lage in der Mena-Region massiv verändert. Die meisten dieser Länder befinden sich im sogenannten demografischen Übergang von hohen zu niedrigeren Kinderzahlen pro Frau, also in einer Phase stark rückläufiger Fertilitätsraten. Dadurch hat sich die Altersstruktur der Bevölkerungen gewandelt: Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahre ist im Verhältnis zur Gruppe der Erwerbsfähigen zwischen 20 und 64 Jahren kleiner geworden. Hingegen ist vielerorts der Anteil der jungen Erwerbsfähigen zwischen 20 und 29 Jahren an der Erwerbsbevölkerung gewachsen.

Die Sozialwissenschaften sind sich einig darin, dass der demografische Übergang einen großen Einfluss auf die politische Stabilität nimmt. Uneins sind sie allerdings darüber, ob dieser sich eher positiv oder negativ auswirkt. Zwei Theorie-Schulen treffen hierbei unterschiedliche – wenn auch nicht gänzlich widersprüchliche – Aussagen: Die erste, konflikttheoretisch geprägte Schule unterstellt, dass ein starkes Bevölkerungswachstum, insbesondere rasche Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, destabilisierend wirken.¹⁰ Die zweite, ökonomisch orientierte Schule geht davon aus, dass große Anteile junger, arbeitsfähiger Menschen einen wirtschaftlichen Aufstieg und wachsenden Wohlstand ermöglichen und somit Stabilität erzeugen.



Schematische Darstellung der Entwicklung von Geburten- und Sterberaten sowie der Gesamtbevölkerung

Der demografische Übergang

Alle Gesellschaften durchlaufen früher oder später den sogenannten demografischen Übergang. Am Beginn dieser Entwicklung stehen dabei sowohl hohe Kinderzahlen wie auch eine hohe Sterblichkeit, so dass die Bevölkerung kaum wächst. Wenn sich die Lebensbedingungen verbessern, sinken die Sterberaten, vor allem jene der Kinder und in dieser zweiten Phase wächst eine Bevölkerung stark. Aufgrund des besseren Lebensstandards entscheiden sich nach einer gewissen Zeit viele Familien für weniger Nachwuchs und folglich reduziert sich in der dritten Phase des Übergangs das Bevölkerungswachstum. In hoch entwickelten Ländern sinkt die Geburtenrate sogar unter die Sterberate, so dass nicht nur das Bevölkerungswachstum endet, sondern ohne Zuwanderung sogar ein Einwohner-schwund einsetzt. Berücksichtigt man alleine das natürliche Bevölkerungswachstum, also Geburten und Sterbefälle, nicht aber Zu- und Abwanderung, dürfte Katar von allen Mena-Ländern im demografischen Übergang am weitesten fortgeschritten sein. In Jemen dagegen hat er gerade erst begonnen.

Demografisches Risiko? – Die konflikt-theoretische Schule

In zahlreichen Konflikttheorien nehmen demografische Faktoren einen besonderen Stellenwert ein. Ihnen zufolge stellt starkes Bevölkerungswachstum viele Länder vor kaum zu bewältigende Aufgaben, denn es bedeutet die Nachfrage nach immer mehr staatlichen Leistungen. Als zusätzliches Risiko kommt eine sich wandelnde Altersstruktur hinzu, die alle Länder im demografischen Übergang (siehe Abbildung) von hohen zu niedrigen Kinderzahlen erleben: In der frühen Phase 3 des Übergangs müssen die Menschen im Erwerbsalter für eine sehr große Zahl von Kindern und Jugendlichen sorgen, während für die eigenen Bedürfnisse nur wenig Spielraum bleibt.¹¹ Das setzt nicht nur Familien unter Druck, sondern auch öffentliche Verwaltungen, denen die Mittel und Möglichkeiten fehlen, die notwendige Infrastruktur in Form von Schulen oder Gesundheitsdiensten bereit

zu stellen. Diese Länder können ihre Bevölkerung kaum effektiv versorgen und scheitern damit an einem der drei genannten Minimal-kriterien für politische Stabilität.

Die meisten Mena-Länder haben diese Phase des demografischen Übergangs bereits durchlaufen. Sie stehen aber vor der nächsten Herausforderung: Denn sobald die Fertilitäts-raten zurückgehen, wächst die Zahl der jungen Menschen im Erwerbsalter zwischen 20 und 29 Jahren überproportional. Dabei handelt es sich um jene Jahrgänge, die noch aus den Zeiten höherer Kinderzahlen stammen. Sie bilden einen sogenannten Jugendüberhang, in der Fachliteratur als *Youth Bulge* bezeichnet. Wenn es nicht gelingt, diesen jungen Erwachsenen gute Arbeitsmöglichkeiten und damit einen Platz in der Gesellschaft zu verschaffen, neigen insbesondere die Männer dieser Gruppe dazu, gegen Missstände notfalls auch mit Gewalt aufzubegehren. Dies ist umso mehr der Fall, je besser diese Personen gebildet sind und keinen Weg sehen, ihr Talent und ihre Leistungsbereitschaft gewinnbringend einzusetzen.

Nicht zuletzt spielt eine große Rolle, wo die Menschen leben. In vielen Entwicklungsländern wachsen Zahl und Anteil der Stadtbewohner rasant. Viele Städte kommen kaum hinterher, die notwendigen Jobs und die Infrastruktur für die vielen neuen Bewohner bereit zu stellen. In Städten fällt es den Menschen zudem leichter, sich zu vernetzen und zu organisieren. Deshalb ist dort die Wahrscheinlichkeit von Protesten größer als auf dem Land – und das, obwohl in ländlichen Gebieten die Lebensverhältnisse oft schlechter sind als in der Stadt.¹²

Übersetzt in die drei Minimal-kriterien für politische Stabilität bedeuteten diese Veränderungen, dass der Staat seine oft ohnehin schon geringe Effektivität bei der Bereitstellung öffentlicher Daseinsvorsorge weiter verliert. Dadurch büßt er die Unterstützung der Bevölkerung ein, also seine Legitimität und wird durch Proteste und Aufstände in seiner Autorität herausgefordert.

Demografische Chance? – Die ökonomisch geprägte Schule

Im Gegensatz zu diesen möglichen negativen Folgen des demografischen Wandels in Entwicklungsregionen verweisen insbesondere Ökonomen auf das große Potenzial sich wandelnder Bevölkerungsstrukturen. Zwar sehen auch sie die Lage besonders kinderreicher Gesellschaften eher kritisch. Doch viele Wirtschaftswissenschaftler glauben, dass die Chancen auf einen wirtschaftlichen Aufschwung wachsen, sobald sich der altersmäßige Schwerpunkt einer Gesellschaft erst einmal von der Kindheit in höhere Altersgruppen verschiebt. Nach dieser Vorstellung stellt ein *Youth Bulge* eine Chance dar, einen „demografischen Bonus“, der sich unter geeigneten Rahmenbedingungen in eine „demografische Dividende“ verwandeln lässt.

Als Paradebeispiel dafür gelten die südostasiatischen Wirtschaftswunderländer Südkorea und Singapur, die sich binnen weniger Jahrzehnte von bitterarmen Staaten zu Wissens- und Wohlstandsgesellschaften entwickelt haben. Ihnen ist gelungen, woran viele Länder heute zu scheitern scheinen: Sie schufen in der späten Phase 3 des demografischen Übergangs für die anteilig sehr große Erwerbsbevölkerung Arbeit im Niedriglohnsektor und investierten gleichzeitig in die Ausbildung der kleiner werdenden nachwachsenden Generationen. So fand eine große, junge, aber nur mäßig gebildete Generation auskömmliche Arbeit in der Massenfertigung und ließ die Wirtschaft wachsen, während der Nachwuchs immer besser qualifiziert wurde, in höhere Ebenen der industriellen Wertschöpfungskette aufsteigen konnte und damit mehr erwirtschaftete als seine zahlenmäßig stärkeren Elternjahrgänge.

Für die Einschätzung der politischen Stabilität bedeutet das: Dadurch, dass diese Länder die Versorgung ihrer Einwohner verbessern, können sie ein hohes Maß an Effektivität

erzeugen. Die staatliche Legitimität wird weniger in Frage gestellt und es kommt seltener zu Konflikten, welche die Autorität der Regierungen untergraben.

Heute zählen beide asiatischen Staaten zu den wohlhabendsten und technologisch fortschrittlichsten weltweit. Schätzungen zufolge ging ein Drittel ihres Wirtschaftswachstums zwischen 1965 und 1990 auf den demografischen Bonus zurück, also auf eine Bevölkerungsstruktur, die in anderen Ländern als gefährlicher *Youth Bulge* große Probleme bereitet.¹³ Im weltweiten Vergleich der politischen Stabilität belegt Singapur Platz 1 und Südkorea Platz 57. Der demografische Übergang hat in den asiatischen Tigerstaaten also entgegen den Annahmen der Konflikttheoretiker nicht zu weniger, sondern zu mehr wirtschaftlicher Prosperität und politischer Stabilität geführt.

2.2 Wie politische Stabilität und Bevölkerungswandel zusammenhängen – eine Analyse

In vielen Ländern der Mena-Region herrscht derzeit eine politisch schwierige Lage, obwohl sie theoretisch ihren hohen Anteil junger Menschen zu einem wirtschaftlichen Aufstieg nutzen könnten. Die beschriebenen demografischen Stabilisierungsfaktoren scheinen sich hier nicht niederschlagen. Es findet sich in diesen Ländern vielmehr auf den ersten Blick ein Beleg für die Annahmen der Konflikttheoretiker. Es scheint in der Mena-Region bestimmte Faktoren zu geben, die verhindern, dass die Länder eine demografische Dividende einfahren und politische Stabilität hinzugewinnen können. Um diese These zu prüfen, haben wir in einer statistischen Analyse untersucht, ob demografische Faktoren in der jüngeren Vergangenheit im weltweiten Vergleich einen Einfluss auf die

politische Stabilität genommen haben und ob die Mena-Region dabei eine Sonderrolle einnimmt.

Zu diesem Zweck haben wir drei Untersuchungsgruppen gebildet: Die erste umfasst weltweit alle Länder¹⁴, für die Daten vorlagen, unabhängig von ihrem sozioökonomischen Entwicklungsstand (115 Länder mit Ausnahme der Mena-Staaten). Die zweite Gruppe beinhaltet 71 Entwicklungsländer (ebenfalls ohne Mena) und die dritte Gruppe umfasst die 19 Mena-Staaten.

Mithilfe einer sogenannten Panelanalyse haben wir für jede Ländergruppe untersucht, ob und wie bestimmte Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur im 15-Jahres-Zeitraum zwischen 1995 und 2010 den Grad der politischen Stabilität beeinflusst haben.¹⁵ Die Folgen des Arabischen Frühlings im Jahr 2011 sind dabei bewusst nicht berücksichtigt. Die damit verbundenen Proteste und gewalttätigen Konflikte haben zwar zunächst einmal die politische Stabilität in vielen Mena-Ländern reduziert, aber einigen Ländern gelang es danach, die Stabilität wieder herzustellen, also die Minimal Kriterien Autorität, Legitimität und Effektivität wieder einigermaßen zu garantieren. Die vorübergehende Instabilität hätte die grundsätzlichen Ergebnisse der Untersuchung statistisch verfälscht.

Bei der Auswahl der demografischen Veränderungen, die in die Untersuchung einfließen, haben wir uns an den beiden beschriebenen Theorien orientiert: Der Anteil der 20- bis 29-Jährigen, also der jungen Erwerbsbevölkerung an der gesamten Erwerbsbevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren bedeutet für die Konflikt-Theorie eine Bedrohung für die politische Stabilität, für die Theorie der demografischen Dividende hingegen eine Chance. Auch eine wachsende und junge Bevölkerung mit verbessertem Bildungsstand bedeutet nach der einen Theorie eine Gefahr, für die andere führt sie zu mehr politischer

Stabilität. Einen weiteren Einfluss auf die Stabilität hat die Frage, ob die Menschen auf dem Land leben oder vermehrt in Städte ziehen.

Um zu vermeiden, dass bei der Schwerpunktsetzung auf die Bevölkerungsstruktur wichtige andere Entwicklungsfaktoren unberücksichtigt bleiben, haben wir auch die Wirkung weiterer sogenannter Kontrollvariablen untersucht, unter anderem die des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf sowie der Beschäftigungsquoten der jeweiligen Länder. Im Ergebnis lässt sich feststellen, ob und in welchem Maß die untersuchten Variablen die politische Stabilität beeinflusst haben.

2.3 Ergebnisse

Die Ergebnisse der großen Untersuchungsgruppe mit 115 Ländern bestätigen zunächst die Konflikttheorien – zumindest, wenn es um die relativen Bevölkerungsveränderungen geht: Zwischen 1995 und 2010 nahm in jenen Ländern die Stabilität ab, in denen der Anteil der Erwerbsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung besonders schnell wuchs. Besonders negativ wirkte sich ein schnelles Wachstum der jungen Erwerbsbevölkerung zwischen 20 und 29 Jahren auf die politische Stabilität aus. Offensichtlich stehen die Menschen in diesen Ländern in der Phase der Familiengründung und am Eintritt ins Berufsleben vor hohen Hürden und erleben große Frustrationen.

Wenn die jungen Menschen jedoch besser gebildet sind und über Abitur oder sogar Hochschulabschluss verfügen, wirkt sich das Wachstum des Bevölkerungsanteils der 20- bis 29-Jährigen positiv auf den Grad der politischen Stabilität aus. Dies ist ein klarer Widerspruch zur Konflikttheorie, die gerade hinter einem gut ausgebildeten Jugendüberhang großes Destabilisierungspotenzial vermutet. Die Gruppe der 71 Entwicklungs-

länder (ohne Mena) festigt diese Aussage: Auch dort führt ein schnell wachsender Anteil junger, gebildeter Berufseinsteiger an der Gesamtbevölkerung zu einem höheren Grad politischer Stabilität. Offensichtlich finden die jungen Menschen in diesen Ländern Rahmenbedingungen, die ihnen ermöglichen, ihre Fähigkeiten zu nutzen, und die ihnen den beruflichen Einstieg wie auch den wirtschaftlichen Aufstieg erleichtern.

Auch die Urbanisierung wirkt sich in den beiden Ländergruppen (jeweils ohne Mena) ähnlich aus: Siedeln immer mehr Menschen in die Städte um, wird die Lage im ganzen Land zunächst instabiler. Vermutlich lässt sich eine angemessene Versorgung der Menschen in den rasch wachsenden informellen Siedlungen kaum organisieren. Doch die Wirkung der Verstädterung schlägt nach einiger Zeit um – in beiden Ländergruppen geschieht dies bei einem Urbanisierungsgrad von rund 70 Prozent, genau gesagt bei 67 Prozent in der Gruppe der weniger entwickelten Länder und bei 71 Prozent in der weltweiten Untersuchungsgruppe von 115 Staaten. Dies entspricht in etwa dem Urbanisierungsgrad der Bundesrepublik zu Beginn der 1960er Jahre. Wenn der Anteil der Menschen in Städten diesen kritischen Wert überschreitet, steigt auch die Stabilität. Offenbar gelingt es dann immer besser, das Leben in den Städten in geordnete Bahnen zu lenken. Die Menschen finden auskömmliche Beschäftigung und tragen zum wirtschaftlichen Aufschwung bei.

Mit Ausnahme der Urbanisierung und der Zunahme des Anteils der jungen besser Gebildeten hatte in den Entwicklungsländern keine weitere demografische Variable einen statistisch nachweisbaren Einfluss auf die politische Stabilität – auch nicht die Jugendabhängigkeitsrate, deren Anstieg in der weltweiten Untersuchungsgruppe von 115 Ländern destabilisierend wirkte.

Aber auch andere Faktoren haben einen Einfluss auf die Stabilität. Die stärkste Wirkung zeigt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf: Mit wachsender Wirtschaftsleistung nimmt die politische Stabilität stark zu. Dies gilt aber auch umgekehrt, denn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist vor allem dort hoch, wo politische Stabilität gegeben ist. In welche Richtung der Mechanismus wirkt, lässt sich mit der vorliegenden Analyse nicht nachweisen.

Zusätzlich zu den wirtschaftlichen Faktoren wirkt sich auch die Form des politischen Systems auf die Stabilität aus: Länder, die gleichzeitig demokratische und autokratische Züge aufweisen, sind in der Staatengruppe der Entwicklungsländer tendenziell instabil. Tendenziell stabil hingegen sind Länder, die entweder eindeutig autokratisch oder demokratisch regiert werden. In der Untersuchungsgruppe, der auch die entwickelten Länder angehören, nimmt mit höheren Demokratiewerten die politische Stabilität zu.

Als nicht ausschlaggebend haben sich die Beschäftigungsquoten erwiesen – also der Anteil der Beschäftigten an allen Personen im Erwerbsalter – ganz unabhängig davon, welche Qualität diese Beschäftigung hat. Dieser Indikator schließt informell und schlecht bezahlte Beschäftigte genauso ein wie vertragsgebundene, sozialversicherungs-pflichtige Arbeitsverhältnisse.

Die Analyse beider Ländergruppen (jeweils ohne Mena) bestätigt, dass nicht nur die zahlenmäßige Veränderung innerhalb einer Gesellschaft die politische Stabilität beeinflusst, sondern dass Bildung beziehungsweise Humankapital und Wohnort ebenfalls eine wichtige Rolle einnehmen. Ob sich der Bevölkerungswandel als Vor- oder Nachteil herausstellt, ist somit politisch steuerbar: Wo es gelingt, ausreichend in die Bildung der Nachwuchsgenerationen zu investieren und die Urbanisierung ordentlich zu planen, erweisen sich große junge Bevölkerungsanteile als überaus nützlich.

Analyseergebnisse

Die oberste Zeile der Tabelle zeigt alle Indikatoren, die statistisch gesehen zwischen 1995 und 2010 die politische Stabilität in den beschriebenen Regionen beeinflusst haben. Ein Anstieg eines Indikators kann sich entweder positiv (grün) oder negativ (rot) auswirken. Spalte 2 zeigt beispielsweise, wie sich ein anteiliges Wachstum der über 20-Jährigen mit mindestens Sekundarbildung auf die politische Stabilität ausgewirkt hat – nämlich negativ für die Mena-Region.

Manche Indikatoren wirken in beide Richtungen. Das zeigen die u-förmigen Pfeile. Ein Anstieg bei diesen Indikatoren senkt die politische Stabilität zunächst, doch ab einem kritischen Wert steigert er sie. Zum Beispiel bei der Frage, wie viele Menschen in Städten leben, wie in Spalte 7 dargestellt: Außerhalb der Mena-Region gilt: Ausgehend von einem niedrigen Urbanisierungsniveau sinkt mit wachsendem Verstädterungsgrad die politische Stabilität, weil zunächst viele Menschen in unorganisierten Slums landen. Wenn der Urbanisierungsgrad aber eine Schwelle von rund 70 Prozent überschreitet und sich die Versorgung der Menschen verbessert, wirkt er sich positiv aus. In der Mena-Region sind diese Zusammenhänge nicht zu erkennen.

Einflussfaktoren auf die politische Stabilität (1995-2010)

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Mena										
Welt*							71% ↑			
Entwicklungsländer*							67% ↑			

* ohne Mena-Länder Eine ausführliche Darstellung der statistischen Ergebnisse findet sich unter www.berlin-institut.org/publikationen/studien/krisenregion-mena.html

- 1 Grad der politischen Stabilität
 - 2 Anteil der Erwerbsfähigen (30–64) an der Gesamtbevölkerung
 - 3 Anteil derjenigen mit mindestens Abitur an der erwachsenen Bevölkerung (20+)
 - 4 Anteil der jungen Erwerbsfähigen (20–29) an der Gesamtbevölkerung
 - 5 Anteil der jungen Erwerbsfähigen (20–29) mit mindestens Abitur an der Gesamtbevölkerung
 - 6 Kinder und Jugendliche pro 100 Erwerbsfähige (20–64)
 - 7 Bevölkerungsanteil in Städten
 - 8 Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner
 - 9 Anteil Öl am Bruttoinlandsprodukt
 - 10 Demokratisierungsgrad
- Risiko
 ■ Chance

In Mena führt mehr Bildung nicht zu mehr Stabilität

Die Frage ist, ob diese Zusammenhänge auch für die Länder im Nahen Osten und in Nordafrika gelten. Die separate statistische Analyse für die 19 Mena-Länder zeigt überraschenderweise, dass dort offenbar gänzlich andere Mechanismen wirken als im Rest der Welt: Die Stabilität ist weder durch eine wachsende Erwerbsbevölkerung noch durch hohe Kinder- und Jugendabhängigkeitsraten bedroht. Auch die stabilisierenden Effekte einer fortgeschrittenen Urbanisierung sowie einer wachsenden, gebildeten Kohorte der jungen Erwachsenen sind dort nicht nachzuweisen.

Während sich ein Mehr an Bildung in der jungen Erwerbsbevölkerung in der großen Ländergruppe und in den Entwicklungsländern (jeweils ohne Mena) stabilisierend auswirkt, hat dies in der Mena-Region keinen

positiven Einfluss. Steigt der Anteil der besser Gebildeten in der erwachsenen Bevölkerung über 20 Jahre, bedeutet dies für Mena vielmehr ein wachsendes politisches Risiko: Je stärker in den Mena-Ländern der gesamtgesellschaftliche Bildungsgrad anstieg, desto geringer war zwischen 1995 und 2010 der Grad der politischen Stabilität. Die Region hat es also bislang nicht geschafft, das wachsende Humanvermögen für die Gesellschaft nutzbar zu machen. Stattdessen scheint ein wachsender Anteil an besser Qualifizierten die Unruhe in der Bevölkerung zu schüren.

Ist weniger Bildung deshalb besser?

Man könnte aus diesem Ergebnis schließen, für die Mena-Länder sei es besser, den Bildungsgrad ihrer Einwohner möglichst niedrig zu halten, um keine politische Instabilität zu riskieren. Doch dieser Ansatz erscheint wenig

hilfreich. Bildung ist aus gutem Grund ein Menschenrecht. Sie bietet die Grundlage für informiertes, selbstbestimmtes Handeln und gibt den Menschen die Chance, innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen, ihr Leben bestmöglich zu gestalten. Entwicklungsexperten gilt Bildung als die Grundlage für jeden sozio-ökonomischen Fortschritt. Menschen mit Zugang zu Bildung sind weniger von Armut bedroht, sie leben im Schnitt gesünder und damit länger. Umgekehrt ist geringe Bildung ein Garant für hohes Bevölkerungswachstum, welches wiederum die Lösung der meisten Probleme in den betroffenen Ländern weiter erschwert.¹⁶

Bildung ist damit ohne Alternative. Welche politischen Interventionen darüber hinaus in den Mena-Ländern nötig wären und wie sie sich auf deren Zukunft auswirken können, zeigen die folgenden Kapitel.

3

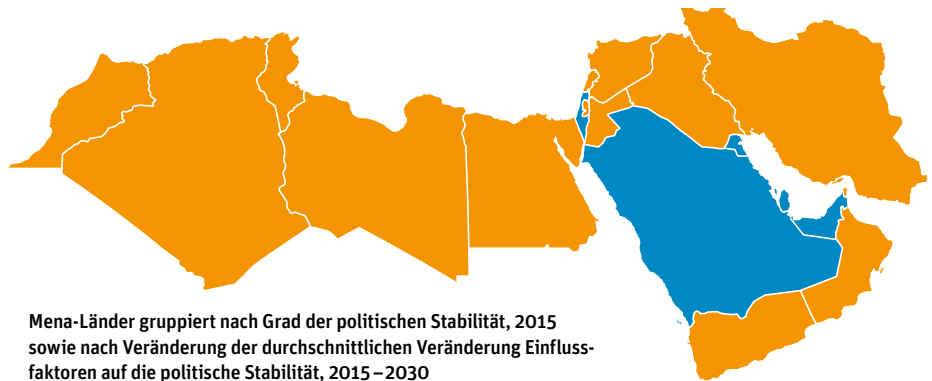
MENAS DEMOGRAFISCHE AUSSICHTEN BIS 2030

Alle Mena-Länder befinden sich derzeit noch im demografischen Übergang. Auch wenn sich die damit verbundenen Veränderungen im Detail von Land zu Land unterscheiden, werden praktisch überall die Bevölkerungen weiter wachsen. Unsicher ist die Lage in Irak, Syrien, Libanon und Jordanien, wo die Einwohnerzahlen extrem von den Flüchtlingsströmen beeinflusst werden. Gleichzeitig dürfte nach heutigen Prognosen das Bildungsniveau der Bevölkerung allorts weiter steigen.¹⁷

Nach den bisherigen Erfahrungen in der Mena-Region müsste dadurch die Instabilität weiter zunehmen. Nur wenn es gelänge, wie einst in den asiatischen Tigerstaaten die Bevölkerungsveränderungen und den Bildungszuwachs wirtschaftlich zu nutzen, könnten viele der Mena-Länder auf eine Stabilisierungsphase zusteuern.

Um auf die unterschiedlichen Herausforderungen für die einzelnen Länder einzugehen, ist es sinnvoll, die 19 Staaten nach ihrer heutigen politischen Stabilität und ihrer Wirtschaftskraft (BIP pro Kopf) sowie hinsichtlich der prognostizierten Bevölkerungsveränderungen bis ins Jahr 2030 in Gruppen zu unterteilen. Zu diesem Zweck haben wir eine Clusteranalyse vorgenommen.* Damit

								
stabilere Länder	eher hoch	hoch 65.509 US\$	→	↗	↘	→	↘	91% ↗
instabilere Länder	eher niedrig	niedrig 12.696 US\$	↗	↗	↘	↗	↘	72% ↗



Mena-Länder gruppiert nach Grad der politischen Stabilität, 2015 sowie nach Veränderung der durchschnittlichen Veränderung Einflussfaktoren auf die politische Stabilität, 2015 – 2030
(Datengrundlage: Wittgenstein Centre¹⁸, UNDESA¹⁹, PRB²⁰, Weltbank^{21,22}, eigene Berechnungen)

lassen sich zwei Cluster oder Gruppen identifizieren, deren Länder sich hinsichtlich dieser Merkmale besonders ähnlich sind: Die erste Gruppe besteht aus dreizehn im Schnitt eher instabilen Staaten und die zweite aus sechs eher stabilen Staaten. Die instabilen Länder sind tendenziell wirtschaftlich schwach ent-

wickelt und sie stehen vor größeren Veränderungen in ihren Bevölkerungszusammensetzungen als die stabileren Staaten.

* Eine detaillierte Beschreibung der Methodik finden Sie online unter: www.berlin-institut.org/publikationen/studien/krisenregion-mena.html

Heute instabilere Länder vor großen Veränderungen

Die Mena-Länder lassen sich angesichts ihres Grads der politischen Stabilität, ihrer derzeitigen wirtschaftlichen Verfassung sowie der anstehenden demografischen Veränderungen bis 2030 in zwei Gruppen aufteilen. Die im Schnitt stabileren Länder stehen vor vergleichsweise geringen demografischen Veränderungen. Hier sind die Risiken aber auch die Chancen durch den demografischen Wandel künftig eher gering. Eine Ausnahme bildet Oman. Obwohl dieses Land heute im Mena-Vergleich einen hohen Stabilitätsgrad und ein relativ hohes Bruttoinlandsprodukt aufweist, zählt es aufgrund seiner zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung zur Gruppe der instabileren Länder. In dieser Gruppe besteht zumindest theoretisch großes Potenzial zur Stabilisierung: Hier wächst der Anteil der gebildeten 20- bis 29-Jährigen in der Bevölkerung stark an, während diese Altersgruppe anteilig kleiner wird. Die gesamte Erwerbsbevölkerung wird künftig stark wachsen und ebenfalls über ein höheres Bildungsniveau verfügen. Damit sich diese Länder tatsächlich stabilisieren, müssten sich die Jobmöglichkeiten insbesondere für die nachwachsende, qualifizierte Erwerbsbevölkerung deutlich verbessern.

Die hier angegebenen Entwicklungen bilden die Durchschnittswerte der jeweiligen Gruppen ab. In den einzelnen Ländern können diese nach unten oder oben abweichen.

3.1 Instabilere Länder

In den instabileren Ländern Ägypten, Algerien, Iran, Irak, Jemen, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Oman, Palästinensische Gebiete, Syrien und Tunesien leben mit heute rund 363 Millionen Menschen 87 Prozent der Mena-Einwohner. Dieser Anteil dürfte in den kommenden 15 Jahren stabil bleiben, die Gesamtbevölkerung dieser Länder aber um 95 Millionen wachsen. Das Bildungsniveau insgesamt dürfte steigen. Starke Veränderungen sind auch innerhalb der Altersgruppen dieser Länder zu erwarten. So dürfte im Durchschnitt der Anteil der 20- bis 29-Jährigen an der Gesamtbevölkerung und damit der Jugendüberhang abnehmen. Weil die Fertilitätsraten bereits seit geraumer Zeit gesunken sind, hat der Anteil der jungen Bevölkerung im Erwerbsalter schon seinen Höhepunkt erreicht. Der altersmäßige Schwerpunkt der Bevölkerung schiebt sich künftig in die höheren Altersgruppen. Da gleichzeitig immer mehr junge Leute eine weiterführende Schule oder gar eine Universität besuchen, fällt das Wachstum der Gruppe der besser gebildeten 20- bis 29-Jährigen trotzdem hoch aus – mancherorts steigt ihr Bevölkerungsanteil um beinahe die Hälfte des heutigen Wertes.

In der statistischen Analyse aller Länder ohne Mena hat sich ein starkes Wachstum der 20- bis 29-jährigen Bevölkerung insgesamt als destabilisierend, das anteilmäßige Wachstum einer besser gebildeten Bevölkerung in dieser Altersgruppe dagegen als

Stabilisierungsfaktor ausgewirkt. Würde dies auch in der Mena-Region gelten, hätten die instabileren Länder der Region eine große Chance auf mehr politische Stabilität.

Damit dies tatsächlich geschehen kann, müssten diese Länder den jungen und leistungsfähigen Berufseinsteigern die Möglichkeit geben, ihre Fähigkeiten gewinnbringend für sich und die Gesellschaft einzusetzen. Es wäre nicht damit getan, sie mit einfachen Jobs zu versorgen. Das hat die statistische Analyse gezeigt: Hohe Beschäftigungsquoten alleine zeigen in keiner der Untersuchungsgruppen einen positiven Einfluss auf die politische Stabilität.

Dies gilt umso mehr, als die Gruppe der Personen im Erwerbsalter zwischen 30 und 64 Jahren, welche tendenziell schlechter qualifiziert sind als der heutige Nachwuchs, ebenfalls wächst und damit der rein zahlenmäßige Druck auf die Arbeitsmärkte zusätzlich steigt.

Grundsätzlich sind von dem Mangel an Arbeitsplätzen vor allem junge Menschen betroffen. Wie schlecht ihre Chancen stehen, zeigt sich in den Arbeitslosenquoten. Von den 15- bis 24-Jährigen, die offiziell eine Beschäftigung suchen, hat in Libyen beinahe die Hälfte keinen Arbeitsplatz.²³

In den Palästinensischen Gebieten sind es 31, in Tunesien 37 Prozent.²⁴ Das Risiko von Arbeitslosigkeit steigt in vielen dieser Länder mit dem Bildungsgrad – junge Ägypter mit Hochschulabschluss sind zu einem Drittel arbeitslos, während dies für nicht einmal drei Prozent derer gilt, die nur eine Grundschule abgeschlossen haben. In Ägypten arbeiten drei Viertel aller 15- bis 29-Jährigen in sogenannten irregulären Arbeitsverhältnissen ohne vertragliche Absicherung.²⁵ Die Hälfte von ihnen würde gerne ihren Job wechseln.²⁶ Mehr als jeder zehnte arbeitende Marokkaner zwischen 15 und 24 Jahren gilt als unterbeschäftigt, würde also gerne mehr arbeiten, als derzeit möglich.²⁷

Besonders schlecht sind die Chancen junger Frauen. Sie sind mit höherer Wahrscheinlichkeit arbeitslos und begeben sich aufgrund familiärer Verpflichtungen häufig gar nicht erst auf den Arbeitsmarkt. Nicht einmal 20 Prozent der jungen syrischen Frauen zwischen 15 und 24 Jahren arbeiten oder suchen nach einer Beschäftigung, im Vergleich zu über 90 Prozent der Männer.²⁸

Was bringt die fortschreitende Urbanisierung?

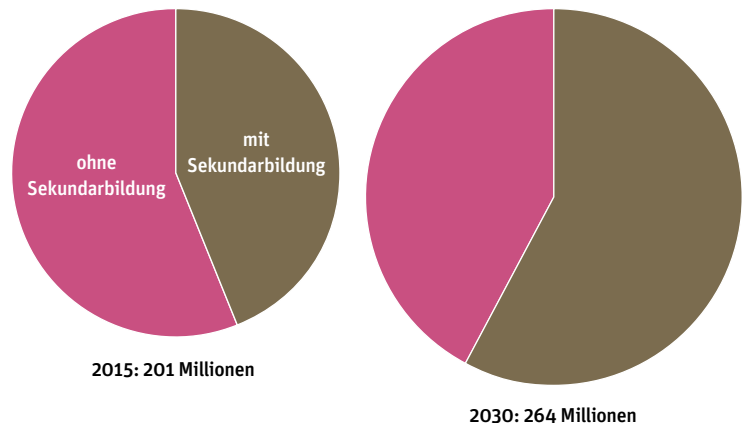
Die zunehmende Verstädterung dürfte für die Mena-Region unterschiedliche Folgen haben. Der durchschnittliche Urbanisierungsgrad liegt bei 75 Prozent – also bereits über dem Niveau von rund 70 Prozent, ab dem wachsende Urbanisierung der Analyse in Kapitel 2 nach zu politischer Stabilität beiträgt.²⁹ Dies gilt auch für einige der instabileren Staaten, auch wenn es innerhalb dieser Gruppe große Unterschiede gibt. In einigen Ländern, etwa in Jemen (35 Prozent), Marokko (60 Prozent) oder Syrien (58 Prozent), ist der Urbanisierungsgrad noch niedrig und dürfte auch im Jahr 2030 nicht den Wert von 70 Prozent erreicht haben. Fortschreitende Verstädterung ausgehend von dem heutigen Niveau dürfte dort zunächst zu mehr Instabilität führen.

Doch dies muss nicht geschehen: Wenn die heute noch vergleichsweise wenig urbanisierten Mena-Länder die absehbaren Entwicklungen richtig planen und den möglichen negativen Folgen der Urbanisierung aktiv entgegenzutreten, könnte es ihnen gelingen, die vorübergehenden Risiken von schnell wachsenden Städten zu umgehen. Wenn Infrastruktur und Arbeitsplätze mit dem Wachstum der Einwohnerschaft mithalten können, haben die urbanen Räume dieser Länder zumindest theoretisch die Chance, sich zu Wohlstands- und Innovationszentren zu entwickeln. Auch hier liefern die ostasiatischen Tigerstaaten gute Vorbilder.

Mehr und besser qualifiziert

In der Gruppe der instabileren Mena-Länder dürfte bis 2030 die potenzielle Arbeitnehmerschaft im Alter zwischen 20 und 64 Jahren um 63 Millionen auf knapp 264 Millionen anwachsen. Weil viele dieser Personen heute noch in Ausbildung sind oder diese nachholen, wird die Zahl derer mit Sekundar- oder gar Hochschulbildung sogar noch stärker zunehmen – nämlich um gut 64 Millionen. Heute hat noch nicht einmal die Hälfte der Menschen im Erwerbsalter dieses Bildungsniveau erreicht. 2030 dürften es beinahe zwei Drittel sein.

Zahl der 20- bis 64-Jährigen und deren Verteilung nach Bildungsgrad in den instabileren Mena-Ländern, 2015 und 2030 (Datengrundlage: Population Reference Bureau³⁰, Wittgenstein Centre³¹, eigene Berechnungen)



Wachsende Flüchtlingszahlen? Wenn politische Instabilität auf Bevölkerungswachstum trifft

Rund 86 Prozent des prognostizierten menaweiten Bevölkerungswachstums bis 2030 entfallen auf die instabileren Länder. Diese starke Zunahme um rund 110 Millionen Menschen könnte die ohnehin kritische Lage weiter verschärfen.

Je größer eine Bevölkerung, desto stärker steigt die Nachfrage nach Arbeitsplätzen, Schulen und Gesundheitsdiensten, nach Elektrizität und Lebensmitteln. Bereits heute können die instabileren Staaten die notwendige Versorgung ihrer Bürger kaum garantieren. Die Stromversorgung funktioniert mancherorts nur sporadisch und mit Ausnahme von Irak und Iran fallen alle Mena-Länder hinsichtlich der verfügbaren Wasserressourcen pro Kopf unter den Wert von 1.000 Kubikmetern, der als Grenze für Wasserknappheit gilt.^{32,33} In

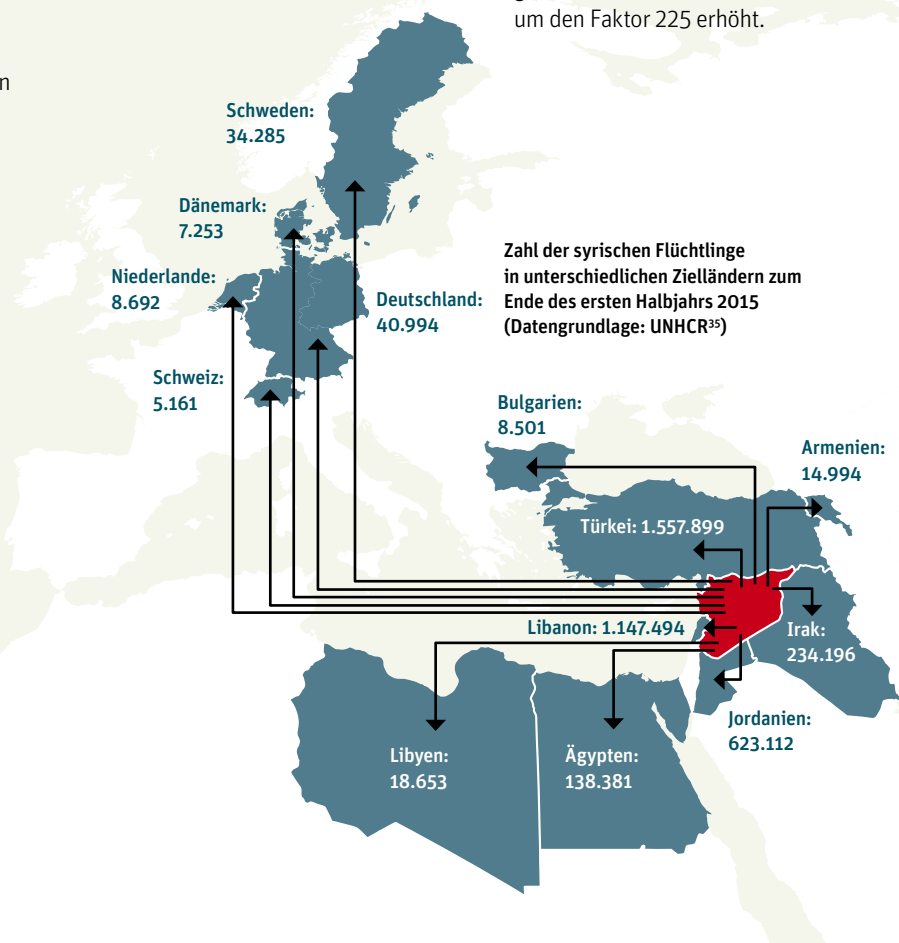
zehn der Mena-Länder (fünf davon gehören zur Gruppe der instabileren Staaten) ist weniger als ein Fünftel der Landfläche landwirtschaftlich nutzbar.³⁴ Der bevorstehende Klimawandel dürfte die Wasser- und Nahrungsmittelknappheit verstärken. Das Bevölkerungswachstum erhöht damit das Risiko von Verteilungskonflikten. Je mehr Menschen in diesem Umfeld von Armut und Perspektivlosigkeit oder gar von Gewalt und Krieg aufwachsen, desto größer ist die Zahl derer, die versuchen werden, ihrer Lage zu entkommen.

Allein zwischen 2000 und 2010 – also noch vor Ausbruch des Arabischen Frühlings – wuchs die Zahl der Flüchtlinge aus Mena-Ländern von knapp 760.000 auf 1,9 Millionen. Bis Mitte des Jahres 2015 erreichte sie 4,8 Millionen. Fast alle Abwanderer stammten aus der Gruppe der instabileren Staaten. Zunächst waren es Hunderttausende von Irakern, die zur Zeit des irakischen Bürgerkriegs zwischen 2006 und 2008 die Flucht antraten. Nachdem viele von ihnen anschließend in ihr Heimatland zurückgekehrt waren, löste der Syrienkrieg schon bald einen bis heute nicht endenden Exodus aus. Die Zahl syrischer Flüchtlinge ist von 2010 bis Mitte 2015 auf 4,2 Millionen angewachsen und hat sich in diesem Zeitraum um den Faktor 225 erhöht.

Flüchtlingspfade

Rund neun von zehn Flüchtlingen aus der Mena-Region stammen aus Syrien. Von den 4,2 Millionen Syrern, die sich Mitte 2015 auf der Flucht befanden, lebte über die Hälfte in einem anderen Mena-Staat. Vor allem für die Nachbarländer Libanon und Jordanien bedeutet der Zustrom eine große Herausforderung. Hinzu kommen die vielen Flüchtlinge in der Türkei, die als Vorhof der Mena-Region insgesamt 1,6 Millionen Syrer aufgenommen hat.

Diese Zahlen bilden die heutige Situation nur unvollständig ab: Die massive Zunahme der Flüchtlingszahlen in der Europäischen Union, insbesondere in Deutschland seit Mitte 2015, ist in diesen Angaben noch nicht berücksichtigt. Die verfügbaren Daten reichen nur bis Ende Juni, also bis kurz vor Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise.

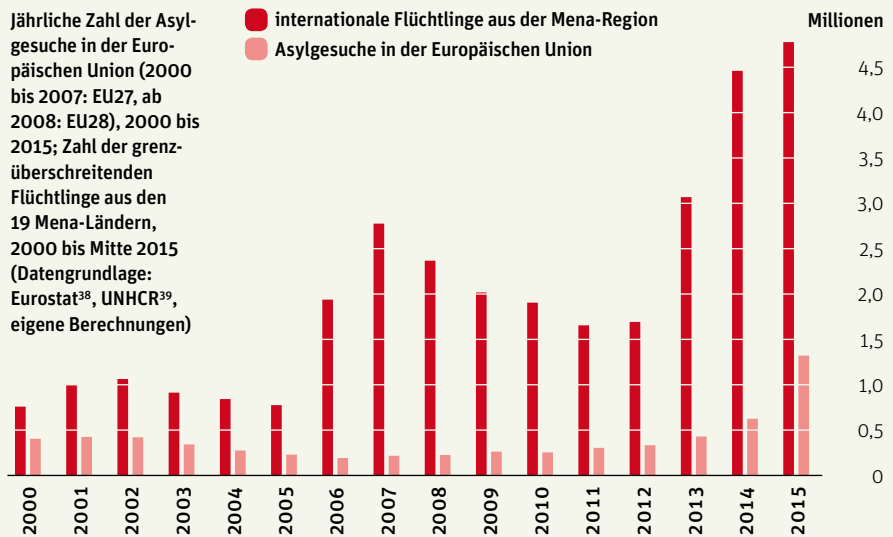


Auch aus anderen Mena-Ländern sind die Flüchtlingszahlen gestiegen: Mitte 2015 befanden sich dreimal so viele Jemeniten, mehr als doppelt so viele Ägypter und zweimal so viele Libyer auf der Flucht wie noch im Jahr 2010. Andernorts sind die Zahlen zurückgegangen. Zählten 2010 noch 16.000 Libanesen als Flüchtlinge, sind es heute 4.300. Eine große Zahl ist nach Libanon zurückgekehrt, vermutlich handelt es sich dabei um Personen, die vor dem Libanonkrieg des Jahres 2006 in andere Länder der Region ausgewandert waren und angesichts der dort zunehmend unsicheren Lage wieder heimkehrten. Ähnliches gilt für irakische Vertriebene. Sie kamen nicht nur zurück, weil der Bürgerkrieg in Irak vorbei war, sondern weil es in Syrien, wo viele Flüchtlinge untergekommen waren, noch gefährlicher als im Irak wurde.³⁶ Die Rückkehr der Iraker sorgte dafür, dass sich (Syrer ausgeklammert) die Gesamtzahl der Flüchtlinge aus den instabilen Mena-Ländern zwischen 2010 und 2015 um über eine Million reduzierte.

Das Migrationsmuster der irakischen Flüchtlinge zeigt, wie eng die Vertriebenen mit ihrer Heimat verbunden sind. Anstatt weite Strecken zurückzulegen, verbleiben die meisten möglichst in der Nähe ihres ursprünglichen Wohnorts. Von denjenigen Flüchtlingen in der Mena-Region, die Mitte 2015 außer Landes geflohen waren, befanden sich 2,5 Millionen in einem der 19 Mena-Länder, 1,6 Millionen weitere in der Türkei. Insgesamt waren damit 85 Prozent in die unmittelbare Nachbarschaft ihres Heimatlandes geflüchtet. Hinzu kommen Binnenflüchtlinge, die innerhalb ihrer Heimatländer verblieben sind. Von ihnen zählt die Mena-Region mehr als 13 Millionen. 7,6 Millionen davon sind Syrer.

Verhältnismäßig wenig betroffen

Im Jahr 2015 zählte die Europäische Union insgesamt 1,3 Millionen Asylbewerber – fünfmal so viele wie vor Ausbruch der arabischen Protestwelle 2011. Die Zahl der neuen Asylanträge stieg damit deutlich schneller als die Zahl der Mena-Flüchtlinge. Diese nahm zwischen 2010 und 2015 um das 2,5-Fache zu. Dies hat mehrere Ursachen: Zum einen sind die bisher größten Aufnahmestaaten Türkei, Libanon und Jordanien zunehmend überlastet und können den Flüchtlingen keine angemessene Unterstützung mehr bieten. Zum anderen ist über die Jahre die Hoffnung auf ein baldiges Ende des syrischen Bürgerkriegs gesunken – und damit auch die Bereitschaft, weiter unter schlechten Bedingungen in den Ländern der Umgebung auszuhalten. Schlussendlich bewegen sich Flüchtlinge – wie auch andere Migrantengruppen – entlang von Netzwerken. Diejenigen, die den Weg nach Europa hinter sich gebracht haben, unterstützen Freunde und Familienangehörige dabei, diesen Weg ebenfalls zu gehen.



Die eigentliche Flüchtlingskrise spielt sich also – entgegen der landläufigen Wahrnehmung – in der Mena-Region selbst und weniger in Deutschland und Europa ab. Mit einem baldigen Ende der Flüchtlingsströme in Richtung der EU-Grenzen ist aber nicht zu rechnen. Denn an dem rapiden Anstieg der Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 zeigt ein Verzögerungseffekt, der aus den Erfahrungen bei anderen Krisen, etwa in Eritrea oder Somalia, bereits bekannt war: Menschen auf der Flucht suchen zunächst als Binnenflüchtlinge innerhalb ihres eigenen Landes Schutz. Wird die Lage dort bedrohlicher, ziehen sie ins nahe Ausland weiter und warten dort unter häufig schwierigen Bedin-

gungen darauf, nach Hause zurückkehren zu können. Schwindet auch diese Hoffnung, suchen sie ein Ziel in entfernteren Gegenden, wo sie bessere Lebensbedingungen erwarten.³⁷ Solange es nicht in absehbarer Zeit zu einem Ende der vielfältigen Konflikte, zu einer politischen Stabilisierung und einem wirtschaftlichen Aufschwung in der Mena-Region kommt, ist auch kein Ende der Flüchtlingsbewegungen zu erwarten. Das Bevölkerungswachstum in vielen Mena-Ländern dürfte unter diesen Bedingungen die Zahlen sogar noch erhöhen.

3.2 Stabilere Länder benötigen neuen Gesellschaftsvertrag

Im Cluster der stabileren Mena-Länder, in Bahrain, Israel, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, leben mit 58 Millionen Menschen rund 14 Prozent aller Bewohner der Mena-Region. Im Jahr 2030 dürften es beinahe 72 Millionen sein. In diesen Ländern ist mit weniger Verschiebungen in der Bevölkerungszusammensetzung zu rechnen als in den instabileren Ländern.

Der Anteil der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren, bislang oft ein Jugendüberhang, dürfte zurückgehen. Gleichzeitig dürfte der Anteil der älteren Erwerbsbevölkerung zwischen 30 und 64 Jahren auf heutigem Niveau bleiben. Ein starker Zuwachs ist in der Altersklasse der über 65-Jährigen zu erwarten. Das bereits relativ hohe durchschnittliche Bildungsniveau der über 20-Jährigen dürfte im Vergleich zu den anderen Mena-Ländern weniger stark wachsen. Der anstehende Abschluss des demografischen Übergangs, hin zu weniger Bevölkerungswachstum und einer Alterung der Gesellschaft, bedeutet aber auch, dass die verbleibenden Chancen, eine demografische Dividende einzufahren, langsam versiegen.

Aus diesem Blickwinkel erscheint es wahrscheinlich, dass diese Länder auch in Zukunft politisch stabil bleiben können. Probleme bereitet ein anderer, nicht-demografischer Aspekt: Die momentane politische Stabilität in dieser Ländergruppe gründet vor allem darauf, dass junge Berufseinsteiger bisher häufig in Positionen der öffentlichen Verwaltung unterkommen konnten, nicht aber in produktiven Unternehmen der Privatwirtschaft. Dies gilt nicht für Israel, das mit seinem sehr hohen Bildungs- und Entwicklungsstand unter den Mena-Ländern ohnehin eine Sonderrolle einnimmt.

Die großzügige staatliche Alimentierung, finanzierbar über hohe Gewinne aus den Rohstoffverkäufen in den öl- und erdgasreichen Golfstaaten, steht aber zunehmend in Frage. Gesunkene Ölpreise, mittelfristig zur Neige gehende Vorräte und nicht zuletzt der 2015 im Pariser Klima-Abkommen von 195 Staaten beschlossene Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung bis ins Jahr 2050 bringen die dortigen Wirtschaftsmodelle ins Wanken. Künftig werden die Mittel kaum ausreichen, um die wachsende Zahl von jungen Menschen in einem übermäßig großen Verwaltungsapparat mit unverhältnismäßig hoch vergüteten Arbeitsplätzen zu versorgen. Außerhalb des öffentlichen Sektors werden die meisten mehr oder weniger anspruchsvollen Tätigkeiten, von Finanzgeschäften über die Forschung an den Universitäten bis hin zum Häuser- und Straßenbau, überwiegend von einer im Ausland angeworbenen Bevölkerung erledigt. In manchen Ländern wie etwa den Vereinigten Arabischen Emiraten stellen die „Expatriates“ beinahe 85 Prozent der gesamten Einwohnerschaft.⁴⁰

Bislang haben die Golfstaaten noch kein alternatives und zukunftsfähiges wirtschaftliches Fundament gefunden. Bereits heute fällt es diesen Ländern zunehmend schwerer, die wachsende einheimische Bevölkerung in den Arbeitsmarkt zu integrieren.⁴¹ Das

war lange Zeit auch gar nicht nötig, denn im Gegensatz zu den instabileren Ländern bedeutete Arbeitslosigkeit am Golf noch längst keine Armut: Die autokratischen Machthaber konnten ihren Bevölkerungen Wohlstand und Stabilität ohne wesentliche Gegenleistung garantieren und sich damit ihre unangefochtene Position als Staatsoberhäupter sichern. Diese Sicherheit droht, jetzt verloren zu gehen.

Was beiden Gruppen gemeinsam ist und wo die Unterschiede liegen

Damit dies nicht geschieht, müssen die stabileren Staaten ähnliche Probleme lösen wie ihre deutlich instabileren Nachbarländer: Erstere müssen mithilfe einheimischer Arbeitskräfte eine diversifizierte Wirtschaft aufbauen, um der wachsenden Zahl der jungen, oft qualifizierten Erwerbsfähigen eine Beschäftigung zu bieten und so ihre politische Stabilität zu bewahren. Zweitere müssen den Bildungsstand ihres Nachwuchses verbessern und für diesen wie auch für die große Zahl an gering Qualifizierten Arbeit schaffen, um politische Stabilität zu gewinnen und weitere Krisen zu vermeiden.

4

POTENZIALE NUTZEN, STABILITÄT ERZEUGEN

Um mehr politische Stabilität zu erreichen, müsste es den Mena-Ländern gelingen, von ihrem Bevölkerungspotenzial zu profitieren – ganz unabhängig davon, ob sie heute als stabil oder instabil gelten. Wie schwierig das wird, zeigen folgende Zahlen: Prognosen zufolge wird die Erwerbsbevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren im gesamten Mena-Raum zwischen 2015 und 2030 um 73 Millionen Personen wachsen – das bedeutet eine jährliche Zunahme von beinahe 5 Millionen Menschen. Alleine in Ägypten sind es 1,3 Millionen pro Jahr.⁴² Zwar werden nicht alle von ihnen tatsächlich auf dem Arbeitsmarkt aktiv werden – schon alleine, weil Frauen in der Region nach wie vor selten einer bezahlten Arbeit nachgehen. Trotzdem ist schon heute das Missverhältnis aus Arbeitssuchenden und Jobangeboten sehr groß.

Eine Studie der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2011 vermittelt eine Idee vom Ausmaß der Herausforderungen: Um die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit nicht weiter steigen zu lassen, hätten die Mena-Länder (ohne Golfstaaten) seit 2011 über 6 Millionen neue Jobs schaffen müssen. Bis 2030 wären über 22 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze notwendig. Deutlich schwieriger wäre es, wollten die Länder die Arbeitslosigkeit des Jahres 2011 halbieren (was dringend geboten wäre) und gleichzeitig die Arbeitsmarktteilnahme von Frauen auf ein immer noch niedriges Niveau von 35 Prozent erhöhen. Dann hätten alleine zwischen 2011 und 2015 fast 25 Millionen Jobs entstehen müssen, bis 2030 wären weitere 67 Millionen notwendig. Damit dies gelingt, wären Investitionen in Billionenhöhe notwendig.^{43,44} Viele Mena-Länder können die dafür notwendigen Mittel alleine kaum aufbringen und sind auf externe Hilfe angewiesen. Die Investitionen würden sich für alle Beteiligten längerfristig lohnen.

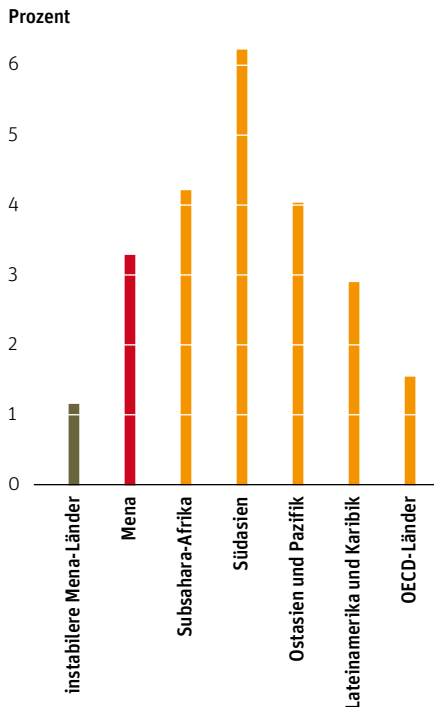
Denn wenn sich die Region weiter so schlecht wie bisher entwickelt und ihr wachsendes Humankapital ungenutzt lässt, dürfte dies die vielerorts kritische Lage weiter verschärfen. Die Folge wären weitaus höhere finanzielle, sicherheitspolitische und humanitäre Kosten.

Bereits im Jahr 2008, also noch deutlich vor dem Arabischen Frühling, bezifferte eine Studie die Gesamtkosten der damaligen Jugendarbeitslosigkeit in elf Mena-Ländern auf jährlich insgesamt etwa 25 Milliarden US-Dollar.⁴⁵ In die Rechnung sind alleine die entgangenen Gehaltszahlungen einbezogen, nicht aber die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Sekundärkosten, verursacht durch die Abwanderung leistungsbereiter junger Menschen ins Ausland oder durch die Perspektivlosigkeit, die zu einer radikalisierten und gewaltbereiten Bevölkerung führen kann.

Wenn keine adäquaten Arbeitsplätze entstehen, ist davon auszugehen, dass ein Teil der jungen, zunehmend besser qualifizierten Menschen auswandert und damit Druck vom Arbeitsmarkt genommen wird. Als Migranten tragen sie dann zwar durch Rücküberweisungen dazu bei, dass es ihren Familien zu Hause besser geht und helfen von außen mit, das Land zu stabilisieren. Doch starke Abwanderung bedeutet für die Länder meistens auch den Verlust der am besten qualifizierten und leistungsfähigen Elite und damit potenzieller Arbeitgeber von morgen.

Schwaches Wachstum

Wirtschaftlich hinken die Mena-Länder anderen aufstrebenden Regionen deutlich hinterher. Besonders schlecht sieht es in den instabileren Mena-Staaten aus. Diese Länder haben sich zwischen 2010 und 2014 schlechter entwickelt als die ökonomisch nur noch wenig wachsenden, jedoch hochentwickelten OECD-Länder.



Durchschnittliches jährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Prozent, 2010 bis 2014 (Datengrundlage: Weltbank⁴⁶, eigene Berechnungen) Da für Syrien und Jemen keine Daten vorliegen, fließen diese Länder nicht in die Aggregate für die Mena-Region ein. Restliche Aggregate: Angaben der Weltbank.

Woher die Arbeitsplätze kommen könnten?

Es ist deshalb wichtig, in der Mena-Region Voraussetzungen zu schaffen, die für Beschäftigung der wachsenden jungen Erwerbsbevölkerung sorgen können. Der öffentliche Sektor kommt aus den beschriebenen Gründen dafür immer weniger in Frage. Die anstehenden Herausforderungen müssen deshalb überwiegend durch den Privatsektor gestemmt werden. Wie aber sieht die heutige Wirtschaftsstruktur der Mena-Länder aus und welche Potenziale bietet sie?

Die meisten Volkswirtschaften der Region sind kaum in der Lage, auf den Weltmärkten zu konkurrieren. Die Mena-Länder sind vielerorts geprägt von einer weitgehend vorindustriellen Wirtschaft mit geringem Diversifizierungsgrad und niedriger Produktivität. In den vergangenen Jahren zählte die Mena-Region zu den am wenigsten erfolgreichen Wirtschaftsräumen weltweit. Darüber hinaus verzeichnet sie nach Subsahara-Afrika die zweithöchsten Arbeitslosenquoten. Eine Folge der schwierigen Wirtschaftslage ist die wachsende Zahl von Konflikten und humanitären Krisen.

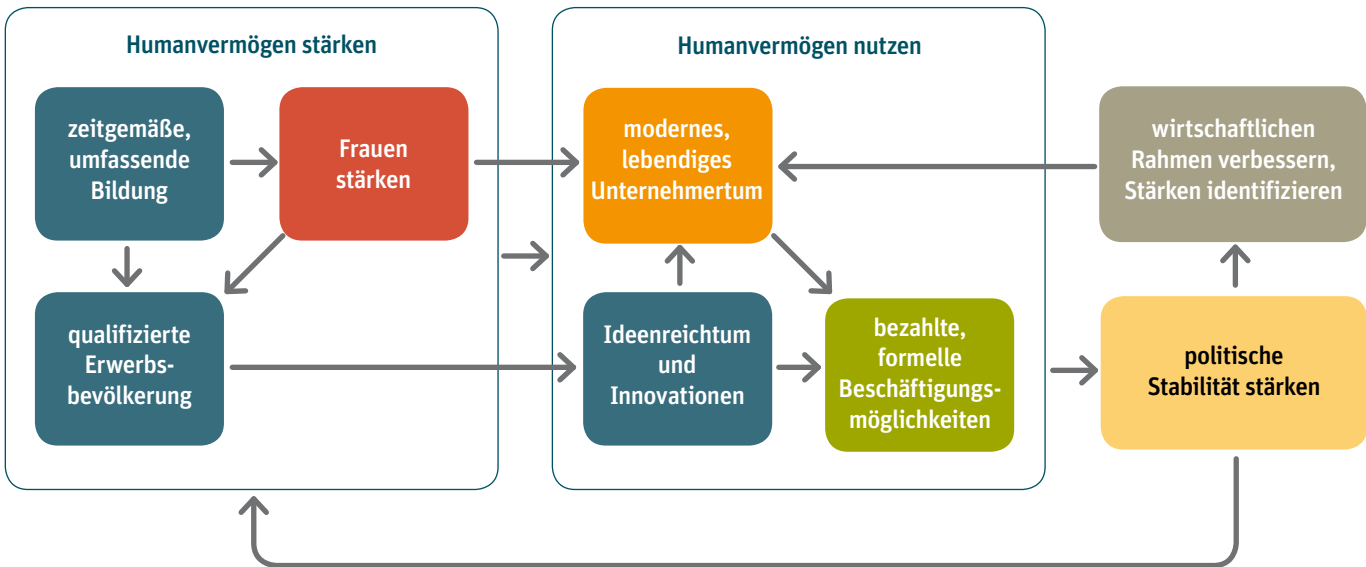
Außerhalb der Golfregion stellt die Landwirtschaft etwa jeden fünften Job, während deren Beitrag zur Wirtschaftsleistung deutlich geringer ist. So ist der primäre Sektor in Marokko mit einem Anteil von 39 Prozent der mit Abstand größte Arbeitgeber (2012).⁴⁷ Der Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt ist mit 16 Prozent (2014) nicht einmal halb so groß.⁴⁸ Weil die Landwirtschaft kaum Gewinne abwirft, leben die dort Beschäftigten häufig unterhalb der nationalen Armutsgrenze ohne jegliche soziale Absicherung.

Ähnlich kritisch sieht es im Dienstleistungsbereich aus. Dieser stellt über alle Länder hinweg den Hauptteil der Arbeitsplätze. Es handelt sich dabei allerdings nicht um moderne Beschäftigungsmöglichkeiten mit hohem Forschungs- und Entwicklungsanteil, sondern um Arbeitsplätze mit geringer Wertschöpfung. Hinter den vielen Dienstleistungsjobs verbergen sich oft informelle Kleinstunternehmer mit geringen Einnahmen wie Obstverkäufer oder Fahrradkurier.⁴⁹ Oder es sind Arbeitsplätze im aufgeblähten Verwaltungsapparat: In Jordanien zum Beispiel stellt der öffentliche Sektor mehr als 40 Prozent aller Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft. In Ägypten sind es sogar 70 Prozent.⁵⁰ Gerade der Dienstleistungssektor könnte aber neue und auskömmliche Jobs schaffen, wenn es gelänge, ihn produktiver zu gestalten und innovative Ideen in lukrative Geschäftsmodelle umzusetzen.

Der produktivste Wirtschaftsbereich ist die Industrie, deren Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt deutlich über dem Beschäftigtenanteil liegt. Würde es den Mena-Ländern gelingen, diesen Bereich auszubauen und sich stärker an der globalen Fertigung von Produkten zu beteiligen, könnten viele neue Jobs entstehen, die in der Anfangsphase zwar nur geringe, aber mittelfristig wachsende Einkommen böten. Eine ökonomische Besonderheit bedeuten die öl- und gasreichen Mena-Staaten: Sie erzielen mit dem Rohstoffverkauf zwar hohe Einkünfte, schaffen aber über Förderung und erste Weiterverarbeitung von Öl und Gas nur wenige Arbeitsplätze.

Humanvermögen stärken und nutzen

Um mehr politische Stabilität zu gewinnen, muss es den Mena-Ländern gelingen, ihr Humanvermögen besser zu nutzen. Dazu sind Veränderungen in drei Bereichen notwendig. Erstens müsste sich das Bildungswesen künftig stärker an den Bedürfnissen moderner Volkswirtschaft orientieren. Zweitens wären die Voraussetzungen für ein modernes Unternehmertum zu verbessern und drittens müsste es Frauen ermöglicht werden, ihren oft hohen Bildungsstand volkswirtschaftlich zu nutzen.



Mehr Beschäftigung in einer diversifizierten Wirtschaft

Damit die Privatwirtschaft zur politischen Stabilität in der Mena-Region beitragen kann, müsste sich deren Struktur von Grund auf wandeln. Nötig wäre ein Unternehmertum, das ausreichend bezahlte und sichere Arbeit schafft. Erfolgreiche, wettbewerbsfähige Unternehmen entstehen meist auf Basis von kreativen Ideen. Damit diese entstehen können, ist es wichtig, junge Menschen in ihrer gesamten Bildungskarriere auf die Anforderungen der Privatwirtschaft vorzubereiten. Nicht nur, wie es derzeit bereits geschieht, durch längere Ausbildungszeiten, sondern vor allem über moderne Lehrpläne, -methoden und -materialien.

Mittlerweile sind die formalen Bildungsergebnisse der Bevölkerung in vielen Mena-Ländern recht hoch. Doch die Schulen und Universitäten entlassen ihre Absolventen häufig mit Kenntnissen und Fähigkeiten, die nicht den weltweiten Standards entsprechen. Dies führt dazu, dass existierende Firmen trotz eines Überangebots an Arbeitskräften kaum passendes Personal finden.

Der Personalmangel wird dadurch verstärkt, dass Frauen trotz formal häufig hohen Bildungsniveaus nur selten beschäftigt sind. Bislang lassen sich viele Mena-Länder die Ausbildung ihrer Mädchen und Frauen Einiges kosten, sie bieten ihnen aber selten die Möglichkeit, diese Investitionen in Erträge umzusetzen.*

Durch Verbesserungen in den Bereichen Bildung und Unternehmertum sowie durch die stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen ließen sich in den Mena-Ländern wichtige Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und politische Stabilität schaffen. Diese Aufgaben richten sich an die Regierungen der jeweiligen Länder, an die Wirtschaft vor Ort und an ausländische Investoren, an Nicht-regierungsorganisationen und die internationale Zusammenarbeit.

* Die folgenden Textabschnitte tragen im Wesentlichen Informationen aus Analysen zur Mena-Region zusammen, welche ohne Berücksichtigung Israels erfolgt sind. Die Lage in Israel unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von der seiner Nachbarstaaten. Deshalb erfährt das Land auch hier nur am Rande Beachtung. Eine detaillierte Beschreibung Israels findet sich im Länderkapitel auf Seite 69.

5

HANDLUNGSBEREICHE

Bildung

In beinahe allen Regierungsstrategien der Mena-Region steht Bildung weit oben auf der politischen Agenda. Bisher jedoch sind deren Erfolge dürftig. Obwohl in Ländern wie Tunesien, Marokko oder Saudi-Arabien jeweils rund ein Fünftel des Staatshaushalts in den Bildungsbereich fließen – und damit anteilig doppelt so viel wie in Deutschland oder den USA – ist das Bildungsniveau in diesen und anderen Mena-Ländern seit Jahren niedrig.^{51,*}

* Dies gilt nicht für Israel, welches im Länderkapitel gesondert behandelt wird.

Schulbildung: Wenig mehr als Basiskenntnisse

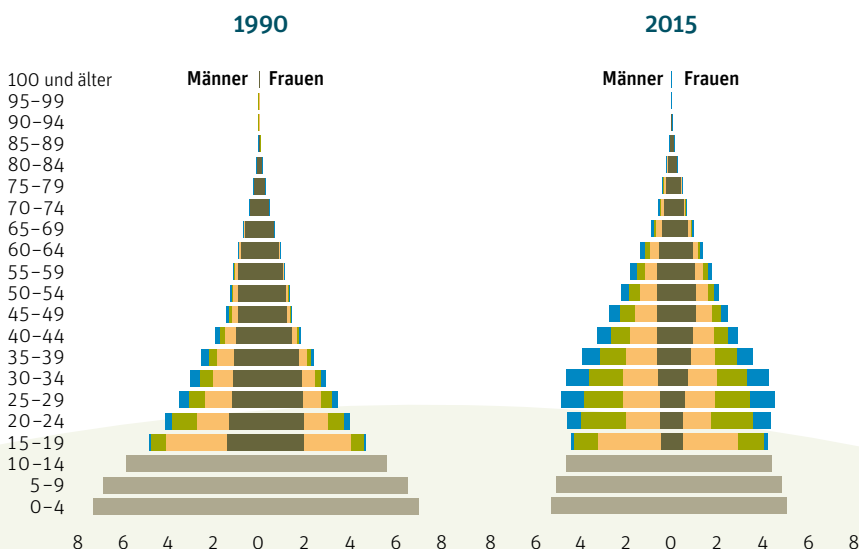
Seit Beginn der 2000er Jahre kritisieren die Vereinten Nationen wiederholt in verschiedenen Berichten das Scheitern der Bildungssysteme in der arabischen Welt. Zwar liegen die Alphabetisierungsraten der 15- bis 24-Jährigen heute mit Ausnahme Jemens (88 Prozent), Iraks (82 Prozent) und Marokkos (82 Prozent) bei über 90 Prozent und damit deutlich höher als noch in den 2000er Jahren.⁵³ Über die häufigere Vermittlung dieser Basiskennntnis hinaus hat sich allerdings wenig verändert. Die Mena-Länder erzielen in weltweiten Bildungsvergleichstests wie Timss, Pirls oder Pisa sehr schlechte Ergebnisse – ganz gleich, ob es um Mathematik-,

Lese- oder Problemlösungskompetenzen geht. Unter den darin untersuchten Mena-Ländern liegt einzig Israel auf dem Niveau der westlichen Industriestaaten.⁵⁴ Nicht nur sind in vielen Mena-Ländern die Lehrer häufig kaum oder schlecht ausgebildet, sondern auch die Lehrpläne setzen die falschen Schwerpunkte.⁵⁵ Technische Fächer und Fremdsprachen, also gerade jene Inhalte, die junge Erwachsene international wettbewerbsfähig machen, nehmen in der Schulbildung kaum Raum ein.⁵⁶ Dagegen spielt religiöser Unterricht oft eine große Rolle.⁵⁷ Theoretische Wissensvermittlung und Frontalunterricht dominieren im Schulsystem, dagegen lernen die Schüler nicht, wie man im Team arbeitet oder Erlerntes präsentiert.⁵⁸

Steigender Bildungsgrad

In Sachen Bildung hat sich in der Mena-Region in den letzten 25 Jahren viel getan: Während 1990 Mädchen und Frauen teilweise noch der Zugang zu Schulen und Universitäten verwehrt blieb, sind sie heute fast mit ihren männlichen Altersgenossen gleichgezogen. Unter den 20- bis 29-Jährigen verfügt heute mehr als die Hälfte aller Mena-Bewohner über eine höhere Sekundarschulbildung und beinahe ein Viertel hat sich danach weiterqualifiziert, zum Beispiel eine Hochschule besucht. 1990 hatten noch etwa zwei Drittel aller erwachsenen Frauen und etwa die Hälfte aller Männer nicht einmal die Grundschule abgeschlossen und mussten ihr Leben als Analphabeten gestalten.

- (noch) kein Abschluss
- Grundschule oder Sekundarstufe I
- Sekundarstufe II
- postsekundäre Bildung



Bevölkerungszusammensetzung der Mena-Region nach Altersgruppen und Bildungsgrad, in Prozent der Gesamtbevölkerung, 1990 und 2015 (Datengrundlage: Wittgenstein Centre⁵², eigene Berechnungen)

Bassant Helmi leitet das deutsche Verbindungsbüro der Deutsch-Arabischen Industrie- und Handelskammer in Berlin. Die gebürtige Ägypterin ist gleichzeitig Geschäftsführerin des Vereins *Global Project Partners*. Dieser unterstützt durch eine Vielzahl von Projekten die Wirtschaft in Entwicklungsländern – unter anderem durch Ausbildungsinitiativen. In Deutschland kooperiert der Verein mit unterschiedlichen staatlichen und wirtschaftlichen Partnern – wie etwa der Außenhandelskammer, der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit oder dem Auswärtigen Amt. Frau Helmi blickt auf ein mehr als 20-jähriges Engagement in der Region zurück.

Woran krankt der Bildungssektor in der Mena-Region?

In der Mena-Region haben viele Regierungen total versagt, weil sie sich von den Investitionen in Bildung zurückgezogen haben. In Ägypten zum Beispiel haben nur jene Kinder einen Zugang zu besserer Bildung, deren Eltern sich eine Privatschule leisten können. Bildung ist ein Geschäft.

Was für Konsequenzen hat das?

Ich höre regelmäßig von multinationalen Konzernen, aber auch von ganz normalen mittelständischen Unternehmen in der Region, dass sie nicht genügend junge Leute finden, die ausreichend qualifiziert sind. Sie können also ihren Arbeitskräftebedarf nicht decken. Gleichzeitig gibt es eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Viele junge Leute gehen deshalb in den informellen Sektor. Dort verkaufen sie irgendetwas oder sie transportieren mit einem Tuk-Tuk Waren und Passagiere. Sie sind nirgendwo

registriert und haben keine Sozialversicherung. Der informelle Sektor nimmt viele, aber längst nicht alle auf. Langfristig ist das keine Lösung. Andere Jugendliche versuchen, auszuwandern – in die Golfstaaten oder nach Saudi-Arabien, nach Jordanien oder Algerien. Das ist viel einfacher als nach Europa zu gehen. Sie denken: „Wenn ich auswandere, habe ich eine Lösung.“ Doch diese Einschätzung ist nicht realistisch. Die Jugendlichen waren noch nie im Ausland und haben keine Vorstellung, was sie erwartet.

Was müsste passieren, um die Lage langfristig zu verändern?

Meiner Ansicht nach funktioniert das Zusammenspiel zwischen Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft in Ägypten nicht richtig. Die Zivilgesellschaft ist marginalisiert und kann nur wenig Druck ausüben, damit sich etwas verändert – geschweige denn, eigene Bildungsinitiativen starten. Die Unternehmer sind bislang kaum dafür sensibilisiert, dass sie selbst zur Förderung des Nachwuchses beitragen müssen. Es gibt 2.000 Berufsschulen in Ägypten, aber nur 40 Unternehmen, die eine eigene Berufsschule aufgebaut haben. Das sollte man ausbauen und dafür braucht es die richtigen Anreize. Man könnte zum Beispiel Steuererleichterungen für Ausbildungsbetriebe einführen. Aber dafür mangelt es an politischem Willen.

Selbst wenn die Betriebe ausbilden wollen, fehlt ihnen ein klarer rechtlicher Rahmen. Der Staat liefert diesen bislang nicht. Die Unternehmer wollen eine Checkliste. Sie möchten wissen, was sie als Ausbilder leisten sollen, welche Vorschriften sie beachten müssen und woher sie das Geld dafür bekommen. Kurzzeitig sah es so aus, als würde sich Ägypten diesen Problemen

annehmen. Es gab bis vor kurzem ein Ministerium für berufliche Bildung. Das hat kurzfristig die duale Berufsausbildung zurück auf die politische Agenda gebracht. Ich habe eng mit dem zuständigen Minister zusammengearbeitet. Wir wollten in Kooperation mit den ägyptischen Unternehmerverbänden den Grundstein für ein standardisiertes duales Bildungssystem legen. Doch von heute auf morgen wurde das Ministerium in das Bildungsministerium integriert. Der Berufsbildungsminister ist verschwunden. Das ist natürlich auch ein politisches Signal.

Welche Initiativen könnten aus dem Ausland kommen, um die Arbeitnehmer fit für die Arbeitsmärkte zu machen?

Es gibt einzelne Initiativen von internationalen Konzernen. Wir von *Global Project Partners* haben in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt ein Fachkräfteprogramm auf den Weg gebracht. Als einer unserer Partner hat Mercedes-Benz eine Mechatroniker-Akademie aufgebaut. Der erste Jahrgang mit 14 Studenten hat gerade die Abschlussprüfung bestanden. Darunter waren auch zwei Frauen. Das ist ein tolles Konzept. Obwohl ich glaube, dass die Großkonzerne noch viel mehr dergleichen tun könnten und sollten, bleiben solche Initiativen Insellösungen. Ohne übergeordnete Strategien sind sie ein Tropfen auf dem heißen Stein. An der schlechten Ausbildungs- und Beschäftigungslage kann sich nur etwas ändern, wenn alle relevanten Akteure, also Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik, an einem Strang ziehen. Neben technischer Unterstützung kann die deutsche Außenpolitik beratend wirken, indem sie immer wieder unterstreicht, wie wichtig es für die Zukunft der Mena-Länder ist, die nachwachsenden Generationen mit jenen Fähigkeiten auszustatten, die Arbeitgeber auch tatsächlich einsetzen können.

Berufliche Bildung: Ohne Ansehen und Standards

Nach der Schule entscheiden sich wenige junge Menschen für einen praxisorientierten Bildungsweg. Im Jahr 2013 besuchte gerade einmal jeder zehnte Schüler im Sekundarschulsystem der Mena-Länder eine berufsbildende Einrichtung. Zum Vergleich: In Frankreich und Deutschland galt dies für jeden Fünften. Nur in Iran (18 Prozent) und Israel (24 Prozent) lagen die Werte auf ähnlichem Niveau wie in diesen europäischen Ländern.⁵⁹ Ausbildungsberufe genießen in der Mena-Region gegenüber Hochschulzertifikaten einen niedrigen gesellschaftlichen Stellenwert.⁶⁰ Dazu trägt auch bei, dass es bislang keine länderübergreifenden, standardisierten Ausbildungssysteme gibt, wohl aber eine starke Arbeitsmigration zwischen den Ländern. Arbeitgebern ist deshalb häufig nicht klar, welche Inhalte die Auszubildenden mitbekommen haben und was sich hinter ihren Abschlusszeugnissen verbirgt.⁶¹ Bei den Ausbildungsprogrammen handelt es sich meistens um theoretische Kurse ohne wesentliche Anbindung an die Wirtschaft, auch, weil die lokalen Unternehmen bislang kaum Anstalten machen, Verantwortung für die Förderung des eigenen Nachwuchses zu übernehmen.^{62,63} Dies wäre aber sinnvoll. Denn auf diesem Wege könnten die Arbeitgeber dazu beitragen, dass sich das Bildungssystem stärker an ihren eigenen Bedürfnissen orientiert. In einer Umfrage unter 1.500 Arbeitgebern in fünf arabischen Ländern gaben nur zwischen 10 und 41 Prozent der Arbeitgeber an, dass Ausbildungsabsolventen ihren Ansprüchen gerecht wurden. Es mangle ihnen sowohl an Fachwissen als auch an den sogenannten Soft Skills – also der Fähigkeit, klar zu kommunizieren, kreative Ideen zu entwickeln oder mit anderen zusammenzuarbeiten. Mit den Kenntnissen der Hochschulabsolventen in diesen Bereichen waren zwischen 22 und 51 Prozent der Arbeitgeber zufrieden.⁶⁴

INTERVIEW

Seit 2013 leitet Bernd Sulz eine Mechatroniker-Akademie in Ägypten. Das in Zusammenarbeit mit dem Verein Global Project Partners, der Deutsch-Arabischen Industrie- und Handelskammer, dem Auswärtigen Amt und Mercedes-Benz entstandene Projekt hat bereits 20 Absolventen hervorgebracht. Weitere 40 studieren derzeit an der Akademie. Im Gespräch mit dem Berlin-Institut erklärt Bernd Sulz, warum Mercedes-Benz sich als deutscher Konzern für die Ausbildung der jungen Ägypter engagiert und welche Schwerpunkte er dabei setzt.

Warum ist es für Mercedes sinnvoll, die Ausbildung der Arbeitskräfte im Unternehmen zu übernehmen?

Zum einen aus sozialen Gründen. Wir wollen denjenigen eine Chance geben, die keine Möglichkeit haben, zu studieren. Außerdem gibt es ein klares Eigeninteresse. Durch bessere Arbeitskräfte steigern wir letztlich die Qualität und dadurch auch die Kundenzufriedenheit. In unseren Werkstätten haben wir zum Beispiel das Problem, dass die Mehrzahl der Techniker weder lesen noch schreiben, geschweige denn Englisch kann. Deshalb gibt es in der Werkstatt immer einen Ingenieur, der die englische Fachliteratur oder die Anweisungen aus dem System ausliest und mündlich weitergibt. Das ist nicht effizient.

Welche Anforderungen stellen Sie an die Bewerber für Ihre Akademie?

Zunächst sollten die Bewerber zwischen 18 und 22 Jahren alt sein. Sie sollten ein paar Worte Englisch sprechen, über Grundkenntnisse am PC verfügen und gerne mit den Händen arbeiten. Das polizeiliche Führungszeugnis muss sauber sein und sie

sollten, wenn möglich, eine Fahrerlaubnis haben. Natürlich sollte auch die Persönlichkeit stimmen.

Wie schwer fällt es Ihnen, geeignete Bewerber zu finden?

Das ist extrem schwierig. Die 40 Teilnehmer des aktuellen Jahrgangs haben wir gerade so zusammenbekommen, obwohl wir 250 Bewerber hatten. Während der Ausbildungszeit unseres ersten Jahrgangs musste ich sogar acht Studenten entlassen, weil sie sich schlecht verhalten haben. Das war sehr problematisch. Die haben sich geprügelt und keinerlei Regeln beachtet. Irgendwann habe ich eine Trainerin eingestellt, die dann aus Mangel an Respekt selbst das Handtuch geworfen hat. Das Verhalten gegenüber dieser Frau war schlimm.

Was sind die Schwerpunkte der Ausbildung und wie kommen die Fähigkeiten der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt an?

Wir passen den Lehrplan ständig an. Insgesamt setzen wir stark auf Aspekte wie Sozialverhalten, Kommunikation und Teamspirit. Bei uns gibt es kaum Frontalunterricht. Stattdessen konfrontieren wir die Studenten mit Problemen, die sie selbst lösen müssen – indem sie Informationen suchen und die notwendigen Werkzeuge eigenständig einsetzen. Außerdem vermitteln wir vom ersten Tag an Englischkenntnisse. Die Studenten des ersten Abschlussjahrgangs haben sich während der 18-monatigen Ausbildungszeit zu wahren Rohdiamanten entwickelt. Sie sind in der Lage, sich selbst zu helfen. Sie können den Computer bedienen, die Informationen herausholen und letztlich auch das Fahrzeug programmieren. Entsprechend gut sind sie im ägyptischen Händlernetz aufgenommen worden. Alle haben nach Ausbildungsabschluss eine Weiterbeschäftigung gefunden.

Hochschulbildung: Wenig wirtschaftsnahe Forschung, falsche Fächer

Die Einschätzung der Arbeitgeber bestätigt eine Untersuchung der Bildungs- und Wissensschaftsorganisation der Vereinten Nationen Unesco. Darin testete die Organisation die Fähigkeiten von rund 3.800 Studenten in vier arabischen Ländern und holte darüber hinaus Informationen über die Studieninhalte, die Unterrichtsgestaltung sowie das Hochschulleben ein. Die Teilnehmer zeigten erhebliche Schwächen, wenn es darum ging, in einer Fremdsprache und sogar in ihrer Muttersprache schriftlich zu kommunizieren. Auch wurden die Studierenden durch ihre Dozenten nur selten dazu aufgefordert, Präsentationen zu halten oder an Forschungsprojekten teilzunehmen. Zum universitären Alltag gehörten stattdessen Frontalunterricht und Auswendiglernen.⁶⁵

Die jungen Leute sind sich der Bildungs-Misere durchaus bewusst.⁶⁷ Doch sie ziehen daraus kaum Konsequenzen. Im Gegenteil: Obwohl in den Mena-Ländern ein klarer Mangel an Ingenieuren und Technikern herrscht, entscheiden sich viele Jugendliche für ein Studium in Geistes- und Sozialwissenschaften – Bereiche, die von den Arbeitgebern in der freien Wirtschaft kaum nachgefragt werden.⁶⁸ Die jungen Menschen erhoffen sich mit dieser Ausbildung eine Beschäftigung im öffentlichen Sektor, der aber immer weniger Jobs zu bieten hat.

Selbst wenn die Studenten ein technisches Fach wählen, kommen sie selten in Kontakt mit wirtschaftsorientierter Forschung.⁶⁹ Statt auf nützliche Erfindungen konzentrieren sich die ohnehin kleinen Forschungsbereiche der Hochschulen auf Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Zeitschriften.⁷⁰ Deren Ergebnisse tragen jedoch kaum dazu bei, die Wirtschaft voranzubringen und neue Märkte zu erschließen.⁷¹ Das drosselt das Innovationspotenzial der Region und behindert das Entstehen einer kreativen unternehmerischen Klasse.⁷²

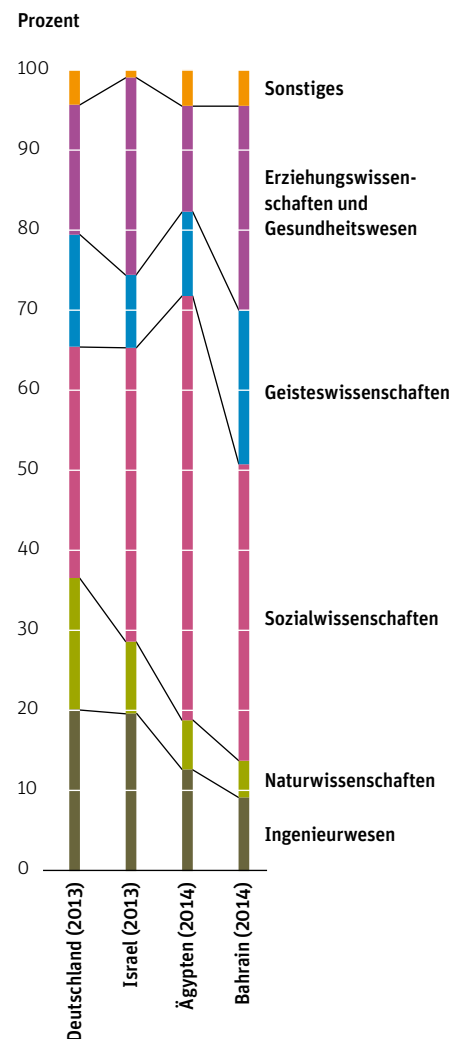
Die Mängel auf allen Ebenen des Bildungssystems sorgen für ein Paradox. Weil jährlich tausende Jugendliche auf die Arbeitsmärkte entlassen werden, die weder über einen ausreichenden englischen Wortschatz verfügen, noch über die Kompetenz, komplexe Probleme zu lösen oder konstruktiv in einem Team zu arbeiten, mangelt es den Arbeitgebern an Fachkräften.⁷³ Gleichzeitig aber

Geisteswissenschaften hoch im Kurs

In vielen Ländern der Mena-Region sind Geisteswissenschaften ungewöhnlich beliebte Studienfächer. Ingenieure und Naturwissenschaftler werden dagegen viel zu selten ausgebildet. Weil ihre Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt kaum gefragt sind, bleiben junge Menschen trotz eines Hochschulabschlusses oft arbeitslos.

Verteilung der Studierenden nach Fächern, in Prozent, 2013 und 2014
(Datengrundlage: UNESCO⁶⁶)

steht eine ganze Schar formal gut qualifizierter junger Menschen auf der Straße.⁷⁴ Der Fachkräftemangel führt nicht zuletzt dazu, dass internationale Investoren vor der Region zurückschrecken. Dies bedeutet nicht nur wirtschaftliche Einbußen, sondern verhindert auch, dass ausländische Unternehmen modernes Wissen in die Länder bringen und dazu beitragen, das Bildungsniveau der Arbeitsbevölkerung anzuheben.⁷⁵



Andreas König leitet in den Palästinensischen Gebieten das Programm zur Förderung von Berufsbildung und Arbeitsmarkt und für mehr Jobchancen für palästinensische Jugendliche für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Warum könnte berufliche Bildung zur Stabilität in der Mena-Region beitragen?

Qualifizierte, kompetente, motivierte, problemlösungsorientierte junge Menschen tragen zu einem Wirtschaftsaufschwung und zumindest zum graduellen Wachstum des Arbeitsmarkts bei. Investitionen in Berufsbildung sind kurz- und mittelfristig Investitionen in Stabilität und in die Reduktion von Konflikten und Krisen. Wenn wir dagegen weiterhin massenweise an den Universitäten ausbilden, dürfte das Gegenteil der Fall sein.

Welche Vorteile hat berufliche Bildung?

Man sagt, die Palästinenser hätten den besten Bildungsstand in der Region. Formal gesehen stimmt das. Doch 45 Prozent der Hochschulabsolventen können ihre Zertifikation nicht auf dem Arbeitsmarkt einbringen. Weil sie das Falsche studieren, aber auch, weil ihnen zentrale Fähigkeiten fehlen. Viele produzierende Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen beschwerten sich darüber, dass junge Leute zwar hohe Ansprüche an das Gehalt haben, aber nicht in der Lage sind, ein simples Telefonat zu führen oder einen rechten Winkel zu zeichnen. Sie haben kein Qualitätsverständnis für Produkte. Stattdessen müssen die Unternehmen die Hochschulabsolventen zwei, drei Jahre anlernen. Wir versuchen, dies gemeinsam mit der Privatwirtschaft zu ändern und setzen dabei in zwei Bereichen an: Zum einen bei der eher traditionellen Berufsbildung. Zum anderen haben wir drei

duale Pilotstudiengänge in den Bereichen Ingenieurwesen, Informatik und BWL eingeführt. Wir arbeiten eng mit den hiesigen Unternehmen zusammen, indem wir Curricula in enger Abstimmung mit den Arbeitsmarktvertretern erarbeiten. Bisher verläuft diese Zusammenarbeit sehr erfolgreich. Die aktuellen Abgänger von unseren Berufsbildungseinrichtungen sind nur zu rund einem Fünftel arbeitslos. Das ist zwar immer noch viel zu viel, doch eben deutlich weniger als bei den normalen Hochschulabsolventen.

Doch die Akzeptanz beruflicher Bildungsprogramme ist dagegen gering. Wie kann man dies ändern?

Wir wollen eine bessere Wertschätzung von nachfrageorientierter und qualitätsvoller beruflicher Bildung erreichen. Das ist Teil unserer Aufgabe. Wir bauen auf Rollenbilder seitens der Wirtschaft und seitens unserer Absolventen. Beim dualen Studium haben vor allem die führenden Wirtschaftsunternehmen im Land aus den Bereichen IT, Pharmazie und Kunststoffe mitgemacht. Sie haben gesagt: „Wir haben jahrelang darauf gewartet, dass sowas endlich kommt. Wir wissen, dass wir uns nur mithilfe qualifizierter Fachkräfte auf den regionalen und internationalen Märkten am Leben halten können und wir sind bereit, in Ausbildung zu investieren.“ Sie geben Geld für die Auszubildenden, schließen mit ihnen Verträge ab, stellen Leute bereit, die gemeinsam mit den Unis Lehrpläne entwickeln. Für uns sind diese Unternehmen wichtige Vorbilder, die den anderen zeigen, dass es sich lohnt, in Berufsbildung zu investieren, um den Fachkräftbedarf zu decken. Wichtige Rollenmodelle sind natürlich auch die Ausbildungsabsolventen. Wir brauchen junge Leute, die sich entgegen dem vorherrschenden Bild, einzig universitäre Bildung sei der richtige Weg, manchmal sogar gegen den Willen der Eltern, für eine Ausbildung entschieden haben, und heute sagen: „Es war eine super Entscheidung. Ich habe etwas Vernünftiges

gelernt, ich verdiene ordentlich und kann meine Familie ernähren. Meine Klassenkameraden, die die Uni abgeschlossen haben, sind dagegen jetzt arbeitslos.“ Doch man kann Einstellungen und dominierende Bilder nicht von einem Moment auf den anderen verändern. Deshalb ist es wichtig und gut, dass unser Programm langfristig ausgelegt ist und nicht nach drei Jahren wieder vorbei ist.

Die meisten Arbeitsplätze entstehen in kleinen und mittelständischen Unternehmen. Wie binden sie diese ein?

Die meisten Berufsbildungseinrichtungen unterstehen in Palästina der Bezirksregierung. In Absprache mit den Ministerien haben wir auf der Bezirksebene sogenannte *Local Employment and Training Councils* installiert. Das sind lokale Plattformen des sozialen Dialogs, die sich mit Ausbildungs- und Beschäftigungsfragen auseinandersetzen. Da kommen öffentliche und Privatakteure zusammen sowie Wissenschaft und Zivilgesellschaft und diskutieren darüber, welche Bedarfe bestehen und wie sie gedeckt werden können. Durch diese Plattform sprechen zum ersten Mal Leute und Strukturen miteinander, die vorher nicht miteinander gesprochen haben. Das hat zum Teil erstaunliche Wirkung. Die lokalen Kammern und Einzelunternehmer äußern zum Beispiel sehr klare Wünsche und Erwartungen. Viele von ihnen haben erkannt, dass gezielte Berufsbildung einen Mehrwert für sie erzeugen kann. Zivilgesellschaft und Berufsschulen wiederum haben während dieser Dialoge die Möglichkeit, Forderungen an die Wirtschaft zu stellen, zum Beispiel nach Praktikumsplätzen, um damit den Berufsschülern zu ersten Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt zu verhelfen. Davon haben auch die Unternehmen etwas. Denn sie können Einfluss auf die Ausbildung der Leute nehmen und sie sich ohne Risiko ansehen, bevor sie sie vielleicht später einmal einstellen.

Grundsteine legen

- Universelle Bildung im Grund- und Sekundarschulbereich für alle Jungen und Mädchen ermöglichen.
- Angemessene Bildungsqualität in privaten und öffentlichen Schulen sichern und besonderen Fokus auf Problemlösungskompetenz, Eigenständigkeit und Kreativität setzen.
- Technischen Fächern und Fremdsprachen in den Lehrplänen mehr Gewicht verleihen.

Auf den Arbeitsmarkt vorbereiten ...

... durch Ausbildungsprogramme

- Ansehen beruflicher Bildung durch Kampagnen und Vorbilder sowie durch finanzielle Förderung von Auszubildenden stärken.
- Kooperation zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Bildungsträgern und Politik bei der Konzeption und Durchführung schulischer und universitärer Ausbildungsprogramme fördern, etwa bei Lehrplänen, bei der Auswahl und Bereitstellung von Lehrpersonal und bei der Vermittlung von Praktika und Lehrstellen.
- Klare Standards und rechtliche Rahmenbedingungen für berufliche Bildung schaffen und dabei Politik, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft einbeziehen.
- Engagement von Ausbildungsbetrieben durch finanzielle Anreize fördern.

... an den Universitäten

- Praxisbezug von Universitäten stärken und finanzielle Förderung zukunftsweisender, anwendungsnaher Forschungsbereiche in Kooperation mit der Privatwirtschaft ausbauen.
- Attraktivität technischer und naturwissenschaftlicher Studiengänge durch Kampagnen und Stipendienprogramme steigern.
- Den internationalen Wissenstransfer durch Stipendien- und Austauschprogramme sowie die Zusammenarbeit mit ausländischen Hochschulen und Investoren stärken.

Um das Bildungssystem zielgerichtet zu verbessern, sollten sich die Mena-Länder stärker an internationalen Vergleichstest beteiligen. Außerdem sollte der Zugang zu qualitativ hochwertigen Bildungseinrichtungen einzig aufgrund von Leistungen und unabhängig von Geschlecht, sozialer Herkunft und finanziellen Möglichkeiten garantiert werden. Familien sollten über Sinn und Zweck einer Schulbildung ihrer Kinder wie auch hinsichtlich der Entscheidungen zu Ausbildung und Berufswahl beraten werden, um langfristige Chancen am Arbeitsmarkt realistisch einschätzen zu können.

Unternehmertum

Weltweit sind kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) die Wachstumsmotoren der Wirtschaft und damit auch der Arbeitsmärkte. Zwar handelt es sich in weniger entwickelten Ländern bei KMU häufig um Kleinstunternehmen mit wenig Wachstumsperspektive und kaum Personal. Aber unter allen Neugründungen finden sich in den meisten Ländern rund fünf Prozent Unternehmer, welche innerhalb ihrer Gründungsphase für rund die Hälfte der entstehenden Jobs im Land sorgen.⁷⁶

Allerdings werden in der Mena-Region insgesamt unterdurchschnittlich wenige Unternehmen gegründet: Die Gründungsrate liegt niedriger als in jeder anderen Weltregion mit Ausnahme Subsahara-Afrikas. Dies gilt auch dann noch, wenn informelle Unternehmen – rund 80 Prozent aller KMU – mit berücksichtigt werden.⁷⁷ Hinzu kommt, dass der Anteil der Unternehmen, die planen, zu wachsen und in den kommenden Jahren ihre Mitarbeiterzahlen deutlich zu erhöhen, ebenfalls gering ist – ganz besonders in Nordafrika.⁷⁸

Dazu tragen unterschiedliche Faktoren bei: Ein Großteil der Selbständigen in der Mena-Region ist aus der Not heraus aktiv.⁷⁹ Viele von ihnen bieten einfache Waren und Dienstleistungen an, für die sie keine relevanten Kenntnisse benötigen.⁸⁰ Ein Unternehmertum, das ähnlich dem deutschen Mittelstand weltweit gefragte Produkte fertigt, das viele Arbeitsplätze, damit Wohlstand und eine breite Mittelschicht schafft, gibt es bislang nicht.

In der Region mangelt es an einer unternehmerischen Kultur. Unternehmerische Tätigkeiten gelten in vielen arabischen Ländern nach wie vor als schlechtere Option gegenüber einem Arbeitsplatz beim Staat.⁸¹ Dadurch mangelt es an risikobereiten Gründern. Um dies zu verändern, müsste der Bildungssektor stärker in eine Berufsvorbereitung

Sebastian Rubatscher hat im Jahr 2014 den Verein *enpact* gegründet. Dieser organisiert unter anderem ein Mentorenprogramm, bei dem ägyptische, tunesische, jordanische und marokkanische mit österreichischen und deutschen Start-ups zusammenkommen. Enpact hat bereits 57 Teilnehmer begleitet, die zusammen mehr als 2.000 Arbeitsplätze geschaffen haben.

Wie hat sich die Unternehmer-Landschaft gewandelt, seitdem Sie in der Region arbeiten?

Enorm. Heute redet man in den Ländern über Unternehmertum. Start-ups werden bekannter. Es gibt viele Konferenzen und Veranstaltungen, bei denen Start-ups regelmäßig zusammenkommen. Das Schöne ist, dass es sich dabei um lokale Initiativen handelt, die von selbst entstanden sind. Auch in unseren Bewerberzahlen zeigt sich die gesteigerte Anziehungskraft von Unternehmertum. 2014 zählten wir 300 Bewerber. In diesem Jahr rechnen wir mit über 500. Außerdem werden die Bewerbungen qualitativ besser. Gerade in Tunesien und Marokko, wo wir immer Sprachprobleme hatten, lernen die jungen Leute inzwischen teilweise wirklich gutes Englisch an den Unis. Auch die Geschäftsideen sind besser. 80 Prozent der tunesischen Bewerbungen im ersten Jahr konnte man in die Tonne werfen, heute vielleicht noch 40 Prozent und der Rest ist häufig richtig gut.

Was ist aus den ganzen Unternehmen geworden, die Sie betreut haben?

80 bis 90 Prozent unserer Start-ups gibt es noch. Außerdem hat sich die Zahl der Beschäftigten deutlich erhöht. Besser noch:

Die Start-ups sind alle gewachsen. Im Jahr 2013 hatten sie im Schnitt 5,6 Mitarbeiter, ein Jahr darauf 9 und heute sind wir bei über 10. Und dabei entstehen keine Blue-Collar-Jobs am Fließband, sondern Jobs für Akademiker. Das sind die Arbeitsplätze, die am Ende wirklich etwas bewirken.

Wo liegen die größten Probleme für das Unternehmertum?

Die kulturelle Akzeptanz von Unternehmertum ist noch nicht wirklich da. Oft dürfen die Familien gar nicht wissen, dass ihre Kinder gründen. In der Oberschicht, aus der die meisten Gründer kommen, gilt weiterhin das Credo: „Du musst Arzt oder Anwalt werden, du musst in ein großes Unternehmen oder in den öffentlichen Dienst gehen.“ Wenn die Kinder dieser Familien dann plötzlich Risiken eingehen, im Zweifelsfall sogar das Geld der eigenen Familie aufs Spiel setzen, kommt das nicht gut an. Manchen Eltern fällt es leichter, zu sagen, ihr Kind sei arbeitslos, als zu erzählen, die Tochter oder der Sohn habe ein Start-up gegründet. Ein weiteres großes Problem ist die Infrastruktur. Besonders in Tunesien ist das eine Katastrophe. Als wir dort angefangen haben, gab es einen klitzekleinen Co-Working-Space, der 30 Quadratmeter groß war. Es gab Gründungszentren an Universitäten, die aussahen wie Krankenzimmer. Da will man nicht gründen. Viele unserer Gründer klagen auch über Bürokratie. Je nachdem, was sie auf den Markt bringen wollen, kann es extrem lange dauern, bis sie alle Genehmigungen für die Geschäftsgründung zusammenhaben. Nicht zuletzt ist die Finanzierung schwierig. Das Investitionsklima ist in den Ländern so schlimm, dass kaum jemand aus dem Westen in ein ägyptisches Start-up investieren würde. Um das zu umgehen, registrieren viele ägyptische Start-ups ihre Firmen in Europa.

Wie könnten internationale Geldgeber das Unternehmertum in diesen Ländern unterstützen?

Die Hilfe aus den Geberländern ist schlecht koordiniert, sowohl von deutscher, wie auch von europäischer Seite. Zurzeit fließen Millionen von Euro nach Tunesien. An sich ist das nicht schlecht. Doch keiner weiß, was wirklich benötigt wird: Brauchen die potenziellen Unternehmer Beratung, brauchen sie ein Gebäude, in dem sie ihre Ideen umsetzen können oder vielleicht etwas ganz anderes?

Was würde den Start-ups in diesen Ländern helfen, diese Hürden zu umgehen?

Was die Finanzierung betrifft, wäre es gut, einen Fonds aufsetzen, der den Zugang zu Geld erleichtert. Die großen Familienunternehmen übernehmen bislang kaum Verantwortung für die nachwachsende Generation und stecken so gut wie kein Geld in Neugründungen. Es würde den Unternehmern außerdem helfen, wenn unabhängige, nicht-staatliche Start-up-Verbände entstehen würden. Diese könnten über Unternehmertum aufklären und zeigen, was man als Neugründer tun kann, wo Risiken lauern und wo es gute Anlaufstellen gibt. Was die Infrastruktur betrifft, braucht es ebenfalls Initiativen. Wir bauen in Tunesien gerade ein Start-up-Haus für 70 Gründer auf. Dort können sie sich untereinander austauschen und in Kontakt mit erfahrenen Personen und Organisationen kommen. Es wird unterschiedliche Treffen geben, bei denen zum Beispiel Leute von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit ihre Projekte vorstellen, Vertreter von Investitionsbanken erklären, wie sich Start-ups auf Gelder bewerben können und so weiter.

eingebunden werden. Unternehmerisches Wissen, das schon in der Schule vermittelt wird und erst recht an den Universitäten, könnte dazu beitragen, dass sich mehr junge Menschen in der Region für eine unternehmerische Tätigkeit interessieren, sich diese auch zutrauen und vor allem innovative Ideen mit Wachstumspotenzial entwickeln.⁸²

Darüber hinaus arbeiten Wissenschaft und Wirtschaft bislang kaum zusammen. Dadurch können sich Wirtschaftsbereiche mit höherer Wertschöpfung kaum entwickeln.⁸³ Unternehmen, die auf den Weltmärkten mitspielen, gibt es in der Region selten, Hochtechnologieexporte machen bis heute einen Bruchteil der Gesamtausfuhren aus.⁸⁴ Auch in zukunftsweisenden Branchen des Dienstleistungssektors, etwa im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie, Beratung, Logistik, Finanzen und Personalwesen, sind die Mena-Länder bislang schlecht aufgestellt.⁸⁵

Selbst wenn potenzielle Neugründer eine vielversprechende Idee haben, werden sie eher daran gehindert, diese umzusetzen. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Vetternwirtschaft, *Wasta* genannt.⁸⁶ Diese erleichtert es alteingesessenen Unternehmen auch mit kaum wettbewerbsfähigen Produkten zu überleben. Junge Firmen ohne entsprechende Netzwerke erhalten nur schwer Zugang zu Baugenehmigungen, müssen höhere Kosten für Transport, Kommunikation, Finanzdienstleistungen und Energie in Kauf nehmen und sind im Gegensatz zu ihren Konkurrenten häufig Ziel von Steuerüberprüfungen.⁸⁷

Schlechte Voraussetzungen

In einer globalen Umfrage fragt die Weltbank Unternehmer, wie sie die Geschäftsbedingungen in ihren Heimatländern einschätzen. In der Mena-Region fallen die Antworten in vielerlei Hinsicht schlechter aus als im Rest der Welt. Das liegt unter anderem an der verbreiteten Korruption, an mangelhafter Infrastruktur und dem unzureichendem Zugang zu Risikokapital.

Zahl der Stromausfälle pro Monat



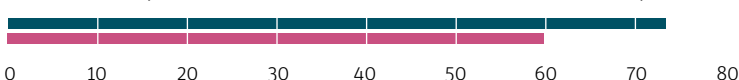
Anteil der Firmen, von denen Geschenke erwartet wurden, um einen Vertrag mit der Regierung abschließen zu können, in Prozent



Anteil der Firmen, die Zugang zu Finanzen als großes Hindernis erachten, in Prozent



Anteil der Firmen, die via E-Mails mit Kunden und Zulieferern in Kontakt treten, in Prozent



(Datengrundlage: Weltbank⁹⁴)

Zusätzlich zu diesen informell korrupten Praktiken stellen auch die offiziellen Rahmenbedingungen Hürden für das Unternehmertum: Dies geht aus dem *Ease of Doing Business Index* der Weltbank hervor. Dieser misst die strukturellen Existenzbedingungen für Unternehmen, von der Möglichkeit, eine Firma anzumelden bis zur Abwicklung von Insolvenzen. 8 der 19 Mena-Länder schneiden darin im unteren Drittel von 189 Ländern ab, 9 im Mittelfeld und nur zwei (die Vereinigten Arabischen Emirate und Israel) im oberen Drittel.⁸⁸

Damit Unternehmer überhaupt aktiv werden, benötigen sie vor allem die notwendigen Finanzmittel. Bislang ist es in der Mena-Region schwierig, Startfinanzierungen zu erlangen. Schätzungen zufolge verfügen gerade einmal 20 Prozent aller KMU über Zugang zu Krediten – in Lateinamerika sind es 40 Prozent.⁸⁹ Viele Start-ups leben in der Gründungsphase von privaten Ersparnissen oder leihen sich Geld bei Freunden und Verwandten.⁹⁰

Nicht zuletzt sind viele Mena-Länder gezeichnet durch eine marode Infrastruktur. Langsame Internetverbindungen, schlechte Straßen, überlastete Stromnetze und unzuverlässige Wasserversorgung hemmen insbesondere Unternehmen in Branchen am oberen Ende der Wertschöpfungskette.⁹¹

Die geringe Gründungsquote geht auch auf einen gesellschaftlichen Faktor zurück: In der überwiegenden Zahl der Mena-Länder spielen Frauen ökonomisch kaum eine Rolle.⁹² Nicht nur sind sie seltener als Männer auf der Suche nach Arbeit oder als Angestellte berufstätig, sie gründen auch deutlich seltener ein Unternehmen.⁹³

Handlungsempfehlungen

Ansehen von Unternehmertum stärken

- Unternehmertum als berufliche Möglichkeit schon in der Schule bewerben.
- Erfolgreiche Gründer als Vorbilder bekannter machen.
- Vorbehalte innerhalb der Familien gegen unternehmerische Interessen ihrer Kinder bekämpfen, etwa durch Aufklärungskampagnen oder spezielle Kursangebote.

Unternehmerische Fähigkeiten und Ideenreichtum fördern

- Unternehmerisches Wissen in schulischen und universitären Lehrplänen verankern.
- Bedarfsorientierte Mentorenprogramme für (potenzielle) Neugründer auflegen.
- Ausbildung an Universitäten stärker auf die Arbeit in KMU ausrichten.
- Vielversprechende unternehmerische Ideen fördern durch die heimische Wirtschaft, ausländische Investoren, sowie durch in- und ausländische, staatliche und zivilgesellschaftliche Programme.

Unternehmerisches Umfeld verbessern

- Informationen über die Chancen des Unternehmertums verbreiten.
- Räume für Start-ups zur Verfügung stellen, etwa in öffentlichen und privaten Technologieparks und Gründerzentren.

■ Finanzierungsinstrumente für Unternehmer entwickeln, etwa durch Risikokapital-Fonds, spezielle Kreditlinien oder Förderprogramme. Bei der Förderung große Unternehmen der heimischen Wirtschaft, ausländische Investoren sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure einbinden.

■ Bürokratische Hürden abbauen und Rechtssicherheit stärken.

■ Vetternwirtschaft und unfairen Wettbewerb verhindern.

■ Infrastrukturelle Hindernisse abbauen, etwa durch bessere Stromversorgung, Internetverbindungen sowie Straßen und Zugverbindungen.

■ Genügend Fachkräfte ausbilden, um die Unternehmen wettbewerbsfähig zu machen.

Allen Maßnahmen sollte eine eingehende Bedarfsanalyse sowohl qualitativer wie auch quantitativer Art vorausgehen. Um den Aufbau neuer Unternehmen zu fördern, ist es wichtig, Parallelstrukturen zu vermeiden und die Aktivitäten unterschiedlicher Akteure abzustimmen. Unabhängige Unternehmerverbände können bei der Identifizierung von Bedürfnissen sowie der Bewältigung von Problemen eine wichtige Rolle spielen. Insbesondere Frauen sollten für das Unternehmertum gewonnen werden, weil sie bisher in diesem Bereich unterrepräsentiert sind und zudem als Rollenvorbilder für den weiblichen Nachwuchs wichtig sind. Beim Ausbau des Unternehmertums kann auch die Diaspora durch ihre Erfahrungen und Kapital eine wichtige Stütze sein.

Geschlechtergerechtigkeit

Alle Überlegungen dazu, wie es gelingen kann, die Mena-Länder zu stabilisieren, müssen die Lage von Frauen in der Region berücksichtigen. Denn sie werden in vielen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens marginalisiert und diskriminiert. In einer globalen Erhebung hat die Beratungsfirma McKinsey die Lage von Frauen in unterschiedlichen Weltregionen nach zehn Kategorien untersucht. In sieben davon verzeichnen die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas eine hohe bis extrem hohe Frauenbenachteiligung.⁹⁵

Dabei hätten Frauen in diesen Ländern gute Chancen, sich beruflich zu entfalten. Denn im Vergleich zu Frauen in vielen anderen Entwicklungsländern sind sie in der Mena-Region vergleichsweise gut ausgebildet. In den vergangenen Jahren haben beinahe alle Mena-Länder das Bildungsniveau von Frauen und Mädchen deutlich gesteigert. In der Gruppe der 20- bis 29-Jährigen unterscheidet sich der Bildungsgrad von Männern und Frauen kaum noch. Zwar bleibt einigen Mädchen nach wie vor der Weg in die Schule gänzlich verwehrt, doch inzwischen übersteigt der Anteil der jungen Frauen mit Abitur oder postsekundärer Bildung (59 Prozent) den der jungen Männer (56 Prozent).⁹⁶ Das Bildungssystem ist damit heute einer der wenigen Bereiche in der Mena-Region, der Frauen dieselben Freiheiten und Möglichkeiten einräumt wie Männern.⁹⁷

Im weiteren Verlauf ihres Lebens werden Frauen allerdings immer noch an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Anstatt die Bildungsinvestitionen in eine Rendite zu überführen, verzichten viele der arabischen Länder auf das Potenzial ihrer weiblichen Erwerbsbevölkerung.⁹⁸ Nach Abschluss der Bildungslaufbahn steht nicht einmal jede dritte Frau zwischen 25 und 34 Jahren dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.⁹⁹ Bei den

Männern dieser Altersgruppe sind es über 90 Prozent. Dies lässt sich nicht alleine damit begründen, dass junge Frauen zwischen 25 und 34 Jahren sich mitten in der Familiengründungsphase befinden und damit für eine Weile auf dem Arbeitsmarkt pausieren. Zwar mangelt es in den Mena-Ländern an Kinderbetreuungseinrichtungen oder flexiblen Arbeitszeitmodellen, die Frauen eine Berufstätigkeit neben den familiären Aufgaben erleichtern würden.¹⁰⁰ Aber derlei Probleme gibt es weltweit. Trotzdem liegt die Erwerbsquote junger Frauen außerhalb der Mena-Region um 33 Prozentpunkte höher.¹⁰¹ Diejenigen Frauen, die arbeiten wollen, sind darüber hinaus wesentlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer und wenn sie Arbeit finden, sind sie häufiger in informellen Verhältnissen beschäftigt, werden schlechter bezahlt und erreichen nur selten Führungspositionen.^{102,103,104} Die Ursachen für diese Unterschiede sind primär in der traditionellen Wertestruktur sowie in den Gesetzestexten vieler Mena-Länder zu finden.

Keine freie Berufswahl

Häufig entscheidet die Familie – meistens der Vater oder Ehemann – darüber, ob eine Frau überhaupt einen Beruf ergreift und in welchem Bereich sie aktiv wird. Gegen eine Berufstätigkeit sprechen zum Beispiel Sicherheitserwägungen.¹⁰⁵ Frauen dürfen sich in einigen Ländern nicht ohne männliche Begleitung in der Öffentlichkeit bewegen und können deshalb einen Arbeitsort kaum selbständig erreichen. Besonders schwierig ist das dort, wo es keinen oder kaum einen öffentlichen Personennahverkehr gibt, etwa in Saudi-Arabien.¹⁰⁶

Da der öffentliche Sektor klare Normen und Standards am Arbeitsplatz schafft, ziehen Frauen einen Job beim Staat einer Tätigkeit in der freien Wirtschaft vor.¹⁰⁷ Sie arbeiten deshalb überdurchschnittlich häufig in

klassischen weiblichen Berufen – etwa als Lehrerinnen oder Krankenschwestern.¹⁰⁸ Nicht zuletzt spielen ethisch-moralische Erwägungen eine große Rolle bei der Berufswahl. Die Aufnahme einer Tätigkeit im Tourismusbereich etwa gilt vielen wegen des Kundenkontakts als unangemessen.¹⁰⁹ Ein Job im IT-Bereich oder in der Fertigungsindustrie ist dagegen eher akzeptabel.¹¹⁰

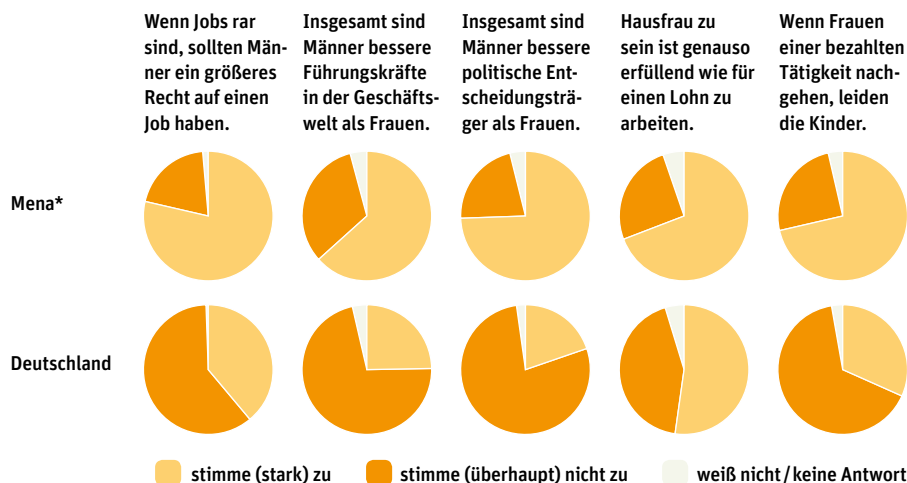
Einige Berufe bleiben Frauen nicht nur aufgrund mangelnder sozialer Akzeptanz, sondern auch aus offiziellen, rechtlichen Gründen verwehrt. So dürfen sie in manchen Mena-Ländern nicht als Anwältinnen oder im Bankensektor arbeiten.¹¹¹ Andere Jobs bleiben ihnen verschlossen, weil für weibliche Angestellte teilweise kürzere Schichtlängen gelten, was für Arbeitgeber oft unattraktiv

ist.¹¹² Da das vorherrschende Familienbild die Aufgaben in der Erziehung und im Haushalt weiterhin überwiegend als weiblich verortet, ist für viele Mütter eine Berufstätigkeit keine Option, da es an Betreuungseinrichtungen mangelt.¹¹³ Spätestens die Familiengründung bedeutet für sie deshalb häufig den Abschied vom Arbeitsmarkt.

Auch das Unternehmertum ist unter arbeitenden Frauen kaum verbreitet. Dies liegt nicht nur an kulturellen Hindernissen. Gründerinnen fällt es noch schwerer als ihren männlichen Kollegen, das notwendige Startkapital aufzubringen, denn in vielen Ländern ist Frauen der Zugang zu Eigentum eingeschränkt. Sie verfügen deswegen über keinerlei Sicherheiten, die ihnen die Aufnahme eines Kredits erleichtern würden.¹¹⁴

Hausfrau und Mutter

Gemäß dem dominanten Rollenbild in der Mena-Region sollten Frauen ihre beruflichen Ziele zugunsten der Familie zurückstellen und sich mit ihrer Rolle als Hausfrau zufrieden geben. Die Arbeitswelt dagegen gehört den Männern: Ihnen werden nicht nur größere Rechte auf einen Arbeitsplatz eingeräumt, sondern auch höhere Fähigkeiten im Berufsleben zugetraut. Zum Vergleich: In Deutschland hat sich die Einstellung der Menschen gegenüber berufstätigen Frauen gegenüber früher stark gewandelt. Weder gelten sie als schlechter geeignet für Führungspositionen, noch sollten sie gegenüber Männern das Nachsehen auf dem Arbeitsmarkt haben.



* 13 Mena-Länder: Algerien, Ägypten, Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Palästinensische Gebiete, Tunesien

Zustimmung zu unterschiedlichen Aussagen, in Prozent, Erhebungswelle: 2010 bis 2014 (Datengrundlage: World Values Survey¹¹⁵)

Nadia Bellal berät internationale Organisationen in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit – darunter die Vereinten Nationen, die Europäische Kommission und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Als Teil dieser Arbeit erforscht sie die Lage von Frauen in unterschiedlichen Mena-Ländern. Hauptberuflich betreibt sie eine Akupunkturklinik in Alger.

Frauen gehen in der Mena-Region selten einer bezahlten Arbeit nach, obwohl sie häufig sehr gut qualifiziert sind – manchmal sogar besser als Männer. Wie erklären Sie dieses Paradox?

Die Antwort auf diese Frage steht in engem Zusammenhang mit der Kultur in der Region. Die muslimische Tradition ist in der Mentalität der Menschen tief verankert. Die Tatsache, dass Frauen manchmal besser qualifiziert sind als Männer, kann als erster Triumph der Frauen begriffen werden. Doch leider strahlt dieser noch nicht in andere Bereiche aus. Es ist schwierig für Frauen, einen Arbeitsplatz zu finden – noch dazu einen in gehobener Position. Denn rein kulturell müssen Frauen nicht arbeiten gehen. Sie sollten heiraten und als Mütter zuhause bleiben.

Glauben Sie, dass sich die Ansprüche junger Frauen in den vergangenen 10 bis 15 Jahren verändert haben?

Die wirtschaftliche Lage vieler Familien in der Region hat sich verschlechtert. Deshalb sind auch die sozialen Vorbehalte gegen Frauenerwerbstätigkeit kleiner geworden. Weiterhin arbeiten Frauen eher im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Diese Berufswahl spiegelt die Mentalität der Gesellschaft wider. Wenn Frauen im Bildungs- oder Gesundheitssektor arbeiten,

ist das akzeptabel, denn dies wird ihrem Bild als Mütter, also als Menschen, die sich um andere kümmern, gerecht.

Grundsätzlich konkurrieren in der Region zwei Strömungen, die sich auf die Vorstellungen von Frauen auswirken: Die eine, eher moderne, gelangt über neue Kommunikationsmittel aus Europa ins Land, die andere, konservative, aus den arabischen Ländern, insbesondere aus Katar. Insgesamt ist es aber schwierig, einzuschätzen, ob die Ansprüche von Frauen sich gewandelt haben. Es mangelt an wissenschaftlichen Erkenntnissen darüber.

Was müsste geschehen, um das Ansehen von Frauen in der Region zu verbessern?

Der Weg zu einem veränderten Frauenbild unterscheidet sich von Land zu Land, von Region zu Region und von Gemeinschaft zu Gemeinschaft. Grundsätzlich sind zwei Faktoren zentral: Zunächst müsste der rechtliche Rahmen so angepasst werden, dass Frauen gleichberechtigt ihre Ziele äußern können ohne dafür verurteilt zu werden. Doch das ist nicht genug. Vor allem muss sich die Mentalität ändern – die Menschen müssen sich ändern. Das ist sehr kompliziert.

Wichtig sind dabei Erfolgsgeschichten von Frauen, die eine neue Rolle in der Gesellschaft einnehmen. Das würde das Bild von Frauen verändern und zu einem neuen Frauenmodell verhelfen. Dabei müssen wir aber vermeiden, zu stark in die Kultur einzugreifen. Denn die Menschen sind sehr stark in ihrer Kultur verwurzelt. Die Unterstützung von Schulen und Moscheen wäre deshalb besonders wichtig.

Gibt es in der Region eine feministische Bewegung, die diese Entwicklung befördern könnte?

Es gibt sehr aktive Frauen, die in NGOs versuchen, die Mentalität religiöser Menschen zu verändern. Doch diese Frauen repräsentieren nicht die Mehrheit in der Region: Sie sind modern, haben moderne Ideen und sie sind sehr aktiv. Die Bewegung spricht also nicht die breite Gesellschaft an. Es ist für die NGOs außerdem schwierig, dem Geschlechterthema einen hohen Stellenwert zu verleihen. Denn meistens hat die Armutsbekämpfung die oberste Priorität in der Region. Nur wenige ziehen die Verbindung zwischen Demokratie, Armut und Gleichberechtigung. Trotzdem glaube ich, dass die NGOs helfen, die Lage der Frauen zu verbessern. Schon heute zeigt ihre Arbeit gute Ergebnisse. In einem Umfeld von geringem Fortschritt gibt es vereinzelt große Fortschritte. Frauen verlassen das Haus zwar im Hidschab, also mindestens in ein Kopftuch gehüllt, aber immerhin gehen sie aus. Sie gehen so zur Arbeit oder studieren. Das ist sehr wichtig und ich bin sicher, dass es weiter vorwärts geht. Es wird Zeit brauchen. Seit dem Arabischen Frühling sind Frauen viel sichtbarer geworden und sie können ihrer Stimme besser Ausdruck verleihen, doch ob sie im anschließenden Demokratisierungsprozess wirklich repräsentiert sind, bleibt fraglich.

Wie könnten internationale Akteure dazu beitragen, dass sich die Lage verbessert?

Die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) könnte eine sehr wichtige Rolle einnehmen, denn sie arbeitet mit den Regierungen zusammen. Dadurch kann sie ganz unmittelbar Einfluss nehmen und das ist besonders in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit wichtig. Die GIZ ist damit viel flexibler als multilaterale Organisationen mit großen Verwaltungsapparaten.

Entwicklungsexperten sehen in der wirtschaftlichen Stärkung von Frauen einen generellen Schlüssel für mehr Gleichberechtigung im privaten und öffentlichen Leben.¹¹⁶ Dass diese in den Mena-Ländern bislang kaum gelingt, hat zum einen erhebliche ökonomische Folgen: So schätzt das Beratungsunternehmen McKinsey, dass das Bruttoinlandsprodukt der Mena-Region im Jahr 2025 um beinahe drei Billionen US-Dollar über dem prognostizierten Niveau liegen könnte, wenn die heute bestehenden Geschlechterungleichheiten beseitigt würden.¹¹⁷ Zum anderen hat die Marginalisierung der Frauen auch demografische Konsequenzen. Denn wo es Frauen an Perspektiven zur Selbstverwirklichung außerhalb des familiären Lebens mangelt, bekommen sie weltweit im Schnitt mehr Kinder. In der Hälfte aller Mena-Länder liegt die Fertilitätsrate bei 2,8 Kindern oder höher.¹¹⁸ Damit hält das Bevölkerungswachstum in der Region weiter an – und zwar gerade in jenen Ländern, die ihren wachsenden Anteil an jungen Menschen schon heute kaum versorgen können und deshalb als politisch instabil gelten.

Junge Frauen gestärkt

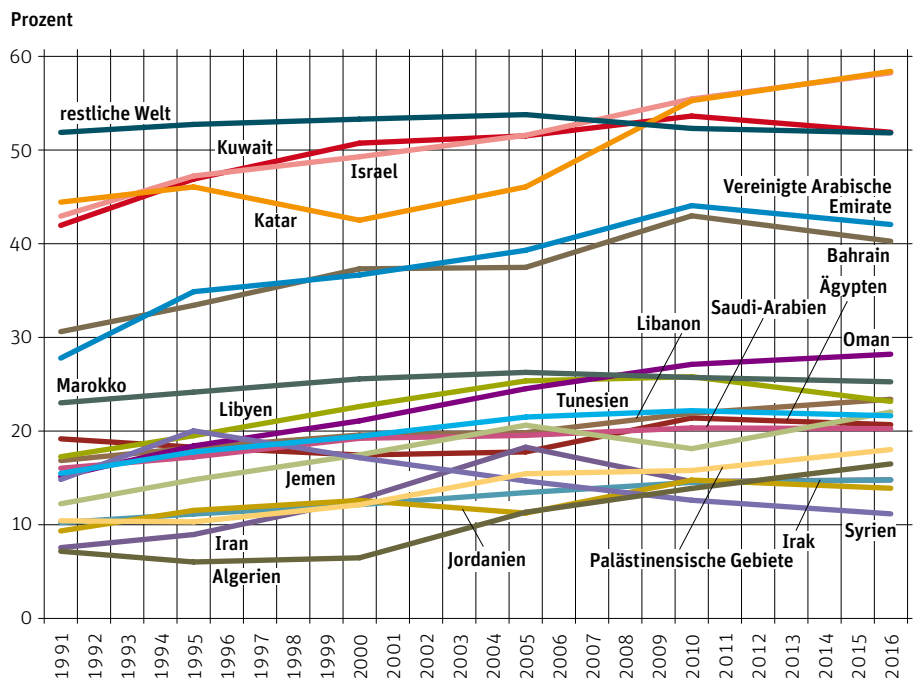
Obwohl die Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen noch deutlich eingeschränkt sind, beginnt sich ihre Position in der Gesellschaft in den vergangenen Jahren grundlegend zu wandeln: Junge Frauen zeigen zunehmend größere Ambitionen, sich im Beruf zu verwirklichen.¹¹⁹ Außerdem gibt es in beinahe allen Ländern politische Initiativen, die zumindest auf dem Papier die wirtschaftliche Einbindung von Frauen befördern sollen.¹²⁰

Die Fähigkeiten von Frauen zu nutzen könnte der Mena-Region also zu einem wirtschaftlichen Aufschwung verhelfen. Doch dieser Ansatz birgt zumindest kurzfristig auch Probleme, denn mehr erwerbstätige Frauen bedeuten auch mehr Konkurrenz auf einem angespannten Arbeitsmarkt. Derzeit wächst nicht nur die Zahl der Frauen im Erwerbsalter, sondern auch die Gruppe derer, die arbeiten geht. Waren im Jahr 1991 nur rund 7,5 Millionen Arbeitsplätze in der Region durch Frauen besetzt, sind es heute über 20 Millionen. Wenn es also den vielen jungen Frauen ge-

lingt, ihre Bildungsergebnisse in produktive Arbeit zu überführen und damit zunehmend einen Normenwandel hin zu mehr Frauenerwerbstätigkeit einzuleiten, dann könnte dies einerseits die Wirtschaft ankurbeln. Andererseits könnten sie aber auch gering qualifizierte Männer vom Arbeitsmarkt verdrängen und damit in dieser Gruppe für noch mehr Frustration und soziale Konflikte sorgen. Nach Erfahrungen aus den Industrieländern erhöhen Frauen in Beschäftigung allerdings die Produktivität einer Gesellschaft und schaffen mehr Arbeitsplätze als sie selbst belegen.

Frauen häufiger erwerbstätig

In der Mena-Region gewinnt Frauenerwerbstätigkeit langsam an Akzeptanz. Im Jahr 1991 waren gerade einmal 15 Prozent der Frauen über 25 Jahre, also jenseits des Ausbildungsalters, in einem Beschäftigungsverhältnis. Heute sind es 20 Prozent. Mit einem Niveau von über 50 Prozent außerhalb der Mena-Region können allerdings nur Israel und einige Golfstaaten mithalten. Doch der scheinbare Erfolg der ölreichen arabischen Länder in Sachen Frauen und Beruf ist mit Vorsicht zu genießen: Dort gibt es sehr viele Zuwanderinnen, die der Arbeit wegen ins Land gekommen sind.



Erwerbstätige der über 25-jährigen Frauen, in Prozent der Altersgruppe, 1991–2016
(Datengrundlage: ILO¹²¹, eigene Berechnungen)

Um die Fähigkeiten von Frauen in der Mena-Region für die gesamte Gesellschaft und die Volkswirtschaft zu nutzen, ist die Gleichstellung weiter voranzutreiben. Dazu bedarf es einer Vielzahl von Maßnahmen, die sich in anderen Ländern der Welt lange bewährt haben:

Gleichstellung im Privatleben

- Gewalt gegen Frauen durch Zivilgesellschaft, Medien und Politik ächten.

- Allen Frauen den Zugang zu medizinischer Betreuung und Beratung vor allem hinsichtlich Familienplanung und ihrer reproduktiven Rechte gewähren.

- Frauen gleichberechtigte Mitspracherechte bei Eheschließung, Familiengründung und Scheidung geben.

Verstärkte Sichtbarkeit von Frauen und Vermittlung eines modernen Familienbilds

- Gleichberechtigte Rollenbilder von klein auf vermitteln, etwa durch die Begleitung und Betreuung von Familien bei der Kindererziehung, durch den geschlechtergerechten Zugang von Mädchen in Grund- und weiterführenden Schulen und deren Förderung bei allen Schulfächern. Lehrbücher zugunsten der Vermittlung gleichberechtigter Rollenbilder überarbeiten.

- In alle Bevölkerungskreise hineinreichen-
de staatliche und zivilgesellschaftliche
Kampagnen lancieren, die ein modernes
und gleichberechtigtes Frauen- und
Familienbild propagieren, dabei Schulen
und Moscheen einbinden.

- Das zivilgesellschaftliche Engagement
von Frauen stärken.¹²²

Gleichstellung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens

- Rechtliche Gleichstellung von Frauen
in allen gesellschaftlichen Bereichen be-
fordern. Dazu sind politische Strategien
notwendig, deren Durchsetzung und Er-
folgsmessungen durch politische Institutio-
nen und Nichtregierungsorganisationen zu
überwachen sind.¹²³

- Gleichberechtigung von Frauen bei
Wahlen und deren stärkere Repräsentanz
in Parlament und Regierung durchset-
zen, etwa durch politische Bildung oder
Quotenregelungen.¹²⁴

- Vertretung von Frauen im Rechtswesen
als Richterinnen und Anwältinnen gewähr-
leisten.¹²⁵

- Gleichstellung von Frauen auf dem Ar-
beitsmarkt durch Zugang zu allen Berufen
sowie uneingeschränkte Bewegungsfreiheit
ermöglichen. Der Ausbau des öffentlichen
Personennahverkehrs gilt als effektives
Mittel, letzteres zu erreichen.

- Gesetzliche Regelungen zum Mutter-
schutz, flexiblen Arbeitszeitmodellen, breit-
flächigen Kinderbetreuungsangeboten und
Kindergeld auf den Weg bringen.^{126, 127}

- Frauen den Weg in die freie Wirtschaft
und das Unternehmertum ebnen.¹²⁸

- Gleichberechtigte Berufs- und Ausbil-
dungswahl für Frauen ermöglichen durch
gezielte Programme in Schulen sowie Initia-
tiven von Betrieben oder Stiftungen. Beruf-
liche Bildung weiter für Frauen öffnen.

- Gleichberechtigten Zugang zu Krediten
und Eigentum bei Unternehmensgründun-
gen ermöglichen.

- Spezielle Mentorenprogramme für
Unternehmerinnen auflegen. Frauen
in Gründungszentren besonders
berücksichtigen.

Die Umsetzung all dieser Maßnahmen erfordert erhebliche finanzielle Mittel, die jedoch langfristige Investitionen in das Wohlergehen der Staaten und ihrer Bewohner sind. Die Mittel sollten sowohl durch die Länder selbst als auch durch Stiftungen und Mittel der bilateralen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt werden. Damit die Maßnahmen die größtmögliche Wirkung erzielen, bedarf es dringend detaillierter Daten zur Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben sowie qualitativer Erhebungen.^{129, 130}

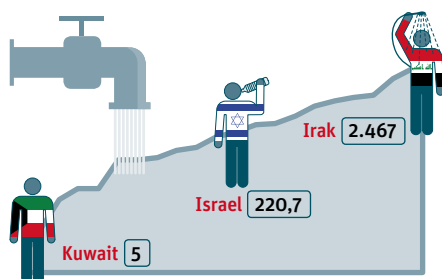
DIE LÄNDER DER MENA-REGION

NORD- AFRIKA

Alle Mena-Länder stehen vor der Herausforderung, eine wachsende und zunehmend besser gebildete Bevölkerung mit Arbeit zu versorgen, um eine politische Destabilisierung zu vermeiden. Zwar müssen sie alle dafür in denselben Handlungsbereichen, nämlich Bildung, Unternehmertum und Geschlechtergerechtigkeit, aktiv werden. Doch die Maßnahmen dazu müssten den Ländern angepasst werden. Denn diese unterscheiden sich stark voneinander.

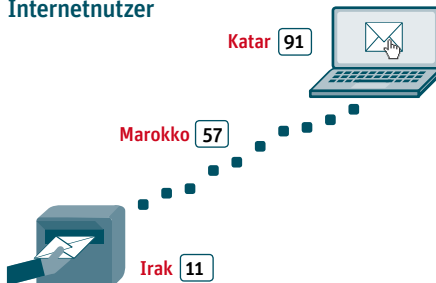
Folgende Texte portraituren die 19 Länder im Nahen Osten und Nordafrika. Das Länderlexikon gibt Aufschluss über jüngste politische Ereignisse, die demografische und wirtschaftliche Lage sowie die Voraussetzungen in den drei Handlungsbereichen zur Stärkung der Stabilität.

Wasserreserven



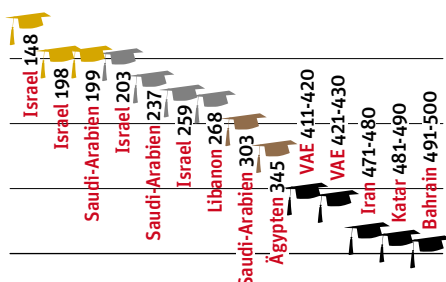
jährliche erneuerbare Wasserressourcen pro Kopf in Kubikmetern

Internetnutzer



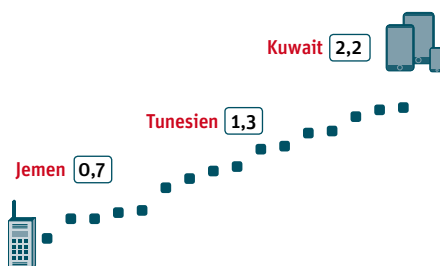
Zahl der Internetnutzer pro 100 Einwohner

Top-Universitäten



Rang der Top-Universitäten

Mobilfunkverträge

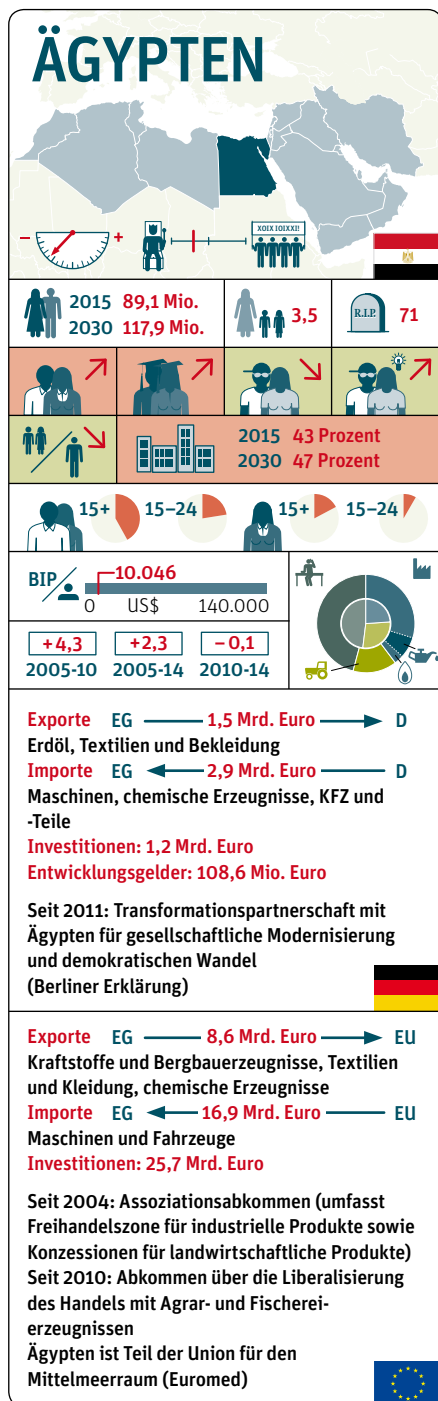


Mobilfunkverträge pro Kopf

(Datengrundlage: FAO¹, Weltbank², Quacquarelli Symonds³)

Die nordafrikanischen Mena-Staaten, die etwas weniger als die Hälfte der Mena-Bevölkerung stellen, gaben im Jahr 2010 die Initialzündung für die arabische Protestbewegung. Deren Folgen sind bis heute spürbar – vor allem dort, wo die Demonstrationen zu Regimewechseln führten, welche die Lage der Menschen aber nicht zwingend verbessert haben. Während Marokko und Algerien von derlei fundamentalen Veränderungen verschont blieben, hat in Ägypten nach einem kurzen Kurswechsel in Richtung Demokratie eine Militärregierung die Geschäfte übernommen. In Libyen haben sich staatliche Strukturen weitgehend aufgelöst. Einzig in Tunesien sind die Hoffnungen auf den Übergang in einen freiheitlich-demokratischen Staat noch groß.

Alle Länder Nordafrikas zählen nach unserer Analyse zu den politisch instabileren der Mena-Region: Überall wächst der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter zwischen 30 und 64 Jahren stark. Gleichzeitig steigt das Bildungsniveau, weil besser qualifizierte Personen nachrücken. Doch gerade für diese Menschen mangelt es an Jobs. In der Vergangenheit haben diese Umstände in der Mena-Region für wachsende Instabilität gesorgt. In Marokko und Ägypten, wo bis heute vergleichsweise wenige Menschen in Städten leben, stellt die rasche Urbanisierung einen zusätzlichen Risikofaktor dar. Insgesamt aber bietet der anstehende Bevölkerungswandel Chancen auf eine Beruhigung der Lage: Der Anteil der potenziell protestbereiten jungen Bevölkerung zwischen 20 und 29 Jahren dürfte in Nordafrika aufgrund gesunkener Fertilitätsraten zügig zurückgehen.



Nach der Revolution im Jahr 2011 und dem Rücktritt des fast drei Jahrzehnte im Ausnahmezustand regierenden Präsidenten Hosni Mubarak war in Ägypten die Hoffnung auf eine politische Liberalisierung groß. Aus den darauffolgenden Wahlen ging die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der Muslimbrüder als stärkste Kraft hervor und stellte mit Mohammed Mursi den Präsidenten. Nachdem dieser die Kontrolle über die Justiz übernommen hatte und erneut öffentliche Proteste ausbrachen, putschten 2013 die Militärs und brachten Generaloberst Abdel Fattah al-Sisi an die Macht, der das Land seither mit harter Hand führt. Im Demokratisierungsindex des *Center for Systemic Peace* ist Ägypten auf ein niedrigeres Niveau gesunken als in den letzten Jahren Mubaraks.¹ Menschenrechtsorganisationen kritisieren die massiven Einschränkungen der Versammlungs- und Pressefreiheit, politische Verfolgung und Massenhinrichtungen.

Doch trotz dieser Verstöße gegen die Menschenrechte und freiheitliche Grundwerte fällt seitens der internationalen Geldgeber IWF und Weltbank die Leistungsbilanz des Staatspräsidenten al-Sisi positiv aus. Dank derzeitiger Reformprogramme könnte das Wirtschaftswachstum von aktuell 2 auf 5 Prozent im Jahr 2018 steigen und die Arbeitslosenquoten von beinahe 13 auf 10 Prozent sinken.²

Demografische Lage

Ägypten ist das einwohnerstärkste Land in der Mena-Region und dürfte es auf absehbare Zeit auch bleiben. Laut derzeitigen Prognosen wächst die ägyptische Bevölkerung bis ins Jahr 2030 um beinahe 20 Millionen auf dann 118 Millionen Menschen an. Trotz dieser rasanten Zunahme ist die demografische Ausgangsposition des Landes vorteilhaft: Das Verhältnis von Kindern und Jugendlichen, also von denjenigen, deren Ausbildung und Gesundheitskosten ohne Gegenleistungen

finanziert werden müssen, zur Arbeitsbevölkerung dürfte in den kommenden 15 Jahren sinken. Gleichzeitig dürfte der Anteil junger Erwerbsfähiger zwischen 20 und 29 Jahren insgesamt leicht zurückgehen, der Bildungsgrad dieser Altersgruppe aber steigen. Der mit großen Risiken für die Stabilität behaftete Überhang von kaum auf dem Arbeitsmarkt vermittelbaren jungen Ägyptern könnte also durch eine neue und anteilig etwas kleinere Generation von formal besser gebildeten Berufseinsteigern abgelöst werden.

Wirtschaft

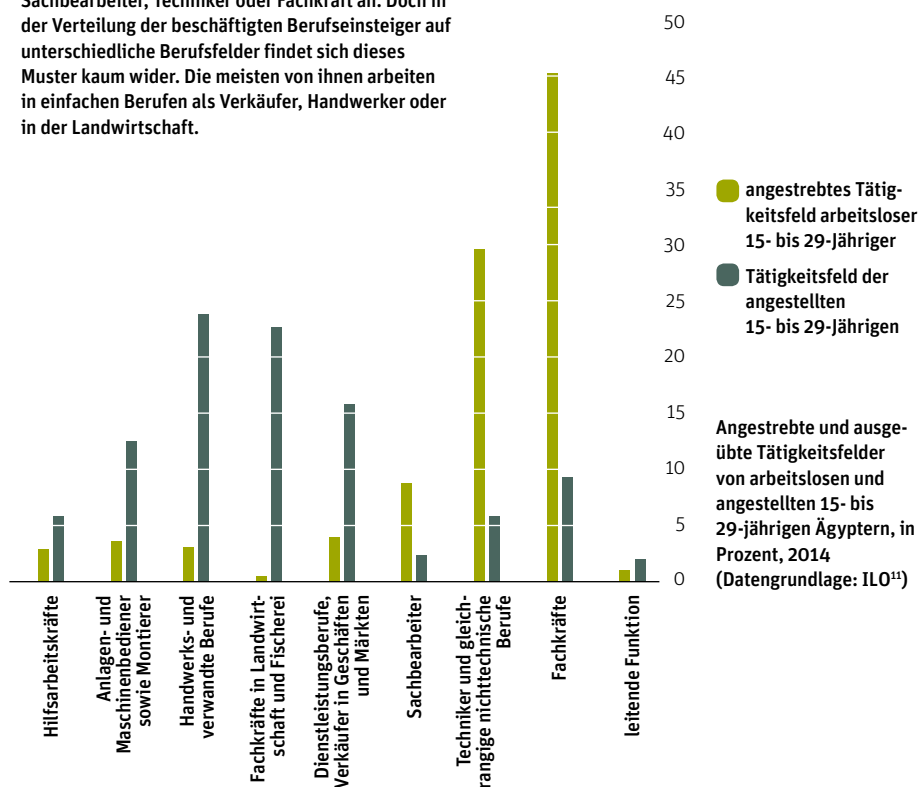
In seinen letzten Amtsjahren hatte Präsident Mubarak ein industrielles Reformprogramm in die Wege geleitet und damit Auslandskapital angelockt, den Außenhandel gestärkt und die Konjunktur angekurbelt.³ An der prekären Lage vieler Ägypter änderte dies aber wenig: Die Armutsquote stieg von 22 Prozent (2008) auf knapp über 25 Prozent (2010) und die Erwerbsquote blieb auf dem niedrigen Niveau von gut 40 Prozent.⁴ Diese Umstände waren ein Grund für den Sturz von Präsident Mubarak im Jahr 2011.

Erst die umstrittene Machtübernahme al-Sisis im Jahr 2013 und dessen als eigenmächtig geltende Reformpolitik setzten einen Veränderungsprozess in Gang.⁵ Er reduzierte die aufwändigen Energiesubventionen und will die enormen Kosten des öffentlichen Sektors durch striktere Anstellungsregelungen und Gehaltsbeschränkungen senken.⁶ Steuerreformen sollen neue Einnahmequellen für den überschuldeten Staat schaffen.⁷ Gleichzeitig hat der neue Präsident eine Reihe von Großprojekten auf den Weg gebracht, für deren Finanzierung er im Jahr 2015 während

einer Konferenz mit Großkonzernen und politischen Entscheidungsträgern aus aller Welt Gelder im Umfang von umgerechnet 55 Milliarden Euro sicherte.⁸ Zu diesem Zeitpunkt war eines seiner Prestigeprojekte, die Erschließung einer zweiten Fahrtrinne für den Suezkanals, schon beinahe abgeschlossen. Mit dem Ausbau der Hafen-, Transport- und Strominfrastruktur und dem Bau einer neuen Hauptstadt für bis zu fünf Millionen Einwohner auf halbem Wege zwischen Kairo und dem Kanal sowie einer Million neuer Wohneinheiten sollen nun weitere Megainvestitionen folgen.^{9,10}

Enttäuschte Berufsvorstellungen

Angebot und Nachfrage klaffen auf dem ägyptischen Arbeitsmarkt für Berufseinsteiger stark auseinander. Dies zeigt ein Vergleich der 15- bis 29-jährigen Arbeitslosen mit den Berufstätigen dieser Altersgruppe: Erstere streben meistens eine höher qualifizierte Tätigkeit entsprechend ihres Bildungsniveaus als Sachbearbeiter, Techniker oder Fachkraft an. Doch in der Verteilung der beschäftigten Berufseinsteiger auf unterschiedliche Berufsfelder findet sich dieses Muster kaum wider. Die meisten von ihnen arbeiten in einfachen Berufen als Verkäufer, Handwerker oder in der Landwirtschaft.



Bildung

Bildung ist in Ägypten ein Luxusgut. Während Kinder auf dem Land aus Kostengründen oft nur wenige Jahre zur Schule gehen, schicken zahlungskräftige Eltern in den Städten ihren Nachwuchs möglichst auf eine Privatschule oder engagieren teure Nachhilfelehrer.^{12,13} Dies befördert ein Zwei-Klassen-System in einem Bildungsumfeld von ohnehin geringer Qualität, das über Jahre hinweg unter- und fehlfinanziert war.¹⁴ Derzeit noch fließen 85 Prozent des Bildungsbudgets in Lehrergehälter.¹⁵ In den meisten anderen Entwicklungs- und Schwellenländern ist dieser Anteil um 10 bis 40 Prozentpunkte geringer, dafür wird dort mehr in die Infrastruktur investiert. So verfügen gerade einmal 12 Prozent aller ägyptischen Grund- und 36 Prozent der weiterführenden Schulen über ein Computelabor – in Jordanien sind es 84 respektive 97 Prozent.¹⁶

Die Ergebnisse des Bildungssystems sind erschütternd: Anstatt jungen Ägyptern mit höherer Bildung den Weg in eine gute Position zu ebnen, steigt in Ägypten mit dem Bildungsgrad das Risiko, arbeitslos zu werden.¹⁷ Laut Einschätzung der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ist ein Drittel der jungen Menschen, die einen Arbeitsplatz haben, nicht ausreichend für den Beruf ausgebildet.¹⁸ Diese Klassifizierung stimmt mit dem Ergebnis einer Erhebung des Weltwirtschaftsforums überein, in der Unternehmer aus aller Welt der ägyptischen Bevölkerung in Sachen Mathematik, Naturwissenschaften und Geschäftsführungskenntnisse das schlechteste Zeugnis in der Mena-Region ausstellen.^{19,*}

Die jetzige Regierung räumt der Bildung einen hohen Stellenwert ein. Die neue Verfassung aus dem Jahr 2014 schreibt vor, jährlich vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Grundschulbildung, zwei Prozent für höhere Bildung sowie ein Prozent für Forschung auszugeben.²⁰ Im Haushaltsjahr 2014/2015 überstiegen die Ausgaben für Bildung und Gesundheit zusammengekommen zum ersten Mal seit Jahren die Aufwendungen für Energiesubventionen.²¹ Jetzt gilt es, die Mittel an der richtigen Stelle einzusetzen und Schüler, Auszubildende und Studenten so praxisnah zu befähigen, dass sie den Bedürfnissen moderner Unternehmen nachkommen können. Dies entspräche auch den offiziellen Reformplänen der derzeitigen Entscheidungsträger.^{22, **}

* In die Erhebung flossen Syrien, Irak, Libyen, Jemen und die Palästinensischen Gebiete nicht ein.

** Die Glaubhaftigkeit der geplanten Reformprogramme ist umstritten. Siehe dazu das Interview mit Bassant Helmi von der deutsch-arabischen Außenhandelskammer auf Seite 28.

Unternehmertum

Unternehmer zu werden ist in Ägypten wenig attraktiv. Dennoch arbeiteten im Jahr 2011 (letzte verfügbare Zahl) mangels anderer Perspektiven rund 75 Prozent aller Arbeitnehmer in einem der 2,5 Millionen, meist unbedeutenden, kleinen und mittelständischen Unternehmen beziehungsweise waren als Selbständige oder Familienunternehmer aktiv.^{23,24} Schwierig ist es vor allem, größere Unternehmen aufzubauen, denn die Systemumbrüche der vergangenen Jahre haben die Startbedingungen für Gründer erschwert und das Vertrauen von Investoren schwinden lassen.²⁵ Darüber hinaus leiden Unternehmen unter hohen bürokratischen Hürden sowie Vetternwirtschaft.^{26,27} Die Armee kontrolliert nach Schätzungen rund 40 Prozent der Wirtschaft.²⁸

Um die Privatwirtschaft zu fördern, plant die Regierung neue Freihandelszonen, Mikrokreditprogramme sowie lokale Förderinitiativen und prüft darüber hinaus die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Verbesserungsmöglichkeiten.²⁹ Inzwischen lassen sich politische Entscheidungsträger auch von jungen, erfolgreichen Gründern beraten.³⁰

Rundum mangelhaft

Im weltweiten *Entrepreneurship Index* belegt Ägypten den letzten Platz unter allen berücksichtigten Mena-Staaten. In beinahe allen Bereichen schneidet das Land deutlich schlechter ab als die Vereinigten Arabischen Emirate, der Spitzenreiter unter den Mena-Ländern. Nicht gerade gute, aber immerhin bessere Bedingungen finden Unternehmer in Tunesien, dem nach diesen Kriterien besten Land Nordafrikas.

- Tunesien
- Vereinigte Arabische Emirate
- Ägypten

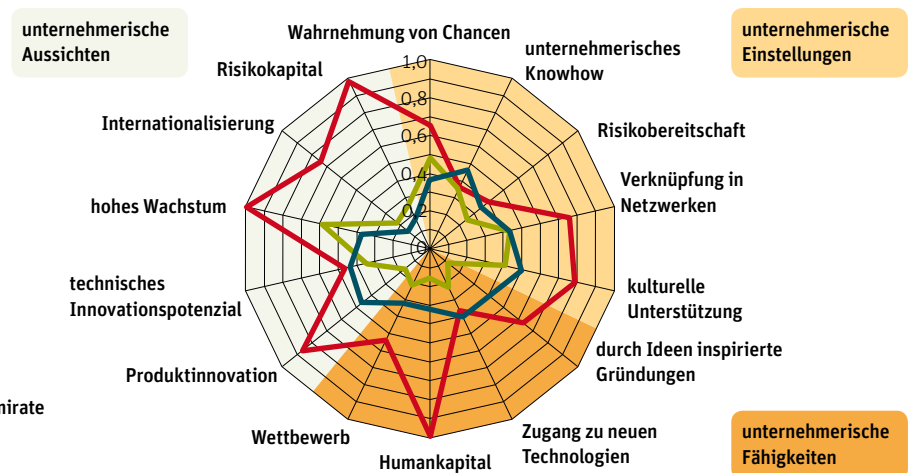
Geschlechtergerechtigkeit

Im *Global Gender Gap Index* des Weltwirtschaftsforums belegt Ägypten Platz 136 von 145 Ländern und liegt damit in etwa gleichauf mit Oman (Platz 135) und Saudi-Arabien (Platz 134). Wie für Nordafrika typisch, gehen auch in Ägypten Frauen wesentlich seltener einer bezahlten Beschäftigung nach als Männer. Sie suchen seltener nach Arbeit und sind dann häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Frauen steigen kaum in höhere Positionen auf.³² Dieses Muster gilt auch in der jüngeren Arbeitnehmergeneration: Über ein Drittel aller 15- bis 29-jährigen Frauen sind weder in Ausbildung noch berufstätig.³³ Als eine der Hauptursachen dafür gelten familiäre Verpflichtungen.³⁴

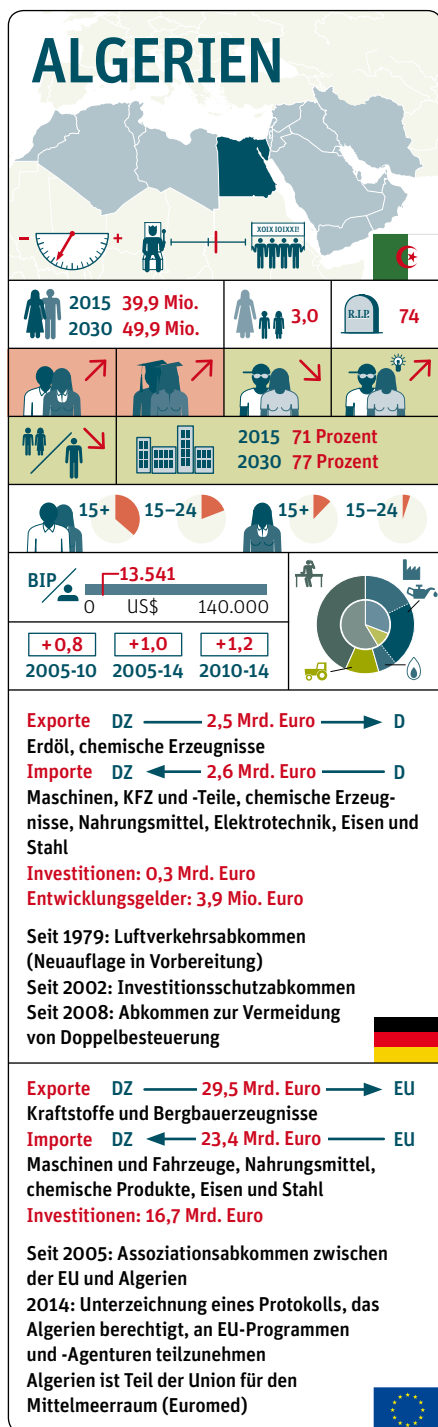
Doch während des Arabischen Frühlings trugen auch Ägypterinnen den Protest auf die Straße und zeigten damit den Wunsch nach Mitsprache in der Gesellschaft. Für sie war das Aufbegehren allerdings besonders riskant, denn damals wie heute gehören sexuelle Übergriffe in der Öffentlichkeit zum Alltag. Häufig werden diese sogar gezielt organisiert.^{35,36} Die rechtlichen Möglichkeiten zur Verfolgung dieser Delikte sind bislang überaus beschränkt.³⁷

Risikolage

Nach der Absetzung von Mohammed Mursi hat die ägyptische Regierung die Muslimbruderschaft als extremistisch eingestuft und verboten. Ihre Angehörigen werden verfolgt, inhaftiert und teilweise hingerichtet. Viele Muslimbrüder sind deshalb wie schon unter Mubarak untergetaucht und werden teilweise in die Hände von Terrorgruppen wie dem „Islamischen Staat“ getrieben. Im nördlichen Sinai haben dessen Kämpfer bereits eine Reihe von Anschlägen verübt. Die Regierung hat über diesen Landesteil den Notstand verhängt.³⁸ Doch im Gegensatz zu vielen anderen Ländern in der Region unterhält Ägypten mit der größten Armee der arabischen Welt einen potenten Militärapparat und ist im Kampf gegen den IS gut gerüstet.³⁹ Die Bereitschaft, die Militärs auch einzusetzen, zeigt sich etwa in Luftschlägen gegen IS-Stellungen in Libyen als Reaktion auf die Ermordung koptischer Christen aus Ägypten, aber auch gegen schiitische Huthi-Rebellen in Jemen.^{40,41}



Abschneiden im *Global Entrepreneurship Index*, Skala von 0 (schlecht) bis 1 (gut), 2016 (Datengrundlage: *Global Entrepreneurship Index*³¹)



Zu Beginn des Jahres 2011 trieb auch die Algerier die Sehnsucht nach Veränderung auf die Straßen. Doch im Gegensatz zu den Protestbewegungen in den Nachbarländern Libyen, Tunesien oder Ägypten verliefen die Demonstrationen in Algerien gemäßigt. Dies geht vor allem auf die Erfahrungen aus dem algerischen Bürgerkrieg zurück, der das Land von 1991 bis zu Beginn der 2000er Jahre in Atem hielt und nach Schätzungen bis zu 150.000 Opfer forderte.¹ Im Arabischen Frühling schreckten die Algerier davor zurück, den hart erkämpften Frieden wieder aufs Spiel zu setzen. Auch die Regierung zeigte sich rasch zu umfassenden Zugeständnissen bereit, von Verfassungsänderungen über die Erhöhung von Gehältern in Staatsbetrieben bis hin zur Bereitstellung neuer Jobs.²

Ob das Land stabil bleibt, hängt jedoch wesentlich davon ab, ob es der Regierung gelingt, ein wirtschaftliches Umfeld zu schaffen, das der stetig wachsenden Erwerbsbevölkerung ausreichend auskömmliche Arbeit bietet. Derzeit haben nur etwa 36 Prozent der Algerier im Erwerbsalter einen Arbeitsplatz.³ Ein großer Teil davon ist in der Schattenwirtschaft tätig und erwirbt damit keinerlei Sozialversicherungsansprüche.⁴ In einer Umfrage aus dem Jahr 2013 hielt nur jeder dritte Befragte sich und seine Familie für ausreichend abgesichert. Ebenfalls jeder dritte dachte darüber nach, das Land zu verlassen – rund die Hälfte von ihnen aus wirtschaftlichen Gründen.⁵ Zwar hat sich die Stimmung im Vergleich zu früheren Umfragen verbessert, nichtsdestotrotz sprechen die Ergebnisse für ein weiterhin hohes Frustrationsniveau. Dieses äußert sich auch in wiederholten Demonstrationen und Streiks, welche häufig durch die Sicherheitskräfte aufgelöst werden.^{6,7}

Demografische Lage

Der Fläche nach ist Algerien beinahe siebenmal so groß wie Deutschland und damit das zehntgrößte Land der Erde und das größte Afrikas. Bei einer Einwohnerzahl von knapp 40 Millionen leben hier im Schnitt nicht einmal 17 Menschen auf einem Quadratkilometer.^{8,9} Da der Großteil der algerischen Landfläche von Wüste bedeckt ist, siedelt die Bevölkerungsmehrheit im mittelmeeernen und klimatisch günstigeren Norden des Landes.¹⁰ Seit seiner Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1962 erlebt Algerien eine rapide Verstädterung. Lebten 1990 nur knapp über die Hälfte der Algerier in Städten, sind es heute schon mehr als zwei Drittel. Im selben Zeitraum ist die Zahl der Städter um 15 Millionen gestiegen. Die Zahl der Großstädte mit 300.000 und mehr Einwohnern hat sich von vier auf sieben erhöht. Bis ins Jahr 2030 dürften weitere sechs Städte zu so großen Agglomerationen heranwachsen.¹¹ Angesichts der steigenden Einwohnerzahlen stehen die algerischen Zentren vor der großen Herausforderung, ausreichend Wohnungen, Gesundheitsdienstleistungen, Schulen und ein modernes Verkehrssystem bereitzustellen. Dies gelingt nicht immer und so kommt es aufgrund einer unzureichenden Versorgungslage häufig zu Protesten.¹² Der jahrelang verzeichnete Trend hin zu einer niedrigeren Fertilitätsrate hat sich mittlerweile umgekehrt. Seit kurzem bekommen Algerierinnen im Schnitt wieder drei Kinder, während die durchschnittliche Kinderzahl je Frau vorübergehend einmal unter diesen Wert gesunken war. Die Zahl neu geschlossener Ehen hat seit Beginn des Jahrtausends deutlich zugenommen.¹³ Diese Entwicklungen sind ein Zeichen dafür, dass sich junge Algerier wieder stärker auf traditionelle Werte besinnen – wohl auch aus Mangel an Alternativen in der Gesellschaft. Das hohe Bevölkerungswachstum lässt sich aber auch durch die Altersstruktur erklären, denn ein großer Teil der Algerierinnen befindet sich derzeit im typischen Familiengründungsalter zwischen 20 und 40 Jahren.¹⁴

Wirtschaft

Im Jahr 2013 machten Öl- und Gasausfuhren 98 Prozent aller Exporte Algeriens aus. Mit rund 28 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt tragen die beiden Rohstoffe zusammen fast ebenso stark zur Wirtschaft bei wie in manchen Golfstaaten.¹⁵ Schätzungen zufolge dürften die Ölreserven aber bereits in den 2030er Jahren versiegen und die Gasvorräte rund 20 Jahre später.¹⁶ Der momentane Ölpreiseinbruch liefert einen Vorgeschmack darauf, was dies für das Land bedeuten könnte: 2015 riss dieser ein so großes Defizit in den Staatshaushalt, dass die Regierung einige großangelegte Investitionsprogramme vorerst verschieben musste.¹⁷

Doch diese wären dringend nötig, um die Wirtschaft aus der Abhängigkeit von den Rohstoffverkäufen zu befreien und zukunfts-fest zu machen. Potenzial hätte Algerien etwa im Handel über das Mittelmeer, im Tourismus oder in der Landwirtschaft, jeweils Bereiche, die nicht annähernd das leisten, was möglich wäre.¹⁸ Das Land beherbergt gerade einmal jeden zehnten Touristen in den nordafrikanischen Mena-Staaten und ist trotz seiner landwirtschaftlichen Möglichkeiten auf Lebensmittelimporte angewiesen.^{19,20,21} Ein großes Entwicklungshemmnis ist die Transportinfrastruktur, welche als die schlechteste der Region gilt.²²

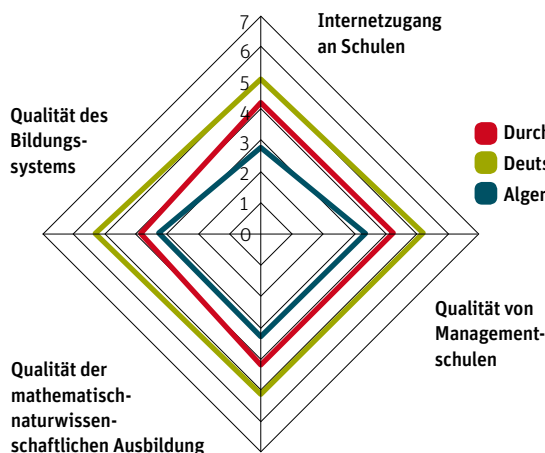
Bildung

Obwohl der formale Bildungsgrad der 20- bis 29-jährigen Algerier sich mit anderen Mena-Ländern messen kann, genießt die Ausbildung der algerischen Bevölkerung einen besonders schlechten Ruf:²³ Im *Global Competitiveness Index*, welcher auf Basis statistischer Erhebungen und Umfragen unter führenden Wirtschaftsvertretern die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften

ten weltweit untersucht, landet Algerien in Sachen Bildungsqualität auf Platz 110 von insgesamt 140 Ländern. Im Mena-Vergleich steht nur Ägypten noch schlechter da.²⁴ Damit algerische Absolventen sich künftig erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt einsetzen und die Wirtschaft vorantreiben können, mahnen internationale Organisationen eine bessere Verknüpfung zwischen Privatwirtschaft und Bildungssystem an.²⁵ Erste Ansätze, um die Berufsbildung im Land zu stärken, gibt es bereits.²⁶ Dies gilt auch für den bislang kaum entwickelten Forschungsbereich.²⁷ In den 2010er Jahren hat Algerien eine Vielzahl von Forschungsprojekten auf den Weg gebracht sowie Innovations- und Technologiezentren gegründet.²⁸ Über das gesamte Land verteilt sind Wettbewerbs- und Exzellenzzentren entstanden, welche die Weiterentwicklung unterschiedlicher Wirtschaftssektoren von Informations- und Kommunikationstechnologien über Kunststoffverarbeitung bis hin zu Medizin vorantreiben sollen.²⁹

Schlechte Qualität

Erhebungen zufolge schneidet Algerien in Sachen Bildungsqualität nach Ägypten am zweit schlechtesten unter den untersuchten Mena-Ländern ab. Das Land liegt in allen vier untersuchten Dimensionen deutlich unter dem Mena-Durchschnitt.



Einschätzung der Bildungsqualität in unterschiedlichen Kategorien im *Global Competitiveness Index*, Skala von 1 (schlecht) bis 7 (gut), 2015-2016 (Datengrundlage: *World Economic Forum*³⁰)

Unternehmertum

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern vermitteln algerische Schulen bislang noch keine unternehmerischen Fähigkeiten. In internationalen Vergleichsuntersuchungen schneidet Algerien auch gegenüber anderen Mena-Staaten schlecht ab, wenn es darum geht, wettbewerbsfähige Geschäftsideen zu entwickeln und umzusetzen.³¹ Gemessen an der Gesamtbevölkerung ist die Zahl der Unternehmensgründungen sehr niedrig.³²

Zwar hat die algerische Regierung in den vergangenen Jahren mehrere Programme zur Förderung von Gründern aufgelegt und damit die Zahl der heimischen Unternehmen erhöht. Doch bei den Neugründungen handelt es sich bislang überwiegend um Kleinunternehmen, die kaum Mitarbeiter beschäftigen.³³ Für größere Firmen, die höhere Risiken eingehen, sind die Startbedingungen ausgesprochen schlecht.³⁴ Sowohl der Steuersatz als auch der bürokratische Aufwand, überhaupt Steuern abführen zu können, sind laut *Doing Business Report* der Weltbank überdurchschnittlich hoch. Ein Unternehmen zu registrieren ist kostspielig und langwierig. Eine marode Infrastruktur, eine Vielzahl von notwendigen Dokumenten sowie hohe Abgaben erschweren den internationalen Handel.³⁵

Geschlechtergerechtigkeit

Die gesellschaftliche Position algerischer Frauen hat sich durch den Arabischen Frühling stark verbessert. Als eines der Zugeständnisse an die Demonstranten bestimmte die Regierung eine Frauenquote von 30 Prozent der Sitze im Parlament.³⁶ Derzeit stellen Algerierinnen sogar 32 Prozent der Mandatsträger – ähnlich viele Frauen sitzen im 18. Deutschen Bundestag (36 Prozent).³⁷ Jeder fünfte Ministerposten ist in Algerien durch eine Frau besetzt, im Kabinett Merkel ist es jeder dritte.³⁸ Dieses vergleichsweise große politische Gewicht könnte einen Wandel hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in anderen Bereichen einleiten. Dieser wäre vor allem auf dem Arbeitsmarkt geboten. Ausgerechnet in Algerien, dem Mena-Land mit dem höchsten Frauenanteil an Universitäten, gehen Frauen besonders selten einer bezahlten Beschäftigung nach.³⁹ Gerade einmal 15 Prozent aller Frauen über 25 Jahre sind erwerbstätig – Männer kommen auf 76 Prozent. Nur in Syrien ist die Erwerbsquote von Frauen noch niedriger und der Unterschied zwischen den Geschlechtern größer.⁴⁰ Innerhalb der Unternehmerprogramme fördert Algerien Gründerinnen besonders stark.⁴¹ Mehr Initiativen wie diese sind notwendig, um das Potenzial der Algerierinnen zu nutzen und die für sie getätigten Bildungsausgaben in Gewinne umzumünzen.

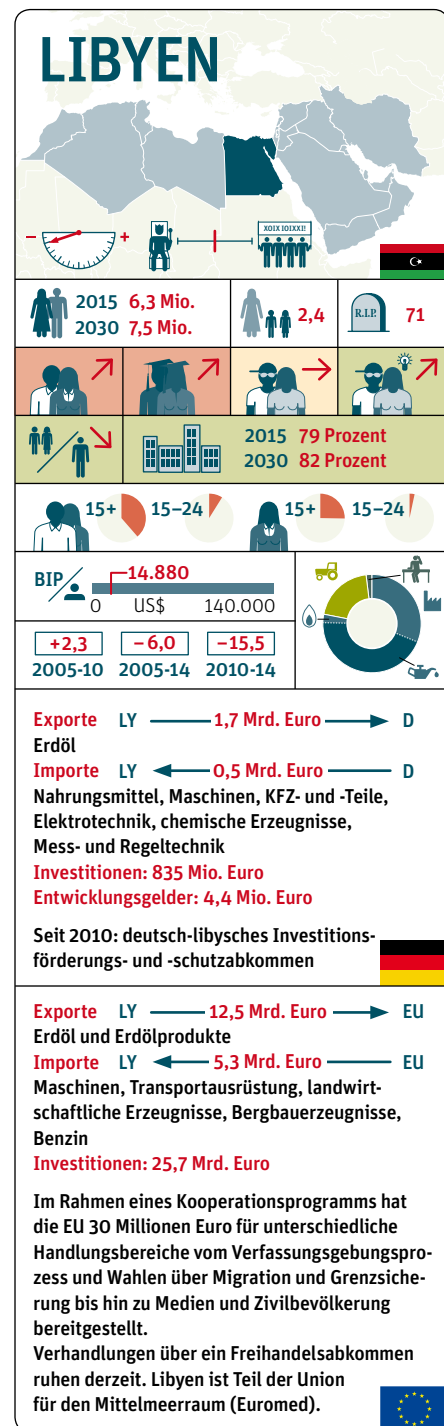
Risikolage

Für Europa ist Algerien ein schwieriger, jedoch unverzichtbarer Partner, wenn es darum geht, die Region zu stabilisieren. Unter anderem, weil das Land durch die jahrelangen Auseinandersetzungen mit militanten Dschihadistengruppen während des Bürgerkriegs weitreichende Erfahrung im Umgang mit Extremisten gesammelt hat.⁴² Dies hat sich nicht zuletzt in der Mali-Krise bewährt, bei der Algerien zwischen den unterschiedlichen Parteien vermitteln konnte.⁴³

Als Anrainer einer ganzen Reihe von Krisenstaaten, darunter neben Mali auch Libyen, muss Algerien innerhalb des Landes eine stark angespannte Sicherheitslage verkraften. Große Teile der beinahe 7.000 Kilometer langen Landgrenze verlaufen durch die Sahara und sind damit kaum kontrollierbar. Wie groß die Gefahr durch terroristische Übergriffe aus dem Ausland ist, zeigte sich im Jahr 2013, als libysche Dschihadisten in einer algerischen Gasförderanlage 800 Geiseln in ihre Gewalt nahmen.⁴⁴ Das Land hat seither seinen Grenzschutz ausgebaut und seine Militärausgaben zwischen 2010 und 2015 beinahe verdoppelt.^{45, 46}

Ein bald anstehender Wechsel an der Staatsspitze könnte die Spannungen in dem Land weiter erhöhen. Der seit 1999 amtierende Präsident Bouteflika gilt als schwer erkrankt und hat sich seit zwei Jahren nicht in der Öffentlichkeit gezeigt.⁴⁷

Eine weitere Bedrohung ist der Wassermangel, der sich durch den Klimawandel weiter verschärfen wird. Der Zugang zu Trinkwasser ist nicht flächendeckend gesichert. Weitere Umwelt-Probleme entstehen durch den hohen Ölverbrauch und den damit verbundenen CO₂-Ausstoß. Landwirtschaftlich nutzbare Flächen sind durch Straßen- und Siedlungsbau, sowie durch eine Übernutzung durch Weidetiere gefährdet.^{48, 49} Unterstützt durch internationale Entwicklungsorganisationen, etwa die GIZ, arbeitet Algerien daran, diese Probleme zu lösen. Außerdem will das Land in Zusammenarbeit mit der EU sein großes Potenzial im Bereich erneuerbarer Energien künftig besser ausschöpfen. Bis 2030 will Algerien 40 Prozent seines wachsenden Energiebedarfs aus solchen Quellen decken.⁵⁰ Um dieses Ziel zu erreichen, müssten allerdings umgehend massive Investitionen in den Bau von Solar- und Windfarmen gesteckt werden.



Nach der Protestwelle des Jahres 2011 spaltete sich die im Sozialismus künstlich geeinte libysche Gesellschaft entlang regionaler, ethnischer, familiärer, Stammes- und religiöser Linien und versank in einem Bürgerkrieg. Dessen Ende ist trotz internationaler Bemühungen bislang nicht absehbar. Im Zuge der Gefechte sind die Öl-Einnahmen weggebrochen und dem Land droht der Bankrott. Die Konsequenzen wären verheerend, denn Libyen kann seine Bevölkerung nur mithilfe von Nahrungsmittelimporten versorgen und die Einfuhren womöglich bald nicht mehr bezahlen.¹ Um eine Ernährungs Krise zu vermeiden, benötigt Libyen schnellstmöglich Stabilität.

Demografische Lage

Bevölkerungsdaten zum Bürgerkriegsland Libyen sind mit Vorsicht zu genießen. Seit Ausbruch der Gefechte haben viele Libyer das Land verlassen, ebenso die meisten der schätzungsweise 1,5 bis 2 Millionen Zuwanderer, die als Gastarbeiter überwiegend aus Ägypten, Tunesien und Algerien dort gelebt haben. Diese Abwanderungen, tausende Kriegsoffer aber auch der Zustrom von Flüchtlingen aus anderen Ländern Afrikas, die Libyen als Durchgangsland sehen, haben schwer zu beziffernde Spuren in der Bevölkerungsstruktur hinterlassen. Die hier präsentierten Daten bilden diese jüngsten Entwicklungen noch nicht ab.

Prinzipiell steht Libyen vor dem Übergang in eine Phase mit demografischem Bonus, also hin zu einer Bevölkerungsstruktur mit einem überproportional hohen Anteil von Menschen im Erwerbsalter. Weil das Regime Muammar al-Gaddafis seit der Machtübernahme im Jahr 1969 in Frauenbildung und den Gesundheitssektor investiert hat, ist die Fertilitätsrate libyscher Frauen seit Jahren vergleichsweise niedrig, ebenso die Mütter- und Kindersterblichkeit. Das Verhältnis der zu versorgenden Kinder und Jugendlichen bis 19 Jahre gegenüber den Personen im Erwerbsalter zwischen 20 und 64 Jahren liegt bei rund zwei zu drei und wird weiter fallen.² Dem Staat und den Bürgern bleiben damit mehr Mittel für Investitionen und Konsum. Dies könnte theoretisch einen wirtschaftlichen Aufschwung auslösen – vorausgesetzt, das Land findet seinen Frieden und die wachsende Zahl an Erwerbsfähigen eine Beschäftigung. Im schlimmsten Fall aber wird das demografische Potenzial verpuffen und den Konflikt weiter anheizen.

Wirtschaft

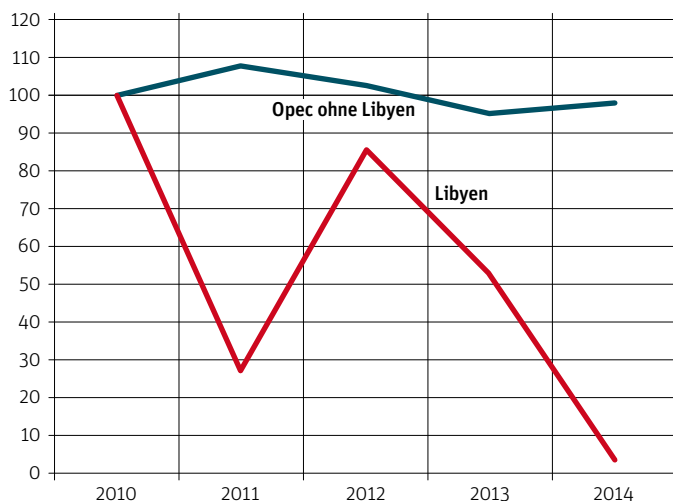
Zum Zeitpunkt des Arabischen Frühlings galt Libyen als eine der am wenigsten diversifizierten Volkswirtschaften der Welt.³ Der Öl- und Gassektor machte im Jahr 2010 beinahe 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus.⁴ Der Staat versorgte seine Bevölkerung nicht nur mit Jobs, sondern auch mit günstigen Nahrungsmitteln, Benzin und Strom.⁵ Gegen Ende der Regierungszeit Gaddafis ging dieses Modell nicht mehr auf: Ende 2010 war mehr als jeder zehnte Libyer arbeitslos, die Jugendarbeitslosenquote lag bei 25 bis 30 Prozent und es kam zum Aufstand gegen den Diktator.⁶

Zwar hatte Gaddafi mit Beginn der 2000er Jahre das bis dato abgekühlte Verhältnis zum Westen wieder aufgewärmt und in diesem Zuge einen Reformkurs angekündigt, welcher wirtschaftliche Diversifizierung, die Privatisierung hunderter Unternehmen sowie den Abbau von Handelshemmnissen gegenüber

Öleinkünfte brechen weg

In Libyen reklamieren unterschiedliche Gruppierungen die Regierungsverantwortung sowie die Besitzrechte an Zentralbank, Ölwirtschaft und Entwicklungsfonds für sich. Doch in der jüngsten Vergangenheit kamen die Ölgeschäfte fast vollständig zum Erliegen. Das Land steht vor dem finanziellen Ruin, weil es überwiegend von Einnahmen aus Rohstoffverkäufen abhängt.

Index (2010 = 100)



Volumen der Rohöl-
exporte, in Prozent des
Jahres 2010, 2010 bis
2014
(Datengrundlage: Opec⁷,
eigene Berechnungen)

den Weltmärkten vorsah. Doch der Versuch scheiterte, weil über Jahrzehnte kaum Geld in die freie Wirtschaft geflossen war.^{8,9} Die marode Infrastruktur hemmte, gekoppelt mit komplizierten rechtlichen Rahmenbedingungen, das Interesse ausländischer Investoren.¹⁰ Einheimische Unternehmer wurden meist in der Schattenwirtschaft tätig, die zuletzt für rund ein Drittel der libyschen Wirtschaftsleistung sorgte.¹¹ Im Fall einer Befriedung müsste Libyen mit diesen Strukturen brechen und die Einkünfte aus Rohstoffverkäufen dafür nutzen, andere Wirtschaftsbereiche aufzubauen und damit Arbeitsplätze zu schaffen.

Bildung

In der über 40-jährigen Regierungszeit Gaddafis erlebte der libysche Bildungssektor auf den ersten Blick einen rasanten Aufschwung. Alleine zwischen 1984 (dem ersten Berichtsjahr) und 2015 stieg die Alphabetisierungsrate der Gesamtbevölkerung von 60 auf 90 Prozent.¹² Beinahe die Hälfte der heute 20- bis 29-Jährigen hat die Oberstufe besucht oder danach eine Ausbildung oder gar ein Studium verfolgt, aber nicht notwendigerweise abgeschlossen.¹³ Doch wie in vielen anderen Ländern der Region mangelt es an der Bildungsqualität.¹⁴ Dies liegt auch daran, dass Wissenschaft und Forschung unter Gaddafi kaum eine Rolle spielten. Selbst im Vergleich zu anderen Mena-Ländern rangierte Libyen auf niedrigem Niveau, was die Zahl der Wissenschaftler oder der wissenschaftlichen Publikationen betraf.¹⁵ Für eine innovative Volkswirtschaft ist Libyen damit denkbar schlecht aufgestellt.

Unternehmertum

Derzeit zählt Libyen zu den unattraktivsten Wirtschaftsstandorten weltweit. Im *Ease of Doing Business Index* der Weltbank belegt das Land vor Eritrea den vorletzten Platz von 189 Ländern.¹⁶ Der Index misst die Rahmenbedingungen für Geschäftstätigkeiten – etwa, wie schnell es geht, ein Gewerbe anzumelden, eine Baugenehmigung zu erhalten oder einen Kredit aufzunehmen. Heute kommt erschwerend hinzu, dass Teile der Infrastruktur durch den Bürgerkrieg zerstört sind. Die in den späten Gaddafi-Jahren auf den Weg gebrachten Großprojekte, etwa der Bau hunderter Kilometer neuer Eisenbahnstrecken, sind vor ihrer Fertigstellung zum Erliegen gekommen.

Potenziell könnte ein Wiederaufbau nach dem Bürgerkrieg für einen Wirtschaftsboom sorgen. Libyen liegt strategisch günstig als Handelsknoten zwischen Europa, den nördlichen Mittelmeeranrainern und Subsahara-Afrika und ist geografischer Mittelpunkt Nordafrikas. Auch der Tourismus böte vielversprechende Möglichkeiten.¹⁷ Bei einem Neustart der Wirtschaft könnte die libysche Diaspora unterstützend beiseite stehen.¹⁸ Im Land selbst wären allerdings erhebliche Bildungsinvestitionen nötig, vor allem für Qualifikationen im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich, die sich praktisch nutzen lassen.

Geschlechtergerechtigkeit

Gaddafi legte zumindest formal viel Wert auf die Gleichstellung von Frauen und Männern. Offiziell war die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen von Politik über Wirtschaft bis hin zu Militär, Bildung und Gesundheitssektor gewünscht – auch wenn sie in vollem Umfang niemals erreicht wurde.¹⁹ Trotzdem können nur rund 85 Prozent aller libyschen Frauen lesen und schreiben – etwa 10 Prozent weniger als Männer. Bei jungen Frauen und Männern zwischen 15 und 24 Jahren liegt die Alphabetisierungsrate geschlechtsunabhängig bei 100 Prozent.²⁰ Mit knapp über 20 Prozent gingen in Libyen kurz vor der Revolution mehr Frauen im Erwerbsalter einer bezahlten Arbeit nach als in vielen anderen Ländern der Region, etwa in Algerien (12 Prozent) oder Ägypten (18 Prozent).^{21,22}

Seit dem Sturz Gaddafis hat sich die rechtliche Lage von Frauen verschlechtert. So erhielten im Jahr 2014 Männer das Recht, ohne Einwilligung ihrer Ehefrau weitere Frauen zu heiraten. Frauen wurde es verboten, Ehen mit ausländischen Männern einzugehen.²³ Im derzeitigen verfassungsgebenden Prozess sind Frauen kaum repräsentiert.²⁴

Risikolage

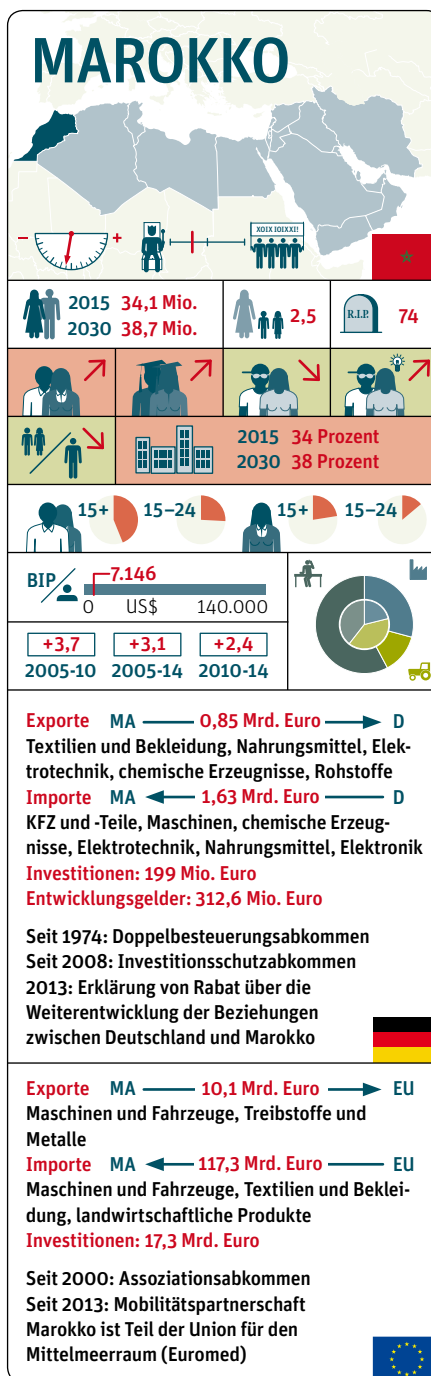
Die Sicherheitslage in Libyen ist so schlecht, dass viele Botschaften und internationale Organisationen ihr Personal aus dem Land abgezogen haben. Seit dem Sturz Gaddafis haben sich nach Schätzungen bis zu 1.700 verschiedene bewaffnete Gruppen und Milizen herausgebildet, welche die unterschiedlichsten kommerziellen, politischen, terroristischen oder religiösen Ziele verfolgen.²⁵ Libyen gelingt es kaum, seine insgesamt rund 4.500 Kilometer lange Grenze zu sichern – weder nach Süden gen Subsahara-Afrika noch zu den Nachbarländern Tunesien und Ägypten. Das gleiche gilt für die 1.770 Kilometer lange Küste am Mittelmeer. Das

Land gilt als Umschlagplatz für Menschen und Drogen und als Eldorado terroristischer Vereinigungen. Etwa 140.000 der 170.000 auf Lampedusa gestrandeten Mittelmeerflüchtlinge des Jahres 2014 haben ihre Überfahrt in Libyen begonnen.²⁶

Während die Fluchtroute tausender ausländischer Migranten aus Syrien, Eritrea sowie aus den Ländern Subsahara-Afrikas durch Libyen führt, hat der Bürgerkrieg viele Libyer selbst zu Flüchtlingen gemacht. Knapp eine halbe Million Menschen wurde innerhalb der Grenzen vertrieben, etwa 10.000 Libyer sind im Ausland als Flüchtlinge oder Asylsuchende registriert.²⁷

Besonders bedrohlich ist die Ausbreitung des „Islamischen Staates“. Sie wird erleichtert durch das Machtvakuum während des seit zwei Jahren herrschenden Bürgerkriegs und dadurch, dass sich viele IS-Kämpfer aufgrund der internationalen Luftangriffe aus Syrien und Irak zurückziehen. Die Mehrheit der Kämpfer stammt nicht aus Libyen.²⁸ Der IS hat sich in der strategisch wichtigen Region von Syrte festgesetzt, dem Geburtsort Gaddafis, von wo sich die Verbindung zwischen den wichtigsten Städten Tripolis und Bengasi kontrollieren lässt. Anschläge auf diese Städte sowie auf die Ölinfrastruktur haben die Industrie des Landes weiter zerstört und die Exporte nochmals sinken lassen.²⁹

Anfang 2016 ist es nach monatelanger UN-Vermittlung unter Leitung des deutschen Diplomaten Martin Kobler immerhin gelungen, die seit etwa anderthalb Jahren herrschenden zwei widerstreitenden Regierungen Libyens an einen Tisch zu bringen – den Nationalen Generalkongress, der in der Hauptstadt Tripolis arbeitet und das international anerkannte Repräsentantenhaus in der Stadt Tobruk, die nahe der ägyptischen Grenze liegt. Beide Parteien sollen sich jetzt auf eine Einheitsregierung verständigen, die Terrormiliz „Islamischer Staat“ zurückdrängen und das Land gegen alle Widerstände befrieden.



Spätestens seit 2011 gilt das Königreich Marokko als einer der wenigen Hoffnungsträger der Mena-Region. Damals gelang König Mohammed VI. woran andere Autokraten von Gaddafi bis Mubarak scheiterten: Als die arabische Protestwelle auch sein Land ergriff, leitete der König schnellst Reformen ein. Zumindest auf dem Papier stärkte er demokratische Verfassungselemente, garantierte umfassende politische Freiheiten und erhob Tamazight, die Sprache der seit Jahrzehnten marginalisierten marokkanischen Berber, neben Arabisch und Französisch zur offiziellen Amtssprache. Seither herrscht weitgehende Ruhe.

Demografische Lage

In den kommenden 15 Jahren wird die marokkanische Bevölkerung kaum noch wachsen und der Druck auf Infrastruktur und Arbeitsmarkt eher gering ausfallen. Besorgniserregend ist das niedrige Bildungsniveau der Gesamtbevölkerung. Nirgendwo in der Mena-Region haben anteilig weniger Menschen eine höhere Sekundarschulbildung erreicht als in Marokko.¹ Ironischerweise bedeutet dies zumindest kurzfristig einen Stabilisierungsfaktor, denn vorerst ist nicht mit einer hohen Zahl frustrierter und protestbereiter Hochschulabsolventen zu rechnen. Um der großen Zahl junger Erwachsener trotzdem eine Perspektive zu bieten, muss das Land dringend Jobs im Niedriglohnssektor schaffen. Gleichzeitig müssen die kleiner werdenden Nachwuchsjahrgänge deutlich bessere Bildungschancen erhalten, damit sie den Umbau von Marokkos Volkswirtschaft zu einer Wissensökonomie mit hoher Wertschöpfung befördern. Nur so kann das Land international wettbewerbsfähig werden.

Wirtschaft

Die marokkanische Wirtschaft krankt an den für die Mena-Region typischen Problemen: Die Arbeitslosigkeit ist hoch und wird

dominiert von wenig produktiven Dienstleistungs- und Landwirtschaftssektoren. Die Industrie spielt bislang eine geringe Rolle. Das soll sich jetzt ändern.

Geht es nach der Regierung, werden bis 2020 rund 500.000 neue Arbeitsplätze in der industriellen Fertigung entstehen und deren Anteil an der Volkswirtschaft von heute 11 auf dann 23 Prozent steigen.^{2,3} Als vielversprechend gelten die Automobil- und Elektronikbranche, Zuliefererbetriebe für Luft- und Raumfahrtunternehmen sowie die Nahrungsmittel- und Textilindustrie. Weil französischsprachige Konzerne aus Kostengründen Teile ihrer Büroorganisation von der Softwarebetreuung bis hin zur Buchhaltung nach Marokko verlagern, erhofft sich das Land darüber hinaus viele neue Jobs im Dienstleistungssektor.⁴

Doch für jedweden wirtschaftlichen Fortschritt benötigt Marokko vor allem eines: Energie. Bislang importiert das Land 96 Prozent seiner Primärenergie. Die Regierung will deshalb bis 2020 42 Prozent der Stromversorgung aus inländischen Quellen decken.⁵ Dieses Ziel kann nur über regenerative Quellen erreicht werden, denn im Gegensatz zu anderen Ländern der Region sind die nachgewiesenen Erdölvorräte in Marokko gering. Auch wenn der Zeithorizont für die Erschließung einer sauberen Energieversorgung überaus kurz erscheint, so könnte dies langfristig gelingen. Immerhin gilt Marokko als einer der weltweit besten Standorte für Solar- und Windenergie.

Das Land betreibt den größten Windpark in ganz Afrika und unweit der kleinen Stadt Ouarzazate zwischen Hohem Atlas und Anti-atlas entsteht derzeit das bei Fertigstellung vermutlich weltweit größte solarthermische Kraftwerk.⁶ Weitere Großprojekte sind in Planung und werden von internationalen Organisationen finanziell unterstützt. Mit seinen Energieprojekten geht es Marokko auch um die Schaffung von Arbeitsplätzen. Analysen zufolge hat der Solarpark Noor

zumindest vorübergehend für viele Jobs im Bausektor gesorgt und die Nachfrage nach Dienstleistungen in anderen Wirtschaftsbereichen gesteigert. Damit die Anlage auch langfristig Arbeitsplätze schafft, investiert Marokko gezielt in Forschung und Entwicklung sowie in betriebliche und universitäre Ausbildungsprogramme im Bereich erneuerbarer Energien.⁷

Bildung

Marokko benötigt dringend qualifizierte Arbeitskräfte. Der Bildungsstand der Bevölkerung gehört zu den niedrigsten der Region. Unter den 20- bis 29-jährigen Marokkanern hat rund jeder Dritte nicht einmal die Grundschule abgeschlossen und kaum jeder Zweite eine weiterführende Schule besucht.⁸ Im Jahr 2011 konnte jede vierte junge Frau zwischen 15 und 24 Jahren nicht lesen und schreiben. Nirgendwo in Mena sind die Bildungsergebnisse der Frauen so schlecht.⁹ Bei ihren männlichen Altersgenossen sieht es nicht viel besser aus. Knapp jeder zehnte Mann in diesem Alter ist Analphabet.¹⁰ Immerhin haben sich die Bildungswerte in der nachwachsenden Bevölkerung gegenüber früheren Jahren deutlich verbessert. Seit der Jahrhundertwende hat die Regierung insbesondere in ländlicheren Gebieten die Bildungsinfrastruktur ausgebaut und sich darum bemüht, auch Mädchen den Weg in die Schulen zu erleichtern. Inzwischen besucht offiziell jedes marokkanische Kind eine Grundschule – 1999 waren es gerade einmal 71 Prozent. Zudem schaffen insgesamt deutlich mehr Jugendliche den Übergang zur weiterführenden Schule.¹¹

Inhaltlich wird den Schülern allerdings weiterhin sehr wenig geboten. In den internationalen Vergleichserhebungen Timss und Pirls, welche die Mathematik- sowie Lesefähigkeit von Schülern unterschiedlicher Altersklassen in jeweils rund 50 Ländern untersuchen,

landen marokkanische Viert- und Achtklässler unter den drei letztplatzierten Ländern und scheitern teilweise an den einfachsten Aufgaben.^{12,13}

Um Kosten zu sparen, setzt die Regierung vermehrt auf private Bildungsträger, welche sie mit großzügigen Steuererleichterungen beim Aufbau von Schulen unterstützt. Bis 2020 sollen 20 Prozent aller Grund- und weiterführenden Schulen in privater Hand sein.¹⁴ Weil diese bislang hohe Gebühren verlangen und sich vornehmlich auf die urbanen Zentren konzentrieren, führt dies zunehmend zu einem Zwei-Klassen-System, bei dem ärmere Familien und die Landbevölkerung auf der Strecke bleiben.¹⁵

Unternehmertum

Der Bildungsmangel zeigt sich nicht zuletzt in den fehlenden unternehmerischen Fähigkeiten und in der geringen Innovationskraft der marokkanischen Wirtschaft: Innerhalb der Mena-Region belegt Marokko den drittletzten Platz im *Global Entrepreneurship Index*. Trotzdem verzeichnet das Land im regionalen Vergleich eher viele Unternehmensneugründungen.¹⁶ Zudem ist die Regierung bemüht, das Unternehmertum zu stärken. Sie hat 2009 insgesamt 14 Städte definiert, die zu Innovationszentren ausgebaut werden sollen. Ziel ist, ab 2014 jährlich 100 Startup-Unternehmen zu gründen und die Zahl neuer Patente von einem Niveau von 316 im Jahr 2013 auf jährlich 1.000 zu steigern.^{17,18}

Geschlechtergerechtigkeit

Wie in beinahe allen Ländern der Mena-Region sind auch in Marokko Frauen deutlich benachteiligt. Im *Global Gender Gap Report* des *World Economic Forum* belegt das Land Platz 139 unter 145 Staaten. Immerhin: Das Königreich schneidet damit besser ab als Jordanien (140), Iran (141), Syrien (143) und Jemen (145).¹⁹

In der marokkanischen Gesellschaft dominiert ein patriarchalisches Frauenbild. Väter und Ehemänner verfügen über die Entscheidungsgewalt beim Schulbesuch von Mädchen und bei der Berufstätigkeit von Frauen. Bis heute ist gerade einmal jede vierte Frau im Erwerbsalter überhaupt auf dem Arbeitsmarkt aktiv.²⁰ Während in den vergangenen Jahren in den meisten Ländern der Mena-Region die Erwerbsquote von Frauen gestiegen ist, geht sie in Marokko zurück.²¹

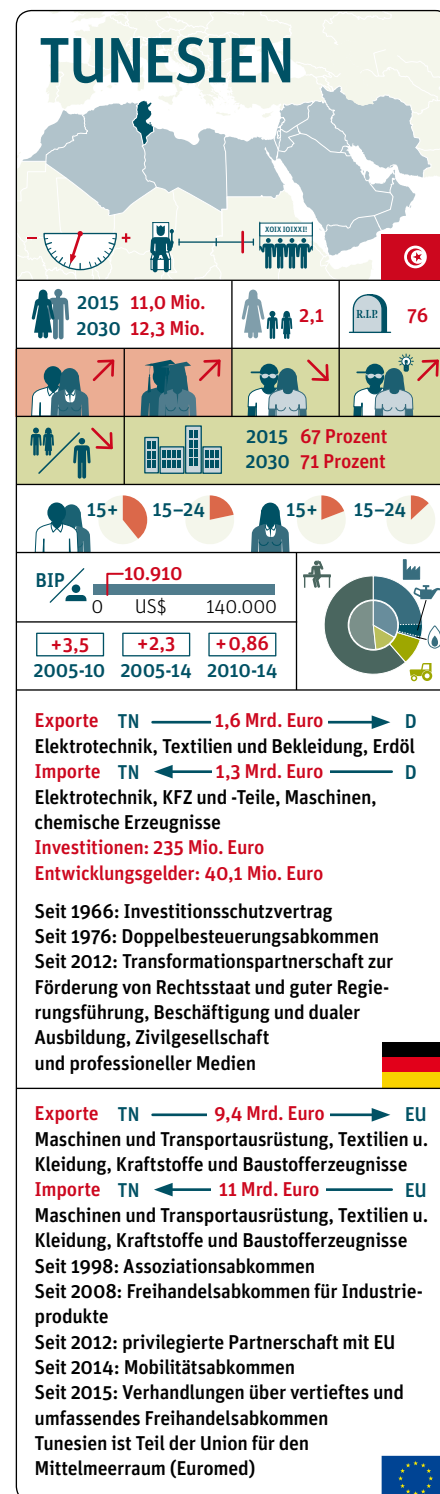
Paradoxerweise ist der Grund hierfür in der allmählich greifenden Gleichstellungspolitik zu finden. Diese ermöglicht einem wachsenden Anteil von Mädchen den Zugang zu Sekundarbildung. Was allerdings fehlt, sind Arbeitsplätze, die den Qualifikationen der jungen Frauen entsprechen und zugleich im Einklang mit den dominierenden Rollenbildern stehen. So ist in vielen muslimischen Gesellschaften die gesellschaftliche Akzeptanz für die Berufstätigkeit von Frauen im industriellen Sektor sehr hoch. Weil dieser allerdings bislang kaum Arbeitsplätze schafft und es in anderen Bereichen wenige gesellschaftlich angesehene Beschäftigungsmöglichkeiten gibt, finden die Schulabgängerinnen selten einen adäquaten Job und ziehen sich oft völlig aus dem Arbeitsmarkt zurück.²² Wer als Frau in einem formellen Arbeitsverhältnis steht, erhält auch bei gleicher Qualifikation ein deutlich niedrigeres Gehalt als männliche Kollegen.²³ Wollen Frauen gar selbst unternehmerisch aktiv werden, haben sie es schwer, ein Konto zu eröffnen und an die notwendigen Kredite zu gelangen.²⁴

Trotz aller Probleme: Die marokkanische Regierung hat in den vergangenen Jahren zumindest formal viele Schritte in Richtung Geschlechtergerechtigkeit unternommen. Laut Verfassungsänderung aus dem Jahr 2011 sind Frauen Männern gleichgestellt und Meinungsumfragen weisen darauf hin, dass sich die Rollenbilder zumindest in den jüngeren Generationen wandeln.²⁵

Risikolage

In allen arbeitsmarktrelevanten Bereichen hat Marokko in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht. Trotzdem bieten sich der marokkanischen Bevölkerung zu wenige wirtschaftliche Perspektiven. Das zeigt nicht zuletzt die seit Jahren hohe Zahl von Auswanderern. 4,5 Millionen Marokkaner leben in der Diaspora. Flüchtlinge und Asylbewerber nicht mit einbezogen stellte Marokko in den vergangenen Jahren eine der größten Zuwanderungsgruppen in die Europäische Union.²⁶ Im Inland treibt der Mangel an Entfaltungsmöglichkeiten vor allem arbeitslose, städtische Jugendliche in die Hände von Extremisten.²⁷ Rund 1.500 sollen sich bereits dem „Islamischen Staat“ als Kämpfer verschrieben haben.²⁸

Indes berauben auf dem Land ökologische Veränderungen viele Familien ihrer Lebensgrundlage. Wegen Übernutzung und immer längerer Dürreperioden können die Bauern einst fruchtbare Landstriche vielerorts nicht mehr bewirtschaften. Wasserverschmutzung und Überfischung sorgen für fallende Erträge in der Fischerei.²⁹ Zumindest gelingt es Marokko, seinen Nahrungsmittelbedarf über Importe zu decken – im Gegensatz zu seinen wesentlich ärmeren und bevölkerungsmäßig stark wachsenden südlichen Anrainern.³⁰ Dort verschärft sich zusehends die Versorgungs- und auch die politische Lage. Dies führt zu Migration aus Ländern wie Nigeria, Mali oder Elfenbeinküste nach Marokko. Auch wenn viele der Flüchtenden letztlich den Weg nach Europa suchen, scheitern die meisten an der gut geschützten Grenze zwischen Marokko und der EU. Laut Schätzungen des marokkanischen Innenministeriums hielten sich im Jahr 2013 zwischen 25.000 und 40.000 irreguläre Migranten im Land auf.³¹ Um der unübersichtlichen Lage Herr zu werden, ist das Land inzwischen bemüht, den Zuwanderern einen legalen Status zu garantieren. Seit September 2013 erhielten knapp 18.000 zuvor irreguläre Migranten einen regulären Aufenthaltsstatus.³²



In Tunesien nahm der sogenannte Arabische Frühling Ende 2010 seinen Beginn. Tunesien ist auch das einzige Land der Mena-Region, in dem die Revolutionen in eine liberale Demokratie mündeten. So zumindest nennt der *Freedom in the World Report* 2015 die tunesische Regierungsform.¹ Es ist das erste Mal überhaupt, dass der Bericht einem nordafrikanischen Land dieses Zeugnis ausstellt. Tatsächlich kann sich Tunesien einer neuen, modernen Verfassung sowie eines friedlichen, von Wahlen hervorgerufenen Regierungswechsels im Jahr 2014 rühmen. Die Regierung bildet nun eine Koalition aus der säkularen *Nidaa Tounes* Partei und der vormals regierenden, gemäßigt islamischen Partei *Ennahda*. Das sogenannte nationale Dialogquartett, ein Bündnis verschiedener zivilgesellschaftlicher Dachorganisationen, erhielt für seine vermittelnde Arbeit im Demokratisierungsprozess 2015 sogar den Friedensnobelpreis.

Gleichwohl erschüttern das Land zunehmend Unruhen, welche jenen Ende 2010 ähneln. Denn der Lebensstandard der Menschen hat sich kaum gebessert und Wirtschaftsreformen lassen weiter auf sich warten. Durch die Politik verhängte Ausgangssperren sind zur Normalität geworden und wiederholte islamistische Terroranschläge haben die Unsicherheit gesteigert.

Demografische Lage

Mit seinen elf Millionen Einwohnern ist Tunesien nach Libyen das zweitkleinste nordafrikanische Land und gleichzeitig das am langsamsten wachsende. Bis 2050 dürfte die Bevölkerung um lediglich 12 Prozent oder 1,3 Millionen Menschen zulegen.² Der Hauptgrund hierfür sind die vergleichsweise niedrigen Kinderzahlen je Frau. Mit einer Ziffer von durchschnittlich 2,1 erreicht Tunesien

etwa das Fertilitätsniveau, das ohne Zuwanderung für eine langfristig stabile Bevölkerungszahl notwendig ist.³ Weil die Fertilitätsrate schon vor etwa 15 Jahren auf das aktuelle Niveau gefallen ist, verfügt Tunesien zudem über eine vergleichsweise alte Bevölkerung mit einem geringen Anteil von unter 19-Jährigen, der bei 30 Prozent liegt. Die Nachbarn Algerien und Libyen weisen Werte von 34 respektive 38 Prozent auf.⁴ Die „reife“ Altersstruktur Tunesiens mit einem Durchschnittsalter von über 30 Jahren könnte vorteilhaft dafür sein, die Demokratie zu festigen. Unter allen Staaten, die jemals vom *Freedom in the World Report* als „frei“ einge-

stuft worden sind, verloren nur wenige mit dieser Altersstruktur diese Zuschreibung wieder – ganz im Gegensatz zu jenen mit jüngeren Bevölkerungen.⁵

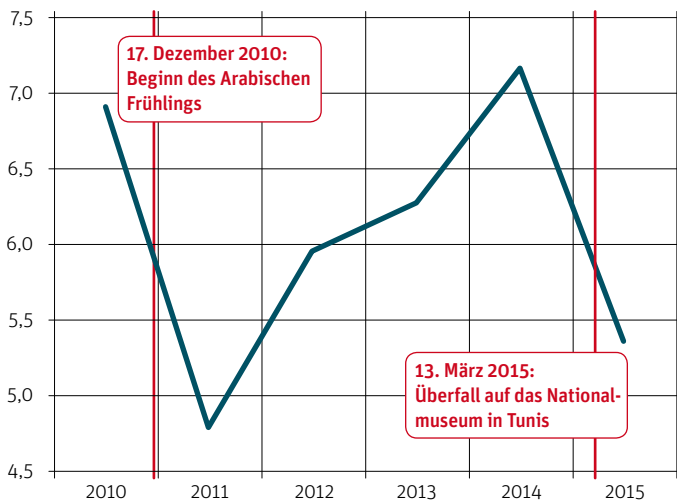
Wirtschaft

Die wirtschaftlichen Wachstumsraten Tunesiens von weniger als drei Prozent pro Jahr sind deutlich niedriger als vor der Revolution.⁶ Das geringe Wachstum ist die größte Gefahr für die tunesische Demokratie, denn so entstehen kaum neue Arbeitsplätze, und die Unzufriedenheit in großen Teilen der Bevölkerung bleibt. Überfällige Reformen,

Sensibler Sektor

Als sich im Dezember des Jahres 2010 der tunesische Straßenhändler Mohammed Bouazizi im Alter von 26 Jahren in Flammen setzte, löste er damit eine Protestbewegung aus, die das ganze Land ergriff. Aus Angst vor Gewalt kamen im Revolutionsjahr 2011 rund ein Drittel weniger Touristen. Nach und nach erholte sich das Gastgewerbe aber wieder. Doch als im Jahr 2015 islamistische Terroranschläge das Land aufs Neue erschütterten, verlor Tunesien als Reiseziel abermals an Attraktivität. So entgehen dem Land Einnahmen in Millionenhöhe.

Millionen



Zahl der ankommenden Reisenden an der tunesischen Grenze, in Millionen Personen, 2010-2015 (Datengrundlage: Tunesisches Tourismusministerium)

welche Korruption und exzessive Bürokratie bekämpfen würden, bleiben aber bislang weitgehend aus.⁸ So ist die Wirtschaft nach wie vor wenig diversifiziert und die Exporte sind vor allem abhängig vom Phosphatabbau. Die Förderung dieses als Düngemittel genutzten Minerals aber wurde seit der Revolution durch Streiks und Proteste wiederholt lahmgelegt und musste starke Einbußen hinnehmen. Durch die gestiegene Terrorgefahr ist darüber hinaus der Tourismussektor in eine schwere Krise geraten.⁹

Bildung

Sowohl was die Qualität der Bildung als auch den Bildungsstand der Bevölkerung angeht, befindet sich Tunesien im Mena-Vergleich in der unteren Hälfte. Gerade die Staaten des Nahen Ostens schneiden deutlich besser ab. Im Vergleich mit den anderen nordafrikanischen Staaten steht das Land dagegen nicht schlecht da: Im *Global Competitiveness Index* landet Tunesien in Sachen Bildungsqualität auf Rang 84 von 140 Ländern und ist das einzige Land in Nordafrika unter den ersten 100.¹⁰ Unter den Jüngeren ist der Bildungsstand inzwischen selbst im gesamten Mena-Vergleich gut.¹¹ Eine große Herausforderung bleibt eine bessere Verzahnung von Ausbildung und Beruf. Als Hauptbaustellen im System der Berufsbildung identifiziert die OECD die mit einer niedrigen Ausbildungsqualität verbundene fehlende Attraktivität beruflicher Ausbildungen sowie die mangelnde Ausrichtung darauf, welche Berufsgruppen von der Wirtschaft nachgefragt werden.¹²

Unternehmertum

Wie in vielen Mena-Ländern steht auch in Tunesien der aufgeblähte Staatsapparat einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung im Weg.* Notwendige Liberalisierungen, etwa im Bankensektor, lassen weiter auf sich warten¹³ – auch weil die regierende *Nidaa Tounes* Partei eine Art Auffangbecken für Personen ist, die bereits im alten System wichtige Funktionen bekleidet haben. Die Rahmenbedingungen für den Start neuer Unternehmen sind im Mena-Vergleich durchschnittlich. Tunesien lag 2015 im *Ease of Doing Business Index* der Weltbank auf Rang 74 und damit 14 Plätze schlechter als im Jahr zuvor. Damit liegt es zwar deutlich hinter Ländern wie den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Israel, lässt seine nordafrikanischen Nachbarn aber noch immer klar hinter sich. Lediglich bei der Frage, wie einfach der Zugang zu Krediten ist, schneidet Tunesien – wie die meisten Mena-Länder – schlecht ab.¹⁴

Geschlechtergerechtigkeit

Tunesien gilt in der arabischen Welt als vorbildlich in Bezug auf Frauenrechte. Abtreibung ist seit Langem erlaubt und auch der Zugang zu modernen Mitteln der Familienplanung unstrittig. Mit der neuen Verfassung aus dem Jahr 2014 sind Frauen nun auch rechtlich in allen Bereichen Männern gleichgestellt. Letzteres ist der Einmischung von Frauen in den politischen Prozess zu verdanken. Sie protestierten öffentlich dagegen, dass sie gemäß dem ersten Verfassungsentwurf lediglich als „komplementär“ zu Männern angesehen werden sollten. Die vergleichsweise starke Rolle von Frauen in der Politik hatte sich bereits vor der Revolu-

tion gezeigt. Ihr Anteil von 28 Prozent aller Abgeordneten nach den Wahlen von 2009 war der höchste in der Mena-Region.¹⁵ Dennoch warnen Beobachter, dass die gesellschaftliche Praxis nicht immer den fortschrittlichen Gesetzen entspreche und es ein starkes Gefälle innerhalb des Landes gebe. Gerade in ländlich geprägten Gegenden seien Frauen noch immer häufig Opfer von Gewalt und Ausbeutung.¹⁶ Und auch bei der Erwerbstätigkeit hängen die Frauen in Tunesien wie in allen nordafrikanischen Staaten weit hinter den Männern zurück.¹⁷

Risikolage

Als einziges demokratisches Land Nordafrikas übt Tunesien eine hohe Symbolwirkung aus. Fällt auch hier das demokratische System, müsste der sogenannte Arabische Frühling als gescheitert erachtet werden. Das Risiko dafür besteht. Denn die Ursache der Revolution, die hohe Arbeits- und Perspektivlosigkeit junger Menschen mit teilweise guter Ausbildung ist noch immer vorhanden. Gleichzeitig versuchen islamistische Extremisten – häufig aus dem benachbarten Ausland – über gezielte Anschläge auf den Tourismussektor das Land weiter zu schwächen. Doch der Extremismus ist keinesfalls nur ein ausländisches Problem. Gerade in den strukturschwachen ländlichen Räumen suchen viele junge Leute die Lösung für ihre Probleme im Dschihad. Neuesten Erkenntnissen zufolge hat der IS in Syrien und Irak aus keinem anderen Land so viel Zulauf an Kämpfern wie aus Tunesien.¹⁸

* Weiterführende Informationen zu den Voraussetzungen für Unternehmertum in Tunesien finden Sie im Interview mit Sebastian Rubatscher von *enpact* auf Seite 33.

NAHOST

In den 14 Ländern des Nahen Ostens lebt über eine Viertelmilliarde Menschen. Mit Syrien, Jemen, Irak, den Palästinensischen Gebieten und Libanon zählen einige von ihnen zu den weltweit 35 instabilsten Ländern. In diesen Kriegs- und Krisenstaaten steht der demografische und gesellschaftliche Wandel hin zu einer älteren und qualifizierteren Bevölkerung noch aus. Stattdessen wächst die Zahl der Kinder, die mit geringen Perspektiven auf ein sicheres Leben im Krieg oder unter sehr schwierigen Bedingungen groß werden. Damit sinken die Entwicklungschancen und die Hoffnung auf ein Ende der Hass- und Gewaltspirale.

Mit Bahrain, Israel, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten finden sich im Nahen Osten aber auch alle tendenziell stabilen Mena-Länder. Während in Israel eine verhältnismäßig junge, qualifizierte und technikaffine Bevölkerung die Wirtschaft antreibt, bilden in den reichen Golfstaaten Einnahmen aus Rohstoffverkäufen die Grundlage der Stabilität. Diese Länder bieten vielen ihrer Bürger einen Arbeitsplatz im öffentlichen Sektor und halten die Lebenshaltungskosten durch großzügige Subventionen niedrig.

Im gesellschaftlichen Wandel hin zu niedrigeren Fertilitätsraten und höherer Bildung sind die Golfstaaten teilweise schon fortgeschritten und verfügen über eine wachsende Gruppe junger, hochqualifizierter Erwerbsfähiger. Diese Menschen hatten bislang die Erwartung, später vom Staat mit einem Arbeitsplatz versorgt zu werden. Doch weil die Kosten für Beamtengehälter inzwischen große Teile der Budgets verzehren, die durch den gesunkenen Ölpreis ohnehin unter Druck stehen, benötigen diese Länder dringend ein neues Wirtschaftsmodell.

KLEINE, ROHSTOFFREICHE GOLFSTAATEN

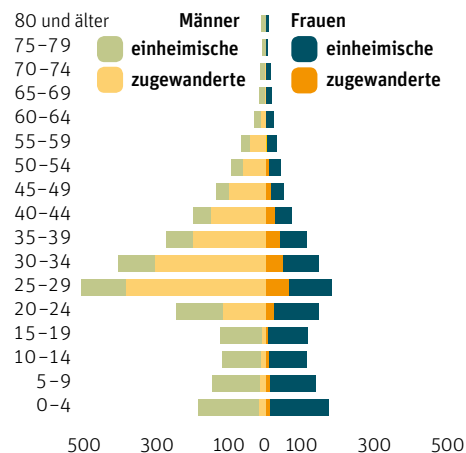
Unter den Staaten am Golf findet sich eine Gruppe kleinerer Länder, die mit rund 22 Millionen Einwohnern insgesamt weniger Einwohner zählen als ihre Nachbarländer Jemen (26,7 Millionen) und Saudi-Arabien (31,6 Millionen). Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) bilden das größte dieser Länder (9,6 Millionen), in großem Abstand gefolgt von Oman (4,2 Millionen) und Kuwait (3,8 Millionen). In Katar und Bahrain leben mit 2,4 respektive 1,4 Millionen Einwohnern zusammen etwa so viele Menschen wie in Berlin. Den Prognosen zufolge werden diese Länder bis 2030 deutlich an Bevölkerung hinzugewinnen – manche bis zu einem Drittel ihres heutigen Wertes. Doch am Golf sind derlei Voraussagen mit Vorsicht zu genießen, denn mehr als die Geburtenrate bestimmt dort die Zuwanderung über die Einwohnerzahl und die Migration ist geprägt von politischen Erwägungen.

Mit Ausnahme des Sultanats Oman, welches niemals unter europäischer Kolonialherrschaft stand, erlangten die kleinen Golfstaaten in den 1960er und -70er Jahren sukzessive ihre Unabhängigkeit. Damit erhielten sie auch die volle Kontrolle über ihre Ressourcen. Binnen kürzester Zeit spülten Verkäufe von Öl und Gas Milliarden Gewinne in die Kassen. Die Länder wurden zu sogenannten Rentierstaaten: Ohne großes Zutun kamen von nun an dauerhaft hohe Erträge ins Land,

welche die Könige, Sultane und Emire der Region bis heute sowohl für den eigenen Konsum als auch für ihren Machterhalt einsetzen. Dafür unterhalten sie nicht nur aufwändige Militärapparate, sondern lassen auch ihre Bevölkerungen in vielfältiger Form am Reichtum teilhaben. Sie brachten groß angelegte Infrastrukturprojekte auf den Weg, für deren Umsetzung sie in großen Zahlen Zuwanderer aus dem Ausland, vornehmlich aus Asien, anheuerten. Damit trieben sie die Einwohnerzahlen in die Höhe: Zwischen 1970 und 2015 hat sich in allen dieser Länder die Bevölkerung mindestens vervierfacht, die von Katar verzwanzigfacht und die der Vereinigten

Männerüberschuss

Mit 43 Prozent fällt in Oman der Anteil der Zuwanderer für die regionalen Verhältnisse moderat aus. Die Migranten, meist junge Männer, die mit ihrem Verdienst ihre Familien in der Heimat versorgen, arbeiten häufig auf dem Bau und reisen nach einigen Jahren wieder zurück. Männer zwischen 20 und 34 Jahren machen mit 47 Prozent beinahe die Hälfte aller Zuwanderer in Oman aus. In der einheimischen Bevölkerung liegt der Anteil dieser Altersgruppe bei 15 Prozent.



Bevölkerungszusammensetzung von Oman nach Altersgruppen, Geschlecht und Herkunft, 2014 (Datengrundlage: Sultanate of Oman, National Centre for Statistics and Information¹)

Arabischen Emirate sogar vervierzigfacht.² In manchen der Staaten kommen neun von zehn Bewohnern aus dem Ausland.

Aus den einstigen Wüstenstädtchen der Region sind in kurzer Zeit glitzernde Metropolen geworden, aus den nomadisch geprägten Stammesgesellschaften Vielvölkerstaaten. Heute attestiert der *Human Development Index*, welcher den Entwicklungsstand von Ländern in Sachen Wirtschaft, Bildung und Gesundheit misst, allen Golfstaaten einen hohen bis sehr hohen Entwicklungsstand.³ Die einheimische Bevölkerung musste zu dieser Wohlstandsmehrung kaum beitragen: Der Ölreichtum sicherte ihnen meist hoch bezahlte Positionen in den künstlich aufgeblähten Verwaltungsapparaten.

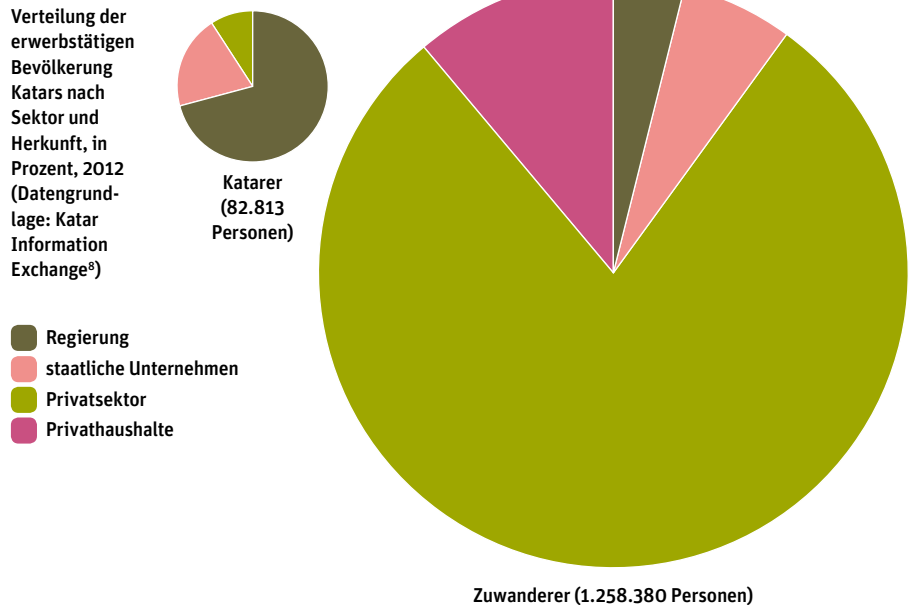
Doch dieses Beschäftigungsmodell steht zunehmend in Frage: Der niedrige Ölpreis, die drastisch gestiegenen Militärausgaben und nicht zuletzt das anhaltende Wachstum der einheimischen Bevölkerung setzen die Staatshaushalte zunehmend unter Druck.⁴ Im Frühjahr 2016 stufte die Ratingagentur Moody's die Kreditwürdigkeit von Bahrain und Oman herunter.⁵ Langfristig dürfte es den Ländern kaum noch möglich sein, für die Gehaltszahlungen einer zunehmenden Zahl wenig produktiver Beamter aufzukommen.

Laut Schätzungen des Internationalen Währungsfonds könnte sich die Erwerbsbevölkerung alleine bis 2018 um 1,2 bis 1,6 Millionen Köpfe vergrößern – auch weil die Frauenerwerbstätigkeit zunehmend zur Normalität werden dürfte.⁶ Fällt aber der Staat als Hauptarbeitgeber aus, drohen die Arbeitslosenquoten stark zu steigen.⁷ Die jungen einheimischen Berufseinsteiger können deshalb kaum einen Lebensstandard erwarten, wie sie ihn von ihren Eltern kennen, zumindest solange es außerhalb des staatlichen Sektors kaum Alternativen für eine gut bezahlte Beschäftigung gibt.

Körperliche Arbeit für Zuwanderer, Verwaltungsjobs für einheimische Kataris

Verwaltungs-, Bildungs- und Gesundheitssektor sind für die einheimischen Bevölkerungen in den Golfländern die Hauptarbeitgeber, hier gezeigt am Beispiel Katars. Insgesamt kommen dort mehr als drei Viertel der einheimischen Arbeitnehmer beim Staat oder bei einem staatlichen Unternehmen unter. Zuwanderer übernehmen dagegen meistens einfache Tätigkeiten im Privatsektor oder als Haushaltshilfen. Neun von zehn Arbeitnehmern in der Wirtschaft stammen aus dem Ausland.

Verteilung der erwerbstätigen Bevölkerung Katars nach Sektor und Herkunft, in Prozent, 2012 (Datengrundlage: Katar Information Exchange⁸)



Wirtschaft

Nach wie vor dominieren Einkünfte aus Öl- und Gasverkäufen die Wirtschaft. Je nach Land sorgen derzeit die Exporte der Energieträger für etwa ein Viertel (Bahrain und VAE) bis beinahe zwei Drittel (Kuwait) des Bruttoinlandsprodukts.⁹ Mit Ausnahme der VAE und Bahrains, wo der Tourismus und das Finanzwesen zu wichtigen wirtschaftlichen Stützen geworden sind, konnten sich in den anderen Golfländern neben dem Rohstoffsektor keine weiteren Branchen durchsetzen.

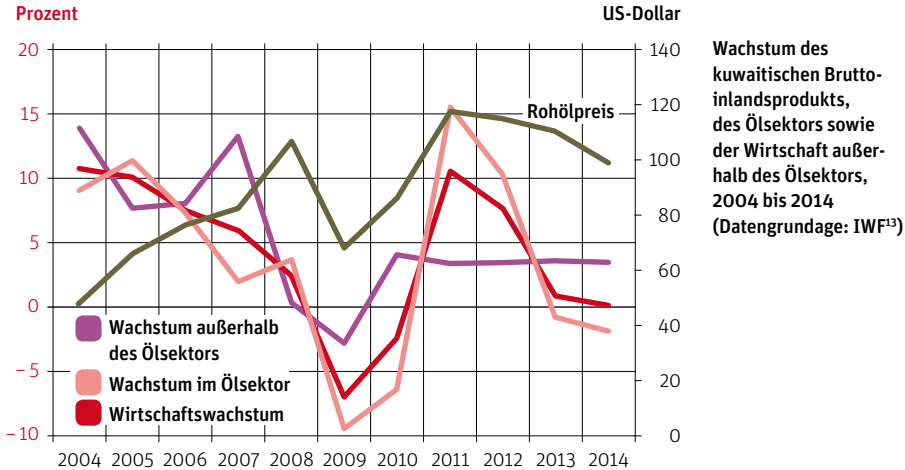
Dabei verfolgen alle Regierungen der Region offiziell das Ziel, ihre Länder zu Wissensökonomien zu reformieren, also Unternehmen aufzubauen, die eine hohe Wertschöpfung aus Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten beziehen.¹⁰

Bildung

Beinahe jeder Einheimische im Alter zwischen 20 und 29 Jahren hat eine höhere Sekundarschulbildung und über die Hälfte hat sogar daran anschließend eine Ausbildung fortgesetzt. Alternativ zum universitären System gibt es für die jungen Menschen bislang kaum Ausbildungsmöglichkeiten. Betriebliche Bildung hat wenig Tradition und genießt einen niedrigen Stellenwert.¹¹ Studenten wählen meist Fächer, die sie für Verwaltungstätigkeiten qualifizieren, nicht aber für die Bedürfnisse einer innovativen Wissensökonomie.¹² Im Schnitt der kleineren Golfländer entscheiden sich 59 Prozent aller Studenten für ein Lehramtsstudium, eine Geistes- oder Sozialwissenschaft, dagegen nur 28 Prozent für eine Naturwissenschaft oder Ingenieurwesen. Zum Vergleich: In Deutschland studieren über 35 Prozent ein

Am Tropf vom Öl

Seit Jahrzehnten bemühen sich die Golfstaaten um eine Wirtschaftsdiversifizierung. Wie stark das Öl bis heute die Ökonomie bestimmt, zeigt das Beispiel Kuwait. Auch wenn sich die Wirtschaft außerhalb des Ölsektors phasenweise gut entwickelt hat, ist sie zu unbedeutend, um einen erkennbaren Einfluss auf die Wirtschaftsleistung zu zeigen. Leidet dagegen der Ölsektor, wie derzeit durch den Preisverfall, ist eine Rezession unvermeidbar. Der seit 2014 auf rund ein Drittel gesunkene Ölpreis ist in dieser Grafik noch nicht abgebildet.



naturwissenschaftliches oder technisches Fach und nur knapp die Hälfte ein human- oder sozialwissenschaftliches.¹⁴ Außerdem mangelt es den jungen Golfbewohnern an praktischen Fähigkeiten. Während ihres Studiums sammeln die wenigsten von ihnen durch Nebenjobs oder Praktika erste Arbeitserfahrungen.¹⁵ Bei den internationalen Konzernen sind sie als Arbeitnehmer deshalb wenig gefragt. Der Übergang in den Job fällt Hochschulabsolventen schwer und sie sind überdurchschnittlich lang arbeitslos.¹⁶ Um ihre Perspektiven auf höhere Positionen zu verbessern, gibt es am Golf Quotenregelungen und Lohnzuzahlungen für Einheimische im Privatsektor.

Um ihren Bildungs- und Forschungsrückstand zu kompensieren, investieren viele der Länder in den Aufbau hochmoderner Eliteuniversitäten. Aber auch diese Praxis beruht eher in dem „Einkauf“ von Wissen und hochkarätigen Lehrkräften als in Eigenleistung.

Unternehmertum

Die wesentliche Schwäche der Golfländer im *Global Entrepreneurship Index* liegt in der mangelnden Innovationsfähigkeit der dortigen Unternehmen: Mit Ausnahme Katars und der VAE sind Unternehmen am Golf nicht auf dem neuesten Stand der Technik und gelten als wenig innovativ.¹⁷

Trotzdem erreichen alle Länder der Gruppe einen Platz im vorderen Drittel des *Global Entrepreneurship Index* – überwiegend, weil die Wahrscheinlichkeit als hoch gilt, dass die vorhandenen Unternehmen künftig wachsen, mehr Arbeitsplätze schaffen werden und weil Risikokapital bereit steht.¹⁸ Letzteres dürfte sich möglicherweise ändern: Angesichts schwindender Einnahmen wird es für Neugründer zunehmend schwieriger, einen Kredit aufzunehmen.¹⁹ Außerdem haben die Staaten als Hauptgeldgeber für Neugründungen kaum langfristige Strategien im Blick: Sie investieren weniger in eine wirtschaftliche Diver-

sifizierung, sondern eher in groß angelegte Bauprojekte, die wenig Mehrwert oder kaum eine langfristige Nutzung versprechen. So steckt Katar umgerechnet 3,5 Milliarden Euro in den Bau von zwölf Stadien für die Fußballweltmeisterschaft, die anschließend kaum eine Verwendung finden werden.^{20,21}

Geschlechtergerechtigkeit

Noch spielen Frauen auf den Arbeitsmärkten eine untergeordnete Rolle. Gerade einmal ein Drittel der einheimischen weiblichen Bevölkerung im Erwerbsalter geht einer bezahlten Arbeit nach oder ist auf der Suche nach einer Beschäftigung. Mehr Frauen in Lohn und Brot zu bringen steht deshalb weit oben auf den offiziellen Regierungsgagenden dieser Länder.²² Mit einigem Erfolg: In den Golfländern werden Araberinnen zunehmend selbstbewusster, wenn es darum geht, ihre Kenntnisse produktiv auf dem Arbeitsmarkt einzubringen: 1990 waren in der Region knapp über 40 Prozent aller jungen Frauen zwischen 25 und 34 Jahren beschäftigt oder auf der Suche nach Arbeit. Heute sind es beinahe 60 Prozent.²³ Dies ist ein positives Zeichen für die Geschlechtergerechtigkeit. Doch solange die Privatwirtschaft nicht für Arbeitsplätze außerhalb des öffentlichen Dienstes sorgt, dürfte die erhöhte Frauenerwerbsquote die Krise auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärfen – denn auch die Frauen konkurrieren mit den ohnehin unterbeschäftigten Männern um begrenzte Beschäftigungsmöglichkeiten.

Risikolage

Die Proteste des Arabischen Frühlings machten auch vor den kleinen Golfstaaten nicht Halt. Besonders deutlich traten sie in Bahrain und Oman zutage, auch in Kuwait gab es Unruhen. Im Rahmen des Golf-Kooperationsrats griffen die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien aktiv in die Konflikte ein. Noch stärker als bisher investierten alle Länder in den Folgejahren in ihre Militärapparate. Mit Ausnahme von Oman haben sich alle kleinen Golfländer einer saudischen Allianz angeschlossen und Truppen in den jemenitischen Bürgerkrieg entsandt.

Die wachsende Zahl von Flüchtlingen in der Region hat die kleinen Golfstaaten bislang weitestgehend unberührt gelassen. An der Aufnahme syrischer Flüchtlinge haben sich die Länder kaum beteiligt.^{24,25} Was ihre Haltung zu terroristischen Vereinigungen betrifft, unterscheiden sich die Länder am Golf teilweise deutlich voneinander. So steht Katar in der Kritik, mit Terrorgruppen gemeinsame

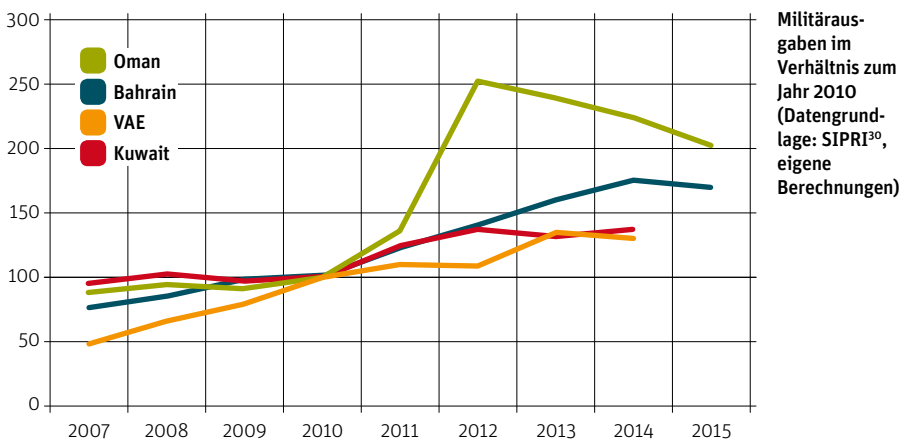
Sache zu machen, andere Länder wiederum, etwa die Vereinigten Arabischen Emirate, haben ihre Gesetzgebungen seit dem Arabischen Frühling verschärft und gehen repressiv gegen Extremisten vor.^{26,27}

Eine weitere Herausforderung ergibt sich durch die Versorgung mit Wasser und sogar mit Energie.²⁸ Durch das Bevölkerungswachstum der kommenden Jahre dürfte die Nachfrage nach diesen Gütern deutlich steigen. Der Energiebedarf in der Golfregion ist bereits heute ungewöhnlich hoch, unter anderem, weil die Regierungen ihren Bevölkerungen Strom und Benzin deutlich unterhalb des Marktpreises garantieren. Dies führt zu verschwenderischem Verbrauch, der mit steigender Einwohnerzahl den Bedarf an Öl und Gas weiter erhöhen dürfte. Damit stoßen selbst die rohstoffreichen Länder an ihre Grenzen, zumal auch die Entsalzung von Meerwasser viel Energie verschlingt. Gemessen an ihrer Einwohnerzahl gehören alle kleineren Golfstaaten zu den zehn größten Kohlendioxid-Emittenten der Welt.²⁹

Aufrüstung

Als Reaktion auf den Arabischen Frühling steigerten beinahe alle Länder in der Region ihre Militärausgaben. In Oman lagen sie im Jahr 2012 sogar bei über 250 Prozent des Niveaus von 2010. Zwar waren die Aufwendungen für den Verteidigungsapparat auch in den Vorjahren kontinuierlich gewachsen, doch in beinahe allen Ländern bedeutete die Protestbewegung eine deutliche Beschleunigung der Investitionen.

Index 2010 = 100



Handelsbeziehungen

Bahrain

Exporte: 34,8 Mio. Euro (Buntmetalle, KFZ und -Teile, Rohstoffe, nichtmetallische Mineralien, Textilien und Bekleidung)

Importe: 374,3 Mio. Euro (KFZ und -Teile, Maschinen, chemische Erzeugnisse, Elektrotechnik, Nahrungsmittel, Mess- und Regeltechnik)

Katar

Exporte: 0,7 Mrd. Euro (Gas, Erdöl, chemische Erzeugnisse, Maschinen)

Importe: 2,1 Mrd. Euro (Maschinen, KFZ und -Teile, chemische Erzeugnisse, Elektrotechnik, Metallwaren, Mess- und Regeltechnik), Sonstiges (40 Prozent)

Kuwait

Exporte: 356,5 Mio. Euro (Erdöl, Maschinen, chemische Erzeugnisse, Rohstoffe, Mess- und Regeltechnik)

Importe: 1,32 Mrd. Euro (KFZ und -Teile, Maschinen, chemische Erzeugnisse, Elektrotechnik, Mess- und Regeltechnik, Nahrungsmittel)

Oman

Exporte: 67,1 Mio. Euro (chemische Erzeugnisse, KFZ und -Teile, Maschinen, Buntmetalle, nichtmetallische Mineralien)

Importe: 692,8 Mio. Euro (KFZ und -Teile, Maschinen, chemische Erzeugnisse, Elektrotechnik, Mess- und Regeltechnik, Metallwaren)

Vereinigte Arabische Emirate

Exporte: 0,8 Mrd. Euro (Buntmetalle, Erdöl, chemische Erzeugnisse, Maschinen, Elektrotechnik)

Importe: 9,9 Mrd. Euro (KFZ und -Teile, Maschinen, chemische Erzeugnisse, Elektronik, Elektrotechnik, Mess- und Regeltechnik)

Bahrain

Exporte: 0,9 Mrd. Euro | Importe: 1,8 Mrd. Euro

Katar

Exporte: 7,5 Mrd. Euro | Importe: 8,4 Mrd. Euro

Kuwait

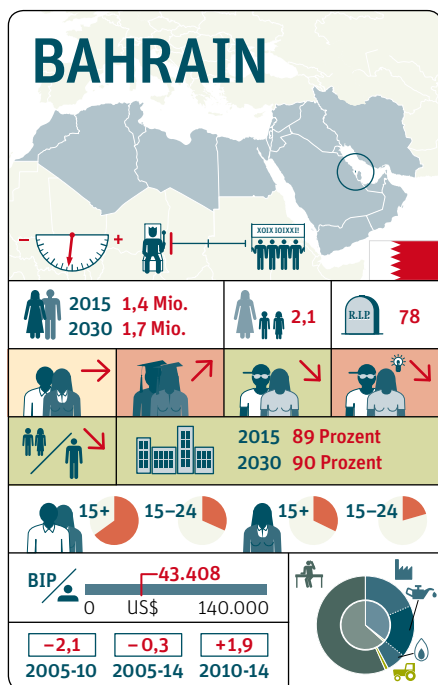
Exporte: 6,3 Mrd. Euro | Importe: 5,3 Mrd. Euro

Oman

Exporte: 0,7 Mrd. Euro | Importe: 3,7 Mrd. Euro

Vereinigte Arabische Emirate

Exporte: 9,2 Mrd. Euro | Importe: 44,7 Mrd. Euro



Bahrain gehört zu den erfolgreicherer Ländern am Golf, wenn es um die wirtschaftliche Diversifizierung geht und ist am weitesten in einer postfossilen Wirtschaftsstruktur fortgeschritten. Neben dem Verkauf von Erdöl haben sich der Finanz- und Tourismussektor als feste wirtschaftliche Standbeine etabliert und die Aluminiumindustrie fährt ebenfalls hohe Gewinne ein.^{1,2} Da diese Wirtschaftsbereiche bislang aber nur wenige Arbeitsplätze für Einheimische schaffen, kämpft das Land mit denselben Problemen wie seine Nachbarstaaten. Arbeitskräfte im eigentlichen Sinne sind überwiegend zugewanderte Ausländer, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen.

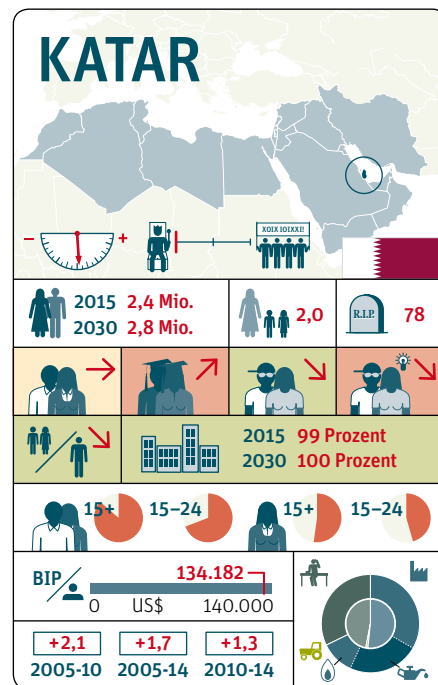
Unter den Golfstaaten gilt Bahrain als vergleichsweise instabil, was einer besonderen gesellschaftlichen Konstellation geschuldet ist: Seit Jahrhunderten liegt die Regierungsgewalt in den Händen der sunnitischen Herrscherfamilie Al Khalifa – obwohl bis zu 70 Prozent der einheimischen Bevölkerung zu den Schiiten zählen.^{3,4} Während die Sunniten

das politische und wirtschaftliche Leben des Landes dominieren, sind die Schiiten Diskriminierungen ausgesetzt. Höhere Positionen in der Verwaltung und beim Militär bleiben ihnen verwehrt und sie sind häufiger als andere bahrainische Staatsbürger von Armut betroffen.^{5,6}

Dieses Ungleichgewicht hat in der Geschichte des Landes wiederholt zu Unruhen bis hin zur sogenannten bahrainischen Intifada in den 1990er Jahren geführt, die erst 1999 mit dem Tod des langjährigen Emirs Isa bin Salman und der anschließenden Machtübernahme durch seinen Sohn Hamad bin Isa endete. Der neue Regent versprach umfassende Reformen, die der einheimischen Bevölkerung mehr Mitspracherechte einräumen und die Diskriminierung der Schiiten beenden sollten.⁷ Doch die Reformen erwiesen sich als Lippenbekenntnisse. Im Jahr 2002 führte Hamad bin Isa im Rahmen einer Verfassungsänderung zwar eine gewählte Parlamentskammer ein, doch diese blieb ohne nennenswerte Rechte. Denn bin Isa sicherte sich gleichzeitig umfassende Vetorechte im Gesetzgebungsprozess und ernannte sich in diesem Zuge vom Emir zum König. In den Folgejahren kam es wiederholt zu Aufruhr in der Bevölkerung.⁸

Die Protestbewegungen des Arabischen Frühlings im Jahr 2011 waren für das Land damit keine grundsätzlich neue Erfahrung. An dem Ruf nach besseren Lebensbedingungen, mehr Arbeitsplätzen, Mitspracherechten und politischer Transparenz beteiligte sich die bahrainische Bevölkerung über konfessionelle Linien hinaus.⁹ In keinem Land der Region nahmen anteilmäßig so viele Menschen an den Protesten des Arabischen Frühlings teil wie in Bahrain.¹⁰ Die Regierung reagierte mit gewaltsamer Repression und wurde dabei durch den Golfkooperationsrat mit Sicherheitskräften aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien unterstützt, welche seither in dem Land stationiert sind.¹¹ Wie die bahrainische Regie-

rung selbst witterten die befreundeten Nachbarstaaten den Einfluss des verfeindeten schiitischen Iran hinter den Demonstrationen und instrumentalisierten den schwelenden Konfessionskonflikt für ihre eigenen Zwecke.¹² Die Vereinigten Staaten und die Europäischen Union äußerten sich zu diesen Ereignissen nur verhalten – wohl auch, weil sich mit der Marinebasis in Manama eine der strategisch wichtigsten US-Militäreinrichtungen in der Region befindet.¹³ Die Lage in Bahrain hat sich seither nicht beruhigt. Nach wie vor gibt es Demonstrationen und mehrfach war das Land Ziel terroristischer Anschläge – sowohl von hisbollahnahen, also schiitischen Organisationen als auch durch den sunnitisch geprägten „Islamischen Staat“.



Das Emirat Katar befindet sich in einem rasanten Wandlungsprozess. Dies zeigt sich besonders in der demografischen Entwicklung: Mit jährlich zehn Prozent erreichte Katar zwischen 2004 und 2014 das weltweit stärkste jemals gemessene Bevölkerungswachstum.¹

In dieser Zeit erhöhte sich die Einwohnerschaft des Landes von nicht einmal einer auf über zwei Millionen.² Die Zahl der Einheimischen, die mit knapp 300.000 Menschen einen Bevölkerungsanteil von gerade einmal 12 Prozent stellen, änderte sich jedoch kaum.³ Stattdessen kamen hunderttausende Gastarbeiter ins Land, die seither unter regelmäßig kritisierten Bedingungen daran arbeiten, gigantische Infrastrukturprojekte von Flug- und Seehäfen über Autobahnen, Krankenhäuser und Schulen bis hin zu den Stadien für die Fußball-WM aus dem Wüstensand zu stampfen.⁴ Über die Veranstaltung globaler Sportereignisse hinaus ist das Land mit seiner Hauptstadt Doha zum beliebten Gastgeber internationaler Konferenzen und Gipfelveranstaltungen geworden.

Katar unterhält diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu einer Reihe konkurrierender Akteure – zum Iran wie zu Saudi-Arabien, zu Israel wie zur Hamas, zu den Vereinigten Staaten wie zu den Taliban – und hat sich dadurch eine Mittlerfunktion in der Region verschafft.⁵ Auch geostrategisch spielt das Land eine große Rolle. Denn das Emirat ist der viertgrößte Gasexporteur der Welt und produziert dabei ein Viertel des weltweiten Flüssiggases. Das macht das Land auch in Krisenzeiten zu einem verlässlichen Lieferanten.⁶ Um seine Position über das Öl- und Gaszeitalter hinaus zu stärken, verfolgt Katar seit 2008 eine umfassende Entwicklungsstrategie – die Vision 2030. Ähnlich wie andere Golfländer hat sich das Land zum Ziel gesetzt, zu einer modernen Wissensökonomie zu werden.

Dabei geht Katar allerdings deutlich ambitionierter vor als seine Nachbarn. Im Zentrum der Modernisierungsstrategie steht der Ausbau von Bildung und Forschung. In diesem Bereich hat Katar große Reformen auf den Weg gebracht und sich bei internationalen

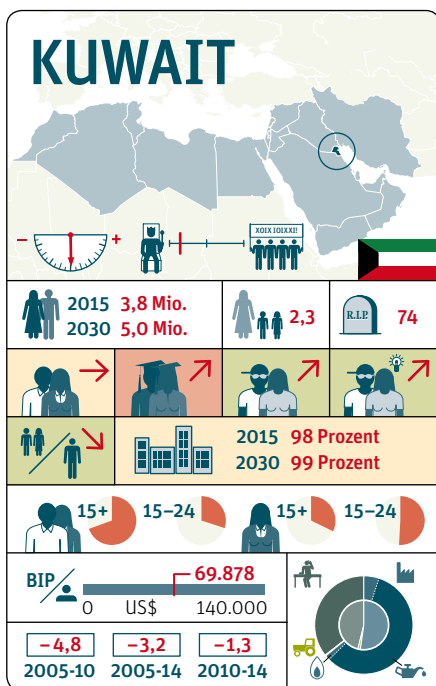
Organisationen Beratung eingeholt.⁷ Das Land hat nicht nur massiv in den Ausbau von Schulen investiert und deren Lehrpläne internationalisiert, sondern auch sein Hochschulwesen deutlich ausgebaut.⁸ Mit dem Ziel, in unterschiedlichen Disziplinen die weltweit jeweils führenden Programme ins Land zu holen, kaufte sich die *Qatar Foundation* unter Leitung von Mozah Bint Nasser al Missned, der dritten Ehefrau des 2013 abgetretenen Emirs, bei amerikanischen und europäischen Eliteuniversitäten ein. Auf dem Campus der sogenannten *Education City* am Rande Dohas, der flächenmäßig größten Hochschule der Welt, haben Dependancen der Washingtoner *Georgetown University*, der Pariser *École des Hautes Études Commerciales* oder des Londoner *University College* ihre Pforten geöffnet.

Die wissenschaftlichen Lehrkräfte haben die Auslandsuniversitäten selbst mitgebracht. Doch die Studentenschaft setzt sich zu etwa gleichen Teilen aus katarischen und internationalen Studenten zusammen.⁹ Spezielle Vorbereitungskurse im Anschluss an die Schule sorgen dafür, dass genügend einheimische Schüler die strikten Aufnahmebedingungen meistern.¹⁰ Für alle Studenten gibt es entweder Vollstipendien oder zinsfreie Darlehen. Letztere können die Kreditnehmer zu günstigen Bedingungen abbezahlen, wenn sie einmal mit dem Studium fertig sind und in Katar berufstätig werden. Dadurch will die Regierung das Humanvermögen möglichst lang im Land behalten.¹¹ Von dem Ausbau der Universitäten verspricht sich das Land aber nicht nur hochqualifizierte Arbeitskräfte, sondern auch einen Wissensvorsprung und Innovationskraft. Katar verzeichnet mittlerweile die höchste Zahl wissenschaftlicher Publikationen pro Einwohner und konnte die Gesamtzahl der Aufsätze zwischen 2004 und 2014 von 109 auf 1.242 mehr als verzehnfachen.¹² Die meisten dieser Veröffentlichungen sind jedoch auf die Aktivitäten der ausländischen Forscher zurückzuführen, denn im Land selbst ist bislang kaum wissen-

schaftliches Personal herangewachsen.¹³ Die Forschungsleistungen nützen dem Land trotzdem, denn der katarische Forschungsfonds behält sich die alleinigen Rechte und Patente an den geförderten Projekten vor.¹⁴

Das Land ist stark darum bemüht, die Forschungsergebnisse für seine wirtschaftliche Diversifizierung zu nutzen. Die weltweite Zahl katarischer Patentbewerbungen hat sich zwischen 2012 und 2014 von 61 auf 482 verachtacht. Zum Vergleich: Im deutlich bevölkerungsstärkeren Saudi-Arabien liegt sie bei 787 und hat sich seit 2011 sogar verringert.¹⁵ In einem an die Education City angebundenen Wissenschafts- und Technologiepark will Katar eine kreative Unternehmerszene ansiedeln und fördert dort Jungunternehmer in den vier Bereichen Energie, Umwelt, Gesundheitsforschung und Informationstechnologien. Um ausländisches Kapital anzulocken, erlaubt das Land Investoren seit 2010 die volle Eigentümerschaft für in Katar ansässige Unternehmen und verspricht ihnen darüber hinaus Steuererleichterungen.¹⁶

Doch trotz all dieser Fortschritte zeigt das Land weiterhin die golftypischen Probleme bei der Beschäftigung. Durch den massenweisen Zuzug Niedrigqualifizierter in den vergangenen Jahren ist das Land längst von seinen Plänen abgekommen, den Arbeitsmarkt zugunsten der Einheimischen umzustrukturieren. Der schnelle Bevölkerungszuwachs ließ darüber hinaus die Nachfrage nach billigen Wohnungen, Schulen und medizinischer Versorgung explodieren, Leistungen, für die wiederum Arbeitskräfte aus dem Ausland nötig werden. Schlussendlich drosseln die zahlreichen hoch dotierten Jobs im öffentlichen Sektor nach wie vor die Motivation junger Katarer, Gebrauch von den verbesserten Bildungsangeboten zu machen und sich in das Abenteuer des Unternehmertums zu stürzen.^{17,18}



Kuwait gilt als das politisch und wirtschaftlich trügste Land in der Gruppe der kleinen, wohlhabenderen Staaten am Golf.¹ Eine Ursache dafür ist sein vergleichsweise offenen politisches System. Die amerikanische Denkfabrik *Freedom House* stuft das Land als „teilweise frei“ ein und nach Israel, Tunesien, Libanon und Marokko als das fünftdemokratischste der Mena-Region.² Als erster der arabischen Golfstaaten hat das Emirat bereits im Jahr 1963 ein Parlament eingeführt. Dieses verfügt über weitreichende Rechte im Gesetzgebungsprozess und in der Kontrolle der Regierung. Die Wahl des Premierministers und des Kabinetts erfolgt jedoch nicht durch die Bevölkerung, sondern durch den Emir. Der Exekutive mangelt es deshalb häufig an der Unterstützung durch das Parlament. Zwischen beiden Seiten kommt es regelmäßig zu Streitereien, die den politischen Reformprozess bremsen. Dieser aber wäre notwendig, um das Land zukunftsfest zu machen.

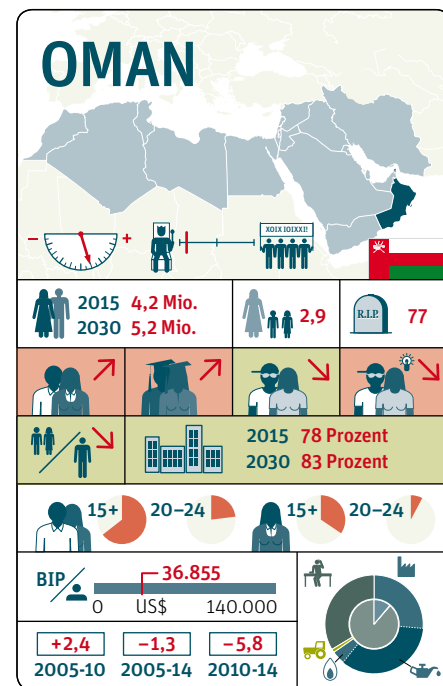
Wegen der golftypischen Beschäftigungsstruktur verzehren die Lohnzahlungen im öffentlichen Sektor Kuwaits bereits heute zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukts – der höchste Wert unter den Golfstaaten.³ Behält der Staat seine derzeitigen Einstellungsquoten bei, dürfte das anstehende Bevölkerungswachstum die Kosten binnen kurzer Zeit weiter in die Höhe treiben.⁴

Die eigentlich notwendige und offiziell angestrebte wirtschaftliche Diversifizierung kommt indes kaum voran. Milliarden schwere Infrastrukturprojekte wie die Erweiterung des Eisen- und U-Bahnnetzes, des kuwaitischen Flughafens und der Bau eines neuen Handelshafens auf der Insel Bubiyan hinken weit hinter den ursprünglichen Zeitplänen her.⁵ Mit 59 Prozent machen Öl- und Gasexporte den Bärenanteil des BIPs aus – der höchste Wert unter den Rohstoffnationen am Golf.⁶ Laut dem jüngst verabschiedeten Fünfjahresplan 2015-2020 will die Regierung das Land in den wichtigsten Handelsknotenpunkt der Region und darüber hinaus in einen attraktiven Finanzstandort verwandeln.⁷ Damit dies gelingen kann, will sie einen strukturellen Wandel vorantreiben.⁸

Bislang attestieren internationale Gutachten dem Land gravierende Mängel, wenn es darum geht, ein Geschäft anzumelden, Handel zu betreiben oder eine Baugenehmigung zu erhalten.⁹ Auch Vetternwirtschaft und Korruption – in den meisten anderen Ölnationen am Golf kaum ein Problem – sind in Kuwait weit verbreitet.¹⁰ Ändert sich daran nichts, dürfte es schwierig bleiben, ausländische Kapitalgeber anzulocken und den avisierten Rückzug des Staates aus der Wirtschaft einzuleiten.¹¹ Heute jedenfalls weist Kuwait zusammen mit Katar das niedrigste Niveau ausländischer Direktinvestitionen unter den Ländern im Golfkooperationsrat auf.¹²

In einem Punkt allerdings sind die Kuwaiter den meisten anderen Mena-Ländern voraus: Im *Global Gender Gap Index* belegt das Land Platz 117 von 145 Ländern.¹³ Das ist im

internationalen Vergleich zwar ein schlechtes Ergebnis, bedeutet aber für den Mena-Raum in Sachen Geschlechtergerechtigkeit nach Israel den zweitbesten Wert. Kuwait nutzt somit das wirtschaftliche Potenzial der weiblichen Bevölkerung besser aus als die anderen Länder der Region.¹⁴



Im unübersichtlichen Interessengeflecht des Nahen Ostens kommt dem Sultanat Oman eine wichtige Rolle als neutraler Vermittler zu: Zum einen pflegt das Land gute Beziehungen zum Westen und hat im Laufe seiner Geschichte mehrfach die Stationierung amerikanischer und britischer Streitkräfte auf seinem Gebiet ermöglicht.¹ Zum anderen genießt Oman das Vertrauen sowohl der arabischen Golfstaaten wie auch des Iran. Die Mehrheit der Omaner gehört der moderaten islamischen Strömung des Ibadismus an. Aus dem dominanten Konfessionskonflikt zwischen Sunniten noch Schiiten kann sich Oman damit heraushalten und kommt in den

Genuss einer Mitgliedschaft im sunnitischen Golf-Kooperationsrat bei gleichzeitig enger wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Zusammenarbeit mit dem schiitischen Iran.^{2,3} Zusätzliche Bedeutung gewinnt Oman durch seine geostrategisch wichtige Lage an der Straße von Hormus. Über diesen Seeweg wickelt die Golfregion 90 Prozent ihrer Exporte ab – und damit rund 35 Prozent aller globalen Öltransporte auf See.⁴

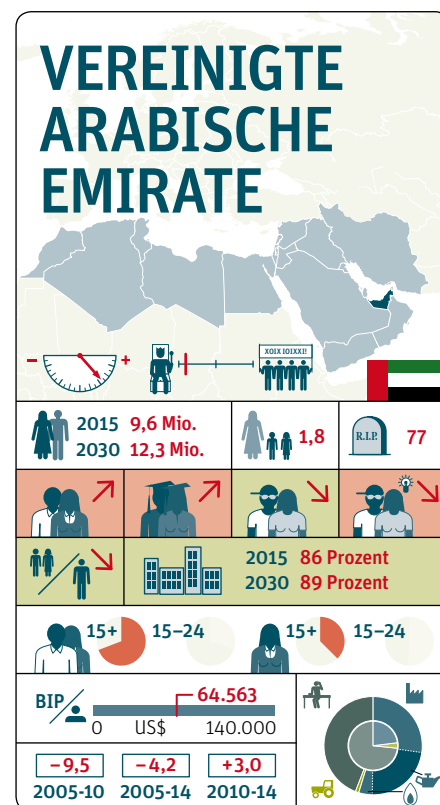
Seinen Aufstieg zum zentralen Ansprechpartner in der Region verdankt das Land seinem Sultan Qaboos bin Said al Bou Said. Als dieser im Jahr 1970 durch einen Staatsstreich gegen seinen Vater an die Macht gelangte, war das Land international isoliert und wirtschaftlich deutlich schwächer als seine Nachbarländer. Zudem wütete in der südlichen Provinz Dhofar ein ethnisch-religiöser Konflikt, an dem viele Staaten aus der Region aktiv teilnahmen. Binnen weniger Jahre gelang es dem jungen Sultan, den Aufstand beizulegen und sämtliche ethnischen und religiösen Gruppen, Stammesführer und einflussreiche Familien sowie das Militär hinter sich zu vereinen.⁵ Gleichzeitig brachte er das Sultanat auf einen Modernisierungskurs, der ihm den stärksten jemals verzeichneten Aufstieg im Human-Development-Index der Vereinten Nationen bescherte und der als „omanische Renaissance“ in die Geschichte des Landes einging.⁶ Der Sultan investierte massiv in die Infrastruktur, baute Straßen- und Stromnetz sowie das Bildungssystem aus, schuf eine Vielzahl von Jobs im öffentlichen Sektor und brachte sogar einige Industrieprojekte auf den Weg.⁷ Diese Verbesserungen zeigten Wirkung: Die Lebenserwartung stieg zwischen 1970 und heute von nicht einmal 50 auf 77 Jahre an und liegt damit höher als in Saudi-Arabien oder Jordanien (jeweils 74).^{8,9} Mit 169 verstorbenen unter Fünfjährigen pro 1.000 Geburten lag die Kindersterblichkeit Omans im Jahr 1970 um rund 100 Fälle höher als in allen anderen ölfreien Golfnationen und überstieg sogar

das heutige Niveau Subsahara-Afrikas (99).¹⁰ Heute liegt die Kindersterblichkeitsrate bei 9.¹¹ Der rasche Ausbau der Infrastruktur bedeutete auch, dass Oman mit den anderen Ländern der Region hinsichtlich elementarer Bildung beinahe aufschließen konnte: 89 Prozent aller erwachsenen Frauen und 95 Prozent aller Männer können lesen und schreiben. In den Nachbarländern liegen die Quoten nur knapp darüber.¹²

Wie alle Herrscher der Golf-Region setzte dabei auch der omanische Sultan auf Rohstoffverkäufe und Arbeitskräfte aus dem Ausland. Ursprünglich sollte es sich dabei um eine Übergangsstrategie handeln. Bereits der erste Fünfjahresplan des Landes aus dem Jahr 1976 sah vor, die Zahl der Zuwanderer deutlich zu reduzieren und in den folgenden Entwicklungsplänen war eine wirtschaftliche Diversifizierung geplant.¹³ Rund vierzig Jahre danach ist keines dieser Ziele erreicht. So steht Oman vor denselben Herausforderungen wie seine Nachbarstaaten – mit wenigen angemessenen Jobs für Einheimische im privaten Sektor, hohen Arbeitslosenquoten und einem überdehnten Staatsapparat.¹⁴ Durch den niedrigen Ölpreis steckt das Land zudem in einer tiefen Rezession. Im Gegensatz zu anderen Staaten am Golf kämpft Oman darüber hinaus mit einer großen Kluft zwischen Arm und Reich und mit starken Stadt-Land-Unterschieden.¹⁵ So überrascht es nicht, dass die Proteste des Arabischen Frühlings im Jahr 2011 auch Oman erfassten.

Der Sultan reagierte mit einer Mischung aus Repression und Großzügigkeit. Er dämmte die Proteste einerseits gewaltsam ein, verschärfte die Gesetze zu Versammlungs- und Meinungsfreiheit, machte die führenden Köpfe der Demonstrationen dingfest und steigerte die ohnehin schon hohen Militärausgaben um über 80 Prozent.^{16,17} Andererseits tauschte er Kabinettsmitglieder aus, erweiterte die Mitspracherechte der Bevölkerung, schuf 50.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor und erhöhte den privaten Mindestlohn wie auch die Sozialleistungen.¹⁸

Diese Maßnahmen konnten die Bevölkerung erst einmal ruhig stellen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt steht jedoch auf wackeligen Beinen. Dies gilt umso mehr, als dass der Sultan als dienstältester Staatsführer im Mittleren Osten schwer erkrankt ist und das Land über kurz oder lang seine zentrale Identifikationsfigur verlieren dürfte.¹⁹ Oman steht damit vor einer weiteren Zerreißprobe, deren Ausgang für die Region von großer Bedeutung sein wird.



Als die Proteste des Arabischen Frühlings die unmittelbare Nachbarschaft der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) ergriffen, mehrten sich in den dortigen Herrscherfamilien die Sorgen, dass auch das eigene bis dato stabile Staatengemäuer Risse bekommen könnte.

Denn obwohl es in den VAE keine Demonstrationen gab, blieb die Föderation nicht frei von offener Kritik. Junge Emiratis taten ihre Sympathien für die Arabellionen in den sozialen Netzwerken kund und entwickelten sogar eine Liste von Forderungen an die Regierung.¹ An deren Formulierung war auch die Muslimbruderschaft beteiligt, von der zunächst einige Angehörige verhaftet wurden und die später im Zuge verschärfter Gesetzgebungen als terroristische Vereinigung gänzlich verboten wurde.² Die kritischen Stimmen sind seither nicht verhallt.

Für zunehmende Konflikte sorgt vor allem die große Zuwandererzahl. Unter den 9,6 Millionen Einwohnern halten nur 15 Prozent die einheimische Staatsbürgerschaft (2010, letzte verfügbare Zahl) – ein auch für Golf-Verhältnisse niedriger Anteil.³ Viele Einheimische empfinden diese zahlenmäßige Dominanz der Zuwanderer als Bedrohung für ihre kulturelle Identität.⁴ Die Migranten wiederum treten immer selbstbewusster auf und setzen sich mittlerweile auch in Streiks für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen ein.⁵

Angesichts dieser Konfliktlinien besteht eines der wichtigsten Regierungsziele der VAE darin, unter den Einheimischen ein nationales Einheitsgefühl zu schaffen.⁶ Dies wird jedoch dadurch erschwert, dass zwischen den sieben Mitgliedern des Staatenbundes große Unterschiede bestehen.⁷ Während in den extrem reichen Emiraten Abu-Dhabi und Dubai hochmoderne Metropolen entstanden sind, leiden die nördlichen, zum Teil sehr kleinen Emirate unter immer häufigeren Stromausfällen.⁸ Infrastrukturprogramme zur Entwicklung des Nordens, dem durchweg die Ölvorräte fehlen, sollen zwar helfen, diese Unterschiede beizulegen.⁹ Doch auch wenn die Stromkapazitäten durch den massiven

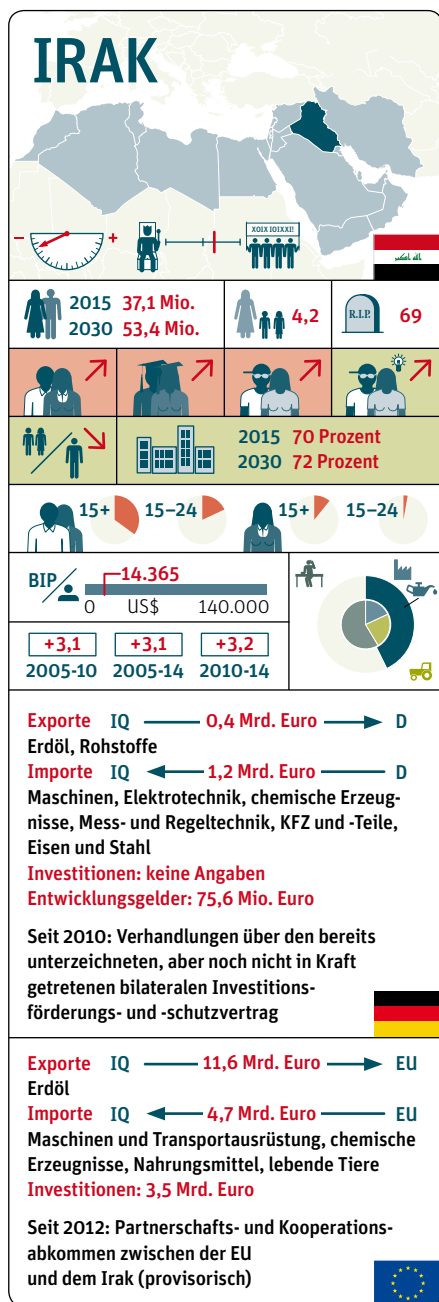
Ausbau von erneuerbaren Energien und Atomkraft wachsen dürften, werden diese kaum mit dem steigenden Energiebedarf der stark wachsenden Bevölkerung mithalten können – und damit die Verteilungsprobleme im Land verschärfen.¹⁰

Dem Streben nach einer gesellschaftsumfassenden emiratischen Identität steht allerdings der erklärte Übergang zu einer global wettbewerbsfähigen, diversifizierten Marktwirtschaft im Wege. Um diesen zu erreichen, setzt die Regierung auf ein internationales Bildungswesen mit Englisch anstatt Arabisch als Hauptunterrichtssprache.¹¹ Das Hochschulwesen dominieren inzwischen amerikanische und europäische Universitäten, welche in den Emiraten Außenstellen eröffnet haben. Die Regierung erhofft sich dadurch den wachsenden Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften decken zu können.¹² Doch die Mehrheit der Universitätsabsolventen kommt aus dem Ausland.¹³ Damit werden die Zuwanderer auch künftig eine zentrale Rolle für die Privatwirtschaft spielen, während es dem Staat kaum gelingt, der wachsenden Zahl junger Emirater einen Job im öffentlichen Dienst in Aussicht zu stellen.¹⁴

Die Emirate, allen voran Abu Dhabi und Dubai, sind bei der Diversifizierung ihrer Wirtschaft im Gegensatz zu vielen Ländern in der Nachbarschaft sehr erfolgreich.¹⁵ Zu Zeiten der Ölkrise Ende der 1970er Jahre machten Einkünfte aus Öl- und Gasverkäufen über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Im Jahr 2013, also noch vor dem rapiden Preiseinbruch auf dem Ölmarkt, waren es gerade einmal 24 Prozent, in Oman dagegen 39 und in Kuwait beinahe 60 Prozent.¹⁶ Mit Platz 31 von weltweit 189 Ländern im *Ease of Doing Business Index* sind die Emirate Spitzenreiter in der Mena-Region, was rechtliche und administrative Rahmenbedingungen für die Abwicklung von Geschäften betrifft.¹⁷ Dank dieser guten Voraussetzungen konnte sich das Land zu einem beliebten internationalen Handels- und Finanzstandort

entwickeln.¹⁸ Weil die Emirate außerdem als eines der wenigen sicheren Reiseziele in der Region gelten, profitiert der ohnehin gut ausgebaute Tourismussektor von der instabilen Lage in den Nachbarstaaten.¹⁹ Erfolge schreibt auch der Luftfahrtbereich. Emiratische Unternehmen produzieren Flugzeugteile, der Flughafen Dubai fertigt jährlich 78 Millionen Passagiere ab und die beiden heimischen Airlines Emirates und Etihad Airways beförderten im Jahr 2015 zusammen beinahe 69 Millionen Gäste.^{20, 21, 22} Die deutsche Lufthansa, mit all ihren Töchtern eines der größten Flugunternehmen weltweit, transportierte mit 108 Millionen Menschen nur rund die Hälfte mehr.²³ Der Modernisierungs- und Internationalisierungskurs hat auch der Baubranche zu einem Boom verholfen. Sie bildet neben dem Finanz- und Ölsektor eines der wichtigsten Standbeine der emiratischen Wirtschaft.²⁴ Weil durch das Bevölkerungswachstum die Nachfrage nach Energie steigen wird, die sich kaum dauerhaft über Öl und Gas wird decken lassen, setzt das Land langfristig auf Alternativen wie Kernkraft und erneuerbare Energie.²⁵

Eine erfolgreiche wirtschaftliche Diversifizierung könnte eine Grundlage für ein neues Gesellschaftsmodell am Golf bieten: Weg von einer Rohstoffabhängigkeit, die es in der Vergangenheit zwar ermöglicht hat, der einheimischen Bevölkerung ein Auskommen ohne allzu große Anstrengungen zu sichern, hin zu einer modernen Volkswirtschaft, in der die Bewohner den Wohlstand durch eigene Wertschöpfung erarbeiten.



Als Saddam Hussein im Juli 1979 zum Staatspräsidenten ernannt wurde, befand sich Irak auf der Überholspur. Die Vorgängerregierung unter Präsident Ahmad Hasan al-Bakr hatte die westlichen Ölfirmen verstaatlicht, mit den enormen Einnahmen massiv in den Ausbau des Gesundheits- und Bildungssystems investiert und die Industrialisierung von der Nahrungsmittelverarbeitung bis zur Rüstungsindustrie vorangetrieben.^{1,2} Binnen zehn Jahren war 1980 die Kindersterblichkeit, ein wichtiger Entwicklungsindikator, von zuvor 104 Todesfällen pro 1.000 Lebendgeburten auf 59 gesunken.³ Dank der Bildungsoffensive besuchte jedes irakische Kind eine Grundschule und der Anteil der Analphabeten unter den Erwachsenen erlebte zwischen 1970 und 1985 den damals schnellsten gemessenen Rückgang weltweit.^{4,5}

Die Folgejahre machten diese Fortschritte wieder zunichte. Der achtjährige Krieg gegen Iran (1980-1988) und die zurückgeschlagene Invasion in Kuwait (1991) warfen das Land zurück und die anschließenden internationalen Wirtschaftssanktionen legten die irakische Wirtschaft bis zum Beginn des Dritten Golfkriegs im Jahr 2003 lahm. Laut der Nichtregierungsorganisation *Iraq Body Count* sind seit dem Truppeneinmarsch der Amerikaner im März 2003 mehr als 170.000 Zivilisten der Gewalt im Land zum Opfer gefallen. Anderen Schätzungen zufolge haben über 800.000 irakische Kinder einen oder beide Elternteile verloren. Und da die unter 15-Jährigen mehr als 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen, hat fast die Hälfte aller Iraker ihr gesamtes Leben in einem Kriegsland verbracht.^{6,7} Jeder fünfte ist von Hunger bedroht. Viele Schulen sind geschlossen oder zerstört, die Alphabetisierungsrate ist seit 1985 um zehn Prozentpunkte gesunken.^{8,9,10} Hunderttausende haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, Abwasserentsorgung, zu Ärzten und Medizin. Infektionskrankheiten breiten sich aus – wie etwa die Cholera im Jahr 2015. Gerade einmal jeder Dritte hat

offiziell einen Job – unter jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren sogar nur jeder Fünfte. Sollte irgendwann Frieden einkehren, müsste das Land vollkommen neu aufgebaut werden, um den Anschluss an das 21. Jahrhundert zu finden.

Demografische Lage

Schon die Bevölkerungsdaten geben einen deutlichen Eindruck vom Entwicklungsstand von Irak: Die mittlere Lebenserwartung liegt bei lediglich 69 Jahren. Das ist nach Jemen der zweit schlechteste Wert der Mena-Region. In Israel leben die Menschen 13 Jahre länger. Irakische Frauen bekommen im Schnitt über vier Kinder und damit ungefähr so viele wie die Frauen in den 48 „LDCs“, den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt. Die Bevölkerung des Irak ist seit dem Jahr 2000 um mehr als zehn Millionen Menschen auf heute 37 Millionen angewachsen und dürfte bis 2030 um abermals 16 Millionen zunehmen. Bis 2050 ist fast eine Verdoppelung zu erwarten.¹¹ Hinzu kommen erhebliche Brüche in der Zusammensetzung der Einwohnerschaft: Als in den Folgejahren der US-geführten Militärintervention im Jahr 2003 entlang konfessioneller Grenzen ein blutiger Bürgerkrieg um die politische Vormachtstellung im Land entflammte, stieg zwischen 2005 und 2008 die Zahl der Binnenvertriebenen von 1,2 auf 2,6 Millionen.^{12,13} Weitere 2 Millionen flohen ins Ausland.¹⁴ Danach beruhigte sich die Lage für kurze Zeit und viele der einstigen Flüchtlinge kehrten in ihre Heimat zurück. Doch bereits im Jahr 2014 trat der Eroberungszug des sogenannten Islamischen Staates eine erneute Flüchtlingswelle los. Heute sind rund 3,3 Millionen Menschen innerhalb des Landes auf der Flucht und auch die Zahl der Flüchtlinge ins Ausland ist wieder gestiegen.¹⁵ Umgekehrt

brachten die anhaltenden Gefechte im benachbarten Syrien rund eine Viertelmillion Schutzsuchende nach Irak. Laut Angaben der Vereinten Nationen sind derzeit 10 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen, also über ein Viertel aller Bewohner.¹⁶

Wirtschaft

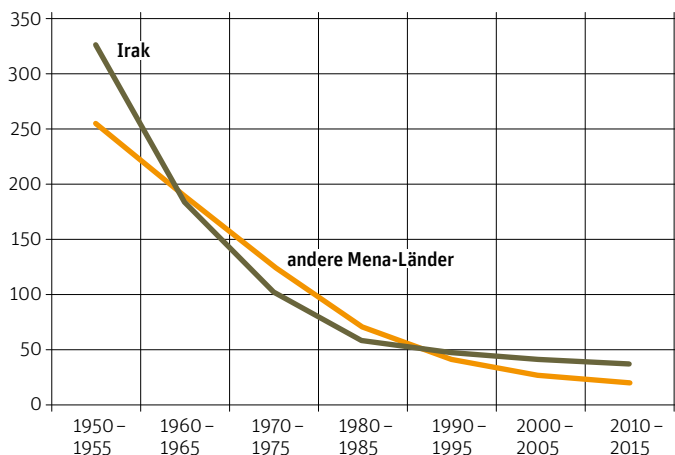
Finanzierbar wäre ein wirtschaftlicher Neustart des Irak, denn das Land zählt zu den zehn größten Ölexportoren der Welt und verfügt über die fünftgrößten Reserven.¹⁷ Bisher jedoch hindert eine schlechte Verarbeitungs- und Exportinfrastruktur Irak daran, dieses Potenzial voll auszuschöpfen. Zudem konzentriert sich ein wesentlicher Teil der Ölförderung auf die vergleichsweise gut entwickelte und konfliktärmere autonome Region Kurdistan, wo in der Nähe der Millionenstadt Kirkuk eines der größten Ölfelder der Welt liegt. Der Rest des Landes profitiert wenig von den Einnahmen aus dem kurdischen Rohstoffgeschäft.¹⁸ Der derzeit niedrige Ölpreis schränkt das Budget des Staates weiter ein.

Um von derlei Schwankungen auf dem Rohstoffmarkt künftig unabhängig zu werden, müsste das Land seine wirtschaftliche Basis auf andere Bereiche ausweiten. Dies wäre allein schon notwendig, um die demografisch bedingte, wachsende Nachfrage nach Arbeitsplätzen zu bewältigen. Doch internationale Organisationen bemängeln regelmäßig den Nachholbedarf des Landes in Sachen wirtschaftlicher Diversifizierung.¹⁹ Eine Antwort darauf, in welchen Wirtschaftsbereichen sich angesichts der Sicherheitslage und der weiträumig mangelhaften Infrastruktur dafür überhaupt ernsthafte Möglichkeiten aufbauen könnten, geben sie allerdings nicht.

Ausgebremst

Bis zur Machtübernahme Saddam Husseins Ende der 1970er Jahre hat Irak größere Entwicklungsfortschritte als viele andere Länder der Mena-Region gemacht. Hatte das Land im Jahr 1950 noch die fünfthöchste Kindersterblichkeit unter den 19 Mena-Staaten verzeichnet, verbesserte sich die Lage danach deutlich. Doch damit war es ab Beginn der 1990er Jahre schon wieder vorbei. Heute sterben in Irak fast doppelt so viele Kinder wie im Durchschnitt der Region. Mit 38 Sterbefällen pro 1.000 Einwohner meldet das Land nach Jemen (72) menaweit die zweitgrößte Kindersterblichkeit.

Kindersterblichkeit



Zahl der Todesfälle von Kindern unter fünf Jahren pro 1.000 Lebendgeburt in Irak und im Durchschnitt der anderen Mena-Länder, 1950 bis 2015 (Datengrundlage: UNDESA²⁰, eigene Berechnungen)

Bildung

Laut Schätzungen der Weltbank hatte im Jahr 2012 jedes fünfte irakische Kind zwischen 12 und 16 Jahren nicht die Grundschule beendet.* Beinahe die Hälfte der 7- bis 25-Jährigen, welche vorzeitig aus dem Bildungssystem ausgeschieden sind, tat dies auf eigenen Wunsch.²¹ Dies liegt vermutlich daran, dass die Familien den Nutzen von Schulbildung als gering einstufen – auch aus Mangel an Qualität: Jeder dritte irakische Drittklässler kann arabische Schriftzeichen nicht entziffern, ein weiteres Drittel kann einen Text zwar lesen, aber nicht verstehen.²² Es fehlt an qualifiziertem Lehrpersonal und Vorbildern, die den jungen Menschen zeigen, dass Bildung zu beruflichem Erfolg führt.

* Diese Angaben weichen von den Schätzungen anderer Einrichtungen ab. So gibt das Wiener Wittgenstein Centre, dessen Angaben als Datengrundlage für diese Studie dienen, an, dass rund jeder zehnte Iraker zwischen 15 und 19 Jahren die Grundschule nicht beendet hat.

Über die Kriegsjahre hinweg wurden große Teile der intellektuellen Elite, darunter viele Ärzte und Lehrer, verhaftet, vertrieben oder gar ermordet. Andere haben das Land verlassen.^{23,24} Die einst lebendige Forschungslandschaft liegt brach.²⁵

Unternehmertum

In Irak gibt es nur wenige größere Privatunternehmen und diese stehen in Konkurrenz zu einer Vielzahl staatlicher Firmen, die unwirtschaftlich arbeiten, dafür aber gut subventioniert sind.²⁶ Gemeinsam mit Korruption und Vetternwirtschaft verzerrt dies den Wettbewerb und erschwert den Marktzugang für Neugründer.²⁷ Der avisierten Privatisierung der Staatsbetriebe ist die Regierung bislang kaum nachgekommen.²⁸

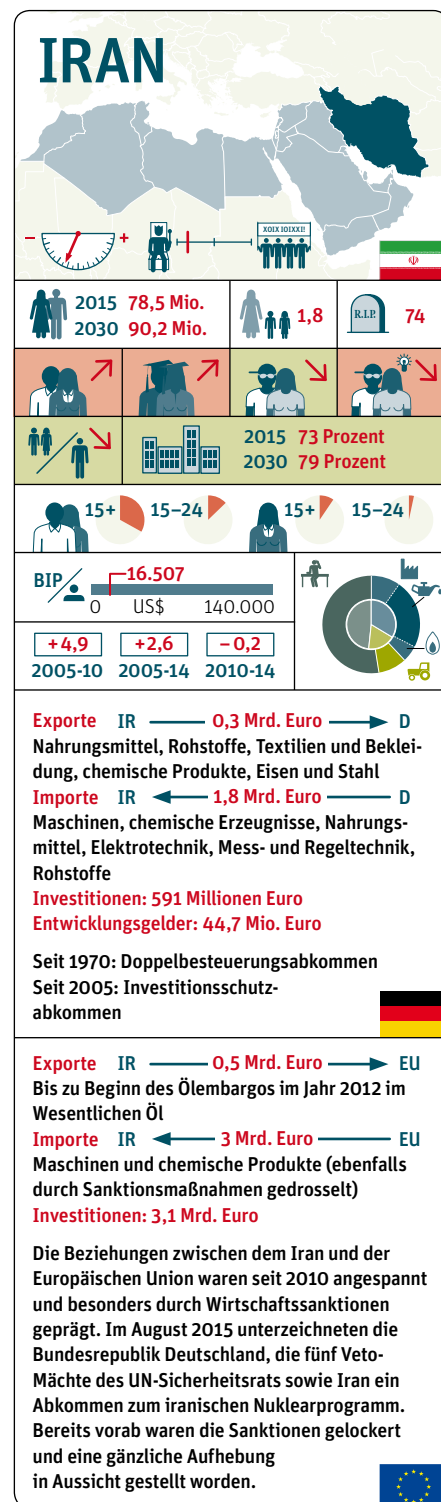
Um Arbeit in der Privatwirtschaft zu schaffen, müsste die Verwaltung die rechtlichen Rahmenbedingungen für Unternehmertum verbessern. Im *Ease of Doing Business Index* der Weltbank belegt Irak Platz 161 von insgesamt 189 Ländern.²⁹ Zu groß ist der bürokratische Aufwand ein Unternehmen anzumelden, es zu betreiben oder im Falle einer Insolvenz abzuwickeln. Dies drosselt die Gründungsquote und das Interesse ausländischer Investoren. Letztere machen angesichts des Bürgerkrieges und der mangelhaften Infrastruktur ohnehin einen großen Bogen um Irak. Derzeit verfügt nur jeder zehnte Iraker über einen Internetanschluss und auf einer Skala von 1 (niedrig) bis 5 (hoch) erreicht Irak in einer Umfrage unter internationalen Logistikern gerade einmal 2,2 Punkte, wenn es um die Qualität der Handelsinfrastruktur geht.³⁰

Geschlechtergerechtigkeit

Die Lage von Frauen in Irak ist schlecht – auch im Vergleich zu anderen Ländern der Region. Ein Viertel aller Mädchen wird vor Erreichen des 18. Lebensjahrs verheiratet, im ärmeren Süden des Landes ist es sogar jedes dritte. In manchen Regionen ist die Beschneidung von Frauen noch eine weit verbreitete Praxis.³¹ Rund die Hälfte der irakischen Frauen glaubt, ihr Ehemann habe das Recht, sie zu schlagen, wenn sie ohne Ankündigung das Haus verlässt, sich nicht ausreichend um die Kinder kümmert, sich mit ihrem Gatten streitet, Sex mit ihm ablehnt oder das Essen anbrennen lässt.³² Angesichts derartiger Rollenbilder verwundert es kaum, dass die Beschäftigungsquote von Frauen über 25 Jahren gerade einmal 15 Prozent erreicht – und das, obwohl Jungen und Mädchen ähnliche, wenngleich im internationalen Maßstab überaus schlechte Bildungsergebnisse aufweisen.³³

Risikolage

Der Irak gilt als gescheiterter Staat. Die hoheitlichen Zuständigkeiten sind ungeordnet, das Land ist ethnisch, politisch, sozial und konfessionell vielfach gespalten. Im Norden sorgen kurdische Peschmerga-Kräfte (übersetzt: „die dem Tod ins Auge Sehenden“) unabhängig vom irakischen Sicherheitsapparat für vergleichsweise stabile Verhältnisse und wirtschaftliche Erfolge. Das Kurdengebiet ist deshalb Ziel vieler Binnenflüchtlinge. Doch die relative Stabilität ist durch die derzeit geringen Einnahmen aus den Ölverkäufen gefährdet, bislang die Haupteinnahmequelle der Region. Im Rest des Landes ist neben der irakischen Armee, die das Land südlich und östlich von Bagdad kontrolliert, eine Vielzahl von lokalen und regionalen Milizen unterwegs, die in einen unerklärten, unübersichtlichen und seit langem anhaltenden Krieg verwickelt sind. Die bekannteste ist der „Islamische Staat“, der sich im Zentrum und im Westen, beides Regionen mit sunnitischer Bevölkerungsmehrheit, festgesetzt hat und dort die meisten Unterstützer findet. Der IS verkörpert damit auch einen Stellvertreterkrieg zwischen dem wahhabitisch/sunnitischen Saudi-Arabien und dem schiitischen Iran, der seinerseits den Widerstand gegen den IS unterstützt.³⁴ In diesem undurchsichtigen Geflecht versucht eine internationale Koalition unter Führung der US-amerikanischen Luftwaffe gemeinsam mit der irakischen Armee und kurdischen Gruppierungen, die staatliche Autorität wiederherzustellen, seit März 2016 mit messbaren Erfolgen.



Die Islamische Republik Iran ist einer der wichtigsten Akteure in der Mena-Region. Der schiitische Staat nimmt im komplizierten Konfessionsgeflecht der islamischen Welt gemeinsam mit dem Irak eine Sonderrolle ein. Seine geographische Lage zwischen Asien und Europa, sein Ressourcenreichtum sowie sein hochgerüstetes Militär verschaffen ihm zusätzlich Gewicht. Mit 80 Millionen Einwohnern stellt das Land darüber hinaus die zweitgrößte Bevölkerung in der Mena-Region und hat dadurch auch demografisch eine besondere Bedeutung.¹

Doch so stark der Iran nach außen wirkt, so schwach ist er in seinem Inneren: Im Zeitraum zwischen 2010 und 2014 schrumpfte die Wirtschaft um jährlich durchschnittlich 0,2 Prozent. In anderen Ländern mit ähnlichem Entwicklungsstand lag das jährliche Wachstum dagegen bei über fünf Prozent.² Nur jede dritte Person im Erwerbsalter hat einen Arbeitsplatz (2013).³ Die wirtschaftliche Schwäche ist unter anderem eine Folge der Isolation und der Sanktionen seitens der USA und der Europäischen Union.

Doch die Zeichen stehen auf Veränderung: 2013 haben die Iraner den konservativen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad abgewählt und sich für den als moderat geltenden Nachfolger Hassan Rohani entschieden, welcher innen- wie außenpolitisch einen Reformkurs verfolgt. Ein erster Etappensieg ist ihm mit der Unterzeichnung des Atomabkommens gelungen. Die damit verbundene Aufhebung der Wirtschaftssanktionen können dem Iran einen ökonomischen Aufschwung bescheren. Gelingt dies nicht, könnte die Stimmung im Land kippen. Ihre Bereitschaft zum politischen Ungehorsam hat vor allem die Jugendgeneration während der blutig niedergeschlagenen Demonstrationen der Grünen Welle im Jahr 2009 bereits einmal unter Beweis gestellt.

Demografische Lage

Iran steht vor großen demografischen Herausforderungen. Zwar hat das Land dank eines breit angelegten Familienplanungsprogramms, steigender Bildung und hoher Urbanisierungsraten den stärksten jemals gemessenen Fertilitätsrückgang der Geschichte erlebt – von über sechs Kindern pro Frau in den 1980er Jahren auf heute nicht einmal mehr zwei.⁴ Doch die Nachwirkungen der hohen Kinderzahlen aus der Vergangenheit dürften noch für geraume Zeit spürbar sein, denn derzeit sind besonders viele Frauen im gebärfähigen Alter. Heutigen Prognosen zufolge wird die Bevölkerung bis ins Jahr 2030 um 10 auf dann rund 90 Millionen Menschen wachsen.⁵ Gleichzeitig dürfte sich die Altersstruktur wandeln: Erstens wird der Bevölkerungsanteil der Menschen im Erwerbsalter zunehmen, weshalb das Land dringend Arbeitsplätze schaffen muss – vor allem für besser Qualifizierte. Zweitens wird der Jugendanteil schrumpfen, was das Protestpotenzial reduzieren dürfte. Und drittens wird Iran zeitversetzt zu dem vergangenen Rückgang der Kinderzahlen eine enorme Alterung erfahren. Um deren wirtschaftliche Folgen abzufedern, muss Iran heute massive Anstrengungen unternehmen – denn derzeit sind die geburtenstarken Jahrgänge im Erwerbsalter und nur sie können die Mittel erwirtschaften, die einmal zur Finanzierung der Alterung nötig werden.

Komplett im Widerspruch zu der soziodemografischen Entwicklung hin zu besserer Bildung und niedrigeren Kinderzahlen steht das Ziel von Religionsführer Khamenei, die iranische Bevölkerungszahl vom derzeitigen Niveau auf 150 Millionen Einwohner fast zu verdoppeln.⁶ Dazu müssten die Iranerinnen wieder deutlich mehr Nachwuchs bekommen. Derzeit versuchen die Machthaber in großangelegten Kampagnen das traditionelle Familienbild einer iranischen Großfamilie wiederzubeleben und haben die staatlichen Leistungen zur Familienplanung stark eingeschränkt.⁷

Wirtschaft

Wie viele andere öl- und gasreiche Länder hängt die iranische Wirtschaft am Tropf der Einnahmen aus Rohstoffverkäufen. Nach Russland verfügt das Land über die zweitgrößten nachgewiesenen Gasvorräte der Welt und nach Venezuela, Saudi-Arabien und Kanada über die viertgrößten Erdölreserven.⁸ Einkünfte aus Rohstoffexporten machten vor Finanzkrise und den Sanktionen mehr als 40 Prozent des iranischen Bruttoinlandsprodukts aus.⁹ Die wirtschaftliche Entwicklung steht und fällt jedoch mit den Weltmarktpreisen für Öl und Gas. Bis 2014 konnte Iran trotz des Embargos durch Verkäufe insbesondere nach China große Gewinne einfahren. Durch den niedrigen Ölpreis sind diese jedoch eingebrochen und haben das Land in eine tiefe Rezession getrieben. Auch deshalb muss das Land seine Förderung und damit seine Einnahmen erhöhen, auch wenn sich dadurch das Überangebot auf dem internationalen Ölmarkt noch erhöht.

Um der Abhängigkeit von Öl und Gas zu entgehen, hatte der bis 1979 regierende Schah Mohammad Reza Pahlavi die wirtschaftliche Diversifizierung vorangetrieben. Er wollte sein Land zum „Japan des Nahen Ostens“ machen und schuf seinerzeit die modernste Industrie der Region.¹⁰ Nach der Revolution aber gingen fast alle Betriebe in staatlichen Besitz über. Das Land schottete die heimische Wirtschaft von den Märkten ab und begab sich zunehmend in die Abhängigkeit von Öl- und Gasverkäufen.

Wiederkehrende Versuche zu strukturellen Reformen verliefen halbherzig: Ein Ende der 1990er Jahre eingeführter Fonds zur Stabilisierung der Wirtschaft in Zeiten niedriger Ölpreise etwa wurde durch die Nachfolgeregierung zweckentfremdet.¹¹ Die im Jahr 2006 gesetzlich verbriefte Privatisierung von 80 Prozent aller staatlichen Unternehmen endete in deren Überführung in parastaatliche Organisationen.¹² Die 2008 beschlossene

Auf der Überholspur

Mit beinahe einer Million produzierter Fahrzeuge zählte die iranische Automobilindustrie im Jahr 2014 zu den zwanzig größten der Welt. Bevor der Westen im Jahr 2012 die Sanktionen verschärfte, lag das Produktionsniveau zeitweise bei über 1,4 Millionen Fahrzeugen. Als das Atomabkommen in greifbare Nähe rückte, gewann die Autoindustrie wieder an Fahrt.



etappenweise Abschaffung der milliarden-schweren Energiesubventionen wurde nach der ersten Runde auf Eis gelegt. Erst Präsident Rohani hat sich wieder an dieses heikle Thema gewagt, weil es sich der Iran schlicht nicht mehr leisten kann, Treibstoff und Strom deutlich unter den Gestehungskosten zu verkaufen.^{14,15} Die Wirtschaftslage, die Sanktionen und auch das klimapolitisch bedingte, mittelfristig absehbare Ende der Ölzeit scheinen die iranische Regierung veranlasst zu haben, eine Öffnungs- und Modernisierungspolitik einzuleiten.

Verfolgt Iran diese Bemühungen weiter, könnte das Land große Erfolge einfahren. Das zeigt auch das wachsende Interesse aus dem Ausland: Unmittelbar nach Unterzeichnung des Atomabkommens von 2015 strömten ausländische Wirtschaftsdelegationen aus Deutschland, Österreich, Japan, Italien oder Frankreich in den Iran, um Investitionsmöglichkeiten auszuloten. Vor allem der gut ent-

wickelte industrielle Sektor bietet zahlreiche Anknüpfungsmöglichkeiten – darunter in der Automobilindustrie. Diese größte iranische Branche nach dem Öl- und Gassektor beschäftigt rund vier Prozent der iranischen Erwerbsbevölkerung und produziert jährlich fast eine Million Fahrzeuge.^{16,17} Von der Nahrungsmittelindustrie bis zur Flugzeugfertigung lockt das Land mit vielfältigen Investitionschancen und Möglichkeiten zum Wissenstransfer.

Bildung

Fundamente der wirtschaftlichen Potenziale sind ein vergleichsweise hoher Bildungsstand vor allem der jüngeren Bevölkerung sowie eine erfolgreiche Forschungslandschaft, die anders als der Außenhandel klar nach Westen ausgerichtet ist.¹⁸ Entließ Iran Mitte der 1960er Jahre noch fast die Hälfte der jungen Erwachsenen als Analphabeten ins Berufsleben, so waren es Mitte der 1990er Jahre nur noch zehn Prozent.¹⁹ Heute werden fast alle Kinder eingeschult, allerdings

brechen viele die Grundschule vorzeitig ab.²⁰ In internationalen Vergleichsstudien zu Rechen- und Lesefertigkeiten erreichen iranische Schüler unterdurchschnittliche Ergebnisse.^{21,22}

Doch am oberen Ende des Bildungsspektrums – im Sekundar- und Hochschulbereich – schneidet Iran gut ab: Die Hälfte der Berufseinsteiger zwischen 20 und 29 Jahren hat mindestens die Oberstufe besucht, beinahe jeder Zweite davon eine Universität.²³ Dies ist zwar in vielen Nachbarländern der Region auch der Fall, doch anders als in Ägypten, Syrien oder Saudi-Arabien, wo bis zu ein Viertel aller Studenten eine Humanwissenschaft studiert, befassen sich in Iran über 40 Prozent aller Studenten mit einer Natur- oder Ingenieurwissenschaft.²⁴ Das Land hat in den vergangenen Jahren seine Forschungstätigkeit intensiviert, von der Stammzellenforschung über die Molekularmedizin und Verschlüsselungstechnik bis hin zum Luft- und Raumfahrtbereich. In der Nanotechnologie spielen iranische Forscher sogar in der Weltspitze mit.²⁵ Iranische Wissenschaftler melden mehr Patente an als die ganze arabische Welt zusammen und spielen in diesem Punkt fast in einer Liga mit dem High-Tech-Standort Israel.²⁶

Doch während iranische Forscher in internationalen Wissenschaftsjournalen relativ gut vertreten sind, mangelt es an kreativen Praktikern, die Fachwissen in Wertschöpfung umsetzen.²⁷ Trotz ihrer formalen Qualifikation sind iranische Jung-Akademiker deshalb auf dem Arbeitsmarkt häufig schwer zu vermitteln, überdurchschnittlich häufig arbeitslos oder in einfachen Jobs beschäftigt, die weit unterhalb ihres Qualifikationsniveaus liegen.²⁸

Unternehmertum

Die unsichere Rechtslage erschwert ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Investoren, Staat und Unternehmensgründern. Zwar versucht die Regierung seit einigen Jahren, das Unternehmertum mit Technologieparks und Gründerzentren – im Startup-Jargon „Inkubatoren“ genannt – zu fördern. Doch diese gelten in der iranischen Unternehmer-Szene als bürokratisch und schwerfällig.²⁹

So steht die unter Ayatollah Khamenei betriebene Online-Zensur und seine Sorge vor dem moralischen Verfall der iranischen Jugend durch die verstärkte Internetnutzung im Widerspruch zum Aufbau einer Digitalwirtschaft.³⁰ Noch bis vor kurzem galt das

iranische Internet als eines der langsamsten weltweit.³¹ Entgegen dem Willen der religiösen Führung setzt sich Präsident Rohani für mehr Freiheit im Netz sowie einen Ausbau der digitalen Infrastruktur ein.³² Seit Beginn seiner Amtszeit ist der Bevölkerungsanteil mit Internetzugang immerhin um fast zehn Prozentpunkte auf 39 Prozent angestiegen.³³ Das alleine wird aber nicht reichen, will Iran das große Potenzial von kleinen und mittelständischen Unternehmern für einen lebendigen Arbeitsmarkt nutzen. Wie schwer es diese Firmen haben, zeigt der *Global Entrepreneurship Index*: Unter den 15 untersuchten Mena-Staaten belegt Iran den vorletzten Platz.³⁴

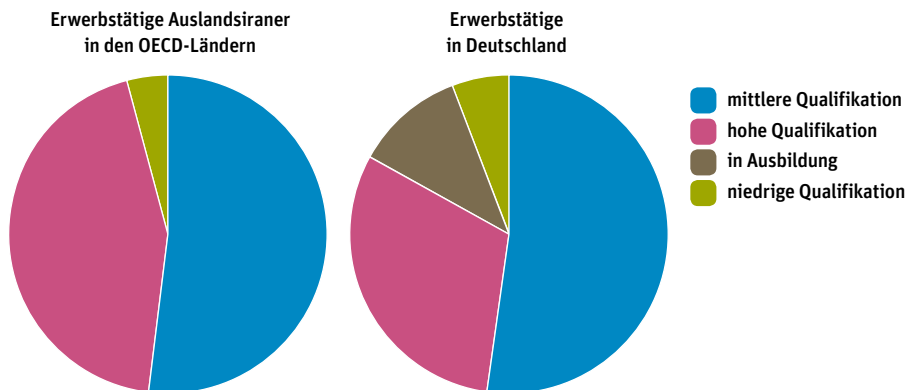
Geschlechtergerechtigkeit

Unter Präsident Rohani wurden nicht nur Frauen in hohe politische Ämter gehoben, sondern er fordert auch offen die Aufhebung der strikten Kleiderordnung sowie die Gleichbehandlung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.³⁷ Diese Politik steht jedoch im Widerspruch zu dem streng islamischen Kurs der religiösen Führung. Im *Global Gender Gap Index* des *World Economic Forum* belegt Iran Platz 141 von 145 Staaten. Zwar weisen Mädchen, die während oder nach der Revolution geboren wurden, heute im Schnitt etwa denselben Bildungsgrad auf wie ihre männlichen Altersgenossen und erreichen sogar mit höherer Wahrscheinlichkeit einen universitären Abschluss. Doch trotz ihrer guten Bildung gehen nicht einmal zehn Prozent der iranischen Frauen im Erwerbsalter einer bezahlten Beschäftigung nach.³⁸ Frauen halten gerade einmal drei Prozent der Sitze im Parlament.³⁹

Die Lage der Frauen könnte sich sogar noch verschlechtern: Obwohl sie auf dem Arbeitsmarkt kaum repräsentiert sind, gilt ihre Erwerbstätigkeit als einer der Hauptgründe für die hohen Arbeitslosenquoten.⁴⁰ Im Jahr 2012 strich die Regierung 77 Studiengänge für weibliche Teilnehmer – darunter vor allem solche, die eine gute Jobchance versprechen.⁴¹ Ein kürzlich erlassenes Gesetz schreibt eine spezielle Rangfolge bei Anstellungen im öffentlichen Dienst vor, dem größten Arbeitgeber im Land. Verheiratete Väter sind demnach gegenüber kinderlosen Ehemännern bevorzugt zu behandeln. Erst an dritter Stelle sind freie Positionen durch verheiratete Mütter zu besetzen, gefolgt von kinderlosen Ehefrauen. Eine Verlängerung des gesetzlichen Mutterschutzes hat den Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt ebenfalls erschwert. Auch die geplante Einführung einer verpflichtenden Geschlechtertrennung im öffentlichen Dienst könnte sich negativ auf die Berufschancen von Frauen auswirken.^{42, 43}

Qualifizierte Diaspora

Rund eine Million im Iran geborene Menschen leben in den Ländern der OECD. Viele von ihnen sind sehr gut ausgebildet: Über 40 Prozent derjenigen, die eine Beschäftigung haben, verfügen über einen Hochschulabschluss und mehr als die Hälfte verfügt über mittlere Qualifikationen. In Deutschland liegt der Akademikeranteil unter den Arbeitnehmern bei nicht einmal einem Drittel. Zwar ist die niedrige Hochschulabsolventenzahl in Deutschland auch auf die dominante Rolle des erfolgreichen dualen Berufsbildungssystems zurückzuführen. Doch insgesamt zeigt der Vergleich, dass das Humanvermögen der Iraner in der Diaspora sehr hoch ist. Dies bedeutet nicht nur einen ökonomischen Gewinn für die neue Heimat der Iraner, sondern auch Chancen für Iran. Denn viele Auslandsiraner haben die Bande nach Hause niemals abgebrochen. Wenn das Land sich nun öffnet, dürften sich viele wirtschaftlich oder sozial in Iran engagieren.



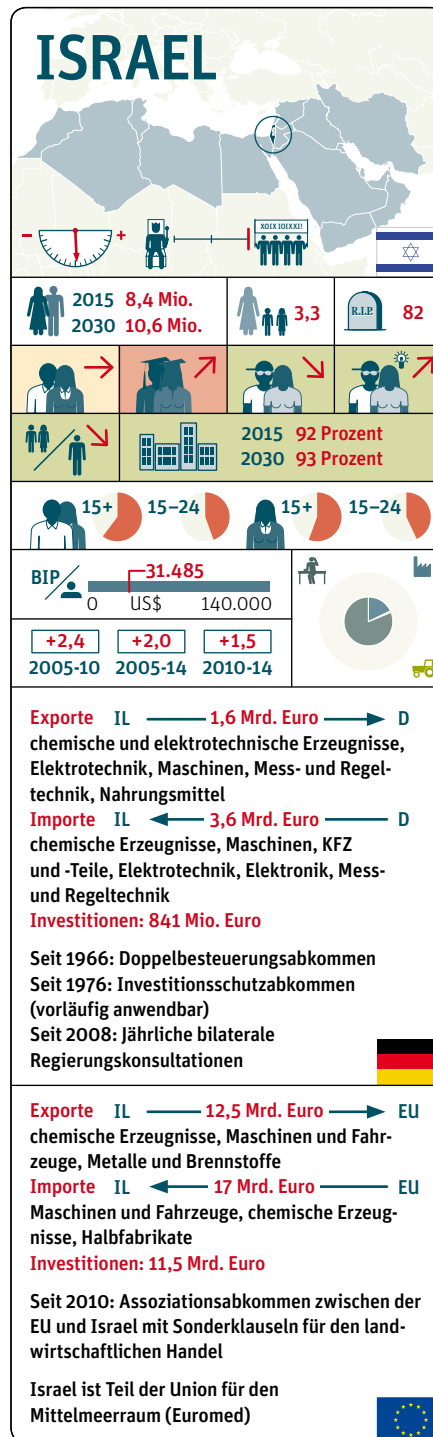
Qualifikationsniveau der erwerbstätigen Auslandsiraner in den OECD-Ländern, 2010/2011, und der Erwerbstätigen in Deutschland, 2014 (Datengrundlage: OECD³⁵; Statistisches Bundesamt³⁶)

Risikolage

Die durch das Atomabkommen angestoßenen Öffnungsprozesse dürften Iran verändern. Der fast 80-jährige oberste Führer Khamenei gilt als ernsthaft krank, weshalb das Land über kurz oder lang einen Machtwechsel in der offiziellen Staatsführung erleben wird, dessen Ausgang sich nicht vorhersagen lässt.

Derweil ist die Sicherheitslage in den iranischen Grenzgebieten problematisch. Das gilt nicht nur für die nordwestliche Grenze zum Irak, wo der „Islamische Staat“ bedrohlich nahe an Iran vorgerückt ist. Angespannt ist die Lage auch an der langen östlichen Grenze mit Afghanistan und Pakistan, über die eine zentrale Route für Drogen- und Menschenhandel verläuft. Darüber hinaus kommt es in der von der sunnitischen Minderheit der Belutschen geprägten Provinz Sistan und Belutschistan im Südosten des Landes immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und Terroranschlägen. Ethnische Konflikte prägen die ölfreiche Provinz Chusistan an der nördlichen Spitze des Persischen Golfs, wo es zu häufigen Auseinandersetzungen mit der arabischen Minderheit kommt.⁴⁴

Zur ohnehin großen ethnischen Diversität tragen in Iran die fast 1,5 Millionen Afghanen bei, von denen rund 950.000 einen Flüchtlingsstatus aufweisen. Aufgrund der anhaltenden Krisen im Nachbarland lag Iran in den 36 Jahren seines Bestehens 33mal auf einem der ersten beiden Plätze der Länder mit den größten Flüchtlingszahlen.⁴⁵ Erst die Syrienkrise hat diese Rangfolge geändert:⁴⁶ Nach der Türkei (1,6 Millionen), Pakistan (1,5 Millionen) und dem Libanon (1,1 Millionen) beherbergt Iran nun die viertgrößte Flüchtlingsbevölkerung weltweit.⁴⁷



Als im Jahr 2011 in der israelischen Nachbarschaft die zunehmend schwierigen Lebensumstände die arabische Protestwelle lostraten, erschien die wirtschaftliche Lage im einzigen nicht-muslimischen Land der Region vergleichsweise gut. Israel hatte in den Jahren zuvor konstantes Wachstum erlebt, die Arbeitslosenquote lag mit 5,1 Prozent auf dem bis dato niedrigsten Stand seit 2000. Selbst die junge Erwerbsbevölkerung zwischen 15 und 24 Jahren war mit knapp sieben Prozent kaum von Arbeitslosigkeit betroffen.¹

Trotzdem ging es mit dem Wohlstandsniveau vieler Israelis bergab. Die Gehälter stiegen kaum, während die Kosten für Nahrungsmittel, Mieten und öffentlichen Verkehr in die Höhe schnellten.^{2,3} Für viele junge Israelis bedeutete der Auszug von Zuhause sowie die Familiengründung eine kaum tragbare finanzielle Belastung.⁴ Vor diesem Hintergrund erlebte auch Israel im Jahr 2011 eine über Wochen anhaltende Protestbewegung, mit der sich die Politik bis heute beschäftigt.⁵

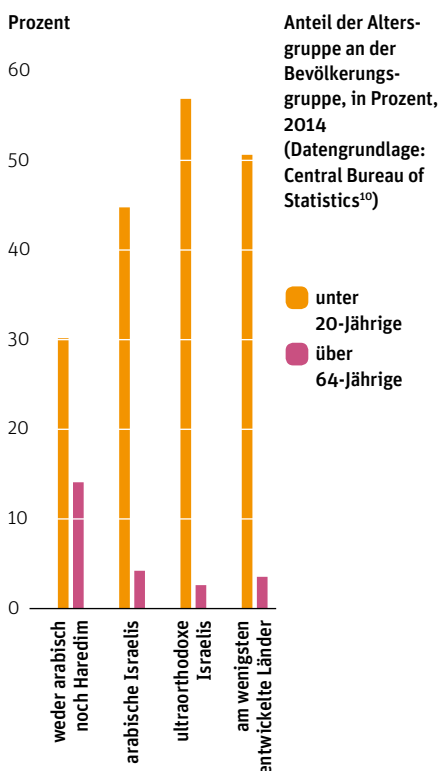
Demografische Lage

Die israelische Gesellschaft lässt sich entlang ethnisch-konfessioneller Linien in drei Gruppen teilen: in gemäßigte Juden (68 Prozent), streng orthodoxe Juden, Haredim genannt (11 Prozent), sowie arabische Israelis (21 Prozent).⁶ Lebensstil und Wohlstandsgrad der gemäßigten Juden bewegen sich auf ähnlichem Niveau wie in den meisten Ländern der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Israel als erstes und bislang einziges Mena-Land im Jahr 2010 beigetreten ist. Dagegen lebt die Hälfte der Haredim unterhalb der Armutsgrenze.⁷ Bei den arabischen Israelis liegt die Quote noch etwas niedriger.⁹ Die Wohlstandsunterschiede

spiegeln sich auch in den Fertilitätsraten wider: Nach Schätzungen der israelischen Statistikbehörde bekommen gemäßigt jüdische Frauen im Schnitt 2,4 Kinder, arabische dagegen 3,1 und Haredim-Frauen sogar 6.⁹ Israel ist insgesamt mit einer durchschnittlichen Kinderzahl je Frau von 3,3 das einzige hochentwickelte Land der Welt, das die bestandserhaltene Ziffer von 2,1 übertrifft

Gespaltene Gesellschaft

Israelische Frauen bekommen deutlich mehr Kinder als es in Industrieländern üblich ist. Besonders hoch sind die Nachwuchszahlen unter arabischen Israelis und den ultraorthodoxen Haredim. Der Jugendanteil dieser Minderheiten gleicht eher dem Durchschnitt der 48 am wenigsten entwickelten Länder der Welt als einer hochentwickelten Industrienation. Umgekehrt ist die Alterung der Bevölkerung bei gemäßigten Juden schon weit fortgeschritten. Das liegt auch daran, dass mit dem Fall des Eisernen Vorhangs viele Zuwanderer aus der Sowjetunion ins Land gekommen sind, die inzwischen im Rentenalter angelangt sind.



und damit auch ohne Zuwanderung deutlich an Einwohnern zulegt. Langfristig dürften sich die Zahlenverhältnisse zwischen den Bevölkerungsgruppen weiter verschieben: Im Jahr 2050 könnten beinahe 25 Prozent der Erwerbsfähigen der arabischen Bevölkerung angehören und über 15 Prozent der Gruppe der Haredim. Heute sind es 18 respektive 7 Prozent. Damit würden die beiden derzeit am schlechtesten ausgebildeten Gruppen rund 40 Prozent des Arbeitskräftepotenzials stellen.¹¹

Wirtschaft

Die Gründe für die sozioökonomische Schieflage im Land finden sich zu großen Teilen im Wirtschaftssystem. Dieses schottet viele Bereiche vom globalen Wettbewerb ab und erlaubt einer kleinen Zahl von Unternehmen eine Monopolstellung in zentralen Wirtschaftszweigen, etwa der Lebensmittelindustrie, dem Bankensektor oder dem Schienenverkehr.¹²

Der Mangel an nationaler und internationaler Konkurrenz treibt die Preise in die Höhe und führt auch dazu, dass viele israelische Unternehmer kaum Anreize verspüren, durch technische Erneuerungen ihre Produktionskosten zu senken und statt dessen niedrig qualifizierte Arbeitskräfte anheuern, die mit geringen Löhnen zufrieden sind. In vielen Sparten zählt die israelische Wirtschaft zu den unproduktivsten innerhalb der OECD.¹³

Demgegenüber steht ein kleiner, hochmoderner High-Tech-Sektor, der in den Bereichen Medizin, Elektro- und Sicherheitstechnik, Informationstechnologie und Telekommunikation zur Weltspitze zählt.¹⁴ Insgesamt beschäftigen diese Sparten 7 Prozent der israelischen Arbeitnehmerschaft, sorgen aber für 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und für beinahe die Hälfte aller Exporte.¹⁵

Die Spaltung der Wirtschaft in einen arbeits- und einen wissensintensiven Teil führt dazu, dass über 40 Prozent der Bruttoeinkommen auf die 20 Prozent einkommensstärksten Haushalte entfallen.¹⁶ Unter den 30 OECD-Ländern, zu denen im Jahr 2012 Daten vorlagen, verzeichnete Israel nach Mexiko, der Türkei und den USA den vierthöchsten Gini-Koeffizienten, welcher die Ungleichheit bei den Einkommen innerhalb der Bevölkerung misst.¹⁷

Um die Möglichkeit zu verringern, müssten sowohl die Einkommen der vielen Niedriglohnkräfte steigen als auch die Erwerbsbeteiligung in ärmeren Haushalten. Letzteres beträfe vor allem die Minderheiten: In ultraorthodoxen Familien bleiben 80 Prozent der Männer der Arbeit fern, um sich dem Thorastudium zu widmen, und überlassen die Erwerbstätigkeit den Frauen.¹⁸ In arabischen Familien liegt die Erwerbsquote von Männern bei 60 Prozent, bei Frauen aber nur bei 25 Prozent. Weitere Ursachen für die geringe Arbeitsmarktbeteiligung der Minderheiten sind deren niedriger Bildungsstand sowie eine aktive Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt.¹⁹

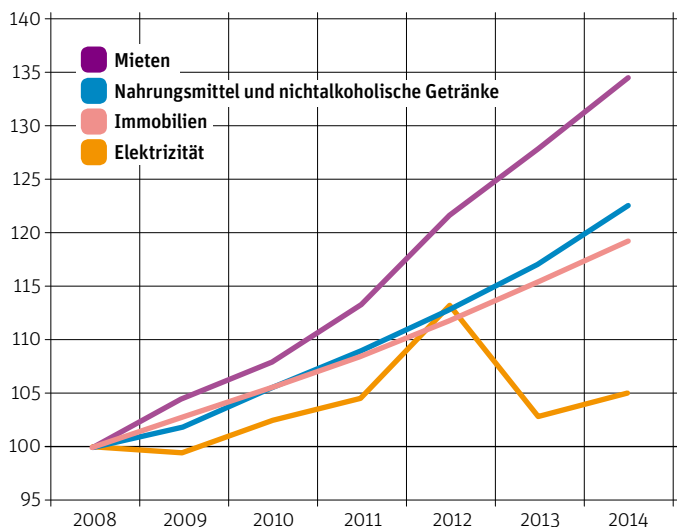
Bildung

Seine Erfolge im High-Tech-Sektor verdankt Israel unter anderem den jüdischen Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion, welche in den 1990er Jahren ins Land kamen und oft eine hohe Qualifikation mitbrachten.²⁰ Trotz ihrer Schwächen zählt die israelische Wirtschaft zu den innovativsten weltweit.²¹ Jährlich fließen gut vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung – in den anderen Mena-Ländern erreicht dieser Wert nirgendwo die Ein-Prozent-Grenze.²² Die OECD-Länder wenden im Mittel zweieinhalb Prozent für Forschung auf.²³

Teures Leben

In Israel sind seit dem Jahr 2008 allein die Nahrungsmittelpreise um mehr als ein Drittel gestiegen. Aber auch sonst wird das Leben in vielen Bereichen immer teurer. Weil die Gehälter nicht in gleichem Tempo wachsen, erleben viele Familien einen Wohlstandsverlust. Dies löste im Jahr 2011 Proteste aus, die seither nicht verstummt sind.

Index 2010 = 100



Private Konsumausgaben, in Prozent des Jahres 2008, 2008-2014 (Datengrundlage: Central Bureau of Statistics²⁴).

Trotzdem gibt es Befürchtungen, dass es bald Probleme gibt im Technikwunderland. Denn viele erfahrene Arbeitnehmer stehen derzeit vor dem Renteneintritt. Dies schürt die Sorge vor einem Engpass beim hochqualifizierten Personal – und das, obwohl die Zahl der Studierenden seit Jahren steigt. Unter den 25- bis 34-Jährigen besuchen knapp 32 Prozent eine höhere Bildungseinrichtung, das sind und damit zehn Prozentpunkte mehr als in den restlichen Mena-Ländern.²⁵ Doch in den Kerngebieten Ingenieurwissenschaften, Physik und Biologie hat die Zahl der Absolventen zwischen 2006 und 2013 kaum zugenommen oder sie ist sogar gesunken.²⁶ Stattdessen bildete Israel 2013 rund 40 Prozent mehr Sozialwissenschaftler aus als wenige Jahre zuvor.²⁷

Es mangelt der Wirtschaft nicht nur an Hochqualifizierten, es gibt auch Lücken im Mittelbau. Das Berufsbildungssystem, das als Bildungspfad für Jugendliche aus sozial schwachen Familien gilt, wurde in den vergangenen Jahren vernachlässigt.^{28,29} Gerade diese Schüler werden vor Abschluss der allgemeinbildenden Schule zu wenig auf die weiterführenden Programme vorbereitet. In kaum einem der 64 Teilnehmerländer der Pisa-Studie 2012 waren die Unterschiede zwischen den zehn Prozent besten und den zehn Prozent schlechtesten Schülern größer als in Israel.³⁰ Beinahe ein Drittel der 15-Jährigen verfügte nicht über Basiskenntnisse in Mathematik und Naturwissenschaften.³¹

Auch dies ist ein Zeichen für die soziale Spaltung des Landes: Während Schüler aus gemäßigt religiösen Haushalten gute Ergebnisse erzielen, zeigen ultraorthodoxe Schüler schwache Leistungen. Von allen Haredim-Männern zwischen 35 und 54 Jahren hatten im Jahr 2010 (letzte verfügbare Zahl) 47 Prozent maximal eine Grundschule besucht.³² Nach bestehender Tradition gehen Jungen danach auf eine religiöse Schule, wo Mathematik und Fremdsprachen kaum eine Rolle spielen.³³ Mädchen aus streng gläubigen Familien dagegen durchlaufen meist eine normale Schullaufbahn bis zum Ende der weiterführenden Schule.³⁴

Besorgniserregend sind die Leistungen arabischer Schüler.³⁵ Viele von ihnen leben in den ländlichen Regionen im Norden des Landes, wo die öffentliche Versorgung von der Verkehrsinfrastruktur bis hin zu Schulen schlecht ist.³⁶ Häufig stammen diese Kinder aus bildungsfernen Haushalten und sind gegenüber ihren jüdischen Altersgenossen besonders gefordert, weil sie neben dem arabischen Schriftsystem auch noch Hebräisch und Englisch als Fremdsprachen erlernen müssen.³⁷ Die Regierung ist bemüht, die Defizite durch eine Vielzahl von Förderprogrammen auszugleichen. Diese werden bisher als erfolgreich eingestuft.^{38,39}

Unternehmertum

Mit einem Gesamtanteil von 99 Prozent an der Firmenlandschaft bilden kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) das Rückgrat der israelischen Ökonomie.⁴⁰ Viele von ihnen sind hochinnovativ: Hinsichtlich der Zahl der Patentanmeldungen durch KMU belegt Israel, gemessen an der Einwohnerzahl nach der Schweiz Platz 2 unter den 35 wichtigsten Industrie- und Schwellenländern.⁴¹ Wirtschaft und Forschung arbeiten eng zusammen und die Regierung fördert vor allem in

zukunftssträchtigen, technikintensiven Branchen Neugründungen.⁴² Zum großen Erfolg der Start-up-Szene tragen die hohen Investitionen multinationaler Konzerne bei. Anteilig am Bruttoinlandsprodukt stand im Jahr 2013 keiner Volkswirtschaft der Welt mehr Wagniskapital zur Verfügung als der israelischen.⁴³

Ob das so bleibt, ist eine andere Frage: In den vergangenen Jahren ist das Land im *Ease of Doing Business Index* der Weltbank gegenüber dem Jahr 2010 um 24 Plätze zurückgefallen und belegt heute nur noch Platz 53 von 189 untersuchten Ländern.⁴⁴ Im *Global Entrepreneurship Index* jedoch, dessen Fokus weniger auf Regularien als auf unternehmerischen Fähigkeiten liegt, findet sich Israel nach wie vor im ersten Fünftel – vor allem wegen seiner Innovationskraft.⁴⁵

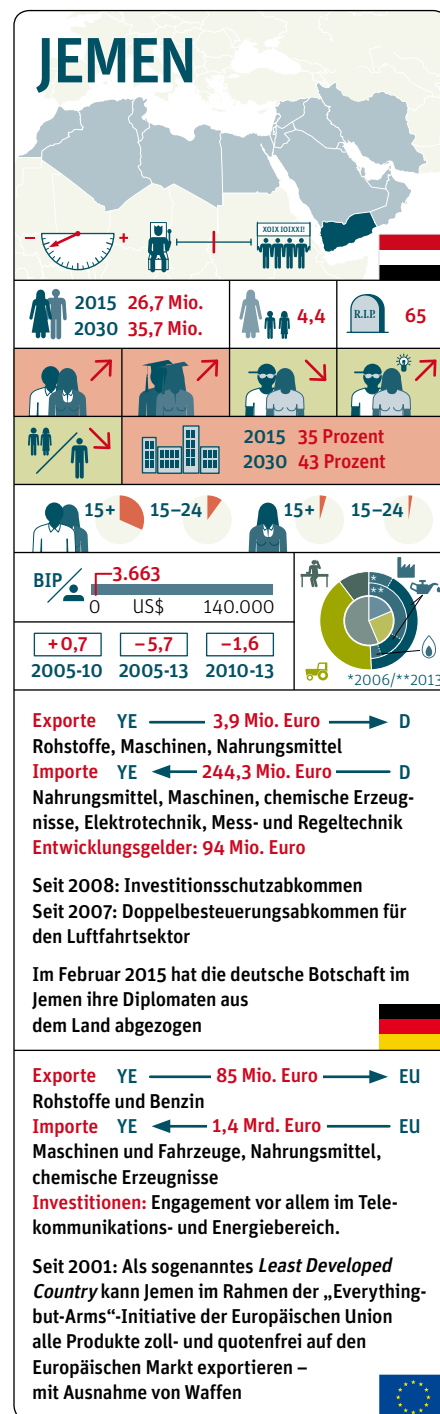
Geschlechtergerechtigkeit

Bei der Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist Israel den restlichen Ländern der Mena-Region weit voraus. Im *Global Gender Gap Index* liegt das Land mit Platz 53 deutlich vor Kuwait, mit Platz 117 dem nächsten Kandidaten aus der Region. Benachteiligt werden israelische Frauen vor allem, was ihre Bezahlung und die Vertretung in politischen Ämtern betrifft.⁴⁶ Kritisiert wird auch das Personenstandsgesetz. Dieses gestattet religiösen Gerichten über Eheschließung und Scheidung zu entscheiden. Schätzungen zufolge lehnen diese Gerichte jährlich mehr als 3.000 Scheidungsgesuche alleine durch jüdische Frauen ab – zu den muslimischen Frauen sind keine Zahlen verfügbar.⁴⁷

Risikolage

Die begonnene Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Westen und Iran, dem einzigen Land der Region, das in Sachen Technologie und Wissenschaft einigermaßen mit Israel konkurrieren kann, verfolgt der jüdische Staat mit Sorge. Israel droht mit Luftschlägen, sollte Iran das Atomabkommen verletzen.⁴⁸ Auch die ungeklärte Palästinafrage und die israelische Siedlungspolitik führen immer wieder zu Konflikten, die zuletzt im Jahr 2014 in massiven militärischen Auseinandersetzungen mit der Hamas führten, welche den Gaza-Streifen kontrolliert. Die Spannungen mit der arabischen Minderheit zeigen sich vor allem in der kritischen Lage auf dem Jerusalemer Tempelberg. Zudem fürchtet die Regierung, dass der „Islamische Staat“ innerhalb der arabischen Minderheit Sympathisanten finden und Terrorzellen gründen könnte.⁴⁹ Die ständige Bedrohungslage führt zu enormen Pro-Kopf-Militärausgaben: Diese lagen im Jahr 2014 nach Saudi-Arabien, Oman und den VAE auf dem vierthöchsten Niveau der Welt.⁵⁰

Zu den klassischen Risiken ist in den vergangenen Jahren die Cyberkriminalität hinzugekommen. Kaum ein anderes Land verzeichnet mehr Attacken über das Internet als Israel – alleine auf das Stromnetz finden täglich etwa zehntausend Angriffe statt.⁵¹ Um diese Gefahr abzuwehren, entsteht derzeit in der Negev-Wüste ein gigantischer Forschungspark, in dem eine Vielzahl von Unternehmen gemeinsam mit der ansässigen Ben-Gurion-Universität die Sicherheit im Netz vorantreiben.⁵² Auch der israelische Militärgeheimdienst will einen Stützpunkt vor Ort eröffnen.⁵³



Seit dem Jahr 2000 befindet sich Jemen nahezu ununterbrochen im Krieg. Bei den Auseinandersetzungen geht es um Rohstoffe, Grenzverläufe und um die Macht über den Zugang zum Suez-Kanal. Zu den Konfliktparteien zählen Stämme und terroristische Vereinigungen, Milizen und staatliche Streitkräfte und nicht zuletzt ausländische Akteure, unter anderem die USA, Saudi-Arabien und Iran. Mit der Machtübernahme der vom Iran unterstützten schiitischen Huthi-Rebellen 2015 und dem anschließenden Eingriff in den Konflikt durch eine arabische Militärallianz unter saudischer Führung hat die Lage eine neue Eskalationsstufe erreicht: Die Luftschläge der Alliierten haben bislang über 3.000 zivile Opfer gefordert.¹ Eine Seeblockade, welche die Einfuhr von Waffen unterbinden soll, verhindert, dass dringend benötigte Nahrungsmittel ins Land kommen.^{2,3} Im Februar 2016 waren über 21 Millionen Jemeniten auf humanitäre Hilfe angewiesen, ein Umstand, der auch die Vereinten Nationen überfordert.^{4,5,6}

Demografische Lage

Als einziges Mena-Land zählt Jemen zur Gruppe der 48 am wenigsten entwickelten Ländern der Erde. Mit 4,4 Kindern bekommen jemenitische Frauen im Schnitt zwar nur noch halb so viel Nachwuchs wie zu Beginn der 1990er Jahre, als das Land mit 8,8 Kindern pro Frau die höchste Fertilitätsrate der Welt hatte.⁷ Trotzdem verzeichnet Jemen weiterhin das stärkste Bevölkerungswachstum der Mena-Region. Bis ins Jahr 2030 dürfte die Zahl der Einwohner um beinahe zehn Millionen Menschen auf gut 35 Millionen wachsen. Mit 65 Jahren liegt die Lebenserwartung in Jemen deutlich unter dem Mena-Durchschnitt von 75 Jahren. 43 von 1.000 jemenitischen Kindern sterben vor ihrem ersten Geburtstag – 28 mehr als im Mena-Mittel.⁸ Ein Hebel, um das für das Land problematische Bevölkerungswachstum

zu bremsen wären Investitionen in Schulen und Universitäten: Jemenitische Frauen ohne Grundschulabschluss wünschen sich im Schnitt 5,3 Kinder, die wenigen Jemenitinnen mit Sekundar- oder Hochschulabschluss dagegen 3,1 respektive 2,2.⁹ Aber nicht jeder Wunsch dieser Art lässt sich auch verwirklichen: Jede dritte Jemenitin, die gerne verhüten würde, hat momentan keinen Zugang zu Verhütungsmitteln.¹⁰

Wirtschaft

Jemen bezog bis zur jüngsten Krise 90 Prozent seines Jahresbudgets aus Öl- und Gasverkäufen.¹¹ Heute ermöglichen es die chaotischen Zustände kriminellen Gruppen, ungehindert Ölpipelines anzuzapfen und den Staat wichtiger Einnahmen zu berauben.¹² Diese sind durch den Ölpreiseinbruch

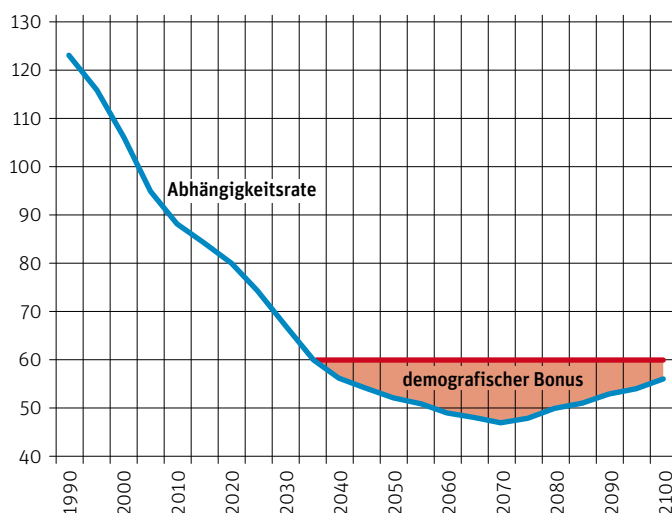
ohnehin stark gesunken und reichen nicht mehr aus, um die hohen Kosten für Gehälter und Energiesubventionen (jeweils etwa 30 Prozent des Staatshaushalts) ohne Neuverschuldung zu begleichen.¹³ Für Investitionen, die helfen würden, die wirtschaftliche Lage der Menschen zu verbessern, bleibt kein Spielraum. Mehr als jeder zweite Jemenit lebt unterhalb der Armutsgrenze und nicht einmal jeder Dritte im Erwerbsalter zwischen 15 und 64 Jahren hat offiziell einen Job.^{14,15}

Besonders schlecht ist die Lage der Landbevölkerung, zu der zwei von drei Jemeniten zählen.¹⁶ Für sie ist die Landwirtschaft ein wichtiger Arbeitgeber. Doch anstatt Lebensmittel zu produzieren, ziehen viele Bauern lieber Kath-Sträucher, eine Pflanze, deren Blätter rund drei Vierteln der Bevölkerung als Alltagsdroge dient.¹⁷ Der Kath-Anbau schluckt 40 Prozent der Wasservorräte – und das in

Lässt sich der Bonus nutzen?

Da die Kinderzahlen in Jemen vor einer Generation deutlich höher lagen als heute, dürfte das Land in den 2030er Jahren seinen demografischen Bonus erreichen: Dann gibt es eine sehr große Erwerbsbevölkerung mit anteilig wenigen zu versorgenden Kindern und Älteren, was dem Land theoretisch die Chance auf einen wirtschaftlichen Aufschwung eröffnet. Doch dafür müssten die vielen Erwerbsfähigen auch einen Arbeitsplatz finden. Gelingt dies nicht, versiegt der Bonus ungenutzt und die unzufriedenen jungen Menschen könnten die Krisen und Konflikte weiter verschärfen.

Prozent



Abhängigkeitsrate (0- bis 14-jährige und über 65-jährige pro 100 Personen im Erwerbsalter zwischen 15 und 64 Jahren), 1990–2100 (Datengrundlage: UNDESA¹⁸)

einem Land, das zu den wasserärmsten der Welt zählt und 90 Prozent seiner Weizen-vorräte über Importe deckt.^{19,20,21} Damit der Agrarsektor Arbeitsplätze schaffen und so zu Armutsreduktion und Versorgungssicherheit beitragen kann, müsste er vollkommen umgebaut werden.²²

Allein dadurch wird sich die jemenitische Arbeitsmarktkrise aber nicht lösen lassen.²³ Dazu müsste das Land weitere Wirtschaftszweige auf- und ausbauen. Zum Beispiel die Textilindustrie, die zu Beginn der 2000er Jahre noch als Hoffnungsträger für neue Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten galt.²⁴ Auch könnte Jemen seine vorteilhafte Lage am Zugang zum Suezkanal besser nutzen und den Handel intensivieren – etwa über den Tiefseehafen in Aden, einst einer der wichtigsten Handelsplätze der Welt.²⁵ Doch für grundlegende Investitionen fehlt derzeit ein Mindestmaß an Sicherheit.²⁶ Für viele Jemeniten bleibt die Auswanderung somit die einzige Alternative, wobei schon heute über zehn Millionen jemenitische Gastarbeiter alleine in den Golfländern untergekommen sind.²⁷

Bildung

Derzeit verbaut der Krieg der jemenitischen Jugend die Zukunftsaussichten. Die körperliche und geistige Entwicklung jedes zweiten Kindes ist durch Mangelernährung in Gefahr.²⁸ 3,4 Millionen Kinder im Schulalter besuchen derzeit keine Schule.²⁹ Rund 1.200 Schulen sind zerstört, dienen als Flüchtlingsunterkünfte oder als Stützpunkte von bewaffneten Gruppen.³⁰

Unabhängig davon ist das Bildungssystem von Jemen ein Desaster. Gerade einmal 40 Prozent der Lehrer haben einen Hochschulabschluss und es mangelt an Unterrichtsmaterial.³¹ Häufig hindert die

schlechte Stromversorgung Kinder daran, nach Einbruch der Dunkelheit zu lernen. Viele Familien nehmen ihre Kinder aus der Schule, weil es ihnen an Geld mangelt oder die Kinder arbeiten sollen.^{32,33} Es fehlt dem Land sowohl an einer umfassenden Bildungsstrategie, wie auch an Konzepten, eine solche in die Tat umzusetzen.^{34,35}

Unternehmertum

Beinahe alle jemenitischen Unternehmen haben weniger als fünf Mitarbeiter.³⁶ Viele Selbständige haben kaum Schulbildung und bieten nur einfache Produkte von geringer Qualität an.³⁷ Zumindest was die Finanzierung ihrer Geschäfte angeht, stoßen sie auf gute Voraussetzungen: Jemen verfügt über das beste Mikrofinanzsystem in der Mena-Region.³⁸ Den Kleinstunternehmern fällt es damit relativ leicht, kurzfristig kleinere Summen zu leihen und Finanzierungsengpässe abzudecken.

Für ambitioniertere Firmen sind die Startbedingungen dagegen ungünstig. Fast die Hälfte aller Selbstständigen mit über fünf Mitarbeitern klagt über Probleme beim Zugang zu Kapital.³⁹ Wegen der angespannten Sicherheitslage ziehen zudem immer mehr Investoren ihr Kapital aus dem Land ab.⁴⁰ Der Standort Jemen gilt als einer der unattraktivsten der Welt: Nach Syrien (Platz 175) und Libyen (Platz 188) erreicht Jemen mit Platz 170 von 189 Ländern im *Ease of Doing Business Index* das drittschlechteste Ergebnis der Mena-Region.⁴¹

Unmittelbar nach dem Arabischen Frühling im Jahr 2011 hat die jemenitische Regierung gemeinsam mit der deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit eine Strategie zur Stärkung des Unternehmertums auf den Weg gebracht.⁴² Doch die politischen Bedingungen im Land lassen deren Umsetzung derzeit kaum zu.

Geschlechtergerechtigkeit

Die Diskriminierung von Frauen beginnt bereits im Kindesalter. 36 Prozent der 20- bis 29-jährigen Frauen haben spätestens nach Abschluss der Grundschule ihre Bildungslaufbahn beendet. Bei den Männern gilt dies immerhin noch für 31 Prozent.⁴³ Auf dem Arbeitsmarkt setzt sich die Diskriminierung fort. Nicht einmal 5 Prozent der erwachsenen Frauen haben einen Arbeitsplatz, bei den Männern sind es 59 Prozent. 90 Prozent der berufstätigen Frauen, die häufig als Haushaltshilfen arbeiten, erhalten keinen Lohn.^{44,45,46} Kein Land der Welt schneidet im *Global Gender Gap Report* des Weltwirtschaftsforums schlechter ab als Jemen.⁴⁷

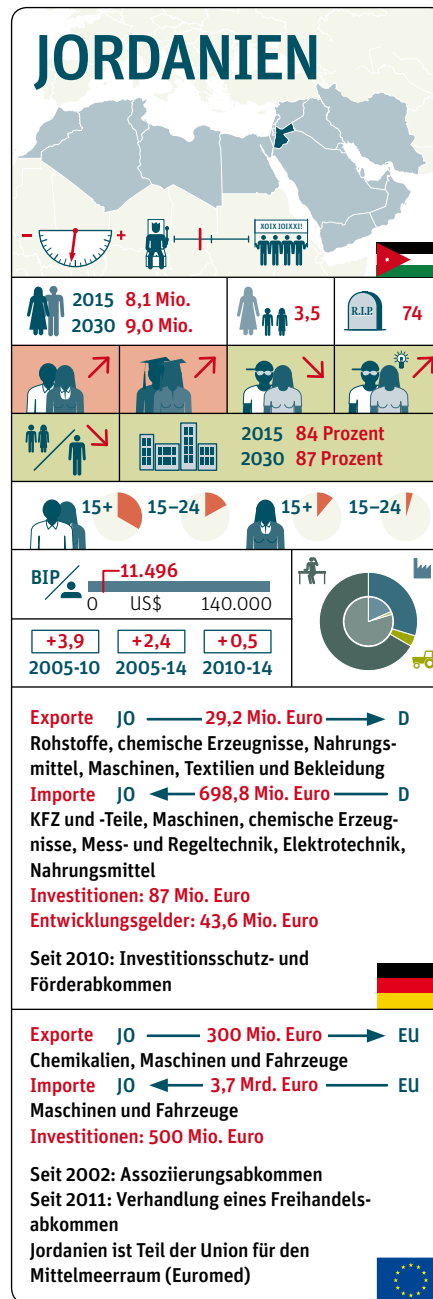
Versuchen Jemenitinnen, Fälle von Gewalt zur Anzeige zu bringen, mangelt es ihnen an einer rechtlichen Grundlage.⁴⁸ Stattdessen hält es jede zweite jemenitische Frau für gerechtfertigt, wenn ihr Mann sie schlägt.⁴⁹ Kinderehen und die Beschneidung von Mädchen sind gesetzlich erlaubt und nach wie vor verbreitet.⁵⁰

Risikolage

Vielen Auseinandersetzungen in Jemen liegen Verteilungskonflikte zu Grunde. Lebenswichtige Versorgungsgüter wie Wasser, Nahrungsmittel und Strom sind knapp: Pro Kopf stehen im Land jährlich 84 Kubikmeter Wasser zur Verfügung – deutlich weniger als der international kritische Wert für Wasserknappheit von 1.000 Kubikmeter.⁵¹ Im Hochland von Sanaa, wo auch die Hauptstadt liegt, wird die natürliche Erneuerungsrate für Trinkwasser um das Fünffache überschritten, so dass die dortige Bevölkerung in absehbarer Zeit auf dem Trockenen sitzen wird.⁵² Gerade einmal fünf Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche gelten als fruchtbar.⁵³ Hinzu kommt, dass die Rohölvorräte bald versiegen dürften und schon jetzt die Kapazitäten der Raffinerien nicht ausreichen, um den Kraftstoffbedarf zu decken.⁵⁴ Das Bevölkerungswachstum verschärft diese Probleme.

Ein weiteres Risiko birgt das angespannte Verhältnis zu Saudi-Arabien – für Jemen nicht nur ein wichtiger Geber von Entwicklungshilfegeldern, sondern auch ein erweiterter Arbeitsmarkt. Im Jahr 2013 verwies der nördliche Nachbarstaat rund eine Million irregulärer jemenitischer Gastarbeiter des Landes. Für deren Familien bedeutet dies große Einnahmeverluste.^{55,56}

Mit dem sogenannten Islamischen Staat fasst derzeit neben der traditionell starken Al-Qaida eine zweite terroristische Organisation in Jemen Fuß.⁵⁷ Über weite Teile des Landes hat die Regierung keine Kontrolle. Rund anderthalb Millionen Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht.⁵⁸ Umgekehrt haben Konflikte am Horn von Afrika eine Million Flüchtlinge nach Jemen getrieben – viele davon aus Somalia.⁵⁹



Je unsicherer die Lage in der Nachbarschaft des Königreichs Jordanien, desto schwieriger wird es für den regierenden König Abdullah II. bin al-Hussein, für Stabilität zu sorgen. Nicht nur weil das Land als Anrainerstaat der Kriegsgebiete Syriens und durch die hohen Flüchtlingszahlen unmittelbar von den Konflikten betroffen ist. Sondern auch weil es Energie und Wasser aus den Nachbarländern importieren muss. Zudem arbeitet ein großer Teil der jordanischen Erwerbsbevölkerung in den Golfstaaten und versorgt die Verwandtschaft zu Hause mit Rücküberweisungen. Auslandsinvestitionen und Entwicklungshilfemittel aus den westlichen Industrienationen sowie aus den reichen arabischen Ländern sorgen für einen großen Teil der jordanischen Einkünfte.

Auch im Inneren ist das Land instabil. Neben dem schwelenden Konflikt zwischen der jordanischen und palästinensischen Bevölkerungsgruppe führen die schwierigen Lebensbedingungen im Land immer wieder zu Protesten, wie bei Ausbruch des Arabischen Frühlings.¹ Über 14 Prozent der Jordanier leben unterhalb der nationalen Armutsgrenze, gerade einmal ein Drittel der Erwerbsfähigen ist in Lohn und Brot und für die zahlreichen jungen Hochschulabsolventen des Landes gibt es auf dem heimischen Arbeitsmarkt kaum Perspektiven.^{2,3,4} Laut Schätzungen des Internationalen Währungsfonds müsste Jordanien bis zum Jahr 2020 jährlich 400.000 neue Arbeitsplätze schaffen, um die zahlreichen Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt mit einer Beschäftigung zu versorgen.⁵ Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre von durchschnittlich weniger als einem Prozent reicht dafür bei Weitem nicht aus.⁶

Demografische Lage

Die demografische Verfassung Jordaniens ist seit jeher abhängig von den Krisen vor der Haustür. Infolge der Auseinandersetzungen rund um die israelische Staatsgründung kamen 1948 zwei Millionen palästinensische Flüchtlinge im nahe gelegenen Königreich unter. Viele von ihnen sind geblieben. Schätzungen gehen davon aus, dass die Gruppe der Palästinenser heute größer ist als die der einheimischen jordanischen Bevölkerung.⁷ Ihre sozioökonomische Lage ist dagegen oft schlechter. Auch jüngst haben Flüchtlingswellen zu starken Verschiebungen in der Gesamtbevölkerung geführt. Rund 500.000 Menschen flohen in den 2000er Jahren vor den Auseinandersetzungen im Irakkrieg nach Jordanien. Die meisten von ihnen haben in den vergangenen Jahren den Rückweg angetreten und gaben sich mit syrischen Flüchtlingen die Klinken in die Hand. Deren Zahl schätzte das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen UNHCR zu Beginn des Jahres 2016 auf über 635.000.⁸ Die Dunkelziffer könnte deutlich darüber liegen und spiegelt sich auch in der hier angegebenen Bevölkerungszahl des Population Reference Bureau in Höhe von 8,1 Millionen wider. Diese übersteigt die Angaben der Vereinten Nationen um eine halbe Million Menschen.⁹

Wirtschaft

Im Gegensatz zu anderen Ländern der Mena-Region ist die jordanische Wirtschaft recht gut diversifiziert.¹⁰ Die Industrie ist mit einem Anteil von 30 Prozent am Bruttoinlandsprodukt vergleichsweise groß.¹¹ Vor allem die arbeitsintensive Fertigungsindustrie spielt mit 19 Prozent eine große Rolle und schafft damit viele Arbeitsplätze in der freien Wirtschaft.¹² Doch da es sich dabei vorwiegend um Niedriglohnjobs handelt, welche für jordanische Arbeitnehmer kaum attraktiv sind, besetzen meistens Arbeitsmigranten die freien Stellen. Schätzungen zufolge leben in

dem Land zwischen 300.000 und 400.000 Gastarbeiter.¹³ Anstatt für einen niedrigen Lohn in der freien Wirtschaft zu arbeiten, warten viele junge Jordanier lieber auf ihre Chance beim Staat oder verlassen das Land in Richtung Golfstaaten. Darunter sind viele leistungsfähige Personen, die zu Hause langfristig als Fachkräfte fehlen.^{14,15}

Bildung

In den vergangenen Jahren hat sich die jordanische Regierung stark um die Bildung ihrer Bevölkerung bemüht. Rund zwei Drittel der heute 20- bis 29-Jährigen haben eine Sekundarbildung absolviert, die Hälfte davon sogar eine Hochschule besucht.¹⁶ Zwar ist die Bildungsqualität gemessen an internationalen Standards mangelhaft – bei der internationalen Bildungsstudie Pisa der OECD schneiden jordanische Schüler in Mathematik und Lesen gleichermaßen schlecht ab.¹⁷ Doch anders als seine Nachbarstaaten legt das Land bereits heute ein großes Augenmerk auf Berufsbildung. Mit sieben Prozent ist der Anteil der Praktikanten und Auszubildenden an den 15- bis 24-jährigen Jordaniern bereits recht hoch.¹⁸ Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass künftig mehr junge Erwerbsfähige Berufe außerhalb des öffentlichen Sektors ergreifen. Das kann jedoch nur funktionieren, wenn genügend adäquate Jobs entstehen.

Unternehmertum

Im *Global Entrepreneurship Index* schneidet Jordanien im Vergleich von 15 Mena-Ländern im Mittelfeld ab.¹⁹ Das Land erreicht gute Ergebnisse im Bereich der *Entrepreneurial Attitudes* – also hinsichtlich des vorherrschenden Bildes von Unternehmertum. Eher schlecht stehen die Jordanier im Bereich der unternehmerischen Fähigkeiten da – wo es etwa um die Geschäftsfähigkeit von Unternehmern geht, die Rolle neuer Technologien für junge Gewerbe sowie die Orientierung in Richtung internationaler Märkte.²⁰ Um

das Unternehmertum zu stärken, hat die Regierung in den vergangenen Jahren viele Initiativen auf den Weg gebracht.²¹ So erlernen Schüler bereits in der Sekundarstufe erste unternehmerische Fähigkeiten, es bestehen Fonds zur Förderung von Jungunternehmern und inzwischen gibt es erfolgreiche staatliche und öffentliche Gründerzentren.²² Bei der Entwicklung eines attraktiven Umfelds für das Unternehmertum arbeitet die Regierung eng mit Partnern aus der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten zusammen.²³

Geschlechtergerechtigkeit

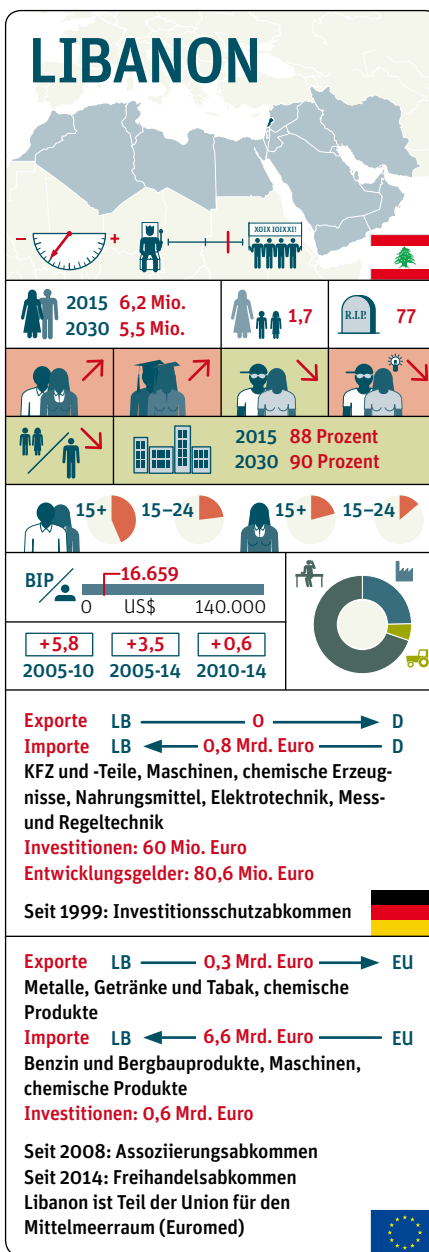
Mit knapp 14 Prozent ist die Frauenerwerbsquote selbst im Vergleich zum Durchschnitt der Mena-Länder (28 Prozent) ausgesprochen niedrig – und das, obwohl Frauen in Jordanien inzwischen höhere Bildungsergebnisse erzielen als ihre männlichen Altersgenossen und mit größerer Wahrscheinlichkeit nach Schulabschluss in Ausbildung bleiben.^{24,25} Umfragen zufolge möchten viele Jordanierinnen ihre Fähigkeiten gerne auf dem Arbeitsmarkt einsetzen – doch rigide soziale Normen schränken die möglichen Berufsfelder ein.²⁶ Damit gibt es für Frauen kaum Alternativen zum öffentlichen Sektor.²⁷ Da dieser jedoch nicht genügend Jobs schafft, verpufft ein Großteil der Bildungsinvestitionen des Landes. Wohl auch deshalb gehört die wirtschaftliche Stärkung der Frau zu den Zielen der nationalen Regierungsstrategie.²⁸

Risikolage

Solange die Konflikte in der Region, vornehmlich der Syrienkrieg, anhalten, wird Jordanien weiterhin Ziel tausender Schutzsuchender bleiben. Diese bringt das Land selten in Flüchtlingslagern unter, sondern zu drei Vierteln in Städten.²⁹ Dort verknappen sie den Wohnraum und erhöhen den Druck auf den Arbeitsmarkt.³⁰ Langfristig könnte das zu Konflikten führen.

Das hohe Bevölkerungswachstum erschwert die Versorgung mit Energie und Wasser. Als in Folge des Arabischen Frühlings die Gaslieferungen aus Ägypten einbrachen, musste das Land unter hohen Kosten auf alternative Lieferanten umsteigen. Um solchen Gefahren vorzubeugen, arbeitet die Regierung an Effizienzsteigerungen und einer Umgestaltung des Energiemix zugunsten von Atomkraft und erneuerbaren Quellen.³¹

Von seiner Abhängigkeit bei der Wasserversorgung wird sich das Land allerdings kaum lösen können. Jordanien zählt zu den wasserärmsten Ländern der Welt. Längst reichen die einheimischen Quellen nicht mehr aus, um Bevölkerung und Landwirtschaft ausreichend zu versorgen. In vielen städtischen Haushalten fließt pro Woche gerade einmal zwölf Stunden Wasser aus der Leitung.³² Einen Teil seines Bedarfs deckt das Königreich über Importe, einen weiteren Teil über den Jordan. Angesichts viel zu hoher Entnahmen und sinkender Niederschläge führt der Fluss aber zusehends weniger Wasser.³³ Die Verteilung des Jordan-Wassers führt regelmäßig zu Konflikten unter den Anrainern Jordanien, Israel und Syrien.³⁴ Ansätze, die Versorgungsprobleme gemeinsam zu lösen, verlaufen bislang schleppend. Zwar wurde ein israelisch-palästinensisch-jordanisches Großprojekt eines Kanals zwischen Rotem und Totem Meer im Jahr 2015 wieder aufgenommen.³⁵ Doch was tatsächlich daraus wird, bleibt abzuwarten. Der Plan besteht seit 40 Jahren und ist seither nicht zur Umsetzung gekommen.³⁶ Kürzlich hat die Nichtregierungsorganisation *EcoPeace* eine weitere grenzüberschreitende Initiative auf den Weg gebracht. Deren Ziel ist es, die Versorgungsprobleme mit Wasser und Energie mit einem gemeinsamen Ansatz zu lösen. Sie plant den Bau von Entsalzungsanlagen an der israelischen Küste. Für den dafür notwendigen Strom soll ein extra dafür zu bauender Solarpark in der jordanischen Wüste sorgen. Dieser könnte überdies genügend Energie liefern, um einen Teil der Nachfrage in anderen Bereichen zu decken.³⁷



Spätestens seit dem gewaltsamen Tod des ehemaligen Ministerpräsidenten Rafiq al-Hariri im Jahr 2005 steht der politische Betrieb in Libanon weitgehend still. Der Mord teilte das Land in zwei politische Lager: Eines, das hinter dem Anschlag die syrische Regierung vermutete und deshalb den Abzug des seit 1976 im Land stationierten Militärs forderte und eines, das gegen den Abzug war, weil es befürchtete, der westliche Einfluss würde sich dadurch verstärken.

Nach einer Reihe von Protesten setzten sich die Syrienkritiker durch und Assad zog seine Truppen zurück. Geblieben sind die politischen Differenzen. Bis heute ringen eher westlich orientierte, vornehmlich sunnitische Organisationen mit mehrheitlich schiitischen, pro-iranischen Kräften (inklusive der Hisbollah) um die politische Macht. Seit 2014 ist das Amt des Präsidenten trotz unzähliger Wahlenläufe vakant. Die ursprünglich für 2013 angesetzten Parlamentswahlen wurden mehrfach verlegt und sollen nicht vor 2017 stattfinden.

Der politische Stillstand bleibt angesichts der enormen Probleme des Landes nicht ohne Folgen: Bereits heute sind Armut und soziale Ungleichheit weit verbreitet. Die Infrastruktur ist marode. Das Internet zählt zu den langsamsten der Welt, angesichts regelmäßiger Stromausfälle sind Unternehmen und viele Privathaushalte auf teure Generatoren angewiesen und auch die Wasserversorgung ist in den Sommermonaten häufig unterbrochen.¹ Die Lage könnte sich künftig weiter verschlechtern: Mit der Syrienkrise sind binnen kurzer Zeit beinahe zwei Millionen Flüchtlinge ins Land gekommen und erhöhen damit den Bedarf an Lehrern und Schulen, Ärzten und Krankenhäusern, Nahrung, Strom, Wasser und nicht zuletzt an Arbeitsplätzen.² Dabei ist der libanesische Arbeitsmarkt durch das starke Wachstum der einheimischen Erwerbsbevölkerung ohnehin überlastet. Der Internationale Währungsfonds rechnet vor, dass selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, dass im Jahr 2019 nur noch eine halbe

Million Flüchtlinge im Libanon leben, jährlich 22.000 neue Arbeitsplätze entstehen müssten, um die heutige offizielle Arbeitslosigkeit von elf Prozent aufrecht zu halten. Experten halten es für wahrscheinlich, dass unter vorherrschenden Bedingungen gerade mal ein Siebtel dieser Jobs geschaffen werden kann.³ Die Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen, die sich schon im Sommer 2015 in gewalttätigen Protesten entladen hat, dürfte sich damit weiter verschärfen.⁴

Demografische Lage

Da sich das politische System in Libanon an der religiösen und konfessionellen Zusammensetzung der Bevölkerung orientiert, ist es offiziell eng verknüpft mit der demografischen Entwicklung. Die wichtigsten politischen Ämter im Land – Staatsoberhaupt, Ministerpräsident und Parlamentsvorsitz – bekleidet jeweils ein Vertreter der drei größten Gruppen von Christen, Sunniten und Schiiten. Auch die Sitzverteilung der Nationalversammlung orientiert sich am Bevölkerungsgewicht der anerkannten Konfessionen, etwa maronitische oder armenisch-apostolisch-orthodoxe Christen, Alawiten, Drusen und viele mehr. Doch längst spiegeln die bestehenden Kräfteverhältnisse die demografische Realität nicht mehr wider. Denn sie basieren auf Daten, die im Jahr 1932, also vor gut 80 Jahren, erhoben wurden. Damals vollzog Libanon seine bis dato letzte Volkszählung. Deren Ergebnissen zufolge stellten Christen etwa 50 Prozent der Bevölkerung. Nach aktuellen Schätzungen dürften es heute noch etwa 40 Prozent sein, während die Muslime mit beinahe 60 Prozent (davon jeweils 45 Prozent Sunniten und Schiiten sowie 10 Prozent Drusen*) die Mehrheit

* Die Drusen bezeichnen sich selbst nicht als Muslime, werden laut libanesischer Verfassung aber dieser Religionsgruppe zugesprochen.

bilden.⁵ Wenn diese Angaben stimmen, hätte eine erneute Bevölkerungszählung politische Sprengkraft und könnte die seit jeher großen interkonfessionellen Spannungen weiter erhöhen. Um ein Land aber überhaupt steuern und entsprechend seiner Bedürfnisse mit Straßen, Strom, Wasser, Schulen und Krankenhäusern auszustatten, sind regelmäßige Volkszählungen unerlässlich. Doch möglich wäre eine Volkszählung nur, wenn zuvor das nach Konfessionen festgelegte politische System aufgelöst würde. Im Friedensvertrag von 1990, der den 15-jährigen libanesischen Bürgerkrieg beendete, ist dies sogar vorgesehen. Bis heute ließ sich dieses Ziel allerdings nicht durchsetzen.

Wirtschaft

In Libanon dominiert der Dienstleistungssektor. Neben der robusten Finanz- und Immobilienbranche sind Handel und Tourismus die wichtigsten Wirtschaftssparten.⁶ Doch die beiden letztgenannten Bereiche sind sehr anfällig für innen- wie außenpolitische Krisen. Die Zahl der Touristen ist seit dem Arabischen Frühling deutlich zurückgegangen und durch den Syrienkrieg ist der einzige legale Handelsweg über Land nicht mehr verfügbar.⁷ Deutlich sichtbar werden die Probleme am Wirtschaftswachstum, das in den Jahren 2007 bis 2010 noch bei acht bis zehn Prozent lag und seither auf ein bis zwei Prozent gesunken ist.⁸

Um künftig krisenfester zu werden, müsste das Land andere, einträglichere Wirtschaftsbereiche ausbauen und dafür strukturelle Reformen wie die Umgestaltung von Steuer-, Sozial- und Rentensystem unternehmen. Außerdem sind Investitionen nötig, um die Infrastruktur auf den neusten Stand zu bringen.⁹ Für diese Maßnahmen bräuchte es nicht nur politischen Willen und eine handlungsfähige Regierung sondern vor allem finanziellen Spielraum. Doch der fehlt dem Land, das mit 134 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts

derzeit die fünfthöchste Staatsverschuldung der Welt verzeichnet – das ist beinahe so viel wie Griechenland zu Beginn der Schuldenkrise im Jahr 2010 (147 Prozent).¹⁰

Bildung

Durch die Fokussierung auf Handel und das Gastgewerbe bietet die libanesische Wirtschaft ihrer Erwerbsbevölkerung bislang vor allem einfache Jobs im Niedriglohnsektor und in der Schattenwirtschaft.¹¹ Dabei wären viele Libanesen theoretisch in der Lage, in wissensintensiveren Bereichen tätig zu werden. Die Berufseinsteigergeneration der 20- bis 29-Jährigen ist zumindest formal gut qualifiziert. Zwei Drittel von ihnen haben eine Oberstufe besucht und die Hälfte von ihnen verfügt sogar über Hochschulbildung – deutlich mehr als in den meisten anderen Mena-Ländern.¹² Doch was Einstiegsgehälter und die Dauer des Übergangs von Ausbildung in den Beruf betrifft, sind die Startbedingungen für Akademiker im Libanon so schlecht wie in keinem anderen Land der Region.¹³ Auf der Suche nach besseren Bedingungen verlassen deshalb viele junge Leute das Land.¹⁴

Für libanesische Arbeitgeber wird es damit zunehmend schwieriger, qualifiziertes Personal zu finden. Dies war bislang ohnehin problematisch, denn trotz der hohen Absolventenzahlen in höheren Bildungsstufen beklagen Berufseinsteiger wie Arbeitgeber, dass sie nicht über die notwendigen Kenntnisse für Jobs in der freien Wirtschaft verfügen.¹⁵

Dieser Missstand könnte künftig zumindest teilweise behoben werden, denn in den vergangenen zwanzig Jahren haben sich Programme zur Berufsbildung ausgebreitet. Im Jahr 2012 besuchten immerhin 15 Prozent aller Sekundarschüler eine Berufsschule.¹⁶ Außerdem wurde die Vermittlung unternehmerischer Fähigkeiten jüngst Teil der Lehrpläne in weiterführenden Schulen.¹⁷

Unternehmertum

Laut *Global Entrepreneurship Index* sind die Bedingungen für ein lebendiges Unternehmertum im Libanon nicht schlecht. Unter den untersuchten Mena-Ländern belegt das Land einen Platz im Mittelfeld. Demnach erkennen Libanesen für gewöhnlich ihre unternehmerischen Chancen und setzen diese im Austausch mit anderen auch in die Tat um. Zudem trauen es sich viele zu, ein Unternehmen aufzubauen.¹⁸ Das gute Abschneiden in diesen Bereichen ist aber nicht als Zeichen dafür zu verstehen, dass im Land schon bald eine große Riege erfolgreicher Unternehmer entstehen dürfte. Vielmehr sind die meisten Libanesen im informellen Sektor tätig, wo sie kaum Personal beschäftigen, oft nur einfache Leistungen anbieten und kaum wirkliche unternehmerische Erfahrungen sammeln können.¹⁹ Außerhalb der Schattenwirtschaft gestaltet sich die Lage dagegen schwieriger. Das zeigt das schlechte Abschneiden Libanons im *Ease of Doing Business Index* (Platz 123 von 189 weltweit). Demnach weisen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Unternehmertum in Libanon erhebliche Mängel auf – von der Möglichkeit einer Unternehmensgründung bis hin zur Abwicklung von Insolvenzen.

Die politischen Entscheidungsträger kommen nur langsam dabei voran, die Bedingungen für Unternehmer zu fördern und sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.²⁰ Eine nationale Strategie zur Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmer wurde erst 2014 auf den Weg gebracht.²¹ Ihre Ergebnisse stehen noch aus.

Geschlechtergerechtigkeit

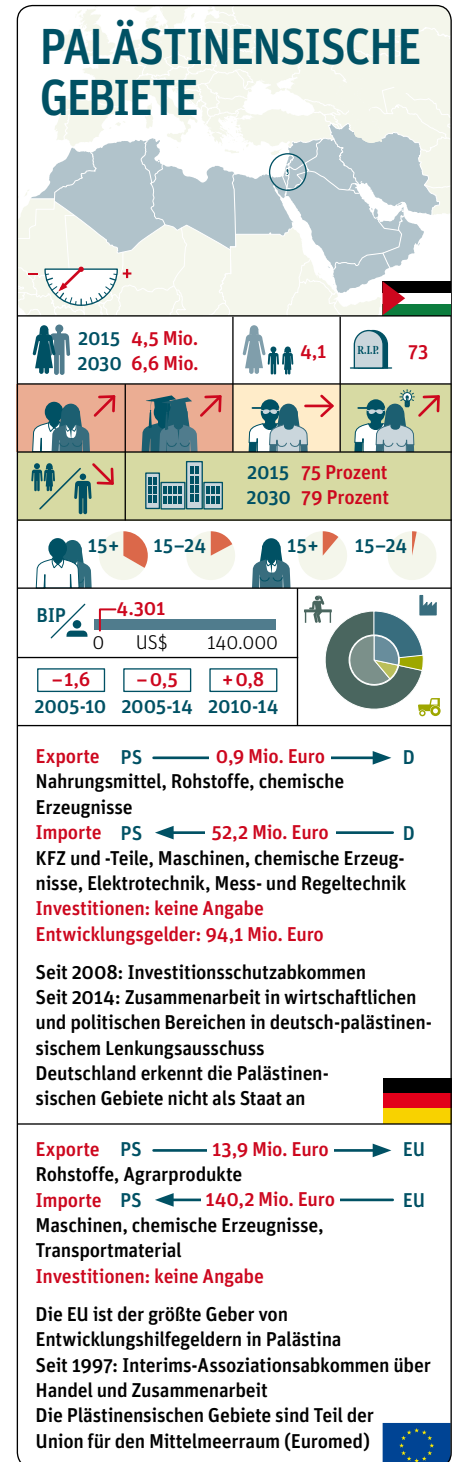
Mit Platz 138 von insgesamt 145 Ländern erreicht Libanon im *Global Gender Gap Index* des Weltwirtschaftsforums nicht nur international ein unterdurchschnittliches Ergebnis. Auch im Vergleich mit anderen Mena-Ländern schneidet das Land schlecht

ab. Libanesische Frauen stehen dem Arbeitsmarkt seltener zur Verfügung, erhalten weniger Gehalt und erreichen seltener höhere Positionen als Männer.²² Auch in der Politik gibt es kaum weibliche Vertreter.²³ Und das, obwohl Frauen schon seit vielen Jahren ähnliche Bildungsergebnisse erzielen wie Männer und somit problemlos mit ihnen konkurrieren könnten.²⁴

Risikolage

Seit dem Ausbruch des Syrienkonflikts verschlechtert sich die Sicherheitslage im Libanon zusehends. Innerhalb des Landes sind verschiedene bewaffnete Milizen aktiv.²⁵ Die größte unter ihnen, der militärische Arm der Hisbollah, ist in den vergangenen Jahren deutlich erstarkt. Die Organisation kämpft aktiv auf Seiten des Assad-Regimes im Syrienkrieg.²⁶ Innerhalb Libanons geht die Hisbollah scharf gegen Sunniten vor und begründet dies mit einer wachsenden Gefahr durch Terroristen. Tatsächlich haben extremistische Tendenzen innerhalb der sunnitischen Gemeinschaft zugenommen und es bestehen Netzwerke zu Gleichgesinnten in Syrien.²⁷ Darüber hinaus gelang dem sogenannten Islamischen Staat im November 2015 der schwerste Anschlag im Libanon seit Ende des Bürgerkriegs im Jahr 1990. Der Terrorakt forderte über 40 Tote.²⁸

Der massive Zustrom syrischer Flüchtlinge schürt die Sorge vor einem Erstarken von Extremisten.²⁹ Libanon hat die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet und gewährt den Ankömmlingen deshalb keinen eindeutigen Rechtsstatus. Dies zwingt die Flüchtlinge bei der Suche nach Arbeit in die Illegalität und Armut.³⁰ Internationale Organisationen warnen, dass sich durch den Flüchtlingszuzug die sozioökonomische Lage im Libanon insgesamt dramatisch verschlechtern könnte.³¹



Seit 2007 teilen sich unfreiwillig zwei rivalisierende Gruppen die Macht in den Palästinensischen Gebieten (im Folgenden Palästina genannt): Die Fatah-geführte Palästinensische Autonomiebehörde kontrolliert Teile des Westjordanlands, das seit 1967 von Israel militärisch besetzt ist, die radikal-islamische Hamas den Gaza-Streifen. Immer wieder gibt es Versuche zur Bildung einer Einheitsregierung, bislang aber ohne Erfolg.¹ Der ungeklärte völkerrechtliche Status von Ostjerusalem und dem Westjordanland bildet den Kern des Nahostkonfliktes. Israel trägt damit indirekt zur Spaltung Palästinas bei: Es kontrolliert entgegen bestehender Übereinkünfte beinahe zwei Drittel des Westjordanlands sowie Ostjerusalem und erweitert seine Präsenz zusehends durch Siedlungsbau. Sämtliche Grenzübergänge stehen unter israelischer Aufsicht, zudem ist Palästina beinahe gänzlich von Strom aus Israel abhängig. Durch die politische und territoriale Teilung ist es kaum möglich, Palästina zu verwalten und wirtschaftlich zu entwickeln.

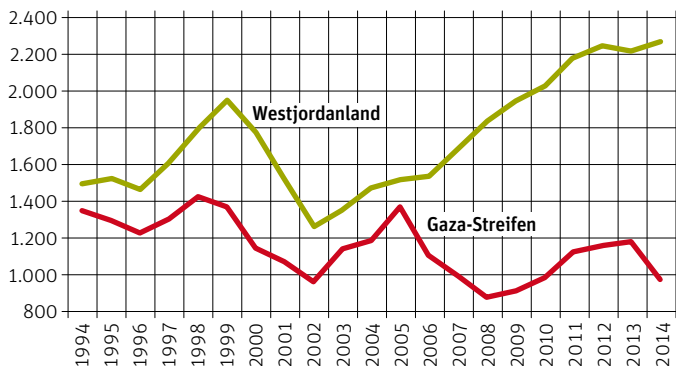
Demografische Lage

Der Fläche nach ist Palästina etwa 2,5-mal so groß wie Luxemburg, verzeichnet mit 4,5 Millionen Menschen aber beinahe 8-mal so viele Einwohner. Mancherorts zählt die Bevölkerungsdichte Palästinas zu einer der höchsten der Welt. Bei einer durchschnittlichen Zahl von 4,1 Kindern pro Frau wird das Bevölkerungswachstum den Lebensraum künftig weiter beengen und die Nachfrage nach Nahrungsmitteln, Wasser, Strom, medizinischer Versorgung und Lehrern steigern.² Von einem demografischen Bonus, der es dem Land erleichtern würde, eine Entwicklung mit der Kraft seiner Einwohner voranzutreiben und die Versorgung zu verbessern, ist Palästina weit entfernt.

Auseinandergedriftet

Bis Mitte der 2000er Jahre war das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Westjordanland kaum höher als im Gaza-Streifen. Heute liegt es in Gaza um ein Drittel niedriger als 1994, während es im Westjordanland um mehr als die Hälfte gewachsen ist. Grund für den Niedergang in Gaza sind die kriegerischen Auseinandersetzungen mit Israel nach dem Wahlerfolg der Hamas im Jahr 2006 sowie die Blockade des Waren- und Personenverkehrs.

US-Dollar



Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in US-Dollar, 1994 bis 2014 (Datengrundlage: Palästinensische Statistikbehörde⁸)

Wirtschaft

Mit der Machtübernahme der Hamas wurde der Gaza-Streifen isoliert. Sowohl Ägypten als auch Israel blockieren seither den Waren- und Personenverkehr.³ Das Pro-Kopf-Einkommen ist um elf Prozent eingebrochen.⁴ Drei Kriege mit Israel forderten nicht nur Tausende Opfer, sondern hinterließen auch zerstörte Wohn- und Geschäftsräume, Schulen, Krankenhäuser. Auch die Strom- und Wasserversorgung, das Telefonnetz und die Landwirtschaft funktionieren nur noch eingeschränkt.⁵ Die Arbeitslosenquote liegt offiziell bei über 40 Prozent.⁶ 80 Prozent der Bevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen.⁷

Im Westjordanland mit einer Arbeitslosenquote von rund 20 Prozent und einer ebenso hohen Armutsquote (2011) ist die Lage etwas besser.⁹ Auch wenn hier keine Blockade gilt, hemmen strikte Handels- und Bewegungsbeschränkungen die Wirtschaft.¹⁰ Zusätzlich bedeutet die israelische Kontrolle über weite Gebiete des Westjordanlandes volkswirtschaftliche Verluste, die einem Drittel des gesamtpalästinensischen BIPs entsprechen (2011).¹¹ Zudem kassiert Israel den Zoll an

den Grenzübergängen und leitet den palästinensischen Anteil häufig erst verzögert an die Autonomiebehörde weiter. In Krisenzeiten ist dies ein Druckmittel, denn die Zolleinnahmen machen zwei Drittel der offiziellen Einnahmen der Autonomiebehörde aus.¹²

Trotz dieser schwierigen Bedingungen ist die Wirtschaft des Westjordanlands zwischen 2005 und 2014 jährlich um durchschnittlich 7,5 Prozent gewachsen.¹³ Doch dahinter stecken weniger eigene Leistungen als Entwicklungshilfegelder in Milliardenhöhe, mit deren Hilfe die Autonomiebehörde rund 80 Prozent ihrer Ausgaben deckt.¹⁴ Pro Kopf fällt das Wirtschaftswachstum deutlich geringer aus, denn das Bevölkerungswachstum fiel deutlich höher aus.

Bildung

Mehr als die Hälfte der 15- bis 29-jährigen Palästinenser besucht weder eine Schule noch eine Hochschule. Jeder Fünfte hat nicht einmal die Grundschule abgeschlossen und ein Drittel hat nach der Grundschule seine Bildungskarriere beendet.¹⁵ Weniger als ein Prozent der Sekundarschüler besucht eine

berufsbildende Einrichtung.¹⁶ Ausbildungsbe-
rufe genießen geringes Ansehen, zudem wird
es palästinensischen Jugendlichen durch die
eingeschränkte Bewegungsfreiheit schwer
gemacht, mit einem Umzug die Möglichkeit
für eine gute Ausbildung zu verbessern.¹⁷ Da-
bei steigert eine Berufsbildung die Chancen
auf dem palästinensischen Arbeitsmarkt, wo
es gerade einmal für jeden zweiten jungen
Arbeitssuchenden einen Job gibt.*

Unternehmertum

Politische Instabilität und eine schlechte
Infrastruktur hemmen die Risikofreude von
Unternehmern sowie Investoren und senken
damit das privatwirtschaftliche Potenzial.¹⁹
95 Prozent der über 260.000 palästinensi-
schen Unternehmen zählen weniger als 10
Mitarbeiter und nur wenige von ihnen befin-
den sich auf Wachstumskurs.^{20,21}

* Mehr zur Berufsbildung in Palästina erfahren Sie im
Interview mit Andreas König von der Deutschen Gesell-
schaft für Internationale Zusammenarbeit auf Seite 31.

Berufsbildung erhöht Chancen

Wer in Palästina eine
Berufsschule besucht,
bleibt vergleichsweise
selten arbeitslos. Dies gilt
für junge Männer und erst
recht für junge Frauen,
bei denen die Arbeitslo-
senquote mit solch einer
Qualifikation sogar bei 0
Prozent liegt – allerdings
bei sehr geringer Fallzahl.
Von der Berufsbildung
abgesehen, steigt unter
palästinensischen Frauen
im Berufseinstiegsalter
das Risiko von Arbeits-
losigkeit mit wachsendem
Bildungsgrad. Bei den
Männern dagegen erhöht
der Besuch einer wei-
terführenden Schule die
Chance auf einen Job.

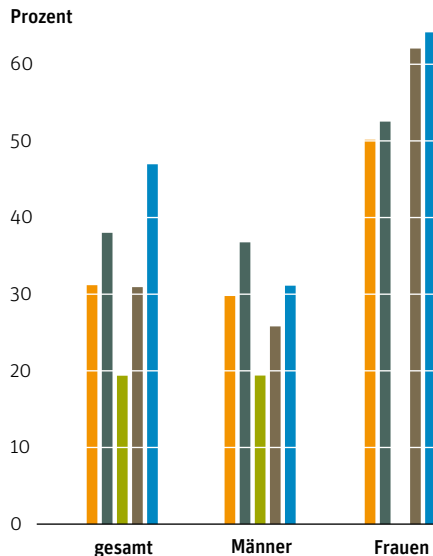
Arbeitslosenquote
15- bis 29-jähriger
Palästinenser nach
Geschlecht und Bil-
dungsstand, 2013
(Datengrundlage:
ILO¹⁸)

- keine Bildung
- Grundschulbildung
- berufliche
Sekundarschu-
lbildung
- allgemeinbildende
Sekundarschu-
lbildung
- Bachelor

Um das Unternehmertum zu modernisieren
und zu fördern, sind in den vergangenen
Jahren private und öffentliche Fonds entstan-
den.²² Inzwischen entwickelt sich eine kleine,
lebendige IT-Szene in Palästina. Die Branche
gilt als einer der wichtigsten Zukunftssektoren –
schon alleine, weil ihre Produkte ohne
den Umweg über Israel weltweit verkauft
werden können.²³ Doch um mit der weltwei-
ten Konkurrenz mithalten zu können, müssten
die Schulen und Universitäten ihre Absol-
venten besser ausbilden – nicht nur, was
Fach-, sondern auch was unternehmerische
Kenntnisse betrifft.²⁴ Ansätze dafür gibt es
zahlreiche, doch es mangelt bislang an einer
übergeordneten Strategie.²⁵

Geschlechtergerechtigkeit

Rund 80 Prozent aller Ingenieure, Anwälte
und Journalisten sind Männer.²⁶ Obwohl
junge Palästinenserinnen zwischen 15 und
29 Jahren formal besser gebildet sind als ihre
männlichen Altersgenossen, begibt sich gera-
de einmal jede fünfte von ihnen auf Jobsuche
und mehr als die Hälfte davon ohne Erfolg.²⁷
Frauen verdienen einen Bruchteil der Gehäl-
ter von Männern und viele arbeiten unbezahlt
in Familienunternehmen.^{28,29}



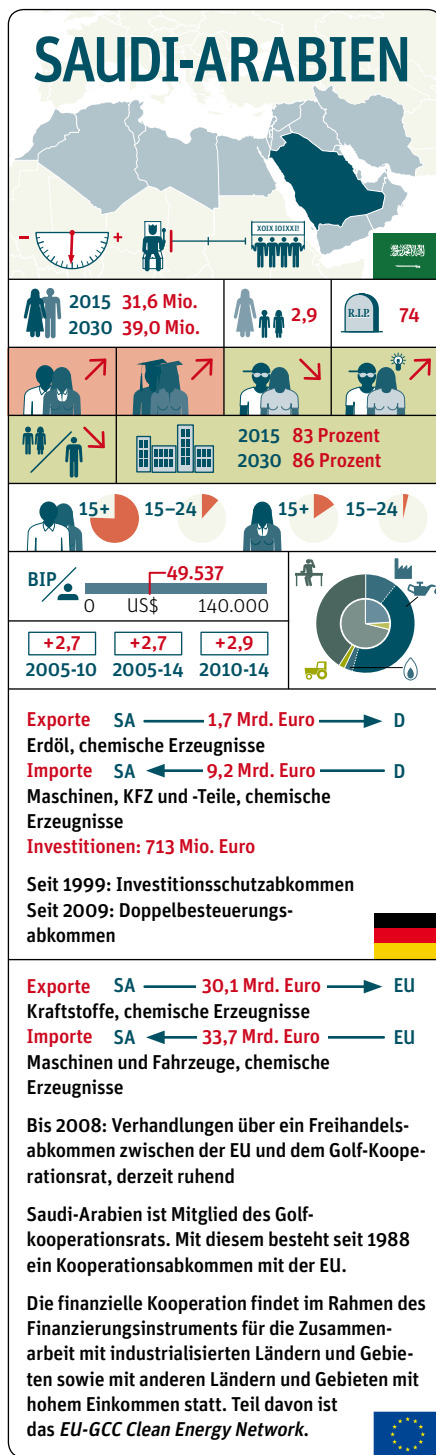
In vielen Bereichen vom Eherecht bis hin zur
Bewegungsfreiheit werden Frauen durch die
geltenden Gesetze benachteiligt.³⁰ Mit der
Einrichtung eines Frauenministeriums und der
Veröffentlichung eines regelmäßigen Berichts
der Statistikbehörde zur Lage von Frauen ist
die Geschlechtergerechtigkeit auf der politi-
schen Agenda nach oben gerückt.

Risikolage

Für eine funktionierende Wirtschaft, welche
die Menschen mit Arbeit versorgt und vor der
Armut bewahrt, gibt es in Gaza kaum eine
Grundlage. Bereits drei Jahre vor den letzten
israelischen Luftschlägen im Jahr 2014 hatten
die Vereinten Nationen davor gewarnt, Gaza
könne binnen zwanzig Jahren unbewohnbar
werden.³¹ Der neuerliche Konflikt hat enorme
Schäden angerichtet, deren Beseitigung ange-
sichts der Blockade und mangelnder Finanz-
mittel nahezu unmöglich ist und im günstigs-
ten Fall Jahre oder Jahrzehnte in Anspruch
nehmen dürfte.³² Hochproblematisch ist das
Schwinden der Süßwasservorräte, welche
bereits heute zu 95 Prozent verschmutzt sind
und bald gänzlich versiegen könnten.³³

Die Umsetzung der Ankündigung von Hamas
und Fatah, noch innerhalb des Jahres 2016
Wahlen zu veranstalten, wäre eine Grund-
voraussetzung für einen Ausweg aus der Krise.
Doch nur eine Einigung mit Israel würde den
Palästinensern eine realistische Perspektive
auf Ruhe und Entwicklung verschaffen.³⁴ Wie
unzufrieden diese mit ihrer Lage sind, zeigt
die wachsende Gewalt im Westjordanland,
die bereits als dritte Intifada bezeichnet wird
– also als palästinensischer Aufstand gegen
Israel.³⁵

In Anbetracht der zahlreichen neuen Kon-
fliktherde in der Region besteht außerdem die
Gefahr, dass die internationalen Geldgeber
künftig andere Schwerpunkte setzen und die
Hilfzahlungen zurückfahren.³⁶ Bereits jetzt
übersteigen die Ausgaben Palästinas die
Einnahmen.³⁷



Saudi-Arabien gehört zu den wenigen Mena-Ländern, in denen die Bevölkerung bisher wenig gegen ihre autokratische Regierung aufgebeht hat. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Erstens verfügt das Land über die größten nachgewiesenen Erdölreserven der Welt und kann es sich erlauben, den meisten seiner einheimischen Bewohner einen ungewöhnlichen Wohlstand bei hoher Sicherheit zu gewähren. Zweitens wurden die wenigen Proteste im Gefolge des Arabischen Frühlings in den Jahren 2011 und 2012 rasch niedergeschlagen.¹ Drittens ist das saudische Königshaus als Autorität weithin akzeptiert, unter anderem, weil die Menschen erleben konnten, welche Folgen das Chaos und das Blutvergießen in den benachbarten Ländern hatten. Diese Verhältnisse sind ein Alptraum für saudische Bürger, die seit den 1930er Jahren ein Leben ohne größere Konflikte führen konnten. Und viertens bezieht das Land seine Identität im Wesentlichen aus dem Wahhabismus, einer extrem konservativen Interpretation des sunnitischen Islam, der auch in der jungen Bevölkerung verankert ist und die Menschen eint.²

Das saudische Königreich ist eine der letzten noch existierenden absoluten Monarchien. Seine Regierenden verfügen über eine nahezu unbegrenzte Machtfülle. Der König ist gleichzeitig Staatsoberhaupt, Regierungschef sowie oberster Befehlshaber des Militärs und der Polizei. Er steht offiziell über jedem Gesetz. Oppositionsparteien sind ebenso verboten wie der Abfall vom Glauben, der unter Todesstrafe steht.³ Seit der Staatsgründung im Jahr 1932 ist das Hauptziel des Königshauses Al Saud, für nationalen Zusammenhalt sowie Sicherheit zu sorgen und extremistische Kräfte im eigenen Land auszuschalten. Die bisherigen Erfolge dieser Politik sind politische Stabilität und, damit verbunden, Saudi-Arabien's Verlässlichkeit als Öllieferant, der in der Vergangenheit auch Produktionsausfälle anderer Förderländer wie Libyen oder Irak ausgleichen konnte. Dies hat das Land trotz aller Kritik an der

harten Führung und der Menschenrechtslage zu einem wichtigen Partner der westlichen Welt, insbesondere der USA, gemacht.

Der seit Anfang 2015 amtierende neue König Salman ibn Abd al-Aziz Al Saud steht vor der großen Aufgabe, diese Stabilität zu erhalten. Dabei muss er bei massiv gesunkenen Öleinnahmen einen ausgefachten Wohlfahrtsstaat und steigende Militärausgaben finanzieren sowie die Wirtschaft diversifizieren. Er muss sein Land aus der Abhängigkeit von den Ölexporten lösen, weite Bevölkerungskreise auf einen stagnierenden oder gar sinkenden Lebensstandard vorbereiten und die wachsende junge Bevölkerung mit Arbeitsplätzen versorgen.

Demografische Lage

Das flächenmäßig größte Land im Nahen Osten hat in den vergangenen Jahren einen extremen demografischen Wandel erlebt. Die noch vor einem halben Jahrhundert überwiegend nomadische Bevölkerung lebt heute zu über 80 Prozent in Städten mit hochmoderner Infrastruktur.⁴ Der mit der Urbanisierung verbundene gesellschaftliche Wandel hat, zusammen mit einem gestiegenen Bildungsgrad, insbesondere unter Frauen, zu einem deutlichen Rückgang der Fertilitätsrate geführt. Lag diese noch bis in die 1980er Jahre bei über 7 Kindern je Frau, ist sie heute auf 2,9 abgesunken.⁵

Aufgrund der höheren Nachwuchszahlen in der Vergangenheit ist die saudische Bevölkerung noch sehr jung und wächst weiterhin stark – derzeit um etwa eine halbe Million pro Jahr. Seit 1960 hat sich die Zahl der Einwohner auf heute 32 Millionen verachtfacht.⁶ Die Bevölkerung wächst so schnell, dass sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf seit den frühen 1980er Jahren langsamer erhöht als die Zahl der Menschen.⁷ Etwa ein Drittel der Bevölkerung besteht aus zugewanderten

Arbeitskräften, darunter rund 100.000 internationale Experten sowie etwa zehn Millionen gering qualifizierte Gastarbeiter aus Asien und arabischen Ländern.

Rund die Hälfte aller Einwohner ist unter 25 Jahre alt, zwei Drittel sind unter 30. Die junge einheimische Bevölkerung, die zumindest formell recht gut qualifiziert ist und daraus gewisse Ansprüche ableitet, steht einer politischen Elite mit einem über 80-jährigen König gegenüber, dessen Kabinettsmitglieder ein Durchschnittsalter von 65 Jahren aufweisen. Dieser Altersunterschied und die damit einhergehenden Spannungen könnten zu dem wichtigsten Treiber für künftige politische Reformen werden.⁸

Wirtschaft

Die größte Volkswirtschaft der Mena-Region hat in Zeiten hoher Rohölpreise nach 2005 enorme Haushaltsüberschüsse erzielt. Bis März 2015 hatte Saudi-Arabien mit rund 750 Milliarden US-Dollar die dritthöchsten Devisenreserven der Welt nach China und Japan angehäuft.⁹ Doch seither ist der Ölpreis gefallen, unter anderem, weil sich Saudi-Arabien auf einen Preiskrieg mit Iran, Russland und der amerikanischen Fracking-Industrie eingelassen hat. Unerklärtes Ziel dieser Politik ist es, mit einer Überproduktion den Ölpreis unter die Förderkosten und Wettbewerber in den Ruin zu treiben. Bisher ist allerdings unklar, ob sich Saudi-Arabien dabei nicht vor allem selbst schadet: Derzeit gibt das Land wesentlich mehr aus, als es einnimmt, weshalb die Währungsreserven bis Februar 2016 um 150 Milliarden US-Dollar abgeschmolzen sind.¹⁰ Schätzungen gehen davon aus, dass sie bei gleichbleibender Ausgabenpolitik und einem anhaltend niedrigen Ölpreis in fünf Jahren aufgebraucht sind.¹¹

Die Ausgabenpolitik besteht einerseits darin, dass Saudi-Arabien einen Krieg im Jemen finanziert, die Unterstützung der Rebellen in Syrien sowie unter dem Siegel einer „isla-

mischen Bildung“ die weltweite Verbreitung des Salafismus und damit die Diffamierung anderer Glaubensgemeinschaften.¹² Andererseits sind die Ausgaben für die innere Sicherheit und das Militär seit Ausbruch des Arabischen Frühlings um 19 Prozent pro Jahr gestiegen und machen mittlerweile ein Viertel des Staatshaushalts aus.¹³ Gleichzeitig lässt sich die Regierung die Loyalität ihrer Landsleute einiges kosten: Über 100 Milliarden Dollar flossen seit 2010 in soziale Projekte und Stipendien.¹⁴ Das Gesundheitssystem ist gratis. Die Subventionen für Öl, Gas, Elektrizität und Trinkwasser summieren sich auf jährlich 62 Milliarden US-Dollar. Auf anderenorts übliche Einnahmequellen wie Einkommens- oder Mehrwertsteuern von einheimischen Bürgern und Unternehmen verzichtet der Staat bislang.¹⁵ Über 60 Prozent der Erwerbsbevölkerung arbeiten nicht, oftmals, weil sie es gar nicht nötig haben.¹⁶

Schlecht versorgt sind hingegen ausländische Billigarbeitskräfte, die im Schnitt weniger als 300 US-Dollar im Monat verdienen und praktisch keinen Zugang zu saudischen Sozialleistungen haben. Diese gewaltigen Einkommensunterschiede erklären, warum die Versuche der Regierung, Einheimische in Jobs des privaten Sektors unterzubringen, die zuvor von Gastarbeitern erledigt wurden, bislang wenig erfolgreich waren.¹⁷

Wie in anderen Rentierstaaten auch hängt die Volkswirtschaft noch immer stark von Rohstoffen ab. Industrie und Dienstleistungen tragen zusammen nur etwa zur Hälfte des Brutto sozialprodukts bei. Die Privatwirtschaft entwickelt sich zwar stetig, schafft aber bisher viel zu wenige Jobs für die stark wachsende Erwerbsbevölkerung. Offiziellen Angaben zufolge liegt die Arbeitslosigkeit unter 15- bis 24-Jährigen bei fast 30 Prozent.¹⁸

Welche Probleme auf dem Arbeitsmarkt herrschen, hat schon 2010 Khalid A. Al-Falih, der Vorstandsvorsitzende der staatlichen

Ölkonzerns Aramco, deutlich gemacht: Die Wirtschaft des Landes, erklärte er, müsse um jährlich acht Prozent wachsen, damit sie innerhalb eines Jahrzehntes die notwendigen vier Millionen neuer Jobs schaffe.¹⁹ Tatsächlich betrug das Wirtschaftswachstum in der Vergangenheit aber nur drei bis fünf Prozent. Mittlerweile ist es durch den niedrigen Ölpreis auf zwei bis drei Prozent gesunken und die Prognosen von Weltbank oder IWF geben keine bessere Aussicht für die Zukunft.^{20,21}

Mittelfristig muss sich Saudi-Arabien von jenem Stoff unabhängig machen, auf dem sein ganzer Reichtum gründet – schon aus eigenem Interesse: Der verschwenderische Umgang mit der vermeintlich billigen Energie hat dazu geführt, dass fast ein Drittel des geförderten Erdöls im eigenen Land verbraucht wird – 3,2 Millionen Fass pro Tag. Steigt der Verbrauch weiter wie bisher, was angesichts des Bevölkerungswachstums nicht auszuschließen ist, wäre Saudi-Arabien Studien zufolge um das Jahr 2030 herum gezwungen, selbst Öl zu importieren.²² Auch aufgrund solcher Erkenntnisse plant die Regierung über die nächsten 20 Jahre 16 Atomkraftwerke. Ob sich diese gewaltigen Investitionen überhaupt finanzieren lassen, ist allerdings ungewiss.²³ Aufgrund des niedrigen Ölpreises hat das Land ein Solarprogramm bereits weitgehend kassiert.²⁴

Als Antwort auf die vielfältigen Herausforderungen plant das Königshaus jetzt das umfassendste Reformprogramm seit Staatsgründung mit dem Namen „Saudi 2030“. Es soll den BIP-Anteil aus Ölverkäufen von 47 auf 11 Prozent reduzieren und das Ende der Ressourcenabhängigkeit durch Jobs in der Privatwirtschaft garantieren. Für das Liberalisierungsprogramm müsste der König jedoch den Einfluss der religiösen Führer deutlich einschränken. Zudem ist bislang unklar, mit welchen Mitteln der geplante Staatsfonds in Höhe von zwei Billionen US-Dollar aufgebaut werden soll, der für die Finanzierung der notwendigen Investitionen nötig wäre.²⁵

Bildung

Saudi-Arabien hat die Bedeutung von Bildung für eine moderne Volkswirtschaft längst erkannt: Es herrscht eine allgemeine Schulpflicht für neun Jahre. Der Staat trägt alle Bildungskosten bis hin zu einem Hochschulabschluss und vergibt Tausende von Stipendien für Studien im Ausland – auch für Frauen. Im Haushalt 2016 sind 23 Prozent für Bildung und Forschung vorgesehen, eines der höchsten Bildungsbudgets weltweit.²⁶

Doch dieser Aufwand steht in keinem Verhältnis zur Qualität der Bildung: Frontalunterricht, Auswendiglernen und Religionsunterricht dominieren vielfach den Alltag der Schüler. Lehrpläne haben sich an die Regeln des Koran und der Scharia zu halten. In einer Studie der amerikanischen Organisation *Freedom House* werden sie als „Curricula der Intoleranz“ bezeichnet.²⁷ Die Mehrheit der jungen Menschen glaubt Umfragen zufolge nicht, dass ihre Ausbildung sie auf das wirkliche Berufsleben vorbereitet.²⁸

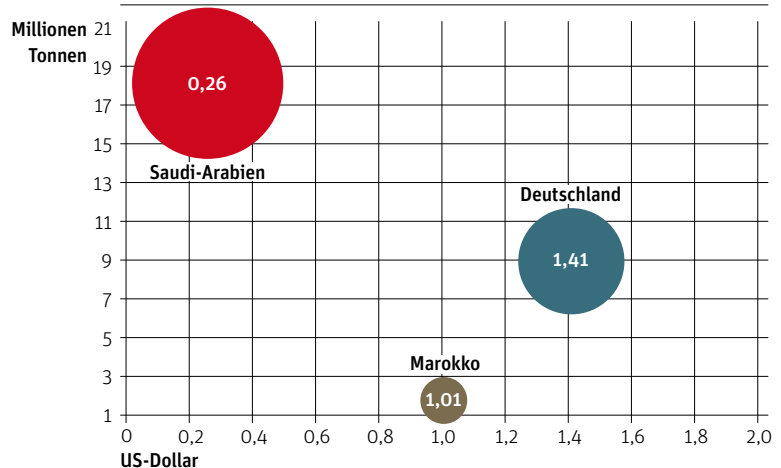
Wie in den anderen Golfstaaten auch streben die meisten Jungakademiker in den sicheren Staatsdienst, der zwar rund zwei Drittel aller beschäftigten Saudis einen Job bietet, aber längst nicht mehr alle Bewerber aufnehmen kann.²⁹ So kommt es, dass die Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen bei 43 Prozent liegt und damit deutlich höher als unter Personen ohne höhere Qualifikation.³⁰ Dennoch lassen sich nur 9 Prozent der jungen Saudis für eine praktische berufliche Ausbildung gewinnen. Der OECD-Schnitt liegt bei 45 Prozent.³¹

Um eine höhere Wertschöpfung jenseits des Ölgeschäftes zu erzielen und eine wissensbasierte Wirtschaft aufzubauen, hat die Regierung massiv in den Ausbau von Universitäten investiert. Ziel ist, sie zu „Weltklasse“-Hochschulen zu machen. Gab es 2003 noch 8 staatliche Universitäten, waren es zehn Jahre später 25, darunter die weltweit größte Hoch-

Subventionierter Klimaschaden

Die Golfstaaten können es sich erlauben, den Treibstoff im eigenen Land weit unter den Gestehungskosten zu verkaufen. Doch der derzeitige, kostspielige Kampf um den Ölpreis zwingt die Saudis zu einem Wechsel: Gab es den Sprit lange Zeit für umgerechnet etwa 10 US-Cent, kostet er heute 26 Cent. Damit nimmt die Regierung zwar mehr Geld ein, aber zur Sparsamkeit verführt dieser Preis noch nicht. Deshalb liegen die CO₂-Emissionen Saudi-Arabiens doppelt so hoch wie in Deutschland. Marokko muss Erdöl importieren und ist zu arm um wesentliche CO₂-Mengen zu emittieren.

CO₂-Emissionen pro Kopf in Millionen Tonnen, 2011; Benzinpreis pro Liter in US-Dollar, 2016 (Datengrundlage: Weltbank³³, globalpetrol-prices.com³⁴)



schule nur für Frauen. Private Einrichtungen mitgezählt bildeten die Universitäten 2013 rund 1,2 Millionen Studenten aus. Doch Kritiker bemängeln, dass es den einheimischen Professoren an Erfahrung mangle, dass kein kritisches Denken geschult und dass der Wissenszugang behindert werde, indem die Zensur Websites blockiere. Zudem seien die Forschungsleistungen der üppig ausgestatteten Hochschulen gering und Erfolge meist von ausländischem Fachpersonal abhängig.³²

Unternehmertum

Entwicklungsexperten sehen rohstoffreiche Länder wie Saudi-Arabien, in denen die Einnahmen lange Zeit quasi von alleine fließen, in der „Ressourcenfalle“. Unter diesen Bedingungen können sich Unternehmertegeist und Innovation nur schwer entfalten.³⁵ Auch in diesem Feld hat schon die vorherige Regierung Reformen eingeleitet, hat die Rechtssicherheit verbessert und den Zugang

zu Kapital erleichtert.³⁶ Dennoch wagen sich sehr wenige Saudis in das Abenteuer einer Firmengründung. Saudi-Arabien rangiert im *Ease of Doing Business Index* der Weltbank lediglich auf Platz 82 von 189 untersuchten Ländern und auf Platz 7 unter den Mena-Kandidaten. Insbesondere bei der Frage, wie leicht es ist, ein Unternehmen zu gründen und wie sich Insolvenzen abwickeln lassen, schneidet das Königreich schlecht ab. Zudem, heißt es in dem Report, rechtfertigte der Bildungsstand der Bevölkerung nicht die hohen Einkommen.³⁷

Im *Global Entrepreneurship Index* schneidet das Land in folgenden Kategorien schlecht ab: in der Risikobereitschaft, bei der Prozessinnovation und bei der Aufnahmefähigkeit für technische Neuerungen, allesamt Fähigkeiten, die für den Aufbau von wettbewerbsfähigen Start-ups unverzichtbar sind.³⁸

Geschlechtergerechtigkeit

Auch was die Stärkung der Frauen in der Gesellschaft anbelangt, hat sich der vormalige König gegen die massive Kritik der einflussreichen Kleriker für Reformen eingesetzt.³⁹ Der Monarch berief die erste Frau in die Regierung und eröffnete den Frauen ab 2015 das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene. Ihm ist es zu verdanken, dass sich die Frauen wie vielerorts auf der Welt an den Universitäten durchsetzen konnten und langsam auch ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Frauen erzielen im Schnitt bessere Abschlüsse als Männer und stellen mittlerweile die Mehrheit unter den Lehrern und Professoren. Heute können Frauen in fast jedem Beruf tätig werden, müssen aber vollverschleiert arbeiten. Trotz seiner Machtfülle wagt der König bislang nicht, die religiös begründete Geschlechtertrennung aufzuheben, wonach Frauen beispielsweise nicht selbst Auto fahren und nicht gemeinsam mit Männern öffentliche Veranstaltungen besuchen dürfen. Frauen sind nicht geschäftsfähig und benötigen für ein Rechtsgeschäft das Placet eines männlichen Vormundes. Das kann der Vater, ein Bruder, Onkel beziehungsweise der Ehemann sein.⁴⁰ Dennoch sind Frauen mittlerweile vermehrt als erfolgreiche Unternehmerinnen aktiv.⁴¹ Im *Global Gender Gap Index* des *World Economic Forum* landet Saudi-Arabien weit abgeschlagen auf Platz 134 von 145 Ländern, ist in dieser Liga der Frauenbenachteiligung aber in Gesellschaft der meisten Mena-Länder, mit Ausnahme von Israel.⁴² Der neue König Abdullah hat zudem einige der Reformen seines Vorgängers unter dem Druck der religiösen Hardliner wieder revidiert und beispielsweise die einzige Ministerin, zuständig für den Bildungsbereich, kurz nach seiner Machtübernahme entlassen.⁴³

Risikolage

Trotz der weitgehenden Ruhe im Lande droht Saudi-Arabien eine Gefahr vor allem aus dem Inneren: Der islamische Fundamentalismus, den das Land weltweit unterstützt, kann sich jederzeit auch gegen das saudische Regime richten, zumal Saudi-Arabien enge Verbindungen zu den USA und anderen westlichen Regierungen hält. So hat Abu Bakr al-Baghdadi, der selbsternannte Kalif des „Islamischen Staates“, immer wieder zum Sturz des saudischen Königshauses aufgerufen, obwohl sich der IS ebenso wie Al-Qaida auf den Wahhabismus beruft. Für die Bürger des Landes ist es kaum möglich, zwischen der eigenen Staatsideologie und jener der IS-Terroristen zu unterscheiden. Unter anderem deshalb verfolgt Saudi-Arabien den islamistischen Terrorismus, den es andernorts zumindest duldet, im eigenen Land mit aller Härte.^{44,45}

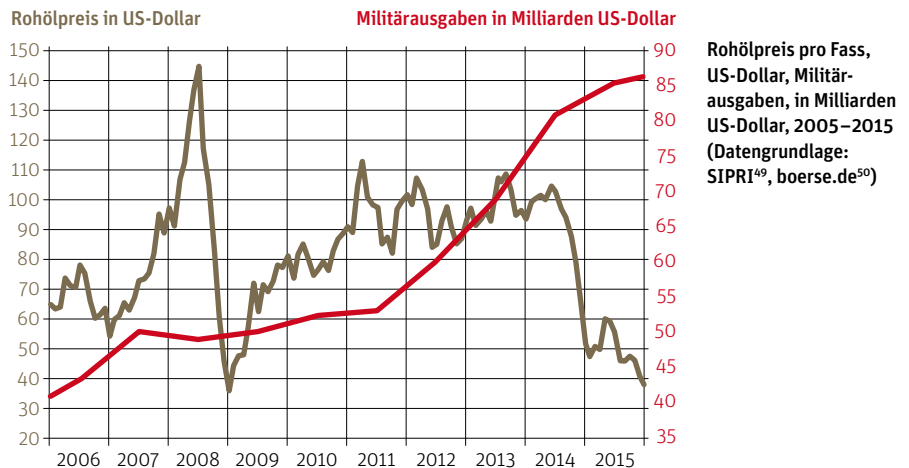
Weiteres Unruhepotenzial birgt die schiitische Minderheit im Land, die in den ölreichen östlichen Provinzen Saudi-Arabiens zwei Drittel

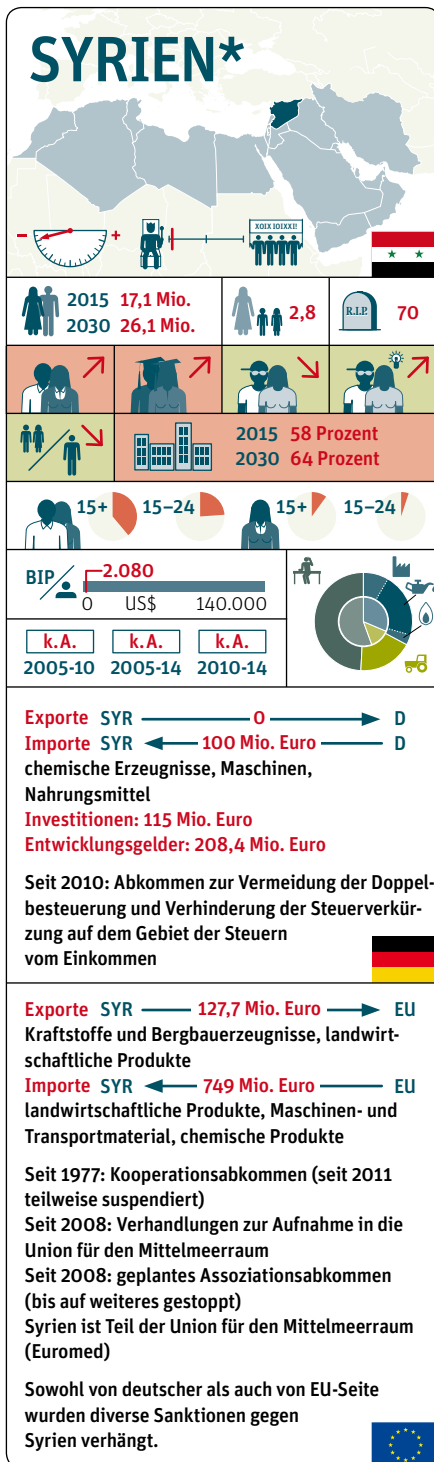
der Bevölkerung stellt. Schiiten gelten nach der strengen Vorstellung der Wahhabismus als Ungläubige und sind erheblichen Diskriminierungen ausgesetzt.⁴⁶

Der eigentliche Konflikt mit dem schiitischen Islam gründet allerdings auf dem Kampf um die regionale Vormachtstellung mit der Islamischen Republik Iran. Die zweite Großmacht am Golf, die zudem Allianzen mit Irak und dem Regime von Baschar al-Assad geschmiedet hat, hätte nach einem Ende der Sanktionen das wirtschaftliche, technologische und intellektuelle Potenzial, Saudi-Arabien weit hinter sich zu lassen. Vor allem deshalb führt das Königreich den Ölpreiskrieg und deshalb hat es sich auf einen militärischen Konflikt in Jemen eingelassen, wo Iran die Huthi-Rebellen unterstützt. Aber selbst wenn es der saudisch geführten Militäralliance gelänge, die Huthi aus den wichtigsten Gebieten um die Hauptstadt zu vertreiben, würden sie sich in die dünner besiedelten Gebiete im Norden des Landes an die Grenze zu Saudi-Arabien zurückziehen, wo sie eine weit größere Gefahr für die innere Sicherheit des Königreiches bedeuten.^{47,48}

Weniger Einnahmen – mehr Militärausgaben

Der seit fast zwei Jahren deutlich gesunkene Preis für Rohöl belastet den saudischen Staatshaushalt. Umgekehrt gibt die Regierung viel aus, um die einheimische Bevölkerung ruhig zu stellen, unter anderem dadurch, dass sie keine Steuern kassiert. Weil gleichzeitig die Militärausgaben, etwa für den Krieg in Jemen, steigen, schmelzen die Devisenreserven des Landes bereits massiv ab. Saudi-Arabien verzeichnete 2015 die drittgrößten Militärausgaben weltweit, nach den USA und China und noch vor Russland.





Als der 34-jährige Baschar al-Assad im Jahr 2000 die Regierungsgeschäfte von seinem Vater Hafiz übernahm, sah es zunächst so aus, als würde sich Syrien öffnen: Bald nach seinem Amtsantritt entstanden neue, unabhängige Zeitungen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen und die Syrer konnten offen Kritik an den politischen Verhältnissen üben. Doch der sogenannte Damaszener Frühling währte nur kurz. Nach einigen Monaten ruderte Assad zurück und nahm den repressiven Regierungsstil seines Vaters an. In der Wirtschaftspolitik aber behielt er einen Liberalisierungskurs bei. Assad war klar, dass eine Verwaltung mit 1,4 Millionen Staatsangestellten sowie kostspielige Subventionen bei einer stark wachsenden Bevölkerung nicht mehr tragfähig waren.¹ Syrien bezog die Hälfte seines Budgets aus Öleinnahmen. Doch der inländische Verbrauch war inzwischen so groß, dass das Land selbst zum

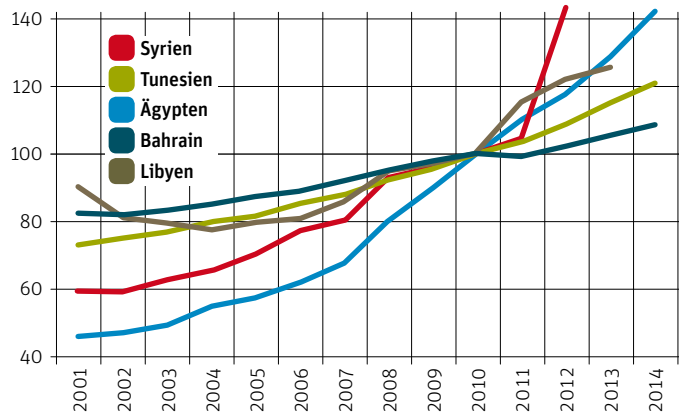
Importeur geworden war und sich auf die Suche nach alternativen Einnahmequellen machen musste.²

Assad wollte deshalb die Wirtschaft nach dem Vorbild des chinesischen Staatskapitalismus umbauen und die Privatwirtschaft, insbesondere die Textilindustrie, stärken.³ Zwar gelangen ihm mit der Einführung eines privaten Bankensystems im Jahr 2004 und der Eröffnung der syrischen Börse im Jahr 2009 wichtige Schritte in diese Richtung, doch insgesamt kam der avisierte Strukturwandel nur schleppend voran und diente im Wesentlichen jenen, die über gute Kontakte zum Regime verfügten: Besondere Berühmtheit erlangte Rami Makhlouf. Der Vetter Assads kontrollierte Schätzungen zufolge rund 60 Prozent der syrischen Wirtschaft.⁴ Während eine kleine Elite Reichtümer anhäufte, brachte eine Dürreperiode zwischen 2006 und 2010 viele syrische Familien

Steigende Preise

In den Jahren vor dem Arabischen Frühling war das Leben in den später von den Rebellionen betroffenen Ländern zunehmend teuer geworden. Alltägliche Waren wie Nahrungsmittel, Strom oder Kleidung wurden für viele Bürger unerschwinglich. Als in Syrien die Proteste begannen, lebte jeder Dritte unterhalb der nationalen Armutsgrenze.³

Konsumpreisindex, 2010 = 100



Preisindex für Waren des täglichen Bedarfs, Index (2010=100), 2010–2014 (Datengrundlage: Weltbank⁶).

* Über die derzeitige demografische Lage in Syrien gibt es kaum belastbare Angaben. Die hier dargestellten Daten geben eine Übersicht über Prognosen zur Alterszusammensetzung aus dem Jahr 2010 des Wittgenstein Centre, Schätzwerte zur Einwohnerzahl, Fertilität und Lebenserwartung des Population Reference Bureau, sowie Angaben zur Urbanisierungsrate der Vereinten Nationen. Das Länderkapitel bezieht sich an einigen Stellen auf aktuelle Analysen, die von diesen Daten abweichen.

an den Rand ihrer Existenz.⁷ 1,5 Millionen Landbewohner siedelten in die Städte um, wo es ihnen kaum besser ging.⁸ Ein Drittel der Syrer lebte zu dieser Zeit unterhalb der Armutsgrenze.⁹

Der Arabische Frühling in den Nachbarländern lieferte vielen Syrern den Anstoß, ebenfalls gegen die Vetternwirtschaft und die sich stetig verschlechternden Lebensbedingungen zu demonstrieren. In keinem anderen Land der Mena-Region waren die Folgen der arabischen Protestwelle so tiefgreifend und verheerend.

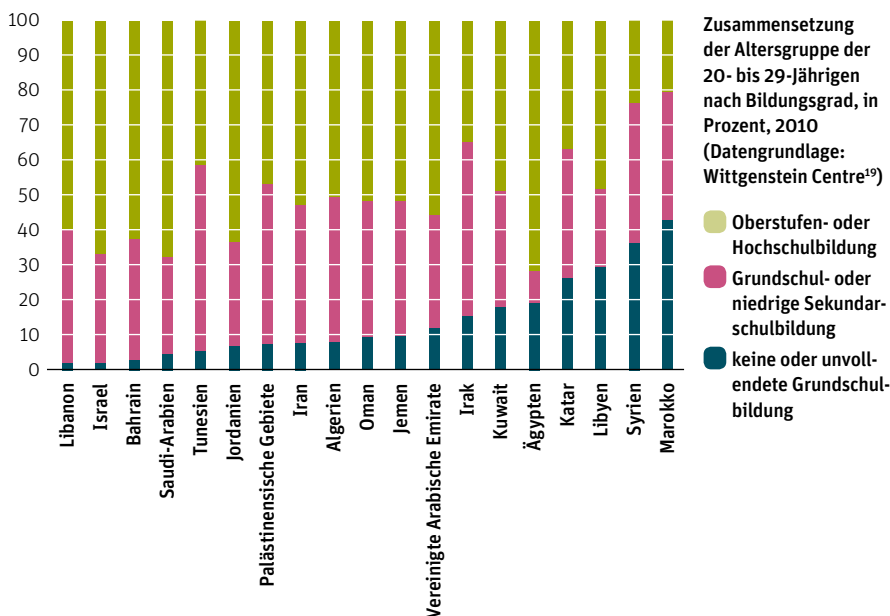
Demografische Lage

Zu Beginn des Kriegs lebten in Syrien rund 21 Millionen Menschen.¹⁰ Damalige Prognosen nahmen an, dass bis ins Jahr 2015 eine Million hinzukommen würde.¹¹ Heute leben Schätzungen zufolge nur noch zwischen 15 und 18,5 Millionen Menschen in Syrien.^{12,13} Der Krieg hat nicht nur eine Viertelmillion Opfer gefordert, sondern löste auch einen anhaltenden Exodus aus: Im Frühjahr des Jahres 2016 waren 4,8 Millionen Syrer beim Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen registriert.¹⁴ Hinzu kamen vermutlich weitere zwei Millionen, die sich auf der Flucht bei keiner Behörde gemeldet hatten.¹⁵ Die Europäische Union zählte rund 900.000 syrische Asylbewerber.^{16,17} Innerhalb von fünf Jahren hat damit rund ein Drittel der damaligen syrischen Bevölkerung das Land verlassen. Nicht eingerechnet sind weitere 1,2 Millionen Menschen, welche nicht als Flüchtlinge, sondern als Arbeitsmigranten ins Ausland gegangen sind.¹⁸

Niedriger Bildungsstand

Die syrische Bevölkerung gehört zu den am schlechtesten gebildeten der Mena-Region. Im Jahr 2010 hatte mehr als ein Drittel der 20- bis 29-Jährigen nicht einmal die Grundschule abgeschlossen, nur knapp ein Viertel hatte eine Oberstufe oder die Hochschule besucht. Die älteren Jahrgänge waren noch deutlich schlechter qualifiziert und gerade unter den Frauen gibt es viele Analphabetinnen. Da besser Qualifizierte eher über Mittel und Wege verfügen, in Krisensituationen auszuwandern, gilt es als wahrscheinlich, dass ein Großteil der syrischen Akademiker das Land verlassen hat. Wenn sie nach dem Krieg nicht zurückkehren, werden sie dem Land beim Wiederaufbau als Ingenieure, Lehrer und Ärzte fehlen.

Prozent



Diejenigen, die noch im Land leben, kämpfen mit den dramatischen Folgen des Krieges. Beinahe acht Millionen waren im April 2016 innerhalb des Landes auf der Flucht, rund eine halbe Million lebte in Gegenden, die durch internationale Hilfsorganisationen kaum zu erreichen waren, 150.000 davon waren in den belagerten Gebieten gänzlich von jedweder Versorgung abgeschnitten.^{20,21} Fünf Millionen Syrer haben keinen verlässlichen Zugang zur Grundversorgung mit Nahrung, Medizin, Wasser und Strom.²² Der Krieg hat das Land in seiner Entwicklung um geschätzte 40 Jahre zurückgeworfen.²³ Die Lebenserwartung ist von etwa 70 Jahren auf vermutlich nur noch 55 Jahre gesunken.²⁴

Wirtschaft

Während der fünf Kriegsjahre ist die syrische Wirtschaft fast vollständig kollabiert. Die Ölquellen sind zu großen Teilen dem „Islamischen Staat“ und der kurdischen Opposition in die Hände gefallen. Der Tourismussektor, vor dem Krieg die zweitwichtigste Wirtschaftssparte, liegt brach.²⁵ Die industrielle Infrastruktur ist beinahe gänzlich zerstört, Straßen und Handelswege innerhalb des Landes sind unsicher und kaum befahrbar und inzwischen muss Syrien fast alle notwendigen Produkte aus dem Ausland einführen.²⁶ Immer mehr Menschen sind

abhängig von der Landwirtschaft, die direkt oder indirekt Tausende syrischer Familien mit Nahrung oder einem kleinen Einkommen versorgt.²⁷

In den von Assad kontrollierten Gebieten garantierte der Staat lange Zeit über Subventionen einigermaßen bezahlbare Nahrungsmittel- und Strompreise.²⁸ Nach wie vor ist er der größte Arbeitgeber im Land.²⁹ Das Budget dafür stammt aus den beiden staatlichen Mobilfunkkonzernen und vor allem aus milliardenschweren Krediten von Russland und Iran.³⁰ Doch inzwischen belasten die immensen Militärausgaben die Staatskassen so sehr, dass sich die Regierung im Jahr 2015 gezwungen sah, die Unterstützungsleistungen für die Bevölkerung stark zurückzufahren.³¹ Die Preise sind in den vergangenen Jahren so stark gestiegen, dass viele Syrer sich lebensnotwendige Produkte kaum noch leisten können.³² Das *Syrian Center for Policy Research*, ein UN-gestützter *Thinktank*, beziffert den bisherigen wirtschaftlichen Verlust durch den Krieg zum Ende des Jahres 2015 auf 255 Milliarden US-Dollar.³³

Nach einem Ende des Krieges müsste die syrische Infrastruktur vollkommen neu aufgebaut werden.³⁴ Für ausländische Investoren könnte sich daraus ein enormes Geschäft ergeben. In den vergangenen Monaten ist das Interesse des Auslands am möglichen Wiederaufbau in Syrien gewachsen.³⁵ Vor allem Russland und Iran, aber auch lateinamerikanische Staaten haben ihre Wirtschaftsbeziehungen zu dem Land aufgewärmt.^{36,37}

Bildung

Bereits vor dem Beginn des Konflikts zählte die syrische Bevölkerung zu einer der am schlechtesten gebildeten in der Mena-Region. Zwar hatte 2010 beinahe jeder Schüler zwischen 15 und 29 Jahren einmal eine Schule besucht, doch ein Viertel von ihnen hatte es nicht einmal bis zum Ende der Grundschule gebracht.³⁸ Auch ein Sekundarschulbesuch war kein Garant für eine einigermaßen gute Bildung: In einem internationalen Test der mathematischen Fähigkeiten von Achtklässlern konnte 2007 beinahe die Hälfte der syrischen Jugendlichen bestenfalls die einfachsten Aufgaben lösen.³⁹

Heute kann von einem funktionierenden Bildungssystem kaum mehr die Rede sein. Im Jahr 2013 (letzte verfügbare Zahl) besuchten beinahe 30 Prozent der Kinder im Grundschulalter und über 40 Prozent der Kinder im Sekundarschulalter keine Schule.⁴⁰ Aus Sorge vor Angriffen behalten Eltern ihre Kinder häufig zu Hause. Viele sind durch die anhaltende Unterernährung zu schwach für den Unterricht, andere arbeiten, um ihre Familien zu unterstützen.^{41,42} Hunderte von Schulgebäuden wurden zerstört, Tausende Lehrer sind geflohen oder gestorben.⁴³

Besonders schlecht sind die Bildungschancen für Kinder auf der Flucht. Schätzungen zufolge besucht gerade einmal ein Drittel der syrischen Flüchtlingskinder eine Schule.⁴⁴ In den IS-Gebieten haben die Machthaber die Lehrpläne auf streng religiösen Unterricht umgestellt und verhindern damit jede moderne Schulbildung.⁴⁵ Mädchen besuchen dort nur noch bis ins Alter von zehn Jahren eine Schule.⁴⁶ Die Kinder Syriens gelten als „verlorene Generation“. In Friedenszeiten werden sie dem Land als qualifizierte Arbeitnehmer, Unternehmer und Politigestalter fehlen.

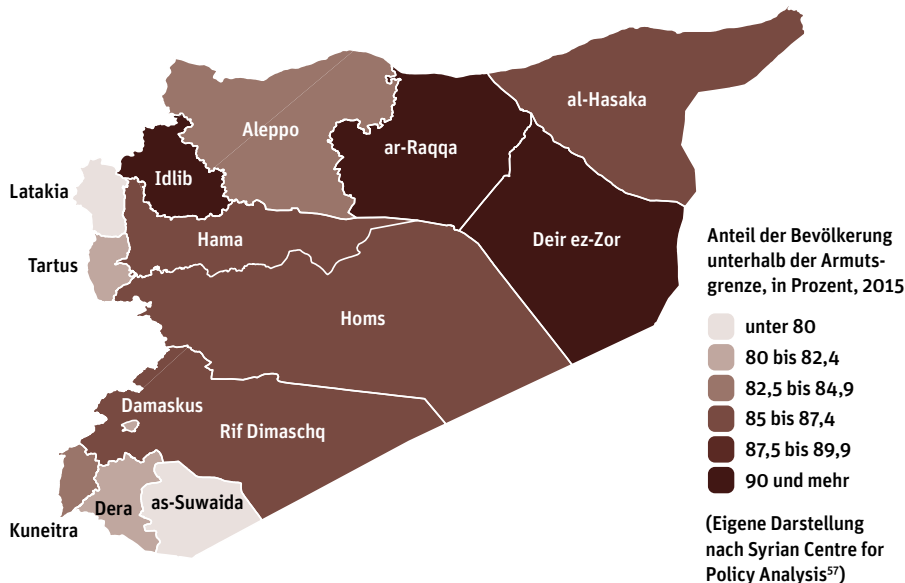
Unternehmertum

Vor dem Krieg war die syrische Unternehmenslandschaft wie in den meisten Mena-Ländern durch wenige große Staatskonzerne und viele, kaum produktive Kleinstunternehmen geprägt.⁴⁷ Sein Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der syrischen Privatwirtschaft zu stärken, hatte Assad weitestgehend verfehlt.⁴⁸ Mit Platz 143 von 183 im *Ease of Doing Business Index* zählte das Land im Jahr 2010 als einer der schlechtesten Geschäftsstandorte weltweit, unter den Mena-Ländern stand nur Irak noch schlechter da (Platz 153).⁴⁹ Der Krieg hat die Lage weiter verschlechtert. Aus- und inländische Kapitalgeber schrecken vor Investitionen in dem Land zurück.⁵⁰ Viele Unternehmer haben ihre Geschäfte ins Ausland verlegt, andere wurden zwangsenteignet oder haben ihre Gebäude und Gerätschaften infolge der Gefechte verloren.^{51,52} Die finanzielle Unterstützung der Regierung für die Beseitigung von Kriegsschäden ist gering.⁵³

Zu Beginn des Jahres 2016 verabschiedete das syrische Parlament Gesetze zur Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen.⁵⁴ Das Regime hofft auf Unterstützung durch die internationalen Geberländer, zu deren Entwicklungsstrategie die Stärkung der Privatwirtschaft zählt.⁵⁵

Durch den Krieg verarmt

Rund 85 Prozent leben unterhalb der Armutsgrenze. Besonders schlecht geht es den Menschen in den umkämpften Regionen. In ar-Raqqa kontrolliert der „Islamische Staat“ weite Gebiete. Um diese zu befreien, flogen die alliierten Streitkräfte unter Führung der USA Luftangriffe.⁵⁶ Mehr als neun von zehn Bewohnern in ar-Raqqa gelten als arm.



Geschlechtergerechtigkeit

Wie sein Vater Hafiz gehört auch Baschar al-Assad der sozialistischen Baath-Partei an, die programmgemäß Frauen und Männer dieselben Rechte zugesteht.⁵⁸ Doch die ausdrückliche Gleichstellung von Frauen in der syrischen Verfassung wurde niemals umgesetzt. Unter Assad hat sich ihre Lage sogar zusehends verschlechtert. Alleine zwischen 2007 und 2010 fiel das Land im *Global Gender Gap Index* des Weltwirtschaftsforums von Platz 103 unter 128 Ländern auf Platz 124 von 134 Ländern zurück – unter

anderem, weil religiöse Werte unter Baschar al-Assad eine wachsende Bedeutung erhielten und sich die Regierung von der strikten Trennung von Staat und Religion entfernte.^{59,60}

Im syrischen Bürgerkrieg ist die Lage für Frauen unerträglich geworden. Da viele Männer im Krieg kämpfen oder gefallen sind, sind sie bei der Versorgung ihrer Familien auf sich alleine gestellt.⁶¹ Wenn sie fliehen, sind sie physischer und sexueller Gewalt oft schutzlos ausgeliefert.⁶² Besonders schlimm ist die Lage der Frauen in den Gebieten des IS, wo sie aus dem öffentlichen Leben verbannt und dem Willen der Männer untergeordnet sind.⁶³ Krieger des IS halten Frauen aus der jesidischen Minderheit als Sex-Sklavinnen und bieten sie auf Märkten feil.^{64,65}

Risikolage

Was als Auseinandersetzung zwischen syrischer Opposition und Regierung begann, hat sich zu einem der komplexesten Konflikte seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelt. Die Krise hat eine Vielzahl lokaler und regionaler Gruppierungen mit den verschiedensten Interessen auf den Plan gerufen. Am schlagkräftigsten und am besten organisiert sind dabei die kurdischen Oppositionsparteien sowie die Extremisten des IS.⁶⁶ Ihnen gelingt es, semistaatliche Strukturen aufrecht zu erhalten und die Menschen in den Gebieten unter ihrer Kontrolle einigermaßen zu versorgen.⁶⁷ Überlagert wird der brutale Bürgerkrieg durch den Kampf zwischen Iran und Saudi-Arabien um die Vormachtstellung im Nahen Osten. Auch versucht Russland in Syrien, seine Position in der Region neu zu definieren.

Während dieser Text entsteht, ist es den syrischen Regierungstruppen mit Unterstützung der russischen Luftwaffe gelungen, den IS aus einigen Gebieten, darunter die Weltkulturerbe-Stadt Palmyra, zurückzudrängen. Seit einigen Wochen gilt eine brüchige Waffenruhe zwischen Regierung und Opposition, erneute Friedensverhandlungen stehen unmittelbar bevor. Doch welche Parteien letztlich am Verhandlungstisch akzeptiert werden und welche Rolle Baschar al-Assad im künftigen syrischen Staat spielen wird, ist bislang offen.⁶⁸ Millionen von Flüchtlingen in Europa sowie die Terroranschläge in Paris und in Brüssel durch den „Islamischen Staat“ haben den Druck auf die internationalen Akteure, eine Lösung für die Krise zu finden, deutlich erhöht.⁶⁹

ANMERKUNGEN UND QUELLEN

Übersichtstabellen

Sofern nicht anders ausgewiesen basieren alle Übersichtstabellen in den Länderkapiteln auf folgenden Quellen. Bei einigen Datenangaben handelt es sich um eigene Berechnungen auf Basis der angegebenen Quellen.

Auswärtiges Amt (2016): Länderinformationen. Berlin. Online: bit.ly/1Xv3map (13.4.2016).

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2016): Bi- und multilaterale Netto-ODA nach Ländern 2010-2014. Berlin. Online: bit.ly/1T3CbCr (13.4.2016).

Center for Systemic Peace (2014): Polity IV Project. Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-2014. Vienna, Virginia, USA. Online: bit.ly/22eD5yi (5.4.2016).

CIA (2016): The World Factbook. Washington, D.C. Online: 1.usa.gov/1Xv3E10 (13.4.2016).

Europäische Kommission (2016): Trade. Countries and Regions. Brüssel. Online: bit.ly/20Bbkj (13.4.2016).

Germany Trade and Invest (2015): Wirtschaftsdaten kompakt. Berlin. Online: bit.ly/1VIGbBs (13.4.2016).

ILO (2015): Key Indicators of the Labour Market. Ninth Edition. Genf. bit.ly/1RXgbf7 (15.1.2016).

Wittgenstein Centre for Demography and Human Capital (2015): Wittgenstein Centre Data Explorer. Version 1.2 2015. Wien. Online: bit.ly/1RzF1Qn (12.1.2016).

World Bank (2016): World-DataBank. World Development Indicators. Washington, D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (13.4.2016).

Population Reference Bureau (2015): 2015 World Population Data Sheet.

Washington, D.C. Online: bit.ly/1SwqFN8 (1.2.2016).

UNDESA (2015). World Urbanization Prospects. The 2014 Revision. New York. Online: bit.ly/1SOSLAq (13.4.2016).

World Bank (2015): World-wide Governance Indicators. Online: bit.ly/1MgluTP (13.4.2016). Europäische Union Auswärtiger Dienst: Länder. Brüssel. Online: bit.ly/23u3nCo (13.4.2016).

Bahrain Beitrag zum BIP in Prozent (2015): Kingdom of Bahrain Central Informatics Organisation (2015): Bahrain Open Data Portal. Online: bit.ly/1XbM6XI (12.1.2016).

Beschäftigungsquote (diverse Jahre): Labour Market Regulatory Authority Bahrain (diverse). Sanabis. Online: bit.ly/235dVrF (12.1.2016).

Kuwait Beschäftigungsquote: State of Kuwait Central Statistical Bureau (2015): Labor Force Survey (October - December) 2014. Kuwait City. Online: bit.ly/1TvX5vO (12.1.2016).

Oman Beschäftigungsquote: Sultanate of Oman National Centre for Statistics and Information: Statistical Year Book 2015. Issue 43. Muskat. Online: bit.ly/1REckBM (3.1.2016); eigene Berechnungen.

Irak Aus Mangel an aktuellen Erhebungen handelt es sich bei der Beschäftigungsquote um eine Schätzung der International Labor Organization.

Libanon Aus Mangel an aktuellen Erhebungen handelt es sich bei der Beschäftigungsquote um eine Schätzung der International Labor Organization.

Saudi-Arabien Beschäftigungsquote: Central Department of

Statistics and Information Saudi-Arabia (2015): Labour Force Survey 2015. Riyadh. Online: bit.ly/25KTaQK (3.1.2016); eigene Berechnungen.

Vorwort

¹ Population Reference Bureau (2015): 2015 World Population Data Sheet. Washington, D.C. Online: bit.ly/1SwqFN8 (1.2.2016).

² Stockholm International Peace Research Institute (2015): SIPRI Military Expenditure Database. Stockholm. Online: bit.ly/1VpJrL1 (10.2.2016).

³ World Bank (2016): World-DataBank. World Development Indicators, Washington D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (1.5.2016).

⁴ Schiffbauer, Marc; Sy, Abdoulaye; Hussain, Sahar; Sahnoun, Hania; Keefer, Philip. 2015. Jobs or Privileges: Unleashing the Employment Potential of the Middle East and North Africa. MENA Development Report. Washington, D.C.: World Bank. Online: bit.ly/1SWAKg9 (18.4.2016).

⁵ Wittgenstein Centre for Demography and Human Capital (2015): Wittgenstein Centre Data Explorer. Version 1.2 2015. Wien. Online: bit.ly/1RzF1Qn (12.1.2016).

⁶ ILO (2015): Key Indicators of the Labour Market. Ninth Edition. Genf. Online: bit.ly/1RXgbf7 (4.4.2016).

⁷ Logan, David C. (2009). Commentary: Known knows, known unknowns, unknown unknowns and the propagation of scientific enquiry. Journal of Experimental Botany, 60, 3, 712-714. Online: bit.ly/1SWAKmI (18.4.2016).

Kapitel 1-5

¹ Pew Research Center's Forum on Religion & Public Life (2011): The Future of the Global Muslim Population. Projections for 2010-2030. Washington, DC. Online: pewrsr.ch/1Q30qMc (7.4.2016).

² Robbuns, Michael; Jamal, Amaney (2015): Social

Justice and the Arab Uprisings. Evidence from the Arab Barometer. o.A. (Arab Barometer Working Paper, 1). Online: bit.ly/1RZlnh (5.11.2015).

³ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2014): Krise an Europas Südgrenze. Welche Faktoren steuern heute und morgen die Migration über das Mittelmeer? Berlin (Discussion Paper, 16).

⁴ ASDA'A Burson-Marsteller; Penn Schoen Berland (2015): 7th ASDA'A Burson-Marsteller Arab Youth Survey. Dubai. Online: bit.ly/1YgcBvk (2.9.2015).

⁵ Herrmann, Michael; Müller, Ruth; Kiziak, Tanja (2015): Looking forward - Demographic futures and the SDGs. In: Michael Herrmann (Hg.): Consequential omissions. How demography shapes development - Lessons from the MDGs for the SDGs. Berlin, S. 16-28.

⁶ Deutsches Institut für Entwicklungspolitik; UNDP (2009): User's Guide on Measuring Fragility. Bonn, Oslo. Online: bit.ly/23HmZev (7.4.2016).

⁷ World Bank (2015): World-wide Governance Indicators. Washington, D.C. Online: bit.ly/1MgluTP (20.1.2016).

⁸ Siehe Endnote 6.

⁹ Siehe Endnote 7.

¹⁰ Goldstone, Jack A. (2002): Population and Security: How Demographic Change Can Lead to Violent Conflict. In: Journal of International Affairs Fall (56 (1)), S. 3-22. Online: bit.ly/209SUXE (14.8.2015).

¹¹ May, John F. (2012): World population policies. Their origin, evolution, and impact. Dordrecht, New York: Springer.

¹² UNHABITAT (2013): State of the World's Cities 2012/2013. Prosperity of Cities. New York. Online: bit.ly/1XINeJ4 (5.11.2015).

¹³ Bloom, David E.; Williamson, Jeffrey G. (1998): Demographic Transitions and Economic Miracles in Emerging Asia The World Bank Economic Review (12/3).

¹⁴ Aus der Analyse wurden die von den Vereinten Nationen als Least Developed Countries (LDCs) klassifizierten Staaten, also die am wenigsten entwickelten Länder der Welt, ausgeschlossen. Die 47 LDCs stehen vor besonders großen Herausforderungen, in deren Kontext es schwierig ist, einen sinnvollen Vergleich zu anderen Ökonomien zu ziehen. In die Analyse wurden damit ausschließlich Länder einbezogen, die einen ähnlich hohen oder höheren Entwicklungsstand wie die Staaten der Mena-Region aufweisen, welche die Vereinten Nationen, mit Ausnahme des Jemen (LDC), alle als Developing Countries einstufen.

¹⁵ Eine detaillierte Beschreibung der Methodik finden Sie online auf der Übersichtsseite zu dieser Studie.

¹⁶ Klingholz, Reiner; Lutz, Wolfgang (2016): Wer überlebt? Bildung entscheidet über die Zukunft der Menschheit. Frankfurt, New York: Campus Verlag.

¹⁷ Wittgenstein Centre for Demography and Human Capital (2015): Wittgenstein Centre Data Explorer. Version 1.2 2015. Wien. Online: bit.ly/1RzF1Qn (12.1.2016).

¹⁸ Siehe Endnote 17.

¹⁹ UNDESA (2015). World Urbanization Prospects. The 2014 Revision. New York. Online: bit.ly/1SOSLAq (4.4.2016).

²⁰ PRB (2015): 2015 World Population Data Sheet. Washington, D.C. Online: bit.ly/1SwqFN8 (1.2.2016).

²¹ World Bank (2016): World-DataBank. World Development Indicators. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).

²² Siehe Endnote 7.

²³ ILO (2014): Labour Transitions of Young Women and Men in Egypt (Work4Youth Publication Series, 16). Online: bit.ly/1qjh4Y (9.3.2016).

²⁴ Siehe Endnote 23.

²⁵ Siehe Endnote 23.

²⁶ Siehe Endnote 23.

²⁷ ILO (2015): Key Indicators of the Labour Market. Ninth Edition. Genf. Online: bit.ly/1RXgbf7 (4.4.2016).

²⁸ Siehe Endnote 27.

²⁹ UNDESA (2015): World Urbanization Prospects. The 2015 Revision. New York. Online: bit.ly/1SOSLAq (1.2.2016), eigene Berechnungen.

³⁰ Siehe Endnote 20.

³¹ Siehe Endnote 17.

³² FAO (2016): Aqstat. Rom. Online: bit.ly/1quNDXI (11.3.2016).

³³ Siehe Endnote 3.

³⁴ FAO (2016): Agri-Environmental Indicators. Rom. Online: bit.ly/22euDPm (11.3.2016). ³⁵ UNHCR: Population Statistics Database. Genf. Online: bit.ly/1qpVRH5 (9.3.2016).

³⁶ UNHCR (2012): Global Report 2012. Genf. Online: bit.ly/1RQOPIF (11.3.2016).

³⁷ Siehe Endnote 3.

³⁸ Eurostat (2016): Asylum and Managed Migration. Online: bit.ly/209Uk4p (11.3.2016).

³⁹ Siehe Endnote 35.

⁴⁰ Auswärtiges Amt (2015): Vereinigte Arabische Emirate. Berlin. Online: bit.ly/1qvBOCc (10.2.2016).

⁴¹ Jones, David B.; Punshi, Radhika: Unlocking the Paradox of Plenty. A Review of the Talent Landscape in the Arab World and Your Role in Shaping the Future. Dubai/ Abu Dhabi/London: Motivate Publishing.

⁴² Siehe Endnote 17; siehe Endnote 20; eigene Berechnung.

⁴³ Die Studie bezieht Mauretanien in das Szenario mit ein und verwendet eine andere Prognose als die eingangs zitierten Bevölkerungszahlen. Darüber hinaus fasst sie das Erwerbsalter mit 15 bis 64 Jahre breiter als die in dieser Studie angenommene Altersgruppe von 20 bis 64 Jahre. Deshalb fallen die angenommenen benötigten Arbeitsplatzzahlen höher aus als es das eingangs dargestellte reine Bevölkerungswachstum suggeriert.

- ⁴⁴ UNDP (2011): Arab Development Challenges Report 2011. Towards the Developmental State in the Arab Region. Online: bit.ly/1SC53in (26.1.2016).
- ⁴⁵ Chaaban, Jad (2008): The Costs of Youth Exclusion in the Middle East. Wolfensohn Center for Development; Dubai School of Government. Washington, DC, Dubai (The Middle East Youth Initiative Working Paper, 7). Online: bit.ly/1RQ3xh (7.4.2016).
- ⁴⁶ Siehe Endnote 21.
- ⁴⁷ Siehe Endnote 27.
- ⁴⁸ Haut Commissariat au Plan du Maroc (2015): Budget économique exploratoire 2015. Online: bit.ly/1RZITOI (5.11.2015).
- ⁴⁹ UNDP; Mohammed Bin Rashid Al Maktoum Foundation (2014): Arab Knowledge Report 2014. Youth and Localisation of Knowledge. Dubai: Al Ghurair Printing and Publishing. Online: bit.ly/1XsZaz (7.4.2016).
- ⁵⁰ Mahroum (2001) zitiert nach Endnote 49.
- ⁵¹ Siehe Endnote 21.
- ⁵² Siehe Endnote 17.
- ⁵³ Siehe Endnote 21.
- ⁵⁴ Korany, Bahgat (Hg.): Arab Human Development in the Twenty-First Century. The Primacy of Empowerment. Cairo, New York: The American University in Cairo Press.
- ⁵⁵ Ghriess, Najoua Fezzaa: The Role of Education in Individual and Sustainable Development. In: Bahgat Korany (Hg.): Arab Human Development in the Twenty-First Century. The Primacy of Empowerment. Cairo, New York: The American University in Cairo Press, S. 241–244.
- ⁵⁶ Arab Knowledge Report (2009) zitiert nach Ghriess, Najoua Fezzaa: The Role of Education in Individual and Sustainable Development. In: Bahgat Korany (Hg.): Arab Human Development in the Twenty-First Century. The Primacy of Empowerment. Cairo, New York: The American University in Cairo Press, S. 241–244.
- ⁵⁷ Siehe Endnote 55.
- ⁵⁸ Siehe Endnote 56.
- ⁵⁹ UNESCO Institute for Statistics (2016): UIS.Stat. Montreal. Online: bit.ly/1TvClo0 (12.1.2016), eigene Berechnungen.
- ⁶⁰ International Finance Corporation; Islamic Development Bank (2012): Education for Employment: Realizing Arab Youth Potential. Washington, D.C., Jeddah. Online: bit.ly/262VmTz (14.04.2016).
- ⁶¹ Siehe Endnote 60.
- ⁶² Siehe Endnote 60.
- ⁶³ Siehe Endnote 49.
- ⁶⁴ Siehe Endnote 60.
- ⁶⁵ Siehe Endnote 49.
- ⁶⁶ Siehe Endnote 59.
- ⁶⁷ Siehe Endnote 60.
- ⁶⁸ Siehe Endnote 49.
- ⁶⁹ UNESCO (2015): UNESCO Science Report. Towards 2030. Paris. Online: bit.ly/1VpA7Xj (12.1.2016).
- ⁷⁰ Siehe Endnote 69.
- ⁷¹ Siehe Endnote 69.
- ⁷² Siehe Endnote 49.
- ⁷³ Siehe Endnote 60.
- ⁷⁴ Siehe Endnote 49.
- ⁷⁵ Siehe Endnote 49.
- ⁷⁶ OECD; International Development Research Centre (2013): New Entrepreneurs and High Performance Enterprises in the Middle East and North Africa. Competitiveness and Private Sector Development. Paris. Online: bit.ly/1ShGvkg (14.04.2016).
- ⁷⁷ Siehe Endnote 76.
- ⁷⁸ Siehe Endnote 76.
- ⁷⁹ Siehe Endnote 76.
- ⁸⁰ Siehe Endnote 76.
- ⁸¹ WEF (2011): Arab World Competitiveness Report. 2011–2012. Cologny/Genf. Online: bit.ly/1Vb7bng (26.01.2016).
- ⁸² Siehe Endnote 76.
- ⁸³ Siehe Endnote 69.
- ⁸⁴ Siehe Endnote 69.
- ⁸⁵ Siehe Endnote 76.
- ⁸⁶ Schroeder, Christopher M. (2013): Startup Rising. The Entrepreneurial Revolution Remaking the Middle East. Hampshire: Palgrave Macmillan.
- ⁸⁷ World Bank Group (2015): Towards a New Social Contract. World Bank Middle East and North Africa Region. MENA Economic Monitor. Washington, D.C.
- ⁸⁸ World Bank (2015): Doing Business. Measuring Business Regulations. Washington, D.C. Online: bit.ly/1YaLq4U (17.01.2016).
- ⁸⁹ Rocha et al. (2011) zitiert nach Endnote 76.
- ⁹⁰ Siehe Endnote 76.
- ⁹¹ Siehe Endnote 76.
- ⁹² Siehe Endnote 76.
- ⁹³ OECD; Women in Business 2014 (2014): Accelerating Entrepreneurship in the Middle East and North Africa Region. Paris. Online: bit.ly/1Q2YfIA (07.04.2016).
- ⁹⁴ World Bank (2016): World Enterprise Survey. Washington, D.C. Online: bit.ly/1XxjVT4 (11.04.2016).
- ⁹⁵ McKinsey&Company (2015): The Power of Parity: How Advancing Women's Equality can add \$12 Trillion to Global Growth. o.A. Online: bit.ly/1UYzZjj (26.01.2016).
- ⁹⁶ Siehe Endnote 17, eigene Berechnungen.
- ⁹⁷ Siehe Endnote 49.
- ⁹⁸ Siehe Endnote 41.
- ⁹⁹ Siehe Endnote 27.
- ¹⁰⁰ OECD (2014): Women in Public Life. Gender, Law and Policy in the Middle East and North Africa. Paris. Online: bit.ly/1qDDmPG (07.04.2016).
- ¹⁰¹ Siehe Endnote 27., eigene Berechnungen.
- ¹⁰² Siehe Endnote 100.
- ¹⁰³ Siehe Endnote 95.
- ¹⁰⁴ Siehe Endnote 44.
- ¹⁰⁵ ILO (2016): Labour Market Transitions of Young Women and Men in Jordan. Labour Market Transitions of Young Women and Men in Jordan. Genf. Online: bit.ly/1SMW8wY (29.1.2016).
- ¹⁰⁶ Siehe Endnote 105.
- ¹⁰⁷ Siehe Endnote 105.
- ¹⁰⁸ Siehe Endnote 76.
- ¹⁰⁹ Siehe Endnote 105.
- ¹¹⁰ Siehe Endnote 105.
- ¹¹¹ Siehe Endnote 100.
- ¹¹² Siehe Endnote 100.
- ¹¹³ Siehe Endnote 100.
- ¹¹⁴ Siehe Endnote 93.
- ¹¹⁵ World Values Survey: World Values Survey Wave 6, 2010–2014. Online: bit.ly/1VrJKa3 (1.2.2016).
- ¹¹⁶ Siehe Endnote 49.
- ¹¹⁷ Siehe Endnote 95.
- ¹¹⁸ Siehe Endnote 20.
- ¹¹⁹ Siehe Endnote 41.
- ¹²⁰ Siehe Endnote 100.
- ¹²¹ Siehe Endnote 27.
- ¹²² Siehe Endnote 100.
- ¹²³ Siehe Endnote 100.
- ¹²⁴ Siehe Endnote 100.
- ¹²⁵ Siehe Endnote 100.
- ¹²⁶ Siehe Endnote 100.
- ¹²⁷ Siehe Endnote 95.
- ¹²⁸ Siehe Endnote 95.
- ¹²⁹ Siehe Endnote 95.
- ¹³⁰ Siehe Endnote 100.

Die Länder der Mena-Region

- ¹ FAO (2016): Aquastat. Rom. Online: bit.ly/1QuNDxI (11.3.2016).
- ² World Bank (2016): World-DataBank. World Development Indicators. Online: bit.ly/1RX4a9y (1.5.2016).
- ³ Quacquarelli Symonds (2016): QS World University Rankings 2015/16. Online: <http://bit.ly/1Qe8POY> (1.5.2016).

Ägypten

- ¹ Center for Systemic Peace (2014): Polity IV Project. Political Regime Characteristics and Transitions, 1800–2014. Vienna, Virginia, USA. Online: bit.ly/22eD5yi (5.4.2016).
- ² IMF (2015): Arab Republic of Egypt. 2014 Article IV Consultation - Staff Report. Washington, D.C. (IMF Country Report, 15/33). Online: bit.ly/1RId5GG (9.3.2016).
- ³ Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Bonn 2013): Industrial Policy in Egypt 2004–2011 (Discussion Paper, 13/2013). Online: bit.ly/1UD2LFu (9.3.2016).
- ⁴ World Bank (2016): World-DataBank. World Development Indicators. Washington D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).
- ⁵ Sayigh, Yezid (2016): Chasing Egypt's Economic Tail. Carnegie Middle East Center. Lebanon. Online: ceip.org/1qpluu5 (9.3.2016).
- ⁶ Siehe Endnote 2.
- ⁷ Siehe Endnote 2.
- ⁸ UNESCO (2015): UNESCO Science Report. Towards 2030. Paris. Online: bit.ly/1VpA7Xj (12.1.2016).
- ⁹ Siehe Endnote 2.
- ¹⁰ AfDB; OECD; UNDP (2015): African Economic Outlook. Egypt 2015. Issy les Moulineaux. Online: bit.ly/23atR8y (9.3.2016).
- ¹¹ ILO (2014): Labour Transitions of Young Women and Men in Egypt (Work4Youth Publication Series, 16). Online: bit.ly/1qjhg4Y (9.3.2016).
- ¹² Siehe Endnote 11.
- ¹³ UNESCO (2015): Education for All 2000–2015. Achievements and Challenges. 2. Aufl. Paris. Online: bit.ly/1SM5zgh (3.2.2016).
- ¹⁴ Siehe Endnote 8.
- ¹⁵ Siehe Endnote 2.
- ¹⁶ UNESCO Institute for Statistics (2016): UIS.Stat. Online: bit.ly/1TvClo0 (12.1.2016).
- ¹⁷ Siehe Endnote 11.
- ¹⁸ Siehe Endnote 11.
- ¹⁹ WEF (2016): Global Competitiveness Index 2016. Cologny/Genf. Online: bit.ly/1XbsD8 (10.2.2016).
- ²⁰ IMF (2015): Arab Countries in Transition: Economic Outlook and Key Challenges. Washington, D.C. Online: bit.ly/1PQoMzt (9.3.2016).
- ²¹ Siehe Endnote 20.
- ²² Siehe Endnote 10.
- ²³ El-Said zitiert nach OECD; EU; European Training Foundation (2014): SME Policy Index: The Mediterranean Middle East and North Africa 2014. Implementation of the Small Business Act for Europe. Paris.
- ²⁴ Siehe Endnote 3.
- ²⁵ Siehe Endnote 3.
- ²⁶ Siehe Endnote 2.
- ²⁷ Siehe Endnote 3.
- ²⁸ Svensson, Birgit (2014): Die ägyptische Armee ist ein Staat im Staate. In: Die Welt, 28.3.2014. Online: bit.ly/25GboD4 (9.3.2016).
- ²⁹ Siehe Endnote 10.
- ³⁰ Siehe Endnote 10.
- ³¹ GEI (2015): Global Entrepreneurship Index 2016. Washington, D.C. Online: bit.ly/1qpKe38 (12.1.2016).
- ³² WEF (2015): The Global Gender Gap Report 2015. Cologny/Genf. Online: bit.ly/234VrYf (12.1.2016).
- ³³ Siehe Endnote 11.
- ³⁴ Siehe Endnote 11.
- ³⁵ Human Rights Watch (2016): World Report 2016. Egypt. Events of 2015. New York. Online: bit.ly/1ZZao8U (9.3.2016).
- ³⁶ Backhaus, Andrea (2013): Brutale Vergewaltigungen im Schatten des Tahrir. In: Die Welt, 01.03.2013. Online: bit.ly/1SM60Qy (9.3.2016).
- ³⁷ Amnesty International (2016): Amnesty International Report 2015/2016. The State of the World's Human Rights. London. Online: bit.ly/1qpKPI7 (9.3.2016).
- ³⁸ Institute for the Study of War (2015): ISIS's Wilayat Sinai Launches Largest Offensive in Sheikh Zuweid. Washington D. C. Online: bit.ly/1qjryZl (9.3.2016).
- ³⁹ Siehe Endnote 29.
- ⁴⁰ Tobla, Ahmed; Bayoumy, Yara (2015): Egypt bombs Islamic State targets in Libya after 21 Egyptians beheaded. In: Reuters, 16.02.2015. Online: reut.rs/1YaH4uB (9.3.2016).
- ⁴¹ o.A. (2015): Egypt Protests Role in Saudi-led Yemen Coalition. In: DefenseNews, 01.08.2015. Online: bit.ly/1IRj6BH (13.6.2016).

Algerien

- ¹ Bertelsmann Stiftung (2014): Country Report. Gütersloh (Bertelsmann Transformation Index). Online: bit.ly/1TvFJPS (3.2.2016).
- ² Porter, Geoff D. (2015): Algeria: Enter the Oligarchy. In: Adelphi Series 55 (452), S. 79–96. DOI: 10.1080/19444571.2015.1114758.
- ³ European Commission: The EU's Neighbouring Economies. Managing Policies in a Challenging Global Environment. Brüssel (Occasional Papers). Online: bit.ly/1N4SM4f (10.2.2016).
- ⁴ Siehe Endnote 3.
- ⁵ The Arab Barometer (2013): Algeria. Online: bit.ly/25GdJHy (10.2.2016).
- ⁶ Human Rights Watch (2015): Algeria: Arrests at Protest Against President. Officials Target Movement Opposing Bouteflika's Fourth Term. New York. Online: bit.ly/1ouErpp (9.2.2016).
- ⁷ Human Rights Watch (2015): Algeria: Arrested for Ironic Facebook Post. Comments Referred to Anti-Fracking Protests. New York. Online: bit.ly/1RzEvBN (9.2.2016).

- ⁸ PRB (2015): 2015 World Population Data Sheet. Washington, D.C. Online: bit.ly/1SwqFN8 (1.2.2016).
- ⁹ UNDESA (2015): World Population Prospects. The 2015 Revision. New York. Online: esa.un.org/unpd/wpp (4.4.2016).
- ¹⁰ AfDB; OECD; UNDP (2015): African Economic Outlook. Algérie 2015. Issy les Moulineaux. Online: bit.ly/1UD7kzK (10.2.2016).
- ¹¹ UNDESA (2015): World Urbanization Prospects. The 2015 Revision. New York. Online: bit.ly/1SOSLAq (4.4.2016).
- ¹² Siehe Endnote 1.
- ¹³ Office National des Statistiques (Diverse Jahre): Demographie Algerienne. Algier. Online: www.ons.dz/ (10.2.2016).
- ¹⁴ Wittgenstein Centre for Demography and Human Capital (2015): Wittgenstein Centre Data Explorer. Version 1.2 2015. Wien. Online: bit.ly/1RzF1Qn (12.1.2016).
- ¹⁵ IMF (2014): Algeria. Article IV Consultation. Washington, D.C. (Country Report, 14/341). Online: bit.ly/1UD7M10 (10.2.2016).
- ¹⁶ Siehe Endnote 15.
- ¹⁷ Siehe Endnote 10.
- ¹⁸ Siehe Endnote 3.
- ¹⁹ Siehe Endnote 1.
- ²⁰ WEF: Global Competitiveness Index 2016. Cologny/Genf. Online: bit.ly/1XbsqD8 (10.2.2016).
- ²¹ World Bank (2016): WorldDataBank. World Development Indicators. Washington, D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016); eigene Berechnungen.
- ²² Siehe Endnote 20.
- ²³ Siehe Endnote 14.
- ²⁴ Siehe Endnote 20.
- ²⁵ Siehe Endnote 15.
- ²⁶ OECD; EU; European Training Foundation (2014): SME Policy Index: The Mediterranean Middle East and North Africa 2014. Implementation of the Small Business Act for Europe. Paris.
- ²⁷ UNESCO (2015): UNESCO Science Report. Towards 2030. Paris. Online: bit.ly/1VpA7X (12.1.2016).
- ²⁸ Siehe Endnote 26.
- ²⁹ Siehe Endnote 10.
- ³⁰ Siehe Endnote 20.
- ³¹ GEI (2015): Global Entrepreneurship Index 2016. Washington, D.C. Online: thegedi.org (12.1.2016).
- ³² Siehe Endnote 26.
- ³³ Siehe Endnote 26.
- ³⁴ World Bank (2015): Doing Business. Measuring Business Regulations. Washington, D.C. Online: bit.ly/1YaLq4U (17.1.2016).
- ³⁵ Siehe Endnote 34.
- ³⁶ Siehe Endnote 1.
- ³⁷ WEF (2015): The Global Gender Gap Report 2015. Cologny/Genf. Online: bit.ly/234VrYf (12.1.2016).
- ³⁸ Siehe Endnote 37.
- ³⁹ Siehe Endnote 37.
- ⁴⁰ Siehe Endnote 37.
- ⁴¹ ILO (2015): Key Indicators of the Labour Market. Ninth Edition. Genf. bit.ly/1RXgbf7 (15.1.2016).
- ⁴² International Crisis Group (2015): Algeria and Its Neighbours. Brüssel (Middle East and North Africa Report, 164). Online: bit.ly/1MNCQIz (10.2.2016).
- ⁴³ Siehe Endnote 42.
- ⁴⁴ Siehe Endnote 42.
- ⁴⁵ Siehe Endnote 42.
- ⁴⁶ Stockholm International Peace Research Institute (2015): SIPRI Military Expenditure Database. Stockholm. Online: bit.ly/1VpJrL1 (10.2.2016).
- ⁴⁷ o.A. (2016): Who is in Charge? Rumours Swirl Around an Ailing President. In: The Economist, 6.2.2016 (8975), S. 31.
- ⁴⁸ Siehe Endnote 1.
- ⁴⁹ Yale University; Columbia University (2014): 2014 Environmental Performance Index. New Haven. Online: bit.ly/1pZF4dv (10.2.2016).
- ⁵⁰ Siehe Endnote 27.
- Libyen**
- ¹ International Crisis Group (2015): The Prize: Fighting for Libya's Energy Wealth. Brüssel (Middle East and North Africa Report, 165). Online: bit.ly/1NGadRP (17.1.2016).
- ² Wittgenstein Centre for Demography and Human Capital (2015): Wittgenstein Centre Data Explorer. Version 1.2 2015. Wien. Online: bit.ly/1RzF1Qn (12.1.2016).
- ³ St John, Ronald Bruce (2013): The Post-Qadhafi Economy. In: Jason Pack (Hg.): The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future. New York: Palgrave Macmillan, S. 85–112.
- ⁴ World Bank (2016): WorldDataBank. World Development Indicators, Washington D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).
- ⁵ Khan, Mohsin; Mezran, Kraim (2013): The Libyan Economy after the Revolution: Still No Clear Vision. Atlantic Council Rafik Hariri Center for the Middle East. Washington, D.C. (Issue Brief). Online: bit.ly/1TBvZnk (5.4.2016).
- ⁶ IMF (2013): Libya. 2013 Article IV Consultation. Washington, D.C. (IMF Country Report, 13/150). Online: bit.ly/1qFoz6 (16.1.2016).
- ⁷ OPEC: Annual Statistical Bulletin. Online: bit.ly/1SxBnDO (17.1.2016).
- ⁸ Siehe Endnote 3.
- ⁹ Siehe Endnote 5.
- ¹⁰ Siehe Endnote 3.
- ¹¹ AfDB, OECD, UNDP, UNECA (2012): Libya 2012. Online: bit.ly/1qmTm8Y (17.1.2016).
- ¹² Siehe Endnote 4.
- ¹³ Siehe Endnote 2.
- ¹⁴ Siehe Endnote 3.
- ¹⁵ UNESCO: UNESCO Science Report 2010. Towards 2030. Paris. Online: bit.ly/1USsQRp (16.1.2013).
- ¹⁶ World Bank (2015): Doing Business. Measuring Business Regulations. Washington, D.C. Online: bit.ly/1YaLq4U (17.1.2016).
- ¹⁷ Siehe Endnote 6.
- ¹⁸ Siehe Endnote 3.
- ¹⁹ Schnelzer, Nadine (2016): Libya in the Arab Spring. The Constitutional Discourse since the Fall of Gaddafi. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- ²⁰ Siehe Endnote 4.
- ²¹ Siehe Endnote 19.
- ²² ILO (2015): Key Indicators of the Labour Market. Ninth Edition. Genf. Online: bit.ly/1RXgbf7 (4.4.2016).
- ²³ Human Rights Watch (2014): World Report 2014. Events 2013. New York. Online: bit.ly/237wE50 (17.1.2016).
- ²⁴ USAID (2015): Libyan Women Speak out: Constitution Must Promote Equality. Activists Work to Ensure Women's Involvement in Country's Transition. Online: 1.usa.gov/1PRjw81 (17.1.2016).
- ²⁵ o.A. (2015): Lawless Libya: Can Peace Be Achieved? In: BBC News, 17.12.2015. Online: bbc.in/1W8S3Gq (10.2.2016).
- ²⁶ UN Security Council (2015): Report of the Secretary-General on the United Nations Support Mission in Libya (S/2015/144). Online: bit.ly/1UFuwgl (17.1.2016).
- ²⁷ UNHCR (2015): Libya. 2015 UNHCR Subregional Operations Profile - North Africa. Online: bit.ly/22819nK (17.1.2016).
- ²⁸ Gatehouse, Gabriel (2016): Top IS commanders 'taking refuge' in Libya. In: BBC News, 3.2.2016. Online: bbc.in/23cX9mZ (12.2.2016).
- ²⁹ o.A.: The Next Front Against Islamic State. In: The Economist 06.02.2016 (8975), S. 29–30.
- Marokko**
- ¹ Wittgenstein Centre for Demography and Human Capital (2015): Wittgenstein Centre Data Explorer. Version 1.2 2015. Wien. Online: bit.ly/1RzF1Qn (12.1.2016).
- ² o.A. (2015): Plan d'accélération industrielle: 500.000 postes d'emploi d'ici 2020. In: Menara.ma, 14.1.2015. Online: bit.ly/1MalVz1 (21.10.2015).
- ³ Royaume du Maroc Ministère de l'Industrie, du Commerce, de l'Investissement et de l'Economie Numérique: Sous la Présidence effective de Sa Majesté le Roi Mohammed VI, que Dieu L'assiste, M. Moulay Hafid Elalamy a présenté, le mercredi 2 avril 2014, à Casablanca, le Plan d'Accélération Industrielle 2014-2020. Online: bit.ly/1qmWCRB (23.10.2015).
- ⁴ Siehe Endnote 2.
- ⁵ Harrabin, Roger (2015): Moroccan Solar Plant to Bring Energy to a Million People. In: BBC, 23.11.2015. Online verfügbar unter bbc.in/24i5GsX, (1.5.2016).
- ⁶ Stauffer, Beat (2015): Desertec und die Energie-werte in Nordafrika (Kontext). SRF 2 Kultur, 13.2.2015. Online: bit.ly/1UfVycj (23.10.2015).
- ⁷ Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy; Germanwatch (2015): Social CSP - Energy and development: exploring the local livelihood dimension of the NoorO I project in Southern Morocco. Final report to the German Federal Ministry for Economic Cooperation and Development (BMZ). Wuppertal, Bonn. Online: bit.ly/1TznRDN (28.10.2015).
- ⁸ Siehe Endnote 1.
- ⁹ World Bank (2016): WorldDataBank. World Development Indicators, Washington D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).
- ¹⁰ Siehe Endnote 8.
- ¹¹ Mullis, Ina V. S.; Martin, Michael O.; Foy, Pierre; Drucker, Kathleen T. (2012): PIRLS 2011 international results in reading. Chestnut Hill, Massachusetts: TIMSS & PIRLS International Study Center (u.a.).
- ¹² Siehe Endnote 11.
- ¹³ Mullis, Ina V. S.; Martin, Michael O.; Foy, Pierre; Arora, Alka (2011): TIMSS 2011 international results in mathematics. Chestnut Hill, Massachusetts: TIMSS & PIRLS International Study Center (u.a.).
- ¹⁴ Baker, Tony (2014): UN Questions the Role of Privatization in Education. In: RESULTS. The Power to End Poverty, 30. 9.2014. Online: bit.ly/1TyNJPW (20.10.2015).
- ¹⁵ UNESCO (2015): Education for All 2000-2015. Achievements and challenges. Paris (2015).
- ¹⁶ World Bank Group (2013): Entrepreneurship (Doing Business. Measuring Business Regulations). Online: bit.ly/1qrqbRS (26.10.2015).
- ¹⁷ Royaume du Maroc Ministère de l'Industrie, du Commerce, de l'Investissement et de l'Economie Numérique (2010): Maroc innovation initiative. Online: bit.ly/1USwY3 (23.10.2015).
- ¹⁸ Siehe Endnote 9.
- ¹⁹ WEF (2015): The Global Gender Gap Report 2014. Genf. Online: bit.ly/1PRlyVB (5.11.2015).
- ²⁰ World Bank Group (2015): Morocco - Mind the Gap. Empowering women for a more open, inclusive and prosperous society. o.A. Online: bit.ly/1RBD1ak (27.10.2015).
- ²¹ ILO (2015): Key Indicators of the Labour Market. Ninth Edition. Genf. Online: bit.ly/1RXgbf7 (4.4.2016).
- ²² Siehe Endnote 20.
- ²³ Siehe Endnote 19.
- ²⁴ Siehe Endnote 20.
- ²⁵ Siehe Endnote 20.
- ²⁶ European Commission (2015): Immigration in the EU. Online: bit.ly/1oBnpb7 (5.4.2016).
- ²⁷ o.A. (2015): An Interview on Moroccan Salafi-Jihadis. In: Carnegie Endowment for International Peace, 2015. Online: ceip.org/228NY41 (11.5.2015).
- ²⁸ Maghraoui, Abdeslam (2015): Morocco: The King's Islamists. Wilson Center. Washington, DC. Online: bit.ly/1Yd3hrU (5.11.2015).
- ²⁹ UNECA (o.A.): The green economy in Morocco. A strategic goal involving partnership dynamics and intensified coordination of policies and initiatives. Online: bit.ly/1UT3naB (1.3.2016).
- ³⁰ Ghanem, Hafez: Agriculture and Rural Development for Inclusive Growth and Food Security in Morocco. Global Economy and Development at Brookings. Washington, DC (Working Paper, 82). Online: brook.gs/1PRKxbs (25.11.2015).
- ³¹ Marokkanisches Innenministerium zitiert nach International Organization for Migration (o.A.): Migration in Egypt, Morocco and Tunisia. Overview of the Complex Migratory Flows in the Region. o.A. Online: bit.ly/25IsInb (5.11.2015).
- ³² Instituto Affari Internazionali (2015): Morocco's Experience of Migration as a Sending, Transit and Receiving Country. Rom (IAI Working Papers, 15/30). Online: bit.ly/1Oa2e6S (1.5.2016).
- Tunesien**
- ¹ Freedom House (2015): Freedom in the World 2015. Discarding Democracy: Return to the Iron Fist. New York, Washington, D.C. Online: bit.ly/23Dvltb (7.4.2016).
- ² PRB (2015): 2015 World Population Data Sheet. Washington, D.C. Online: bit.ly/1SwqFN8 (1.2.2016).
- ³ Siehe Endnote 2.

- ⁴ Wittgenstein Centre for Demography and Human Capital (2015): Wittgenstein Centre Data Explorer. Version 1.2 2015. Wien. Online: bit.ly/1RzF1Qn (12.1.2016).
- ⁵ Cincotta, Richard (2015): Will Tunisia's Democracy Survive? A View from Political Demography. Wilson Center (NewSecurityBeat). Online: bit.ly/1Yvkop9 (7.4.2016).
- ⁶ World Bank (2016): World DataBank. World Development Indicators. Washington, D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).
- ⁷ Tunisia Ministry of Tourism and Handicrafts: Tourism in Figures. Tunis. Online: bit.ly/1qo1QvI (7.4.2016).
- ⁸ Bertelsmann Stiftung (2016): Transformation Index BTI 2016. Political Management in International Comparison. Gütersloh. Online: bit.ly/23be6S4 (30.3.2016).
- ⁹ Ghilès, Francis (2016): Something is Rotten in the State of Tunisia. In: openDemocracy, 29.1.2016. Online: bit.ly/1SyBoGr (7.4.2016).
- ¹⁰ WEF (2016): Global Competitiveness Index 2016. Cologny/Genf. Online: bit.ly/1XbsqD8 (10.2.2016).
- ¹¹ Siehe Endnote 4.
- ¹² OECD (2015): Investing in Youth: Tunisia. Strengthening the Employability of Youth during the Transition to a Green Economy. Paris. Online: bit.ly/1SeP93g (7.4.2016).
- ¹³ Siehe Endnote 8.
- ¹⁴ World Bank (2015): Doing Business. Measuring Business Regulations. Washington, D.C. Online: bit.ly/1YaLq4U (17.1.2016).
- ¹⁵ European Parliament (2012): Gender Equality Policy in Tunisia. Briefing Note. Brüssel. Online: bit.ly/1qQ21kt (7.4.2016).
- ¹⁶ El Amaroui, Ahmed; Kalboussi, Rabii (2014): The Gender Fault Line in Tunisia. In: Al Jazeera, 25.10.2014. Online: bit.ly/1NnLvFP (7.4.2016).
- ¹⁷ ILO (2015): Key Indicators of the Labour Market. Ninth Edition. Genf. Online: bit.ly/1RXgbf7 (4.4.2016).
- ¹⁸ The Soufan Group (2015): Foreign Fighters. An Updated Assessment of the Flow of Foreign Fighters into Syria and Iraq. New York. Online: bit.ly/1Wr4QEe (7.4.2016).
- Nahost**
- ¹ Sultanate of Oman National Centre for Statistics and Information: Statistical Year Book 2015. Issue 43. Muskat. Online: bit.ly/1REckBM (3.1.2016).
- ² UNDESA (2015): World Population Prospects. The 2015 Revision. New York. Online: esa.un.org/unpd/wpp (13.1.2016), eigene Berechnungen.
- ³ UNDP (2015): Human Development Index (HDI). Human Development Report 2015. Work for Human Development. New York. Online: hdr.undp.org/en/2015-report/download (13.1.2016).
- ⁴ o.A. (2016): After the Party. In: The Economist, 26.3.2016. Online: econ.st/15GCUGF (5.4.2016).
- ⁵ Siehe Endnote 4.
- ⁶ IMF (2013): Labor Market Reforms to Boost Employment and Productivity in the GCC. Riad. Online: bit.ly/1RXc6b5 (13.1.2016).
- ⁷ ILO (2015): Key Indicators of the Labour Market. Ninth Edition. Genf. Online: bit.ly/1RXgbf7 (4.4.2016).
- ⁸ Qatar Statistics Authority: Labor Force Survey 2012. Doha. Online: bit.ly/1oulCJe (13.1.2016).
- ⁹ World Bank (2016): World DataBank. World Development Indicators. Washington, D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).
- ¹⁰ IMF (2014): Economic Diversification in the GCC: Past, Present, and Future (SDN/14/12). Online: bit.ly/1ZZnwLn (13.1.2016).
- ¹¹ booz&co. (2010): Meeting the Employment Challenge in the GCC. The Need for a Holistic Strategy. Abu Dhabi, Dubai. Online: pwc.to/23afnRh (13.1.2016).
- ¹² Siehe Endnote 11.
- ¹³ IMF (2015): Middle East and Central Asia Regional Economic Outlook. Washington, D.C. Online: bit.ly/25NOFN9 (10.2.2016).
- ¹⁴ UNESCO Institute for Statistics (2016): UIS.Stat. Online: bit.ly/1TvClO0 (12.1.2016).
- ¹⁵ AON Hewitt (o.A.): Qudurat. A Pioneering Research Study. o.A. Online: aon.io/1SM9ARM (13.2.2016).
- ¹⁶ Siehe Endnote 15.
- ¹⁷ Siehe Endnote 10.
- ¹⁸ Siehe Endnote 10.
- ¹⁹ Siehe Endnote 4.
- ²⁰ Germany Trade and Invest (2015): Katar plant Projekte für hunderte von Milliarden Dollar. Online: bit.ly/1rcikal (12.2.2016).
- ²¹ IMF (2013): Regional Economic Outlook. Middle East and Central Asia. Washington, DC. Online: bit.ly/1C6hHYP (1.5.2016).
- ²² Scott-Jackson, William; Kariem, Bashar (2010): Maximising Women's Participation in the GCC Workforce. Oxford Strategic Consulting. Oxford. Online: bit.ly/1V49p5s (13.1.2016).
- ²³ Siehe Endnote 9.
- ²⁴ Ashraf, Afzal: Refugee crisis: Where Are the Gulf Countries? The Humanitarian Crisis raises Questions about the Nature of Politics and Leadership in the Arab and Muslim World. Online: bit.ly/1RU7MWX (13.1.2016).
- ²⁵ Khazaal, Chaker (2015): No, Arab Gulf Countries Are Not Taking in Refugees. In: The World Post, 13.10.2015. Online: huff.to/1SM9N7z (13.1.2016).
- ²⁶ Guzansky, Yoel (2015): The Arab Gulf States and Reform in the Middle East. Between Iran and the „Arab Spring“. Houndsmill: Palgrave Macmillan.
- ²⁷ Associated Press: UAE Ruler approves lengthy Counter-Terrorism Law. In: Arab News 21.8.2014. Online: bit.ly/1qjFE6z (10.2.2016).
- ²⁸ UNWWAP (2014): The United Nations World Water Development Report 2014. Water and Energy. Hg. v. UNESCO. Paris. Online: bit.ly/1M9zYpt (13.1.2016).
- ²⁹ World Bank (2015): Doing Business. Measuring Business Regulations. Washington, D.C. Online: bit.ly/225znH7 (12.1.2016).
- ³⁰ Stockholm International Peace Research Institute (2015): Military Expenditure Database. Stockholm. Online: bit.ly/225yu1h (13.1.2016).
- Bahrain**
- ¹ CIA (2015): The World Factbook. Washington, D. C. Online: 1.usa.gov/1S2R5W6 (12.1.2016).
- ² Bertelsmann Stiftung (2014): Transformation Index BTI 2014. Political Management in International Comparison. Gütersloh. Online: bit.ly/1UDkOLR (12.1.2016).
- ³ Bahrain Labour Market Regulatory Authority (2015): Bahrain Labour Market Indicators. Manama. Online: bit.ly/235dVrF (12.1.2016).
- ⁴ Siehe Endnote 2.
- ⁵ Wimmen, Heiko (2014): Divisive Rule. Sectarianism and Power Maintenance in the Arab Spring: Bahrain, Iraq, Lebanon and Syria. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin (SWP Research Paper, 4). Online: bit.ly/15bKTuV (30.3.2016).
- ⁶ Siehe Endnote 2.
- ⁷ Steinberg, Guido (2013): Kein Frühling in Bahrain. Politischer Stillstand ist die Ursache für anhaltende Unruhen. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin (SWP-Aktuell, 23). Online: bit.ly/1WcgNgI (06.04.2016).
- ⁸ Siehe Endnote 7.
- ⁹ Siehe Endnote 7.
- ¹⁰ Siehe Endnote 2.
- ¹¹ Homes, Amy Austin: The Military Intervention that the World Forgot. Saudi and Emirati Forces Continue to Police Bahrain. In: Al Jazeera America 29.03.2014. Online: bit.ly/1TvVlmm (12.1.2016).
- ¹² Siehe Endnote 7.
- ¹³ Siehe Endnote 7.
- Katar**
- ¹ Qatar Ministry of Development Planning and Statistics (2015): Realising Qatar National Vision 2030. The Right to Development. Qatar's Fourth National Human Development Report. Doha. Online: bit.ly/1YeXpys (29.3.2016).
- ² PRB (2015): 2015 World Population Data Sheet. Washington, D.C. Online: bit.ly/25GlpQG (1.2.2016).
- ³ Siehe Endnote 1.
- ⁴ Siehe Endnote 1.
- ⁵ Guzansky, Yoel (2015): The Arab Gulf States and Reform in the Middle East. Between Iran and the „Arab Spring“. Houndsmill: Palgrave Macmillan.
- ⁶ Brücker et al. (2015): Moyen-Orient. Chaos et Recompositions. Ellipses, Paris.
- ⁷ Bertelsmann Stiftung (2014): Country Report. Gütersloh (Bertelsmann Transformation Index). Online: bit.ly/1RzO8QU (3.2.2016).
- ⁸ Siehe Endnote 1.
- ⁹ Ibnouf et al. (2014): The Evolution of Qatar as an Education Hub: Moving to a Knowledge-Based Economy. In: Knight (2014): International Education Hubs: Student, Talent, Knowledge-Innovation Models, Springer Science and Business Media, Dordrecht.
- ¹⁰ Siehe Endnote 9.
- ¹¹ Siehe Endnote 9.
- ¹² UNESCO (2015): UNESCO Science Report. Towards 2030. Paris. Online: bit.ly/1VpA7Xj (12.1.2016).
- ¹³ Owan, Brian (2015): Qatar forges ahead with Science Vision, in: The Lancet (10).
- ¹⁴ Siehe Endnote 9.
- ¹⁵ Siehe Endnote 13.
- ¹⁶ Siehe Endnote 13.
- ¹⁷ Siehe Endnote 1.
- ¹⁸ Siehe Endnote 1.
- Kuwait**
- ¹ Townsend, Mark (2015): Kuwait: A Race for Economic Diversification. Kuwait Country Report. In: Global Finance Magazine, 09.01.2015. Online: bit.ly/1TvVUMW (12.1.2016).
- ² Freedom House (2015): Freedom in the World 2015. New York, Washington, D.C. Online: bit.ly/1MN44Vh (12.1.2016).
- ³ IMF (2015): Kuwait. Selected Issues. Washington, D.C. (IMF Country Report, 15/328). Online: bit.ly/1qryBjf (3.3.2016).
- ⁴ Siehe Endnote 3.
- ⁵ World Bank (2015): Inequality, Uprisings, and Conflict in the Arab World. (Mena Economic Monitor, 99989). Washington, D.C. Online: bit.ly/1pZUkaq (12.1.2016).
- ⁶ World Bank (2016): World DataBank. World Development Indicators. Washington, D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).
- ⁷ Peninsula Press; Investment Outreach (2015): Kuwait. The Quest for Diversity. Madrid, Washington, D.C. Online: bit.ly/1TwWE4R (12.1.2016).
- ⁸ Siehe Endnote 7.
- ⁹ World Bank (2015): Doing Business. Measuring Business Regulations. Washington, D.C. Online: bit.ly/1V4fYHo (12.1.2016).
- ¹⁰ Transparency International (2014): Corruption Perceptions Index. Berlin. Online: bit.ly/1N4Y2Vr (12.1.2016).
- ¹¹ Siehe Endnote 7.
- ¹² Siehe Endnote 6.
- ¹³ WEF (2015): The Global Gender Gap Report 2015. Cologny/Genf. Online: bit.ly/225JsUr (12.1.2016).
- ¹⁴ State of Kuwait Central Statistical Bureau (2015): Labor Force Survey (October - December) 2014. Kuwait City. Online: bit.ly/1TvX5vO (12.1.2016).
- Oman**
- ¹ Guzansky, Yoel (Hg.) (2015): The Arab Gulf States and Reform in the Middle East. Between Iran and the „Arab Spring“. Houndsmill: Palgrave Macmillan.
- ² Hoffman, Valerie J. (2015): Ibāḍism: History, Doctrines, and Recent Scholarship. In: Religion Compass 9 (9), S. 297–307. DOI: 10.1111/rec3.12164.
- ³ Siehe Endnote 1.
- ⁴ Siehe Endnote 1.
- ⁵ Richter, Thomas (2014): Oman: Quo vadis Märcen-sultanat. German Institute of Global and Area Studies (GIGA Focus Nahost, 10/2014). Hamburg. Online: bit.ly/1RXkdUW (5.2.2016).
- ⁶ Bertelsmann Stiftung (2014): Country Report. Gütersloh (Bertelsmann Transformation Index). Online: bit.ly/1pZW03B (3.2.2016).
- ⁷ Siehe Endnote 5.
- ⁸ UNDESA (2015): World Population Prospects. The 2015 Revision. New York. Online: bit.ly/1TvYsLe (3.2.2016).
- ⁹ PRB (2015): 2015 World Population Data Sheet. Washington, D.C. Online: bit.ly/1SWqFN8 (1.2.2016).
- ¹⁰ Siehe Endnote 8.

- ¹¹ Siehe Endnote 8.
 - ¹² World Bank (2016): WorldDataBank. World Development Indicators. Washington, D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).
 - ¹³ Chatham House (2014): Elusive Employment. Development Planning and Labour Market Trends in Oman. London. Online: bit.ly/23aQM3F (4.2.2016).
 - ¹⁴ Siehe Endnote 13.
 - ¹⁵ Siehe Endnote 1.
 - ¹⁶ Stockholm International Peace Research Institute (2015): Military Expenditure Database. Stockholm. Online: bit.ly/225yu1h (13.01.2016).
 - ¹⁷ Siehe Endnote 5.
 - ¹⁸ Siehe Endnote 6.
 - ¹⁹ Gehlen, Martin (2015): Heikler Thronwechsel. In: Zeit Online, 20.2.2015. Online: bit.ly/1N4YL90 (5.2.2016).
- Vereinigte Arabische Emirate**
- ¹ Forstenlechner et al. (2012): The UAE, the „Arab Spring“ and Different Types of Dissent. In: Middle East Policy Council, Volume XIX (4). Washington, D.C. Online: bit.ly/1Yb2MyH (4.4.2016).
 - ² Powell/el Gamal (2014): UAE lists Muslim Brotherhood as Terrorist Group. Online: reut.rs/1RXlond (4.4.2016).
 - ³ Young, Karen E. (2014): The Political Economy of Energy, Finance and Security in the United Arab Emirates. Between the Majilis and the Market. Palgrave Macmillan, Hampshire/New York.
 - ⁴ Al-Khouri (2010) zitiert nach Endnote 3.
 - ⁵ Human Rights Watch (2015): World Report. United Arab Emirates. New York. Online: bit.ly/235iXoO (4.4.2016).
 - ⁶ Bertelsmann Stiftung (2014). Country Report. Gütersloh (Transformation Index). Online: bit.ly/1N4Z6so (4.4.2016).
 - ⁷ Siehe Endnote 3.
 - ⁸ Siehe Endnote 3.
 - ⁹ Siehe Endnote 6.
 - ¹⁰ Siehe Endnote 3.
 - ¹¹ Siehe Endnote 6.
- ¹² Fox/al Shamisi (2013): United Arab Emirates' Education Hub: A Decade of Development. In: Knight (ed.): International Education Hubs. Student, Talent, Knowledge-Innovation. Springer: Dodrecht, Heidelberg, New York, London.
- ¹³ Siehe Endnote 12.
- ¹⁴ Siehe Endnote 6.
- ¹⁵ Siehe Endnote 3.
- ¹⁶ World Bank (2016): WorldDataBank. World Development Indicators. Washington D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).
- ¹⁷ World Bank (2015): Doing Business. Measuring Business Regulations. Washington, D.C. Online: bit.ly/1YaLq4U (17.1.2016).
- ¹⁸ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2014): Asiens zweiter Sprung nach vorn. Die sozio-ökonomische und demografische Entwicklung des bevölkerungsreichsten Kontinents. Berlin.
- ¹⁹ Siehe Endnote 3.
- ²⁰ AFP (2016): Flughafen Dubai bleibt nach eigenen Angaben weltweite Nummer eins. Mehr als 78 Millionen internationale Fluggäste im Jahr 2015, 1.2.2016. Online: yhoos.it/225NQti (3.2.2016).
- ²¹ AFP (2015): Emirates Sees 9% Passenger Growth in 2015, 30.12.2015. Online: yhoos.it/1ZZMBpj (3.2.2016); Rizvi, Muzaffar (2015): Abu Dhabi Airport Welcomed Record Passengers in 2015. In: Aviation-Pros. Online: bit.ly/1PQtuq4 (3.2.2016); eigene Berechnungen.
- ²² Schilirò, Daniele (2013): Diversification and Development of the UAE's Economy. (MPRA Paper, 47089). Messina. Online: bit.ly/1UDqCi (5.2.2016).
- ²³ Reuters (2016): Lufthansa-Aktie: Airline schafft trotz Streiks 2015 Passagier-Rekord, 12.01.2016. Online: bit.ly/1M9Fxf (3.2.2016).
- ²⁴ Siehe Endnote 3.
- ²⁵ Siehe Endnote 18.
- Irak**
- ¹ CIA (2007): Iraq Economic Data (1989-2003). Regime Finance and Procurement – Annex D. Washington, D.C. Online: 1.usa.gov/1RICzDa (9.3.2016).
 - ² Ismael, Tareq Y.; Ismael, Jacqueline S. (2015): Iraq in the Twenty-First Century. Regime Change and the Making of a Failed State. Oxon, New York: Routledge (Durham modern Middle East and Islamic World Series, 34).
 - ³ UNDESA (2015): World Population Prospects. The 2015 Revision. New York. Online: esa.un.org/undp/wpp (4.4.2016).
 - ⁴ UNDP (1990): Human Development Report 1990. New York, Oxford: Oxford University Press.
 - ⁵ Siehe Endnote 4.
 - ⁶ Wittgenstein Centre for Demography and Human Capital (2015): Wittgenstein Centre Data Explorer. Version 1.2 2015. Wien. Online: bit.ly/1Vq9ce0 (12.1.2016).
 - ⁷ The Central Statistics Organization and the Kurdistan Regional Statistics Office (2012): Multiple Indicator Cluster Survey 2011: Iraq. Monitoring the Situation of Children and Women. Baghdad. Online: bit.ly/1ov2CG8 (9.3.2016).
 - ⁸ UNDESA: Millennium Development Goals Indicators. New York. Online: bit.ly/1qjYzO5 (9.3.2016).
 - ⁹ World Bank (2016): WorldDataBank. World Development Indicators. Washington D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).
 - ¹⁰ Siehe Endnote 4.
 - ¹¹ PRB (2015): 2015 World Population Data Sheet. Washington, D.C. Online: bit.ly/1SwqFN8 (1.2.2016).
 - ¹² Internal Displacement Monitoring Centre (2015): Iraq IDP Figures Analysis. Genf. Online: bit.ly/1SMe3Uy (9.3.2016).
 - ¹³ UNHCR: Population Statistics Database. Genf. Online: bit.ly/1qpVRH5 (9.3.2016).
 - ¹⁴ Siehe Endnote 13.
 - ¹⁵ Siehe Endnote 13.
 - ¹⁶ UNOCHA (2016): Iraq: Humanitarian Snapshot. New York. Online: bit.ly/1W5ymiQ (4.4.2016).
 - ¹⁷ CIA (2015): The World Factbook. Online: 1.usa.gov/1S2R5W6 (12.1.2016).
 - ¹⁸ Siehe Endnote 17.
 - ¹⁹ IMF: Iraq, 2013 Article IV Consultation (IMF Country Report, 13/217). Online: bit.ly/1RzVu70 (9.3.2016).
 - ²⁰ Siehe Endnote 3.
 - ²¹ World Bank (2014): The Unfulfilled Promise of Oil and Growth. Poverty, Inclusion and Welfare in Iraq, 2007-2012. Washington D.C. (Report, 92681-IQ). Online: bit.ly/1qubUnf (3.1.2016).
 - ²² USAID (2012): Education Data for Decision Making. Iraq Education Surveys – Maharat. Executive Summary: Analysis of Student Performance in Reading and Mathematics, Pedagogic Practice, and School Management. Washington, D.C. Online: bit.ly/1SwxVIR (17.2.2016).
 - ²³ Bertelsmann Stiftung (2014): Country Report. Gütersloh (Bertelsmann Transformation Index). Online: bit.ly/225SUao (3.2.2016).
 - ²⁴ Siehe Endnote 21.
 - ²⁵ UNESCO (2015): UNESCO Science Report. Towards 2030. Paris. Online: bit.ly/1VpA7Xj (12.1.2016).
 - ²⁶ Siehe Endnote 21.
 - ²⁷ Siehe Endnote 19.
 - ²⁸ Siehe Endnote 19.
 - ²⁹ World Bank (2015): Doing Business. Measuring Business Regulations. Washington, D.C. Online: bit.ly/1YaLq4U (17.1.2016).
 - ³⁰ Siehe Endnote 9.
 - ³¹ Human Rights Watch (2016): World Report 2016. Iraq. Events of 2015. New York. Online: bit.ly/1qkQWBd (9.3.2016).
 - ³² Siehe Endnote 7.
 - ³³ Siehe Endnote 6.
 - ³⁴ Rohde, Achim (2015): Irak. Bundeszentrale für politische Bildung (Dossier Innerstaatliche Konflikte). Bonn. Online: bit.ly/1XbVII6 (9.3.2016).
- Iran**
- ¹ PRB (2015): 2015 World Population Data Sheet. Washington, D.C. Online: bit.ly/1SwqFN8 (1.2.2016).
 - ² World Bank (2016): WorldDataBank. World Development Indicators. Washington, D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).
 - ³ ILO (2015): Key Indicators of the Labour Market. Ninth Edition. Genf. Online: bit.ly/1RXgbf7 (4.4.2016).
 - ⁴ Lutz, Wolfgang; Cuaresma, Jesús Crespo; Abbasi-Shavazi, Mohammad Jalal (2010): Demography, Education, and Democracy: Global Trends and the Case of Iran. In: Population and Development Review 36 (2), S. 253–281.
 - ⁵ Siehe Endnote 1.
 - ⁶ Heinrich Böll Stiftung: Iran-Report (11/2014). Online: bit.ly/25GzUDS (12.1.2016).
 - ⁷ Heinrich Böll Stiftung: Iran-Report (09/2014). Online: bit.ly/25GzUDS (12.1.2016).
 - ⁸ Hakimian, Hassan (2014): Iran's Free Trade Zones. Back Doors to the International Economy? In: Parvin Alizadeh und Parvin Hakimian (Hg.): Iran and the Global Economy. Oxon, New York, S. 102-124.
 - ⁹ Siehe Endnote 2.
 - ¹⁰ Brückner, Pauline; Dumont Gérard-Francois; Hubac, Olivier; Nonjon, Alain; Rey, Matthieu; Therme, Clément: Moyen-Orient. Chaos et Recompositions. Ellipses: Paris.
 - ¹¹ Mohaddes, Kamiar; Pesaran, Hasehm (2013): One Hundred Years of Oil Income and the Iranian Economy: A Cures or a Blessing. Cambridge (Cambridge Working Papers in Economics, 1302). Online: bit.ly/1SeBOEJ (12.4.2016).
 - ¹² Alizadeh, Parvin (2014): The Political Economy of Petro Populism and Reform, 1997-2011. In: Parvin Alizadeh und Parvin Hakimian (Hg.): Iran and the Global Economy. Oxon, New York, S. 76–101.
 - ¹³ International Organization of Motor Vehicle Manufacturers (2016): Production Statistics. Paris. Online: bit.ly/23KoGwF (14.4.2016).
 - ¹⁴ Prantner, Magdolna (2012): Why Renewables in Iran make Sense. In: Tim O. Petschulat (Hg.): Reaching for the Sun? The Search for Sustainable Energy Policies in North Africa and the Middle East. Deutscher Levante Verlag: Berlin, S. 52–55.
 - ¹⁵ IMF (2014): Islamic Republic of Iran. Selected Issues Paper. Washington, D.C. (IMF Country Report, 14/94). Online: bit.ly/1ZZUIYt (12.1.2016).
 - ¹⁶ Alipour, Farahmand (2015): Iran works to get Auto Industry back on the Road. In: Al-Monitor, 17.08.2015. Online: bit.ly/1qpX9SE (12.1.2016).
 - ¹⁷ UNESCO (2015): UNESCO Science Report. Towards 2030. Paris. Online: bit.ly/1VpA7Xj (12.1.2016).
 - ¹⁸ Siehe Endnote 17.
 - ¹⁹ Kashani, Maryam: Rückkehr des Analphabetismus. In: Iran Journal. Online: bit.ly/1V4nguS (12.1.2016).
 - ²⁰ Siehe Endnote 19.
 - ²¹ International Association for the Evaluation of Educational Achievement (2012): TIMSS 2011 International Results in Mathematics. Chestnut Hill, Amsterdam. Online: www.timss.org (12.1.2016).
 - ²² Siehe Endnote 21.
 - ²³ Wittgenstein Centre for Demography and Human Capital (2015): Wittgenstein Centre Data Explorer. Version 1.2 2015. Wien. Online: bit.ly/1RzF1Qn (12.1.2016).
 - ²⁴ UNESCO Institute for Statistics (2016): UIS. Stat. Montreal. Online: bit.ly/1TvClOo (12.1.2016).
 - ²⁵ Siehe Endnote 17.
 - ²⁶ World Intellectual Property Organization (2015): World Intellectual Property Indicators. Genf (Economics & Statistics Series). Online: bit.ly/1N513oH (12.1.2016).
 - ²⁷ Siehe Endnote 17.
 - ²⁸ Habibi, Nader (2015): Iran's Overeducation Crisis. Causes and Ramifications. Brandeis University. Waltham (Middle East Brief, 89). Online: bit.ly/1SwyTEP (12.1.2016).
 - ²⁹ iBridge Berlin (2015): Round Table. Developing Iran's High-Tech Entrepreneurial Ecosystem, 5.6.2015. Online: bit.ly/1Ybamcp (12.1.2016).
 - ³⁰ Heinrich Böll Stiftung: Iran-Report (10/2015). Berlin. Online: bit.ly/25GzUDS (12.1.2016).
 - ³¹ Siehe Endnote 30.
 - ³² Siehe Endnote 30.
 - ³³ Siehe Endnote 2.
 - ³⁴ GEI (2015): Global Entrepreneurship Index 2016. Washington, D.C. Online: thegedi.org/ (12.1.2016).

³⁵ OECD (2015): Resserer les liens avec les diasporas. Panorama des compétences des migrants 2015. Paris. Online: bit.ly/1M9HBMC (12.1.2016).

³⁶ Statistisches Bundesamt (2015): Bildungsstand der Bevölkerung 2015. Wiesbaden. Online: bit.ly/1qpY59p (10.2.2016).

³⁷ Siehe Endnote 30.

³⁸ Siehe Endnote 3.

³⁹ WEF (2015): The Global Gender Gap Report 2015. Online: bit.ly/234VrYf (12.1.2016).

⁴⁰ Rezaei-Rashti, Goli M. (27): The Politics of Gender Segregation and Women's Access to Higher Education in the Islamic Republic of Iran: the Interplay of Repression and Resistance. In: Gender and Education 2015 (5), S. 469–486.

⁴¹ Siehe Endnote 40.

⁴² Siehe Endnote 30.

⁴³ Siehe Endnote 30.

⁴⁴ Bertelsmann Stiftung (2014): Transformation Index BTI 2014. Political Management in International Comparison. Gütersloh. Online: bit.ly/1UDKOLR (12.1.2016).

⁴⁵ UNHCR (2015): World at War. Global Trends. Forced Displacement in 2014. Genf. Online: bit.ly/1UQ1sU6 (12.1.2016).

⁴⁶ UNHCR (2016): UNHCR Statistics. Online: bit.ly/225XhIP (12.1.2016).

⁴⁷ Siehe Endnote 45.

Israel

¹ ILO (2015): Key Indicators of the Labour Market. Ninth Edition. Genf. Online: bit.ly/1RXgbf7 (4.4.2016).

² Brand, Gilad (2015): The Cost of Living in Israel: An International Comparison and Historical Perspective. In: Dov Chernichovsky und Avi Weiss (Hg.): State of the Nation Report. Society, Economy and Policy in Israel 2015. Jerusalem, S. 291–326.

³ OECD (2016): OECD Economic Surveys: Israel 2016. Paris. Online: bit.ly/1RXsjwM (9.3.2016).

⁴ Fluchs, Hadas (2015): The Socioeconomic Situation of Young Adults in Israel. In: Dov Chernichovsky und Avi Weiss (Hg.): State of the Nation Report. Society,

Economy and Policy in Israel 2015. Jerusalem, S. 139–184.

⁵ Siehe Endnote 4.

⁶ Central Bureau of Statistics (2012): Long-Range Population Projections for Israel: 2009–2059. Jerusalem. Online: bit.ly/1WbN2gp (9.3.2016).

⁷ Bleikh, Haim (2015): Poverty and Inequality in Israel: An International Perspective. In: Dov Chernichovsky und Avi Weiss (Hg.): State of the Nation Report. Society, Economy and Policy in Israel 2015. Jerusalem, S. 353–402.

⁸ Siehe Endnote 7.

⁹ Siehe Endnote 6.

¹⁰ Siehe Endnote 6.

¹¹ Siehe Endnote 6.

¹² Siehe Endnote 3.

¹³ Siehe Endnote 3.

¹⁴ Siehe Endnote 3.

¹⁵ Siehe Endnote 3.

¹⁶ Siehe Endnote 3.

¹⁷ OECD; OECD Data: Inequality. Online: bit.ly/1N5XtL2 (9.3.2016).

¹⁸ Siehe Endnote 7.

¹⁹ OECD (2015): Employment and Skills Strategies in Israel. Paris (OECD Reviews on Local Job Creation). Online: bit.ly/25I89eh (9.3.2016).

²⁰ UNESCO (2015): UNESCO Science Report. Towards 2030. Paris. Online: bit.ly/1VpA7Xj (12.1.2016).

²¹ acathec – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften; Bundesverband der Deutschen Industrie (2015): Innovationsindikator 2015. Schwerpunkt mittelständische Wirtschaft. Berlin.

²² World Bank (2016): WorldDataBank. World Development Indicators. Washington, D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).

²³ Siehe Endnote 22.

²⁴ Central Bureau of Statistics (2016): Private Consumption Expenditure by Industry. 1995–2014. Jerusalem. Online: bit.ly/1MPqks7 (9.3.2016).

²⁵ Wittgenstein Centre for Demography and Human Capital (2015): Wittgenstein Centre Data Explorer. Version 1.2 2015. Wien. Online: bit.ly/1RzF1Qn (12.1.2016).

²⁶ Siehe Endnote 20.

²⁷ Siehe Endnote 20.

²⁸ Blank, Carmel; Shavit, Yossi; Yaish, Meir (2015): Tracking and Attainment in Israeli Secondary Education. In: Dov Chernichovsky und Avi Weiss (Hg.): State of the Nation Report. Society, Economy and Policy in Israel 2015. Jerusalem, S. 469–496.

²⁹ OECD (2014): A Skills Beyond School Review of Israel. Paris (OECD Reviews of Vocational Education and Training). Online: bit.ly/25I99is (9.3.2016).

³⁰ Siehe Endnote 3.

³¹ OECD: Universal Basic Skills. What Countries Stand to Gain. Paris. Online: bit.ly/1SMUZ80 (9.3.2016).

³² Taub Center for Social Policy Studies in Israel (2013): Education and Employment in the Haredi Sector. Online: bit.ly/1W8xl9z (10.3.2016).

³³ OECD (2010): OECD Economic Surveys: Israel 2009. Paris. Online: bit.ly/1PRb3lb (9.3.2016).

³⁴ Siehe Endnote 32.

³⁵ Siehe Endnote 3.

³⁶ Siehe Endnote 33.

³⁷ Siehe Endnote 31.

³⁸ Siehe Endnote 3.

³⁹ Siehe Endnote 19.

⁴⁰ OECD; EU; European Training Foundation (2014): SME Policy Index: The Mediterranean Middle East and North Africa 2014. Implementation of the Small Business Act for Europe. Paris.

⁴¹ Siehe Endnote 21.

⁴² Siehe Endnote 40.

⁴³ Siehe Endnote 20.

⁴⁴ World Bank (2015): Doing Business. Measuring Business Regulations. Washington, D.C. Online: bit.ly/225znH7 (12.1.2016).

⁴⁵ GEI (2015): Global Entrepreneurship Index 2016. Washington, D.C. Online: bit.ly/1qpKe38 (12.1.2016).

⁴⁶ WEF (2015): The Global Gender Gap Report 2015. Cologny/Genf. Online: bit.ly/234VrYf (12.1.2016).

⁴⁷ Human Rights Watch (2016): World Report 2016. Israel/Palestine. Events of 2015. New York. Online: bit.ly/1MRRLBD (9.3.2016).

⁴⁸ o.A.: Bei Verstoß gegen Atomabkommen: Israel droht Iran mit Luftschlägen. In: SpiegelOnline. Online: bit.ly/156DyNp (9.3.2016).

⁴⁹ Williams, Dan: Israel Cracks Down on Islamic State Volunteers. In: Reuters. Online: reut.rs/1VsAkcd (9.3.2016).

⁵⁰ Stockholm International Peace Research Institute (2015): SIPRI Military Expenditure Database. Stockholm. Online: bit.ly/1VpJrL1 (10.2.2016).

⁵¹ Röbber, Hans-Christian (2016): Ab in den Süden. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.3.2016.

⁵² Siehe Endnote 51.

⁵³ Siehe Endnote 51.

Jemen

¹ OHCHR (2016): Press Briefing Note on Yemen and Honduras. Genf. Online: bit.ly/1q14Gr6 (7.4.2016).

² Borger, Julian: Saudi-Led Naval Blockade Leaves 20m Yemenis Facing Humanitarian Disaster. In: The Guardian. Online: bit.ly/1ROuXVs (30.3.2016).

³ Siehe Endnote 2.

⁴ UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (2016): Crisis Overview. Online: bit.ly/1MAIcH5 (30.3.2016).

⁵ WHO (2015): Health System in Yemen Close to Collapse. In: Bulletin of the World Health Organization (93), S. 670–671. Genf. Online: bit.ly/1Sm4atW (30.3.2016).

⁶ UNDESA (2015): World Population Prospects. The 2015 Revision. New York. Online: esa.un.org/undp/wpp (4.4.2016).

⁷ Siehe Endnote 6.

⁸ PRB (2015): 2015 World Population Data Sheet. Washington, D.C. Online: bit.ly/1SwqFN8 (1.2.2016).

⁹ ICF International (o.A.): Statcompiler Beta. Online: bit.ly/1Ry3GkE (30.3.2016).

¹⁰ Siehe Endnote 9.

¹¹ Bertelsmann Stiftung (2016): Transformation Index BTI 2016. Political Management in International Comparison. Gütersloh. Online: bit.ly/23be6S4 (30.3.2016).

¹² Siehe Endnote 11.

¹³ Siehe Endnote 11.

¹⁴ ILO (2015): Key Indicators of the Labour Market. Ninth Edition. Genf. Online: bit.ly/1RXgbf7 (4.4.2016).

¹⁵ Siehe Endnote 11.

¹⁶ UNDESA (2015). World Urbanization Prospects. The 2014 Revision. New York. Online: bit.ly/1SOSLaq (4.4.2016).

¹⁷ Chatham House (2015): Yemen and the Saudi-Arabian 'Cold War'. London. Online: bit.ly/1WXczlj (30.3.2016).

¹⁸ World Bank; UN, EU, Islamic Development Bank; Government of Yemen (2012): Republic of Yemen. Joint Social and Economic Assessment. Washington, D.C. (Report No., 69388-YE). Online: bit.ly/1UU5pqq (30.3.2016).

¹⁹ Siehe Endnote 11.

²⁰ World Bank (2015): Republic of Yemen. Unlocking the Potential for Economic Growth. Washington, D.C. (Report No., 102151). Online: bit.ly/1V5UzTh (30.3.2016).

²¹ Siehe Endnote 20.

²² Siehe Endnote 6.

²³ Siehe Endnote 20.

²⁴ Siehe Endnote 20.

²⁵ Siehe Endnote 11.

²⁶ Siehe Endnote 18.

²⁷ Siehe Endnote 20.

²⁸ Siehe Endnote 9.

²⁹ Siehe Endnote 4.

³⁰ Siehe Endnote 4.

³¹ Siehe Endnote 17.

³² Siehe Endnote 11.

³³ Siehe Endnote 17.

³⁴ Siehe Endnote 17.

³⁵ UNESCO (2015): Education for All 2000–2015. Achievements and Challenges. 2. Aufl. Paris. Online: bit.ly/1SM5zgh (3.2.2016).

³⁶ Siehe Endnote 20.

³⁷ Aliriani, Kais (2014): The Role of Small and Medium Enterprises in the Economy: The Case of Yemen. In: Helen Lackner (Hg.): Why Yemen Matters. London.

³⁸ Saqi Books (SOAS Middle East Issues), S. 213–234.

³⁹ Siehe Endnote 20.

⁴⁰ World Bank (2013): The Republic of Yemen. Washington, D.C. (Enterprise Surveys). Online: bit.ly/2NNJbu (30.3.2016).

⁴¹ World Bank (2016): WorldDataBank. World Development Indicators. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).

⁴² World Bank (2015): Doing Business. Measuring Business Regulations. Washington, D.C. Online: bit.ly/1YaLq4U (17.1.2016).

⁴³ GIZ (2011): National Micro, Small & Medium Sized Enterprise Development Strategy for Yemen - 2011–2021. Part One - The Strategy Itself (Draft). Online: bit.ly/23jV5un (30.3.2016).

⁴⁴ Wittgenstein Centre for Demography and Human Capital (2015): Wittgenstein Centre Data Explorer. Version 1.2 2015. Wien. Online: bit.ly/1RzF1Qn (12.1.2016).

⁴⁵ Siehe Endnote 14.

⁴⁶ Siehe Endnote 20.

⁴⁷ UNDP (2014) zitiert nach Endnote 11.

⁴⁸ WEF (2015): The Global Gender Gap Report 2015. Cologny/Genf. Online: bit.ly/234VrYf (12.1.2016).

⁴⁹ Human Rights Watch (2016): World Report 2016. Yemen. Events of 2015. New York. Online: bit.ly/1MRRLBD (9.3.2016).

⁵⁰ Siehe Endnote 9.

⁵¹ Siehe Endnote 48.

⁵² FAO (2016): Aquastat. Rom. Online: bit.ly/1MAL7iY (30.3.2016).

⁵³ Heffez, Adam (2013): How Yemen Chewed Itself Dry. The Washington Institute. Online: bit.ly/1RK7ZZm (30.3.2016).

⁵⁴ FAO (2015): Agri-Environmental Indicators. Land. Rom. Online: bit.ly/1WXgapK (30.3.2016).

⁵⁵ Siehe Endnote 11.

⁵⁶ Siehe Endnote 20.

⁵⁷ Siehe Endnote 17.

⁵⁸ Chatham House (2015): Yemen: Key Players and Prospects for Peace. London. Online: bit.ly/1RK8aEO (30.3.2016).

⁵⁹ Flanagan, Jake (2015): Yemen's Forgotten Refugees are so Desperate They're Fleeing to Somalia. In: Quartz, 9.9.2015. Online: bit.ly/1LZuYno (30.3.2016).

⁶⁰ UNHCR (2016): Population Statistics Database. Genf. Online: bit.ly/1MRRLBD (9.3.2016).

Jordanien

- ¹ Sharp, Jeremy M. (2014): Jordan: Background and U.S. Relations. Congressional Research Service.
- ² World Bank (2016): World-DataBank. World Development Indicators, Washington D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).
- ³ ILO (2015): Key Indicators of the Labour Market. Ninth Edition. Genf. Online: bit.ly/1RXgbf7 (4.4.2016).
- ⁴ ILO (2014): Labour Market Transitions of Young Women and Men in Jordan. Genf. Online: bit.ly/1SMW8wY (19.1.2016).
- ⁵ IMF (2015): Jordan. Seventh and Final Review under the Stand-By Arrangement and Proposal for Post-Program Monitoring – Press Release; Staff Report; And Statement by the Executive Director for Jordan. Washington, D.C. (Country Report, 15/225). Online: bit.ly/1oxx5m0 (19.1.2016).
- ⁶ Siehe Endnote 5.
- ⁷ Siehe Endnote 1.
- ⁸ UNHCR (2016): Registered Syrians in Jordan. Online: bit.ly/1RKZ4b7 (21.1.2016).
- ⁹ UNDESA (2015): World Population Prospects. The 2015 Revision. New York. Online: esa.un.org/undp/wpp (4.4.2016).
- ¹⁰ OECD; EU; European Training Foundation (2014): SME Policy Index: The Mediterranean Middle East and North Africa 2014. Implementation of the Small Business Act for Europe. Paris.
- ¹¹ Siehe Endnote 2.
- ¹² UNESCO (2015): UNESCO Science Report. Towards 2030. Paris. Online: bit.ly/1VpA7Xj (12.1.2016).
- ¹³ RAND International: Youth in Jordan. Transitions from Education to Employment. Santa Monica. Online: bit.ly/1RKYiL9 (19.1.2016).
- ¹⁴ Siehe Endnote 4.
- ¹⁵ Siehe Endnote 1.
- ¹⁶ Wittgenstein Centre for Demography and Human Capital (2015): Wittgenstein Centre Data Explorer. Version 1.2.2015. Wien. Online: bit.ly/1Rzf1Qn (12.1.2016).
- ¹⁷ OECD (2014): What Students Know and Can Do. Volume I, Revised Edition. Paris. Online: bit.ly/1Vw93Wl (5.4.2016).
- ¹⁸ Siehe Endnote 4.
- ¹⁹ GEI (2015): Global Entrepreneurship Index 2016. Washington, D.C. Online: bit.ly/1qpKe38 am (12.1.2016).
- ²⁰ Siehe Endnote 19.
- ²¹ Siehe Endnote 10.
- ²² Siehe Endnote 10.
- ²³ Siehe Endnote 10.
- ²⁴ Siehe Endnote 3.
- ²⁵ Siehe Endnote 16.
- ²⁶ Siehe Endnote 13.
- ²⁷ Siehe Endnote 4.
- ²⁸ Siehe Endnote 10.
- ²⁹ Siehe Endnote 8.
- ³⁰ Siehe Endnote 10.
- ³¹ Mende, Claudia (2012): A Radiant Future in the Desert? Jordan's Government is Determined to Take the Nuclear Energy Path but Its Plans Have Provoked Vigorous Opposition. In: Tim O. Petschulat (Hg.): Reaching for the Sun? The Search for Sustainable Energy Policies in North Africa and the Middle East. Deutscher Levante Verlag: Berlin.
- ³² Gorelick, Steven: Water Security in Jordan: A Key to the Future of the Middle East. Brookings Institution (OkanetEconomy). Online: brook.gs/1MPvYum (20.1.2016).
- ³³ Schnys, Joep F.; Hamaideh, Arwa; Hoekstra, Arjen Y.; Mekonnen, Mesfin M.; Schys, Marlou (2015): Mitigating the Risk of Extreme Water Scarcity and Dependency: The Case of Jordan. In: Water 10 (7), S. 5705–5730. Online: bit.ly/1oBmVlm (20.1.2016).
- ³⁴ Siehe Endnote 33.
- ³⁵ o.A. (2015): Gigantischer Kanal soll das Tote Meer retten. In: Die Welt, 1.12.2015. Online: bit.ly/1V6dMPF.html (13.2.2016).
- ³⁶ o.A. (2016): Sun and Sea. Utilities in the Middle East. In: The Economist, 16.1.2016 (8972), S. 38.
- ³⁷ Siehe Endnote 36.

Libanon

- ¹ o.A. (2015): Talking Trash. Lebanon's Citizens are also Fed Up With Their Do-Nothing Politicians. In: The Economist, 29.04.2015.

- Online: bit.ly/10a2e6S (3.2.2016).
- ² UNHCR (2016): 2015 UNHCR Country Operations Profile - Lebanon. Genf. Online: bit.ly/1N66qE5 (15.4.2016).
- ³ IMF (2014): Lebanon. Selected Issues. Washington, D.C. (IMF Country Report, 14/238). Online: bit.ly/23cPC7G (3.2.2016).
- ⁴ Siehe Endnote 1.
- ⁵ CIA (2016): The World Factbook, Washington D.C. Online: 1.usa.gov/1S2R5W6 (12.1.2016).
- ⁶ IMF (2015): Lebanon. 2015 Article IV Consultation. Washington, D.C. (IMF Country Report, 15/190). Online: bit.ly/1W8lgUQ (3.2.2016).
- ⁷ Bertelsmann Stiftung (2014): Country Report. Gütersloh (Bertelsmann Transformation Index). Online: bit.ly/1RBu1lz (3.2.2016).
- ⁸ World Bank (2016): World-DataBank. World Development Indicators, Washington, D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).
- ⁹ Siehe Endnote 6.
- ¹⁰ IMF (2015): World Economic Outlook Database. Washington, D.C. Online: bit.ly/1SzWKn9 (5.4.2016).
- ¹¹ Siehe Endnote 6.
- ¹² Wittgenstein Centre for Demography and Human Capital (2015): Wittgenstein Centre Data Explorer. Version 1.2.2015. Wien. Online: bit.ly/1Rzf1Qn (12.1.2016).
- ¹³ ILO (2015) zitiert nach Endnote 6.
- ¹⁴ Siehe Endnote 6.
- ¹⁵ World Bank (2012): Republic of Lebanon. Good Jobs Needed. The Role of Macro, Investment, Education, Labor and Social Protection Policies („Miles“). Washington, D.C. Online: bit.ly/1qrj2Kx (4.2.2016).
- ¹⁶ UNESCO (2015): Education for All 2000-2015. Achievements and Challenges. 2. Aufl. Paris. Online: bit.ly/1SM5zgh (3.2.2016).
- ¹⁷ High Representative of the European Union for Foreign Affairs and Security Policy (2015): Implementation of the European Neighbourhood Policy in Lebanon. Progress in 2014 and Recommendations for Actions. Brüssel (SWD(2015), 68 final). Online: bit.ly/20VZH59 (3.2.2016).
- ¹⁸ GEI (2015): Global Entrepreneurship Index 2016. Washington, D.C. Online: bit.ly/1qpKe38 (12.1.2016).
- ¹⁹ Siehe Endnote 15.
- ²⁰ OECD; EU; European Training Foundation (2014): SME Policy Index: The Mediterranean Middle East and North Africa 2014. Implementation of the Small Business Act for Europe. Paris.
- ²¹ Siehe Endnote 17.
- ²² WEF (2015): The Global Gender Gap Report 2015. Cologny/Genf. Online: bit.ly/234VrYf (12.1.2016).
- ²³ Siehe Endnote 22.
- ²⁴ Siehe Endnote 11.
- ²⁵ International Crisis Group (2015): Lebanon's Self-Defeating Survival Strategies. Brüssel. (Middle East Report, 160). Online: bit.ly/1N68E6w (03.02.2016).
- ²⁶ Siehe Endnote 25.
- ²⁷ Siehe Endnote 25.
- ²⁸ o.A. (2015): Politics this Week. In: The Economist, 21.11.2015. Online: econ.st/1MaFwjs (03.02.2016).
- ²⁹ o.A. (2015): Islamic State Claims Twin Bombs in Beirut. The Jihadist Group Attacks a Hizbullah Stronghold. In: The Economist, 13.11.2015. Online: bit.ly/10a2e6S (28.2.2016).
- ³⁰ Human Rights Watch (2015): World Report 2015. Lebanon. New York. Online: bit.ly/1W8MU16 (03.02.2016).
- ³¹ Siehe Endnote 3.

Palästinensische Gebiete

- ¹ Philipp, Peter (2016): Zehn Jahre Hamas in Palästina. In: Deutschlandfunk, 25.1.2016. Online: bit.ly/1RDxQeS (5.4.2016).
- ² Palestinian Central Bureau of Statistics: Geography and Climate Conditions. Ramallah. Online: bit.ly/1Ti92VY (30.3.2016).
- ³ The Portland Trust (2015): The Palestinian Economic Bulletin. Issue 108. London, Tel Aviv, Ramallah (Issue, 108). Online: bit.ly/1RNQeJM (5.4.2016).
- ⁴ Palestinian Central Bureau of Statistics: Per Capita GDP, GNI, GNDI by Region for the Years 1994-2014 at Current Prices. Ramallah. Online: bit.ly/1V8ZjTe (5.4.2016).
- ⁵ UNCTAD (2015): Report on UNCTAD Assistance to the Palestinian People: Developments in the Economy of the Occupied Palestinian Territory. New York. Online: bit.ly/1TBDNW0 (5.4.2016).
- ⁶ Siehe Endnote 2.
- ⁷ World Bank (2015): Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee. Washington, D.C. Online: bit.ly/1RDXM59 (5.4.2016).
- ⁸ Siehe Endnote 4.
- ⁹ Palestinian Central Bureau of Statistics (2016): Palestine in Figures. 2015. Ramallah. Online: bit.ly/1TBDVES (5.4.2016).
- ¹⁰ Abdel-Shafi, Sami (2015): Realigning EU Policy in Palestine. Towards a Viable State Economy and Restored Dignity. Chatham House. London. Online: bit.ly/1WbYc4C (5.4.2016).
- ¹¹ World Bank; International Bank for Reconstruction and Development (2014): West Bank and Gaza Investment Climate Assessment. Fragmentation and Uncertainty. Washington, D.C. Online: bit.ly/1SA7dyT (5.4.2016).
- ¹² IMF (2015): West Bank and Gaza. Report to the Ad Hoc Liaison Committee. Washington, D.C. Online: bit.ly/1UI8ppT (5.4.2016).
- ¹³ Siehe Endnote 4.
- ¹⁴ Siehe Endnote 12.
- ¹⁵ ILO (2014): Labour Market Transitions of Young Women and Men in the Occupied Palestinian Territory. Genf. Online: bit.ly/1PTffvW (5.4.2016).
- ¹⁶ UNESCO Institute for Statistics (2016): UIS.Stat. Online: bit.ly/1TvClo0 (12.1.2016).
- ¹⁷ OECD; EU; European Training Foundation (2014): SME Policy Index: The Mediterranean Middle East and North Africa 2014. Implementation of the Small Business Act for Europe. Paris.
- ¹⁸ Siehe Endnote 15.
- ¹⁹ World Bank (2013): West Bank and Gaza (2013). Enterprise Surveys. Washington, D.C. Online: bit.ly/1WcOrVC (5.4.2016).
- ²⁰ Palestinian Central Bureau of Statistics (2012): Number

- of Operating Establishments in the Private Sector, Non Governmental Organization Sector and Governmental Companies in Palestine by Main Economic Activity and Employment Size Group, 2012. Ramallah. Online: bit.ly/1S15v9x (5.4.2016).
- ²¹ Siehe Endnote 11.
- ²² Siehe Endnote 11.
- ²³ Siehe Endnote 11.
- ²⁴ The Portland Trust (2015): The Palestinian Economic Bulletin. Issue 107. London, Tel Aviv, Ramallah. Online: bit.ly/1SPtufv (5.4.2016).
- ²⁵ Siehe Endnote 17.
- ²⁶ Palestinian Central Bureau of Statistics (2015): Women and Men in Palestine. Issues and Statistics 2015. Ramallah. Online: bit.ly/1qr9sOT (5.4.2016).
- ²⁷ Siehe Endnote 15.
- ²⁸ UNDP (2015): Gender Development Index. New York. Online: bit.ly/1PTG4F5 (5.4.2016).
- ²⁹ Siehe Endnote 26.
- ³⁰ Unicef (2011): Occupied Palestinian Territory. MENA Gender Equality Profile. New York. Online: uni.cf/23glORD (5.4.2016).
- ³¹ Siehe Endnote 5.
- ³² Siehe Endnote 5.
- ³³ Siehe Endnote 5.
- ³⁴ Issacharoff, Avi: Hamas, Fatah said to agree to elections within 6 months. Divided Palestinian factions held reconciliation talks in Doha; plans to form unity government reported. In: The Times of Israel 28.03.2016. Online: bit.ly/23KS4C1 (14.4.2016).
- ³⁵ Billerbeck, Liliane von (2015): Die Hoffnung wurde missbraucht, 21.10.2015. Deutschlandradio Kultur. Online: bit.ly/1RNU6ue (5.4.2016).
- ³⁶ Siehe Endnote 12.
- ³⁷ Siehe Endnote 12.

Saudi-Arabien

- ¹ Bertelsmann Stiftung (2016): Transformation Index BTI 2016. Political Management in International Comparison. Gütersloh. Online: bit.ly/23be6S4 (30.3.2016).
- ² Woodrow Wilson International Center for Scholars (2011): Saudi Arabia's Youth

- and the Kingdom's Future. Washington, D.C. (Middle East Program Occasional Paper Series, Winter 2). Online: bit.ly/1V96ivo (5.4.2016).
- ³ Ansary, Abdullah F. (2008): A Brief Overview of the Saudi Arabian Legal System. New York. Online: bit.ly/2077sak (5.2.2016).
- ⁴ CIA (2015): The World Factbook. Online: 1.usa.gov/1S2R5W6 (12.1.2016).
- ⁵ UNDESA (2015): World Population Prospects. The 2015 Revision. New York. Online: bit.ly/1TVYsLe (4.4.2016).
- ⁶ Siehe Endnote 5.
- ⁷ Siehe Endnote 1.
- ⁸ Siehe Endnote 2.
- ⁹ Melzer, Christian (2016): Rückgang der globalen Währungsreserven - das nächste Pulverfass? (Makro Research, 1). Online: bit.ly/1qrFOOI (5.4.2016).
- ¹⁰ Martin, Will (2016): We Just Got Another Massive Sign of how Badly Saudi Arabia Is Suffering from the Oil Price Crash. In: Business Insider Deutschland, 29.2.2016. Online: bit.ly/1TBK04e (5.4.2016).
- ¹¹ Al-Khatteeb, Luay (2015): Saudi Arabia's Economic Time Bomb. In: The Huffington Post, 30.12.2015. Online: brook.gs/22c6WHx (5.4.2016).
- ¹² Kovacs, Amanda (2014): Saudi-Arabiens salafistischer Bildungsexport radikalisiert Indonesiens Muslime (Giga Focus Nahost, 5). Online: bit.ly/1qrqy5W (5.4.2016).
- ¹³ Mustafa, Awad (2015): Saudi Defense Spending Rises Despite Budget Challenges. In: Defense News, 6.11.2015. Online: bit.ly/1qrhphh (5.4.2016).
- ¹⁴ Siehe Endnote 1.
- ¹⁵ Siehe Endnote 11.
- ¹⁶ Siehe Endnote 1.
- ¹⁷ Siehe Endnote 1.
- ¹⁸ Naar, Ismael (2015): Saudi Arabia Launches Committee to Tackle Unemployment. In: Al Arabiya News, 15.10.2015. Online: bit.ly/1SPzyDX 5.4.2016.
- ¹⁹ Siehe Endnote 2.
- ²⁰ World Bank (2016): World DataBank. Global Economic Prospects. Washington, D.C. Online: bit.ly/1RXII6M (5.4.2016).
- ²¹ IMF (2015): World Economic Outlook Database. Washington, D.C. Online: bit.ly/1S2WK9n zuletzt geprüft am (5.4.2016).
- ²² El Baltaji, Dana; Daya, Ayesha (2012): Saudi Arabia May Become Oil Importer by 2030, Citigroup Says. In: Bloomberg, 4.9.2012. Online: bloom.bg/22c8mSo (5.4.2016).
- ²³ Siehe Endnote 11.
- ²⁴ Germany Trade and Invest (2015): Saudi-Arabiens Solarprogramm fehlt der Rückenwind. Online: bit.ly/1SAfIR7 (5.4.2016).
- ²⁵ Rainer Hermann (2016): Saudi-Arabien will bis 2030 vom Erdöl unabhängig werden In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.4.2016.
- ²⁶ Delegation der Deutschen Wirtschaft für Saudi-Arabien, Bahrain und Jemen (o.A.): Bildungssystem. Online: bit.ly/1qirmMn (5.4.2016).
- ²⁷ Freedom House (2006): Saudi Arabia's Curriculum of Intolerance. With Excerpts from Saudi Ministry of Education Textbooks for Islamic Studies. Washington, D.C. Online: bit.ly/1TBLkdy (5.4.2016).
- ²⁸ Siehe Endnote 2.
- ²⁹ Siehe Endnote 1.
- ³⁰ UNESCWA (2014): Arab Middle Class: Measurement and Role in Driving Change. New York. Online: bit.ly/1YeRfhF (5.4.2016).
- ³¹ Siehe Endnote 26.
- ³² Smith, Larry; Abouammoh, Abdulrahman (Hg.) (2013): Higher Education in Saudi Arabia. Achievements, challenges and opportunities. Dordrecht, New York: Springer. Online: bit.ly/20ao1IN (31.3.2016).
- ³³ World Bank (2016): WorldDataBank. World Development Indicators. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).
- ³⁴ globalpetroprices.com: Benzinpreise. Online: bit.ly/1RXIWW9 (5.4.2016).
- ³⁵ Auty, R. M. (1993): Sustaining Development in Mineral Economies. The Resource Curse Thesis. London, New York: Routledge.
- ³⁶ GEI (2015): Global Entrepreneurship Index 2016. Washington, D.C. Online: bit.ly/1apKe38 (12.1.2016).
- ³⁷ World Bank (2015): Doing Business. Measuring Business Regulations. Washington, D.C. Online: www.doingbusiness.org/rankings (17.1.2016).
- ³⁸ Siehe Endnote 36.
- ³⁹ Janetzke, Rahma; Windecker, Gidon (2015): Aufbruch in die nächste Generation. Saudi-Arabien unter König Salman. Online: bit.ly/1PTMZhG (5.4.2016).
- ⁴⁰ Siehe Endnote 1.
- ⁴¹ Minkus-McKenna, Dorothy (2009): Women Entrepreneurs in Riyadh, Saudi Arabia (UMUC Working Paper Series, 2009-002). Online: bit.ly/23gSsZo (3.1.2016).
- ⁴² WEF (2015): The Global Gender Gap Report 2015. Cologny/Genf. Online: bit.ly/234VrYf (12.1.2016).
- ⁴³ o.A. (2016): Women in Saudi Arabia: One Step Forward, One Step Back. Progress for Women is Going into Reverse under the New King. In: The Economist, 12.3.2016. Online: econ.st/1YeRSbg (5.4.2016).
- ⁴⁴ Krüger, Paul-Anton (2016): Saudi-Arabien: Der Terror frisst seine Väter. In: Süddeutsche Zeitung, 17.05.2016. Online: bit.ly/1N8yR4c (5.4.2016).
- ⁴⁵ Hermann, Rainer: Saudi Arabien gegen den IS: Allianz gegen die Zerstörung der Welt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 5.12.2015. Online: bit.ly/1qrlHLc (5.4.2016).
- ⁴⁶ Siehe Endnote 2.
- ⁴⁷ Patrick, Neil: Saudi Arabia's Yemen Gambit. Carnegie Endowment for International Peace. Washington, D.C. Online: ceip.org/1RXJTou (5.4.2016).
- ⁴⁸ Al Rowas, Meda (2015): Saudi Arabia: Growing State Stability Risks in the Three-to-five Year Outlook. IHS Jane's 360. Online: bit.ly/1XgQXa1 (5.4.2016).
- ⁴⁹ Stockholm International Peace Research Institute (2016): SIPRI Military Expenditure Database. Stockholm. Online: bit.ly/1VpJrL1 (10.2.2016).
- ⁵⁰ boerse.de: WTI Rohöl. Online: bit.ly/23bjK6S 5.4.2016.

Syrien

- ¹ Carnegie Middle East Center (2015): The Assad Regime's Hold on the Syrian State. Washington, D.C. Online: ceip.org/2657m7o (11.4.2016).
- ² Chahoud, Tatjana (2011): Syria's Industrial Policy. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik. Bonn. Online: bit.ly/1Sj3PHH (11.4.2016).
- ³ Siehe Endnote 2.
- ⁴ McHugo, John (2015): Syria. A Recent History. London: Saqi Books.
- ⁵ Syria Center for Policy Research (2016): Confronting Fragmentation. Impact of Syria Crisis Report 2015. Damaskus. Online: bit.ly/1SP7Yo3 (11.4.2016).
- ⁶ World Bank (2016): World DataBank. World Development Indicators. Washington, D.C. Online: bit.ly/1RX4a9y (12.1.2016).
- ⁷ European Commission (2013): The EU's Neighbouring Economies: Managing Policies in a Challenging Global Environment. Brüssel (Occasional Papers). Online: bit.ly/1N4SM4f (11.4.2016).
- ⁸ Siehe Endnote 4.
- ⁹ Siehe Endnote 6.
- ¹⁰ Chatham House (2016): Salvaging Syria's Economy. London. Online: bit.ly/1SFzmnR (11.4.2016).
- ¹¹ UNDESA (2011): World Population Prospects. The 2010 Revision. Comprehensive Tables. New York. Online: bit.ly/1RYOjHp (11.4.2016).
- ¹² Siehe Endnote 10.
- ¹³ UNFPA (2015): State of World Population 2015. Shelter from the Storm – A Transformative Agenda for Women and Girls in a Crisis-prone World. New York. Online: bit.ly/1Sj4m3f (11.4.2016).
- ¹⁴ UNHCR: Syria Regional Refugee Response. Inter-agency Information Sharing Portal. Version. Genf. Online: bit.ly/22yGJTU (11.4.2016).
- ¹⁵ Siehe Endnote 10.
- ¹⁶ Siehe Endnote 10.
- ¹⁷ Siehe Endnote 14.
- ¹⁸ Siehe Endnote 5.
- ¹⁹ Wittgenstein Centre for Demography and Human Capital (2015): Wittgenstein Centre Data Explorer. Version 1.2 2015. Wien. Online: bit.ly/1RzF1Qn (12.1.2016).
- ²⁰ UNHCR (2015): Syrian Arab Republic. 2015 UNHCR Country Operations Profile. Genf. Online: bit.ly/1SebFWN (11.4.2016).
- ²¹ OCHA (2016): Syrian Arab Republic: 2016 UN Inter-Agency Convoys. (as of 7 April 2016). Online: bit.ly/1NrXdWz (11.4.2016).
- ²² OHCHR (2016). Report of the Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic. Advance Edited Version. Genf. Online: bit.ly/1XzOoBH (11.4.2016).
- ²³ Siehe Endnote 21.
- ²⁴ Siehe Endnote 5.
- ²⁵ Siehe Endnote 5.
- ²⁶ Siehe Endnote 5.
- ²⁷ Siehe Endnote 5.
- ²⁸ Siehe Endnote 5.
- ²⁹ Siehe Endnote 1.
- ³⁰ Bertelsmann Stiftung (2016): Transformation Index BTI 2016. Political Management in International Comparison. Gütersloh. Online: bit.ly/23be654 (30.3.2016).
- ³¹ Siehe Endnote 5.
- ³² Siehe Endnote 22.
- ³³ Siehe Endnote 5.
- ³⁴ Siehe Endnote 10.
- ³⁵ Siehe Endnote 30.
- ³⁶ Siehe Endnote 10.
- ³⁷ Siehe Endnote 30.
- ³⁸ Siehe Endnote 19.
- ³⁹ TIMSS & PIRLS International Study Center (2008): TIMSS 2007 International Mathematics Report. Findings from IEA's Trends in International Mathematics and Science Study at the Fourth and Eighth Grades. Boston. Online: bit.ly/1MxkA6y (11.04.2016).
- ⁴⁰ UNESCO Institute for Statistics (2016): UIS.Stat. Online: bit.ly/1TVcLO0 (12.01.2016).
- ⁴¹ Siehe Endnote 5.
- ⁴² Siehe Endnote 22.
- ⁴³ Siehe Endnote 22.
- ⁴⁴ UNESCO (2015): Education for All 2000-2015. Achievements and Challenges. 2. Aufl. Paris. Online: bit.ly/1SM5zgh (3.2.2015).
- ⁴⁵ Siehe Endnote 22.
- ⁴⁶ Siehe Endnote 22.
- ⁴⁷ Siehe Endnote 2.
- ⁴⁸ Siehe Endnote 2.
- ⁴⁹ World Bank (2009): Doing Business 2010. Reforming Through Difficult Times. Washington, D.C. Online: bit.ly/1Mx1x1l (14.4.2016).
- ⁵⁰ Siehe Endnote 5.
- ⁵¹ Siehe Endnote 30.
- ⁵² Siehe Endnote 5.
- ⁵³ Siehe Endnote 5.
- ⁵⁴ Siehe Endnote 10.
- ⁵⁵ Siehe Endnote 10.
- ⁵⁶ Institute for the Study of War (2016): Aleppo Warning Update. April 7, 2016. Washington, D.C. Online: bit.ly/1Sb2Nih (11.4.2016).
- ⁵⁷ Siehe Endnote 5.
- ⁵⁸ Euromed Gender Equality (2010): National Situation Analysis Report Syria. Women's Human Rights and Gender Equality (Enhancing Equality between Men and Women in the Euromed Region (2008-2011)). Online: bit.ly/1MxlmjV (11.4.2016).
- ⁵⁹ WEF (2010): The Global Gender Gap Report 2010. Cologny/Genf. Online: bit.ly/1QbAiPw (11.4.2016).
- ⁶⁰ Siehe Endnote 4.
- ⁶¹ Siehe Endnote 22.
- ⁶² Siehe Endnote 22.
- ⁶³ Siehe Endnote 22.
- ⁶⁴ Human Rights Watch (2016): World Report 2016. Israel/Palestine. Events of 2015. New York. Online: bit.ly/1MRRLBD (9.3.2016).
- ⁶⁵ Wood, Paul (2014): Islamic State: Yazidi Women Tell of Sex-slavery Trauma. In: BBC News, 22.12.2014. Online: bbc.in/1Wvb85N (11.4.2016).
- ⁶⁶ Syria Center for Policy Research (2015): Alienation and Violence. Impact of Syria Crisis Report 2014 Damaskus. Damaskus. Online: bit.ly/1VpbRps (11.4.2016).
- ⁶⁷ Siehe Endnote 66.
- ⁶⁸ Wintour, Patrick (2016): Syria Peace Talks. UN Envoy to Issue Statement of Principles. In: The Guardian, 24.03.2016. Online: bit.ly/1V5UdY4 (11.4.2016).
- ⁶⁹ Siehe Endnote 68.

Berlin-Institut

für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin

www.berlin-institut.org

ISBN: 978-3-946332-86-2

++ Potenzial der jungen Bevölkerung unzureichend genutzt +++ gebildet und arbeitslos: Gefahr für die Stabilität +++ Frauen immer besser gebildet +++
creative und risikobereite Unternehmer gesucht +++ zu viel Theorie statt praxisnaher Berufsausbildung +++ Israel und Iran mit der besten Ausbildung ++